
Geschichte.
790
3 1761 07993071 5



ST. PETERSBURG UND LONDON

ZWEITER BAND



Druck von Gebrüder Kröner in Stuttgart.

ST. PETERSBURG UND LONDON

IN DEN JAHREN

1852—1864

AUS DEN DENKWÜRDIGKEITEN

DES DAMALIGEN

K. SÄCHSISCHEN AUSSERORDENTLICHEN GESANDTEN UND BEVOLLMÄCHTIGTEN MINISTERS
AM K. GROSSBRITANNISCHEN HOFE

CARL FRIEDRICH GRAF VITZTHUM VON ECKSTÄDT

ZWEITER BAND





STUTTGART
VERLAG DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG
1886



Inhalt

des zweiten Bandes

1860—1864.

London

1860.

Kaum war ich wieder in London, als zwei Ministerwechsel die Sachlage der noch immer brennenden italienischen Frage veränderten. Walewski, unzufrieden mit einer jener Flugschriften, in denen der Kaiser Napoleon die öffentliche Meinung zu bearbeiten liebte, hatte seine Entlassung gegeben und war nicht ohne Anstand abgetreten. Der weit fähigere Thouvenel hatte die Erbschaft der durch die Widersprüche der napoleonischen Politik geschaffenen Verlegenheiten angetreten. Er hoffte einen Ausweg zu finden und die Idiosynkrasien seines Herrn ohne neuen Krieg mit den Anforderungen der Realpolitik einigermassen in Einklang zu bringen. Die Aufgabe war nicht leicht, da das muthwillig heraufbeschworene, ungelöst gebliebene italienische Problem dem unschlüssigen Kaiser offenbar über den Kopf gewachsen war. Dies zeigte sich recht deutlich, als Victor Emanuel den Moment für gekommen erachtete, den Grafen Cavour wiederum an die Spitze der Regierung zu berufen.

Solange die Idee eines europäischen Congresses noch in der Luft schwebte, würde der Wiedereintritt Cavour's bedenklich gewesen sein. Er selbst fühlte, dass er keine *persona grata* bei der europäischen Diplomatie sei, und dass ein anderer

auf einem Congresse für Piemont mehr erreichen würde als er. Nun war bei dem wachsenden Misstrauen Englands gegen die napoleonische Politik an einen Congress nicht mehr zu denken. Die britischen Minister ermuthigten die sardinische Regierung unter der Hand, trotz Frankreichs Einspruch die nationalen Einheitsbestrebungen durchzuführen. Hierzu war die Arbeitskraft und die unleugbare Popularität Cavour's unentbehrlich. Er begann damit, das französische Cabinet durch jenes in Plombières in Aussicht gestellte Trinkgeld zu ködern, auf welches Napoleon nach Villafranca verzichtet zu haben schien. Walewski hatte schon im Herbste 1859 Lord Cowley hingeworfen, falls Sardinien sich durch die Annexion von Parma und Modena vergrössere, werde sich Frankreich genöthigt sehen, auf der Abtretung von Savoyen und Nizza zu bestehen. Man hatte jedoch dieser Insinuation auffallenderweise in England keine Beachtung geschenkt und wurde durch den Vertrag überrascht, welchen Cavour nunmehr mit Benedetti abschloss. Der erläuternde Commentar Cavour's *„maintenant vous êtes nos complices“* stellte dieses Abkommen in das wahre Licht.

Die Entrüstung Palmerston's und Lord John Russell's wurde dadurch noch erhöht, dass Napoleon diese Annexion als eine Wiederherstellung der natürlichen Grenzen Frankreichs bezeichnete und die vertragsmässigen Rechte der Schweiz unbeachtet liess. Alle Parteien waren um so mehr empört über diese Rücksichtslosigkeit des französischen Machthabers, je schärfer sich die Sympathien für ein einheitliches Italien aussprachen. Lord John Russell gab seiner persönlichen Indignation im Unterhause Ausdruck. Palmerston beauftragte Lord Cowley, dem Kaiser Napoleon die Freundschaft förmlich aufzukündigen. Vergebens versuchte Persigny, diese Missstimmung zu bekämpfen. Selbst der alte Graf Flahault erhielt von dem erzürnten Premier den Bescheid, dass England einen Bruch mit Frankreich nicht fürchte.

Diese Haltung des englischen Cabinets kam dem Kaiser der Franzosen um so unerwarteter, als er gehofft hatte, durch einen

persönlich mit Cobden verabredeten Handelsvertrag die öffentliche Meinung Englands ganz für sich gewonnen zu haben. Dieser Handelsvertrag, von vielen als ein Meisterwerk der napoleonischen Politik gepriesen, fand anfangs diesseits und jenseits des Kanals sehr entschiedenen Widerspruch. Die französische Industrie beklagte sich darüber, den Freihandelsprinzipien aufgeopfert worden zu sein. In England fragte man sich, ob es zeitgemäss sei, den Einfuhrzoll auf französische Weine zu ermässigen und den vermuthlichen Gegnern den Bezug von englischem Eisen und englischen Kohlen gewissermassen freizugeben. Der Beredsamkeit Gladstone's gelang es, den Handelsvertrag im Parlamente durchzubringen. Vorläufig jedoch liess sich kein politisches Kapital aus dieser beiden Ländern aufgedrungenen Neuerung schlagen. Die Wogen der nationalen Antipathien gingen höher und höher. *Old Pam* liess keinen Zweifel darüber, dass die von ihm energisch betriebenen Vertheidigungsmassregeln gegen Frankreich allein gerichtet waren.

Man begegnet in den Strassen von London häufig einem Karren voll abgerichteter, von Natur einander feindlicher Thiere und nennt diese Schaustellung „eine glückliche Familie". Eine solche *happy family* bildete in dieser Krisis Ihrer Majestät Regierung. Es gehörte die Energie, die Erfahrung und der Geschäftstakt Palmerston's dazu, um dieses angeblich starke Gouvernement zusammenzuhalten. Die drei hervorragendsten Mitglieder: der Premier, Lord John Russell und Gladstone, hatten eigentlich nichts miteinander gemein, als ihre blinde Vorliebe für die italienische Revolution. Ueber die Ausdehnung des Wahlrechtes herrschte zwischen Palmerston und Russell eine so intensive Meinungsverschiedenheit, dass letzterer wiederholt mit seinem Austritte drohte. Andererseits war Gladstone durchaus nicht gewillt, sein Budget zu modificiren. Er wollte die Papiersteuer abschaffen, die daraus fliessenden Einnahmen aufgeben und trotzdem von der Anleihe nichts hören, die für Küstenbefestigungen und Panzerschiffe nöthig war. Auch er drohte wiederholt mit seinem

Rücktritte. Er rechnete auf die Unterstützung der mächtigen Friedenspartei, die im französischen Handelsvertrage ein Universal-Heilmittel erblickte.

Unter diesen Umständen würde Palmerston kaum Herr der Lage geblieben sein, wären ihm seine politischen Gegner nicht zu Hilfe gekommen. Lord Derby bewährte sich in diesem kritischen Augenblicke als ein Staatsmann, welchem das Heil des Landes mehr am Herzen lag als das eigene Partei-Interesse. Er war mit Malmesbury ganz davon durchdrungen, ein neuer Versuch, mit einer Minderheit im Unterhause zu regieren, könne zu nichts weiter führen als zu einer Schwächung der Machtstellung Englands und zu einer Discreditirung seines parlamentarischen Systems. Er liess daher Lord Palmerston im geheimen wissen, er werde ihm helfen, gegen Russell sowohl, als gegen Gladstone und die Manchester-Männer. Zu letzterem Zwecke machte sich der Tory-Chef anheischig, die vom Unterhause bereits angenommene Aufhebung der Papiersteuer durch die Lords rückgängig zu machen und für die Beschaffung der für die Landesvertheidigung nöthigen Gelder nach Kräften Sorge zu tragen. Lord Derby machte bei diesem Anerbieten nur die Reserve, seine Unterstützung werde aufhören, falls Lord Palmerston's Regierung einen Angriff auf Venetien geschehen lasse. Mit dieser einzigen für den *leader* der conservativen Partei ehrenvollen Ausnahme gab er Lord Palmerston nach aussen und nach innen gewissermassen freie Hand.

Ich verdankte diesen Einblick hinter die Coulissen der parlamentarischen Komödie einigen Andeutungen Disraeli's. Das Geheimniss dieses Abkommens wurde den zunächst Betheiligten gegenüber, Russell und Gladstone, ebenso streng bewahrt, als es der Presse und dem Publikum verborgen blieb. Die Eingeweihten konnten sich jedoch, wie ihrer Zeit die römischen Auguren, des Lächelns nicht erwehren, als Zug für Zug die Partie, wie verabredet, gespielt und gewonnen wurde. Palmerston hatte Russell den Gefallen gethan, dessen Bill die zweite Lesung passiren zu

lassen. Da sich aber in und ausser dem Hause die grösste Apathie zeigte, so wurde die Reform-Bill, wie die drei anderen Frühgeburten dieser Gattung, *ad acta* gelegt. Lord John weinte helle Thränen darüber, aber er hatte schon solchen Geschmack am Redigiren unnöthiger Depeschen gefunden, dass er seinen Kummer hinunterschluckte und im Amte blieb. Gladstone zeigte sich ungebärdiger. Er hielt eine fulminante Rede gegen seinen Chef und protestirte gegen die von diesem dringend befürworteten Befestigungen. Schliesslich gab er klein bei, da er nicht hoffen konnte, mit Bright und Cobden ein Ministerium zu bilden. Er reservirte sich komischer Weise nur das Recht, im nächsten Jahre gegen weitere Vertheidigungsmassregeln zu protestiren. Als nun gar gegen Ende der Session nach einer patriotischen Rede des achtundachtzigjährigen Lord Lyndhurst das Oberhaus mit immenser Majorität die abgeschaffte Papiersteuer wieder herstellte, da kannte Gladstone's Wuth keine Grenzen. Es bedurfte aller Geschicklichkeit des Premier-Ministers, um einem Conflicte zwischen beiden Häusern vorzubeugen und den Pairs auch in dieser Geldsache das Recht des Einspruches zu wahren. Lord Derby verglich die Kunstfertigkeit, mit welcher Palmerston sich und sein Ministerium durch die Klippen dieser heiklen Frage siegreich steuerte, einem halsbrecherischen Tanze auf dem straffen Seile. Gladstone aber blieb im Schatzamte, wie Russell im Auswärtigen.

Dass unter so abnormen Verhältnissen Palmerston den Muth fand, es auf einen Bruch mit Frankreich ankommen zu lassen, verdient alle Anerkennung. Die Ueberraschung von Villafranca und die Annexion von Savoyen und Nizza hatten ihn von seinen französischen Sympathien gründlich geheilt. Das Misstrauen, welches die Winkelzüge der französischen Politik hervorgerufen, führte zu einer Verständigung mit Berlin und Wien. Oesterreich, Preussen und England verpflichteten sich gegenseitig, etwaige Eröffnungen, welche Napoleon einem oder dem anderen dieser drei Höfe über Territorial-Veränderungen machen sollte, unver-

züglich zur Kenntniss der beiden anderen zu bringen. So ward dem *remaniement de la carte de l'Europe* und einer ferneren Ausdehnung der sogenannten „natürlichen Grenzen" Frankreichs ein Riegel vorgeschoben.

Eingedenk dieser Verabredung hatte der Prinz-Regent von Preussen zu der Entrevue, welche er am 16. Juni dem Kaiser Napoleon in Baden-Baden gewährte, die hervorragendsten deutschen Fürsten gezogen, um auch den leisesten Schein einer geheimen Verabredung zu vermeiden. Napoleon machte gute Miene zum bösen Spiele. Er überhäufte den Prinz-Regenten, wie die Könige von Sachsen, Hannover und Württemberg mit Friedensversicherungen.

Wie wenig Werth man in London auf diese schönen Worte legte, bewies die energische Fortsetzung der Rüstungen zu Land und See. Die schon seit Jahresfrist vom Prinzen Albert bebegünstigte Errichtung von freiwilligen Schützencorps hatte Fortschritte gemacht. Die Königin hielt eine Revue über dieselben im Hyde Park ab (23. Juni). 21,000 wohlbewaffneter und auf eigene Kosten uniformirter Volontärs waren an diesem Tage versammelt. London allein hatte 15,000, die Provinzen 6,000 Mann gestellt. Letztere bestritten die Reisekosten grossentheils selbst, nur ein Theil wurde von einigen grossen Grundbesitzern auf eigens von ihnen gemietheten Expresszügen nach der Hauptstadt befördert. Disraeli, der ein schönes Haus in Grosvenor Crescent, einem der Park-Eingänge gegenüber, bewohnte, hatte eine zahlreiche Gesellschaft eingeladen, dem Schauspiele von seinen Fenstern aus beizuwohnen. Ich folgte dieser Einladung, und es war mir interessant, dort die unbefangenen Urtheile mehrerer hochgestellter Generale über den militärischen Werth dieser Freischaaren zu vernehmen. Die Anerkennung der Haltung und Disciplin dieser improvisirten Truppe war eine allgemeine und aufrichtige. Die Königin erschien in offenem Wagen an der Seite des Königs der Belgier, Prinz Albert zu Pferde. Der Herzog von Cambridge, als Obercommandant der

britischen Armee, erwies den Freiwilligen die Ehre, die Revue selbst zu commandiren. Eine ungeheure Menschenmenge füllte den Park. Der Enthusiasmus war ein ungeheuchelter. Nach der Revue cursirte ein Bonmot Lord Palmerston's, der den Wagen der Königin zu Pferde begleitete. Als sich nämlich Ihre Majestät in nächster Nähe der aufgestellten Bataillone befand, soll sie den Premier-Minister gefragt haben, was denn das für ein eigenthümlicher Geruch heute im Parke sei?

„*Esprit du corps, Madame!*“ lautete die lakonische Antwort.

Als anti-französische Demonstration hatte dieser Tag eine Bedeutung, die nicht unterschätzt werden darf. Napoleon ermass erst jetzt das Terrain, welches er in England verloren. Alle Klassen der Bevölkerung vereinigten sich, um ihm ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen. Er wurde entschieden ängstlich, nicht weil er einen Bruch mit England vom militärischen Standpunkte aus fürchtete, sondern weil er einsah, dass seine Stellung im eigenen Lande und in Europa von der guten Meinung Englands wesentlich abhänge. Er that daher wiederum hinter dem Rücken seiner Minister einen Schritt, welcher, wie Thouvenel richtig vorausgesehen, seine Verlegenheit zum öffentlichen Geheimnisse machte. Er schrieb an Persigny einen eigenhändigen, von Friedensversicherungen überströmenden Brief, der Palmerston's Misstrauen nur verschärfte. Das würde wenig zu sagen gehabt haben, hätte sich diese Kundgebung nur auf die Regierungskreise beschränkt. Der Kaiser beging jedoch den Fehler, dieses Billet im „Moniteur“ abdrucken zu lassen, eine Veröffentlichung, die seine eigenen Minister verstimmte und in England die Vermuthung wach rief, der Brief sei nicht sowohl an die englische Regierung als an die englische Friedenspartei gerichtet und von Cobden inspirirt. Persigny wusste nicht mehr, wo aus noch ein; niemand traute ihm mehr; seine Botschafter-Rolle war ausgespielt. Dass aber er, der für den Erfinder und Hauptträger der englischen Allianz galt, es erleben musste, von demselben Palmerston geradezu

fortgeschickt zu werden, für dessen Wiedereinsetzung er so viel Mühe und Geld verwendet, das war eine Nemesis, deren sich der ehemalige Unteroffizier nicht versehen hatte. Und doch kam es so. Nach einer heftigen Scene forderte Palmerston die Abberufung Persigny's, welcher vorläufig durch den alten Grafen Flahault ersetzt wurde.

Dieser frühere Ordonnanz-Offizier Napoleon's I. und Botschafter Louis Philippe's lebte seit 1848 als Privatmann in England. Seine Frau war *Peeress in her own right,* seine Tochter mit Lord Shelburne, später Marquis von Lansdowne, vermählt. Er galt für den Vater Morny's, des Halbbruders Napoleon's III. Morny aber war der Urheber des Staatsstreiches vom 2. December 1851 und die rechte Hand des Kaisers. Flahault war zu alt, um den Botschafterposten definitiv zu übernehmen. Da es sich jedoch darum handelte, schnell einen Ersatz für den unmöglich gewordenen Persigny zu finden, und es vor Allem darauf ankam, eine dem englischen Hofe angenehme, dem Ministerium Vertrauen einflössende Persönlichkeit zu wählen, so konnte kaum eine glücklichere Wahl getroffen werden. Niemand war mehr von der Nothwendigkeit des Friedens und eines freundschaftlichen Einvernehmens mit England durchdrungen als Flahault, dessen feine Formen mit den Excentricitäten Persigny's und Malakoff's auf das angenehmste contrastirten. Das italienische Abenteuer hatte er von Hause aus, wie Morny selbst, dem Kaiser widerrathen.

Inzwischen hatten die Dinge in Italien eine höchst bedenkliche Wendung genommen. Garibaldi, der sich durch die Vertheidigung Roms gegen die Franzosen einen Namen gemacht, hatte im Hafen von Genua einige Tausend *desperados* um sich versammelt. Er schiffte sich mit denselben ein in der Absicht, den Aufständischen in Sicilien zu Hilfe zu eilen. Da Garibaldi wegen der Abtretung Nizza's, seiner Vaterstadt, dem Grafen Cavour grollte, war es lange zweifelhaft, ob und in wie weit dieser Minister jenes kecke Unternehmen unterstützt oder gar

provocirt hat. Aus zuverlässiger italienischer Quelle erfuhr ich darüber Folgendes.

Kurz nach seinem Wiedereintritte erhielt Cavour eines Morgens den Besuch eines ihm unbekannten Engländers. Der Unbekannte schilderte dem sardinischen Premier-Minister die Lage Italiens und die Aufgabe des Turiner Cabinets mit solcher Sachkenntniss, dass Cavour die Unterredung mit dem Ausrufe unterbrach: „Wie kommen Sie, ein Fremder, dazu, Geheimnisse zu kennen, von denen ich ausser meinem Könige und mir nur höchstens einen unterrichtet glaubte, den verbannten Republikaner Mazzini?"

„Woher ich meine Wissenschaft schöpfe, kann Ihnen gleichgiltig sein," erwiderte der Fremde. „Ich habe Ihnen nur zeigen wollen, dass ich unterrichtet bin. Ich halte Sie für einen guten Italiener. Ich liebe Italien wie Sie selbst. Nun denn, im Namen Italiens, hören Sie mich an! Ich will Ihnen sagen, was ich thun würde, wäre ich Premier-Minister Victor Emanuel's."

„Die Stunde der italienischen Republik hat noch nicht geschlagen. Vor Allem muss Italien geeinigt werden, und das ist nur durch Victor Emanuel möglich. Davon sind Mazzini wie Garibaldi überzeugt. Man muss daher letzteren gewähren lassen und unter der Hand unterstützen. Hat er Sicilien und Neapel den Bourbonen entrissen, dann ist es Zeit, einzuschreiten, mit Waffengewalt Umbrien und die Marken zu unterwerfen und das so gewonnene Gebiet zu organisiren. Die Eroberung Roms und Venetiens muss vertagt werden, um die Intervention fremder Mächte zu vermeiden."

Cavour konnte diesen Plan nur billigen. Beim Abschiede nahm der geheimnissvolle Fremde seine rothe Perücke ab und sagte lächelnd in italienischer Sprache: „Sie hatten es errathen. Ich bin Mazzini. Nun liefern Sie mich Ihrer Polizei aus, wenn Sie es für gut finden."

Se non è vero . . . sagte ich mir damals. Als sich jedoch die Vorhersagungen meines italienischen Berichterstatters Zug

für Zug bestätigten, musste ich ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die Geschichte Italiens im Jahre 1860 gleicht einem dramatischen Märchen. Mit ächtem Carlyle'schen Heroen-Cultus feierten die Engländer Garibaldi's Heldenthaten. Wunder hat derselbe nicht verrichtet. Seine Taschenspielerkünste haben jedoch Dank der Inaction Europas und der trostlosen Zustände des Königreiches beider Sicilien unerwartete Erfolge gehabt. Von diesen Taschenspielerkünsten nur ein Beispiel. Einige Wochen nach dem Einzuge Garibaldi's in Neapel wurde ein früherer neapolitanischer General in Paris arretirt. Er hatte, ohne es zu ahnen, falsche Banknoten ausgegeben. Die Untersuchung ergab, dass er von Garibaldi damit bestochen worden war. Man wusste nun, mit welchen Mitteln dieser seine Siege erkaufte.

In Paris hatte man den Gedanken, aus dem italienischen Chaos ein Königreich Etrurien zu Gunsten des Prinzen Napoleon zu gründen, ebenso schnell gefasst als aufgegeben. Cavour aber sah den Augenblick gekommen, jetzt die Maske der Legalität ganz abzuwerfen. Nachdem er sich in Chambéry der Neutralität Frankreichs versichert, wagte er, von den englischen Ministern ermuthigt, einen völkerrechtswidrigen Schritt. Er sandte ein Ultimatum nach Rom. Der Papst, von seinen italienischen Sympathien längst geheilt, hatte auf des Cardinal Antonelli Rath aus Schweizern und französischen Legitimisten zur Vertheidigung des Kirchenstaates eine kleine Armee gebildet. General Lamoricière übernahm das Commando der päpstlichen Truppen. Der Marquis de Pimodan, früher in österreichischen Diensten, war einer der tapfersten Führer dieser Schaar. Beide hatten unter Napoleon nicht dienen wollen. Die französische Regierung, welche selbst zum Schutze des Papstes Rom besetzt hielt, legte ihnen kein Hinderniss in den Weg. Mehr als etwa 8000 Mann hatte man nicht zusammengebracht. Diese bestanden mit Ausnahme einiger Schweizer Regimenter aus Freischaaren. Der Papst hatte unbestreitbar das Recht, Truppen zu werben und zur Vertheidigung des Kirchenstaates zu

verwenden. Völkerrechtswidrig verlangte Cavour deren Entwaffnung in seinem Ultimatum. Ohne Kriegserklärung brachen etwa 40,000 Piemontesen in den Kirchenstaat ein, überrannten und besetzten einige feste Plätze und schlugen die Päpstlichen bei Castelfidardo. Lamoricière durchbrach die piemontesischen Reihen mit einigen tausend Mann und rettete sich nach Ancona, das nach kurzer Belagerung capitulirte. Glücklicher als sein General, hatte Pimodan den Heldentod auf dem Schlachtfelde gefunden. Diese Schlacht von Castelfidardo, an sich unbedeutend, da die päpstlichen Truppen von einer mehr als dreifachen Uebermacht erdrückt wurden, entschied das Schicksal Italiens. Nunmehr konnte der König Victor Emanuel wie ein *Deus ex machina* der Garibaldi'schen Komödie in Neapel ein Ende machen, Besitz vom Königreiche beider Sicilien ergreifen und die Festung Gaëta belagern. König Franz II. hatte sich mit wenigen treugebliebenen Truppen in diese Festung gerettet. Vergebens hatte der von Allen verlassene Fürst die Heiligkeit der Verträge und die Hilfe der europäischen Mächte angerufen. Diese beugten sich vor den vollendeten Thatsachen und zogen Victor Emanuel's Usurpation der Garibaldi'schen Anarchie vor.

Eines schien bei diesem Drama unbegreiflich: die Unthätigkeit Oesterreichs. Cardinal Antonelli hat mir noch fünf Jahre später die Frage vorgelegt, was den Kaiser von Oesterreich wohl habe abhalten können, dem Papste und dem Könige von Neapel im Jahre 1860 zu Hilfe zu kommen. Seiner Ansicht nach würde eine kaiserliche Armee von 50—60,000 Mann ausgereicht haben, die Piemontesen niederzuwerfen und die Ordnung wiederherzustellen. Ich konnte dem Cardinal damals nur erwidern, die Befürchtung eines zweiten Krieges mit Frankreich habe wahrscheinlich die österreichische Armee in den Grenzen des Kaiserstaates festgehalten. Diese Besorgniss war, wie ich seitdem erfahren, völlig unbegründet. Napoleon hat den Einmarsch der Oesterreicher nicht bloss erwartet, sondern gewünscht. Mein Gewährsmann ist der Fürst Latour d'Auvergne, Napoleon's III.

letzter Minister des Auswärtigen. Er erzählte mir gegen Ende der sechziger Jahre, Thouvenel und der Kaiser Napoleon hätten ihm 1860 gesagt, sie erwarteten stündlich ein Telegramm aus Wien mit der Nachricht, dass die Oesterreicher die Gelegenheit benutzt, um den Piemontesen den Gedanken eines Angriffs auf Venetien für immer zu vertreiben. Das französische Cabinet werde ruhig zusehen, solange man den Frieden von Zürich respectire.

Wenn hiernach die sich darbietende günstige Gelegenheit, der italienischen Revolution Halt zu gebieten, versäumt worden ist, so wird der Grund dieser Versäumniss weniger in den äusseren als in den inneren Schwierigkeiten Oesterreichs zu suchen sein. Wäre Frankreich neutral geblieben, so würden die platonischen Sympathien Englands Italien vor einer gut geführten österreichischen Armee nicht gerettet haben. Lord John Russell hatte nicht versäumt, seinen Sympathien in einer an Sir James Hudson gerichteten Depesche Ausdruck zu geben und das piemontesische Gouvernement zu seinem völkerrechtswidrigen Vorgehen geradezu aufzumuntern. Als ich einem englischen Freunde mein Erstaunen über dieses in den Annalen der Diplomatie beispiellose Schriftstück aussprach, sagte er mir sehr gelassen: „Sie sind ja nun lange genug in England, um zu wissen, dass alle unsere Depeschen nur für das Unterhaus *„for home consumption“* geschrieben werden.“ Ist dieser Grundsatz allgemein anerkannt, so kann die persönliche Popularitätshascherei eines ehrgeizigen Ministers die Regierung jeden Augenblick compromittiren. Andererseits werden die Staatsmänner des Auslandes nachgerade den schriftlichen Ergiessungen des Auswärtigen Amtes keinen übergrossen Werth beilegen.

Gegen Ende der Saison vereinigte sich in London der internationale statistische Congress. Prinz Albert eröffnete die Sitzungen mit einer meisterhaften Rede. Niemand ahnte damals, dass dies die letzte Ansprache dieser Art war, die der Prinz halten sollte. Er besass die seltene Gabe, bei solchen Gelegen-

heiten nicht zu viel noch zu wenig zu sagen und die Hörer durch eigenartige Gedanken zu überraschen.

Zu dem nicht geringen Kummer der Jagdliebhaber hatten sich hauptsächlich in Folge der unfruchtbaren Debatten über Lord John Russell's schliesslich zurückgezogene Reform-Bill die Sitzungen des Parlamentes weit länger hinausgezogen als gewöhnlich. Die Vertagung erfolgte erst am 28. August.

Aus Privatbriefen.

1860.

London, 14. Januar 1860.

Ich wollte nicht verfehlen, den Prinzen Albert über die Conferenzen der deutschen Mittelstaaten in Würzburg und München vertraulich zu unterrichten. Der Prinz ertheilt in der Regel keine Audienzen in Windsor, er machte jedoch eine Ausnahme, und ein eigenhändiges Billet beschied mich für gestern Nachmittag 5 Uhr dahin. Die Unterredung währte fast zwei Stunden und trug einen desultorischen Charakter. Wir wurden zweimal durch dringende Depeschen unterbrochen, auf welche der Prinz in meiner Gegenwart resolviren musste.

Gestatten Sie mir die Aeusserungen Seiner Königlichen Hoheit unter zwei Hauptgesichtspunkten zusammenzufassen. Ich beginne mit der deutschen Frage und lasse die Bemerkungen Seiner Königlichen Hoheit über Frankreich, England und die europäische Sachlage folgen.

Der Standpunkt des Prinzen in der deutschen Frage ist

bekannt[1]). Er lebt unverändert in dem liberalen Ideenkreise, welcher in den dreissiger Jahren in unserer gelehrten Welt vorherrschte. Die Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 sind von ihm in Deutschland nicht mit durchgelebt worden. So glaubt er z. B., das Frankfurter Parlament habe lediglich deshalb keinen praktischen Erfolg gehabt, weil das deutsche Volk noch nicht gelernt, sich vor Majoritäten zu beugen. Der Bundestag ist und bleibt in den Augen Seiner Königlichen Hoheit eine Calamität, ein Werkzeug in den Händen der österreichischen Schüler Loyola's, dessen sie sich nur bedienen, um in Deutschland jeden Fortschritt niederzuhalten, jede gesunde Entwickelung im Keime zu ersticken. Nicht der Bundes-Verfassung, der europäischen Constellation allein sei es zu danken, wenn trotz des unversöhnlichen Zwiespaltes zwischen Oesterreich und Preussen dem Vaterlande ein Bürgerkrieg bisher erspart worden.

Ich wurde sofort mit der Boutade begrüsst, wir könnten von Glück sagen, dass der Prinz von Preussen kein Victor Emanuel und unter seinen Ministern kein Cavour zu finden sei. Dieser Gedanke wurde im Laufe des Gespräches noch weiter ausgeführt und die italienischen Vorgänge als Gegenstand eines heilsamen Studiums warm empfohlen. Wie die Fürsten dort, weil sie sich auf Oesterreich verlassen, Land und Leute verloren, so auch würde es uns ergehen, wenn wir uns nicht warnen liessen. Wie dort die Bevölkerungen dazu getrieben würden, sich dem verhassten Sardinien anzuschliessen, nur um dem alles Leben erstickenden Drucke Oesterreichs zu entgehen, so werde es auch in Deutschland kommen.

Praktische Resultate seien weder aus Würzburg, noch aus Eisenach zu erwarten. Diese Bewegungen oder Bestrebungen würden im Sande verlaufen, aus verschiedenen Gründen. Ganz abgesehen von seinen preussischen Sympathien, schien der Prinz

---

[1]) Am klarsten und ausführlichsten hat der Prinz seinen Standpunkt entwickelt in seinem Schreiben an Lord John Russell vom 18. März 1860. Siehe: Martin's Life of the Prince Consort. Bd. 5, S. 62—69.

hinter der Würzburger Conferenz ultramontane Tendenzen zu wittern und nicht zu ahnen, dass Bayern nur äusserlich die Hauptrolle dabei gespielt hat. Bayern theilt offenbar mit Oesterreich die Antipathien Seiner Königlichen Hoheit, Antipathien, welche sich unter Anderem in der sarkastischen Bemerkung Luft machten, dem bayerischen Bundes-Contingente habe es im vorigen Jahre an Allem gefehlt: an Uniformen, Schuhen, Leuten und Pferden. Wenn wir uns schmeichelten, 18 Millionen unter einen Hut gebracht zu haben, factisch werde das wenig ändern. Jene 18 Millionen Deutsche verfügten am Bundestage über mehr Stimmen als Oesterreich und Preussen zusammen. Oesterreich und Preussen könnten daher, den Fall gesetzt, dass sie sich über eine gewisse Frage einigten, von den Uebrigen überstimmt werden. Da ein Einverständniss zwischen beiden Grossmächten aber kaum denkbar, so würden die Würzburger Regierungen immer mit Oesterreich stimmen gegen Preussen, welches sich wie bisher Majoritätsbeschlüssen nicht unterwerfen werde.

Ich habe mich diesem Raisonnement gegenüber selbstverständlich jeder Recrimination enthalten und mich einfach auf den Boden der Thatsachen gestellt. An den nationalen Aufschwung, welcher sich im vorigen Jahre in allen Theilen Deutschlands gezeigt, erinnernd, hob ich den Bodensatz von Enttäuschungen hervor, welchen der lahme Ausgang des italienischen Feldzuges zurückgelassen. Ich knüpfte daran die Betrachtung, das Berliner Cabinet habe eine Gelegenheit zu moralischen Eroberungen versäumt, welche Preussen thatsächlich an die Spitze Deutschlands gestellt haben würden.

Dem ward widersprochen und die Schuld auf Oesterreich geschoben, welches bis zum letzten Augenblicke unterlassen, die Hand zur Verständigung zu bieten. Hochmüthig habe man in Wien darauf bestanden, Preussen möge seine Armee dem Kaiser einfach zur Verfügung stellen. Derselbe Hochmuth beherrsche noch immer das k. k. Cabinet. Man habe nichts ge-

lernt und nichts vergessen. Die durch den Frieden von Villafranca gewonnene Frist sei nicht benutzt worden und der Krieg in Italien werde im nächsten Frühjahre wahrscheinlich unter noch weit ungünstigeren Umständen wieder ausbrechen.

„Wie dem auch sei," fiel ich ein, „Thatsache ist, dass die gerechten Erwartungen des deutschen Volkes getäuscht worden sind. Preussen schiebt die Schuld auf die Kriegsverfassung des Bundes. Kann man es uns verdenken, wenn wir eine Umgestaltung derselben verlangen?" Die Mittelstaaten, fügte ich hinzu, wünschten ja nichts anderes, als den Bund zu stärken und einen neutralen Boden zu schaffen, auf welchem sich die Eifersüchteleien der beiden Grossmächte ausgleichen und austragen könnten. Denn würde die demokratische Bewegung, welche sich jetzt hinter der Partei der sogenannten Gothaner verberge, nicht rechtzeitig eingedämmt, so könne Preussen wider Willen in Bahnen getrieben werden, vor welchen der Prinz-Regent Abscheu hege. Wir befänden uns im Zustande gerechter Nothwehr. Wir hätten offen in Wien und in Berlin daran erinnert, dass in Deutschland 18 Millionen Menschen lebten, welche ein Interesse daran hätten, endlich einige lange der Erledigung harrende Fragen zum Heile des Vaterlandes gelöst zu sehen. Zu diesen gehörten die Befestigungen der Nord- und Ostseeküsten.

Der Prinz erkannte diesen Gedanken als gesund an, erinnerte aber daran, dass die in Würzburg vertretenen Regierungen die Bildung einer deutschen Flotte mit vereitelt hätten.

Meine Bemerkung, dass eine Flotte ohne befestigte Häfen und Küsten kaum in der Lage gewesen sein würde, ihre Aufgabe zu erfüllen, fand Beistimmung.

Der Prinz, welcher absichtlich, wie er mir sagte, über die Würzburger Conferenz bisher nichts gelesen, war meiner Auseinandersetzung anfangs kühl und skeptisch gefolgt. Als er jedoch erkannte, um was es sich handelte, steigerte sich seine Aufmerksamkeit.

„Ich gestehe,“ bemerkte S. K. H., „dass ich bisher von der Ansicht ausging, nur ein durch ultramontane Tendenzen geschürter Hass gegen Preussen habe die Mittelstaaten nach Würzburg geführt. Von Verbindungen, die der Hass geschlossen, kann ich für Deutschland kein Heil erwarten. Ich danke Ihnen für die mir anvertrauten Actenstücke; vermag ich daraus die Ueberzeugung zu gewinnen, dass Liebe, echte Liebe zum gemeinsamen Vaterlande diesen Bestrebungen zu Grunde liegt, so können Sie meiner warmen Theilnahme versichert sein.“

Nach dieser nicht immer erquicklichen Discussion folgte ich dem Prinzen mit wahrem Vergnügen auf das Feld der europäischen Politik. Die Gewohnheit, die Dinge von oben zu betrachten, hat seinen Blick geschärft und sein Urtheil hoch über die Nebelgebilde vorgefasster Parteileidenschaft erhoben. Auf diesen Höhen ist hier zu Lande niemand so zu Hause, wie der Gemahl der Königin. Ich bedauere nur, dass es meiner Feder kaum gelingen wird, das eines grossen Geschichtsschreibers würdige Porträt des Kaisers der Franzosen wiederzugeben, welches Seine Königliche Hoheit in kurzen, markigen Aphorismen entwarf. Meine jüngsten Pariser Eindrücke, welche mit denen, die Lord Cowley nach Windsor mitgebracht, übereinstimmten, boten zu dieser Charakterschilderung Anlass.

„Ich möchte,“ hob Seine Königliche Hoheit an, „den Kaiser Napoleon nicht unberechenbar nennen. Ich sehe nichts Räthselhaftes in dieser Erscheinung. Die Ereignisse, welche wir noch zu gewärtigen haben, werden mich im ganzen und grossen nicht überraschen. Er ist, wie er selbst wohl zuweilen ahnen mag, einem fatalistischen Verhängnisse verfallen. Seine Handlungen sind folgerichtige Consequenzen gegebener Prämissen. Er will weit seltener, als er muss. Er ist mehr zu beklagen und zu bedauern, als zu verdammen. Seine ganze Macht ist auf Lüge gegründet. Sein System beruht auf ungelösten und unlösbaren Widersprüchen, die sich gegenseitig aufheben. Wenn nicht das Individuum selbst, so wird das System tragisch daran zu

Grunde gehen. Die Versöhnung sich aufhebender Gegensätze ist nicht denkbar. Napoleon möchte Kaiser von Gottes Gnaden und zugleich *par la volonté nationale* sein. Er kann das eine oder das andere sein, beides zugleich niemals. In Frankreich hat er seine Macht, wenn nicht von den katholischen Priestern empfangen, so doch auf dieselben gestützt. In Italien ist er genöthigt, um den Dolchen der Genossen Orsini's zu entgehen und die den Carbonari gegebenen Versprechungen einzulösen, die römische Kirche zu bedrohen und anzugreifen. Ebenso steht das *l'empire c'est la paix* mit der Nothwendigkeit im Widerspruche, seine Armee zu beschäftigen. Auf die Länge wird er ohne die Gloriole einer Rhein-Campagne nicht leben können. Ja auch in anscheinend untergeordneten Dingen verfolgt ihn die Nemesis unlösbarer Gegensätze. Nehmen wir nur die Verschönerungen von Paris. Unsummen werden verschwendet, um brodlosen Arbeitern den Mund zu stopfen. Stadttheile werden eingerissen und wieder aufgebaut. Ist aber das Werk vollendet, so wird in der schönsten Metropole Europas niemand mehr reich genug sein, um ihre Schönheit zu geniessen.

„Das Auffallendste ist, der Kaiser ist im Grunde ehrlich in beiden Richtungen. Er glaubt aufrichtig an das, was er heute sagt, ebenso aufrichtig an das Gegentheil, das er morgen verkündet. Wenn es bisher so leidlich gegangen, so hat er es seiner unleugbaren Geschicklichkeit und einer gewissen Vernünftigkeit zu danken. Bei aller seiner Begabung vermag er jedoch nicht, sich Rechenschaft zu geben über den unlösbaren Conflict, dessen Opfer er in einer gegebenen Zeit werden muss. Er ist kein philosophischer Geist. Dass ich mich vergebens bemüht habe, dem ehrlichen Persigny das klar zu machen, wird Sie nicht überraschen.

„Die einzige Politik, welche meines Erachtens England diesem Treiben gegenüber zu befolgen hat, lässt sich in zwei Worten aussprechen: Würdevolles Schweigen. Möge es gelingen, uns die Hände rein zu erhalten. Freilich ist das leichter gesagt als

gethan in einem Lande, wo die Presse frei und das Parlament eine Macht ist. Wenn es nach mir ginge, würde die Regierung das Schweigen nicht brechen. Das würde genügen. Was jetzt geschieht, erklärt sich ganz einfach. Unsere nationale Bewegung, die freiwilligen Schützencorps, haben mehr noch als unsere Seerüstungen in den Tuilerien den Wunsch rege gemacht, John Bull wieder einzuschläfern. Bis auf einen gewissen Punkt kann dies auch gelingen. Wir befinden uns jetzt in England leider nicht in normaler Lage. Es fehlt uns seit 1846 eine Persönlichkeit und weil sie fehlt, arbeitet die Staatsmaschine nicht, wie sie sollte. Diese Persönlichkeit ist ein *leader* der Conservativen im Unterhause wie Sir Robert Peel. Seit seinem Tode fehlt der Felsen, an welchem sich die Brandung der Demokratie bricht, die Stimmgabel, welche im Unterhause immer den rechten Ton des ‚Bis hierher und nicht weiter' anzuschlagen vermag."

Charakteristisch war, dass das Unglück, welches Oesterreich betroffen, als die Nemesis hingestellt wurde für die Verblendung des demokratischen Ministers Bach, der in dem französischen Cäsarismus das Vorbild für die Neugestaltung des Kaiserstaates gesucht habe.

Dass die Königin am Neujahrstage die seit dem Kriege abgebrochene Privat-Correspondenz mit dem Kaiser der Franzosen wieder aufgenommen, wurde beiläufig erwähnt. Der Prinz fügte hinzu, Ihre Majestät habe mit grösster Vorsicht jedes Wort auf die Wagschale gelegt.

Schliesslich ward des Werkes gedacht, welches Professor Gneist vor kurzem über die englische Verfassung und Verwaltung veröffentlicht hat. Der erste Theil wurde gelobt und die Gelehrsamkeit anerkannt, mit welcher das reiche Material zusammengetragen und verarbeitet worden. „Englische Staatsmänner selbst," äusserte der Prinz, „können daraus lernen. Denn wie Gesunde sich wenig um die Anatomie ihres Körpers und das Geflecht ihrer Adern zu kümmern pflegen, so wissen die Engländer in der Regel wenig von ihren Institutionen." Als absurd wurden die Con-

clusionen des zweiten Theiles verworfen und der Gedanke des Berliner Professors verlacht, England mit einem Heere preussischer Bureaukraten beglücken zu wollen.

London, 18. Januar 1860.

Mr. Disraeli hat mich gestern in einer anderthalbstündigen vertraulichen Unterredung in den Stand gesetzt, über die Auffassungen der Opposition und deren Feldzugsplan für die am 24. d. zu eröffnende Parlaments-Session einige Andeutungen zu geben.

Der Führer der Opposition theilt in keiner Weise die Abneigung seiner Landsleute, sich mit dem, was man hier „*German politics*“ nennt, zu beschäftigen. Ich fand in ihm einen aufmerksamen Zuhörer, als ich es versuchte, ihm ein möglichst klares Bild von den Bestrebungen der in München und Würzburg vereinigten Regierungen zu geben. Ich hob dabei hervor, dass, wenn es gelänge, durch zeitgemässe gemeinnützige Reformen den deutschen Bund und dadurch Oesterreichs Stellung in demselben zu stärken, die Aufgabe Englands nur erleichtert werden würde. Die Nothwendigkeit könne eintreten, die Kräfte des Festlandes gegen den grossgezogenen Bonapartismus zu gemeinschaftlicher Abwehr zu vereinigen. Ich habe die in Paris unlängst gewonnenen Eindrücke dazu verwerthet, Mr. Disraeli darauf aufmerksam zu machen, dass wir es mit einem festangelegten, auf den Umsturz alles Bestehenden gerichteten Plane zu thun haben. Die Incorporation von Savoyen und Nizza werde die Alpenpässe und damit die Herrschaft über Italien in die Hand des europäischen Imperators legen. Derselbe werde dann an die „natürlichen Grenzen“ am Rheine denken und, wenn England in selbstsüchtiger Verblendung alle Elemente des Widerstandes zerbröckelt, an die vielversprochene Rache für Waterloo gehen.

Mr. Disraeli dankte für die, wie er sagte, ihm sehr schätzenswerthen und interessanten Mittheilungen über die deutschen Zustände und bezeichnete die Auffassung der europäischen Sachlage unumwunden als die seinige.

„Man täuscht sich in Paris," versicherte er, „wenn man glaubt, die Tories würden für die Erhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes kein thätiges Interesse zeigen. Obgleich in Folge der Bedrohung des Papstes die Katholiken die Opposition verstärkt haben, werden wir uns wohl hüten, Lord Palmerston den Vorwand zu einer Parlamentsauflösung zu bieten. In der Hoffnung, nächstes Jahr ein starkes Gouvernement zu bilden, werden wir uns nicht übereilen, die Frucht zu brechen, solange sie uns nicht reif in den Schoss fällt. Lord Palmerston, die Wahrheit zu sagen, fängt nachgerade an, kindisch zu werden (*he is in the dotage*). Die Weiber beherrschen ihn völlig und durch die Weiber der sardinische Gesandte. Im Cabinet hat er Lord John Russell für sich gewonnen, welchen er am Narrenseile seiner italienischen Sympathien herumführt. Auch Gladstone ist von dem Premier erkauft (*bought over*). Auch er schwärmt für Italien, aber noch mehr hat ihn die Aussicht geködert, mit Frankreich einen Handelsvertrag abschliessen zu dürfen. Die übrigen Minister jedoch, obgleich sie keinen Führer, keine parlamentarische Grösse in ihrer Mitte haben, bilden die Majorität des Cabinets und werden hinter den Coulissen mit Takt und Umsicht vom Hofe geleitet. Lord Clarendon inspirirt seinen Bruder Charles Villiers und seinen Schwager Cornewall Lewis, welche beide der anti-französischen Partei angehören. Wir haben die Macht dieser Partei im Laufe des vorigen Sommers und am 10. d. kennen und respectiren gelernt. In dem Cabinets-Conseil am letztgedachten Tage sind Palmerston und Russell, welche ein Schutz- und Trutzbündniss mit Frankreich abzuschliessen bereit waren, in der Minorität geblieben. Diese Lage der Dinge kann uns nur in unserer Politik des Zuwartens bestärken. Wir werden fortfahren, dem Hofe und der gemässigten Mehrheit des Cabinets Muth einzuflössen, indem wir beweisen, dass es nicht in unserer Absicht liegt, jetzt eine Ministerkrisis herbeizuführen. Wir bleiben so in der Lage, Palmerston und Russell scharf zu überwachen und sie zu zwingen, nach aussen unsere Politik zu machen. Vorläufig sind wir in der Opposition

nützlicher und mächtiger als auf der Ministerbank. Wenn wir uns jeder Territorialvergrösserung Frankreichs widersetzen, werden wir Palmerston am Ende paralysiren und dem Kaiser Napoleon den Beweis liefern, dass seine Allianz mit dem edlen Viscount ihm die greifbaren Vortheile nicht einbringt, welche er davon erwartet. Dann werden dem Grafen Persigny und seinem Herrn die Augen wohl endlich aufgehen. Das Uebrige findet sich von selbst. Am wichtigsten für uns ist, genau zu wissen, in wie weit wir auf Oesterreich rechnen können. Trotz aller Niederlagen erblicken wir in Oesterreich den Mittelpunkt (*the centre and the nucleus*) aller conservativen Bestrebungen auf dem Felde der europäischen Politik. Wenn Oesterreich nirgends mehr zu finden ist, was sollen wir thun? Was Sie mir von Oesterreichs Stellung in Deutschland sagen und von den staatsmännischen Bestrebungen, dieselbe zu stärken, freut mich, aber genügt mir nicht. Ich möchte so genau als möglich über folgende Punkte unterrichtet sein: Wie steht es in Ungarn? Wie steht es mit den Finanzen des Kaiserreichs? und welche Widerstandskraft kann man vorkommenden Falles in Venetien entwickeln?"

„Nach Allem, was ich aus Wien höre," erwiderte ich, „sieht Rechberg, der nicht zu den Optimisten gehört, die innere Lage keineswegs für verzweifelt an. Die Zeitungen übertreiben. Ohne Zweifel bedarf Oesterreich des Friedens, um die in Angriff genommenen Reformen durchführen und seine Finanzen regeln zu können. Man wird daher Alles thun, um den Ausbruch des Krieges im nächsten Frühjahre zu verhindern, insoweit die Ehre es gestattet. Sollten die Italiener einen Angriff auf das Festungs-Viereck wagen, so würde dies für die conservativen Interessen nur erwünscht sein. Auf die Defensive zurückgeworfen, würde Oesterreich eine Zähigkeit zeigen, welche, wie die Geschichte lehrt, die Welt schon oft in Erstaunen gesetzt hat."

Disraeli wiederholte die Bitte, ihn möglichst genau über die drei obengedachten Punkte zu unterrichten. Er werde, versicherte er, die Waffen, die man ihm in die Hand gebe, treulich benutzen.

um die Lügen und Verleumdungen zu bekämpfen, welche die Minister gegen Oesterreich zu schleudern pflegten. Er versprach mir zugleich, mich über Alles, was hier vorgehe, auf dem Laufenden zu erhalten.

London, 28. Januar 1860.

Selten hat eine Parlaments-Session unter günstigeren Auspicien für die Minister des Tages begonnen als die jetzige. Mit Recht davon überzeugt, die Opposition werde der Regierung die Erledigung der Reformfrage mit allen ihren Verlegenheiten überlassen, thun sie nun Alles, um die Entscheidung dieser wichtigen inneren Frage hinauszuschieben. Die Reformbill soll erst am 20. Februar eingebracht werden. Vor Ostern ist an eine Erledigung der Sache gar nicht zu denken. Unmöglich wäre es jedoch nicht, dass sich alle diese Berechnungen als nicht stichhaltig erwiesen. Der politische Barometer ist in den letzten acht Tagen gefallen und deutet auf Sturm. Der französische Handelsvertrag hat hier nicht den Eindruck gemacht, welchen man in Paris, wo man hastig zum Abschlusse drängte, davon erwartete. Einzelne gehen so weit, denselben für ein todtgeborenes Kind zu halten und an die *Conspiracy Bill* zu erinnern, welche den Sturz Palmerston's herbeiführte und die französische Allianz aus den Fugen brachte. Am 6. Februar soll mit dem Budget zugleich dieser Handelsvertrag dem Unterhause vorgelegt werden. Man ist auf einen ernsten Kampf gefasst. Viele glauben, die Führer der Opposition könnten wider ihren Willen von ihrer eigenen Partei gezwungen werden, ohne die Reformbill abzuwarten, Schach zu bieten. Ein Ministerwechsel im anti-französischen Sinne würde gerade jetzt schwere Folgen nach sich ziehen. Niemand ist davon mehr durchdrungen als Lord Derby und Disraeli, welche ihren wohldurchdachten Plan nicht aufgegeben haben. Die Frage ist nur, ob sie stark genug sein werden, ihre kluge Politik des Zuwartens durchzuführen. Ein Pair des Reiches glaubt dies nicht. Er bot mir gestern

eine Wette an: der Handelsvertrag werde im Unterhause nicht durchgehen.

„Lord Derby," sagte er, „ist nicht Herr seiner eigenen Partei, Disraeli noch weniger. Das Land wird beide zwingen, vorzugehen. Disraeli ist in einer zu delicaten Lage, um es zu wagen, sich direct in Widerspruch mit der grossen Phalanx der Tories zu setzen, welche seiner Führung nur *faute de mieux* folgen. Werfen wir einen Blick auf das Unterhaus, zunächst auf die irische Brigade. Sie wissen, Bowyer hat die gemessensten Befehle aus Rom mitgebracht, den Sturz Palmerston's um jeden Preis zu bewirken. Bei der ersten Cabinetsfrage, welche gleichviel über welchen Gegenstand auftaucht, werden die Irländer wie ein Mann gegen die Regierung stimmen. Dasselbe wird die grosse Masse der conservativen Partei thun, um sich der demokratischen Reformbill zu entledigen. Beide, die Irländer wie die Conservativen, haben das gemeinschaftliche Interesse, die täglich steigende Gährung gegen den Handelsvertrag zu nähren. Dieser hat zwei mächtige Körperschaften zu geschworenen Feinden, die Brauer und die Destillateure. Beide protestiren gegen die Einführung wohlfeiler französischer Weine; ebenso die Gast- und Schenkwirthe, welche auf die niederen Volksklassen, insbesondere aber auf die Wähler in den Grafschaften einen bedeutenden Einfluss ausüben. Mit den Vertretern der Grafschaften werden aber gegen den Handelsvertrag alle diejenigen stimmen, die sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Es kommt darauf an, diese Gelegenheit zu benutzen, um die neu angeknüpften, intimen Beziehungen zwischen der Regierung und dem französischen Imperator zu zerreissen und so dessen Vergrösserungspläne zu vereiteln. Wegen Savoyen und Nizza einen Krieg anzufangen, ist unmöglich. Man wird es sich jedoch in Paris zweimal überlegen, diese Annexion in Scene zu setzen, wenn der zerrissene Handelsvertrag den Beweis liefert, dass das britische Unterhaus die Intrigue durchschaut und nicht in die Falle gegangen ist."

Ich gebe diese Auffassung, ohne dieselbe vertreten zu wollen. Die Minister tragen die grösste Zuversicht zur Schau, obgleich viele ihrer Freunde den Handelsvertrag für einen politischen Fehler halten.

London, 4. Februar 1860.

Bezüglich der italienischen Wirren hatte Lord A. Loftus im Auftrage des britischen Gouvernements dem k. k. Cabinet vier Punkte zur Annahme empfohlen:

1. Oesterreich und Frankreich verpflichten sich, von jeder bewaffneten Intervention in Italien abzustehen, es sei denn, dass dieselbe vorher von den fünf Mächten gebilligt worden.

2. Die französischen Truppen aus der Lombardei und aus dem Kirchenstaate werden zurückgezogen. Letztere jedoch mit der nöthigen Vorsicht, um der päpstlichen Regierung Zeit zu lassen, ihre Streitkräfte zu reorganisiren.

3. Alle Mächte enthalten sich aller und jeder Einmischung in die Angelegenheiten der dem Kaiser von Oesterreich in Gemässheit des Züricher Friedens in Italien verbleibenden Besitzungen; deren Verwaltung wird dem Ermessen Seiner K. K. Apostolischen Majestät anheimgestellt.

4. Der König von Sardinien wird aufgefordert, sich des Einmarsches in die Staaten von Mittel-Italien zu enthalten, solange sich die Bevölkerungen nicht von neuem für die Annexion aussprechen. Zu diesem Zwecke sollen Neuwahlen veranstaltet und den daraus hervorgehenden Versammlungen die Entscheidung dieser Frage vorbehalten werden. Fiele diese Entscheidung im Sinne der Annexion aus, so würde Victor Emanuel dennoch einzuladen sein, sich des Einmarsches in die Romagna zu enthalten.

Lord John Russell ist billig genug, die Annahme dieses 4., mit den Stipulationen von Villafranca und Zürich in Widerspruch stehenden Punktes sowie die Anerkennung Italiens Oesterreich nicht zuzumuthen. Die Hintergedanken des englischen Cabinets

sind leicht zu errathen. Die Idee einer italienischen Confödera-tion wird begraben und Oesterreich in die Unmöglichkeit ver-setzt, sich der Concessionen, welche es Venetien machen könnte, als Unterhandlungsobjecte zu bedienen.

Die Rückäusserung des Grafen Rechberg ist gestern durch Courier hier eingetroffen:

ad 1. Oesterreich habe nicht die Absicht, mit bewaffneter Hand zu interveniren, könne sich jedoch des Rechtes, dies zu thun, nicht begeben, falls einer der Betheiligten (Toskana und Modena) es begehre. Uebrigens müsse ein *„concert européen“* erst hergestellt werden, bevor eine einzelne Macht die Aus-sprüche eines europäischen Areopags anerkennen könne.

ad 2. Oesterreich habe keine Truppen ausserhalb seines Gebietes, dieser Punkt gehe daher nur Frankreich an.

ad 3. Selbstverständlich werde Oesterreich jeden Eingriff in seine Souveränetätsrechte zurückzuweisen wissen.

ad 4. Wie Lord John Russell vorausgesehen, könne Oester-reich das factische Vorgehen Sardiniens nicht anerkennen und werde seine Reversions- und sonstigen Rechte wahren, auch gegen jeden Angriff auf dieselben protestiren.

Der Ton der Depesche ist ein für das französische Cabinet sehr freundlicher. Dass dasselbe den vierten Punkt ablehnen werde, wird als unzweifelhaft hingestellt und jeder Ausdruck des Misstrauens vermieden, als könne sich Kaiser Napoleon von den in Villafranca eingegangenen internationalen Verpflichtungen lossagen wollen. Dieses Vertrauen wird durch die Sprache gerechtfertigt, welche Kaiser Napoleon dem Fürsten Metternich zu vernehmen gegeben hat. Auch ist letzterer davon überzeugt, dass die französische Antwort auf die englische Depesche *ad* 1, 2, 3 zustimmend, *ad* 4 ablehnend lauten wird.

Es würde voreilig sein, eine Vermuthung darüber aufzu-stellen, wer in Paris getäuscht wird, ob Oesterreich, ob Eng-land oder beide. Eines ist gewiss, Kaiser Napoleon hatte gestern die Maske noch nicht abgeworfen, vielmehr Alles gethan, um

den Fürsten Metternich davon zu überzeugen, das in Villafranca verpfändete kaiserliche Wort solle allenthalben redlich gehalten werden. Die Thatsachen stehen in wundersamem Widerspruche mit diesen Versicherungen. Während die Zeitungen Abrüstungen und Beurlaubungen verkündigen, hört man andererseits, die französische Armee in der Lombardei solle verdoppelt, auf 100,000 Mann gebracht und ausserdem bei Chalons unter dem Marschall Canrobert ein Lager von 40,000 bis 50,000 Mann gebildet werden. Dass in Betreff der Einverleibung Savoyens eine Pause eintreten werde, gilt für wahrscheinlich. Diese von dem Hause Rothschild verbreitete Nachricht hat einen günstigen Einfluss auf die Börse gehabt. Kaiser Napoleon wird jedenfalls den Ausgang der Parlamentsdebatten über den Handelsvertrag abwarten wollen, bevor er sein Spiel aufdeckt.

Trotz der vorgestrigen unbedeutenden Schlappe — das Ministerium blieb mit 29 Stimmen in der Minorität — ist alle Aussicht vorhanden, dass sich das drohende parlamentarische Gewitter zertheilen werde. Mehrere Umstände kommen dem Schatzkanzler sehr zu statten. Vor Allem ist am Ende des laufenden Finanzjahres die Schuld abgetragen, welche durch Convertirung von 4%oigen Consols in 3%oige dem Staate erwachsen war. Freilich reicht die dadurch erzielte Ersparniss von £ 6,000,000 nicht aus, um die Rüstungen zu decken, da die Kosten der Küstenbefestigungen allein auf £ 10,000,000 veranschlagt werden. Die vereinfachte Modalität der Grundsteuer wird den Conservativen weniger, den Radicalen desto mehr gefallen. Schliesslich sind die durch den Handelsvertrag gebotenen Tarif-Ermässigungen so geschickt mit dem ganzen Finanzplan verwoben, dass es dem Unterhause kaum möglich sein wird, einen Stein aus dem Gebäude zu verwerfen, ohne das ganze umzustürzen. Wenigstens versichern dies Gladstone's Freunde. Was den Ministern am meisten zu statten kommt, ist, dass die Tories die irische Brigade zu einem blossen Parteimanöver nicht verwenden können. Als solches würde jede

Ministerkrisis erscheinen, solange die Opposition nicht in der Lage ist, ein stärkeres Gouvernement zu bilden als das jetzige. Vor Entscheidung der Reformfrage ist das unmöglich. Jedenfalls liegt es im Interesse der conservativen Partei, diese Entscheidung thunlichst hinauszuschieben und der bedenklichen Auction ein Ende zu machen, in welcher sich Whigs und Tories zur Freude der Radicalen überbieten.

London, 12. Februar 1860.

In Turin hat man keinen Augenblick verloren, um dem englischen Gouvernement vertraulich zu eröffnen, Sardinien werde sich keineswegs um die vier Vorschläge kümmern. Venetien, Parma, Modena und die Romagna betrachtet König Victor Emanuel bereits als sardinische Provinzen. Das genügt ihm nicht, Rom und Neapel müssen unterwühlt und angegliedert, die ewige Stadt zur Kapitale Italiens gemacht werden. Dies das Programm, welches hier den lautesten Beifall findet. Frankreich wird natürlich die Verwirklichung solcher Ideen zu hintertreiben trachten. Schon stellen einige Blätter ein zweites Villafranca in Aussicht, falls des Grafen Arese Sendung keinen Erfolg haben sollte.

Um die Verlegenheiten zu ermessen, welche sich Kaiser Napoleon bereitet hat, ist es unabweislich, auf den geheimen Vertrag zurückzugehen, dessen Existenz Lord Grey neulich im Oberhause ableugnete, weil er keine Regierung für fähig halten könne, eine solche Infamie zu begehen. Trotzdem versichern Wohlunterrichtete, dieser aus nur drei Artikeln bestehende Vertrag sei von dem Marschall Niel und Herrn Pietri, als Bevollmächtigten Frankreichs, mit dem Grafen Cavour zwischen dem 15. und 22. Januar vorigen Jahres unterzeichnet worden. Es würde dieser Act sonach etwa vierzehn Tage nach dem Neujahrsgrusse an Baron Hübner und in die Zeit fallen, als man in Paris sich allen Anschein gab, den von Russland vorgeschlagenen Congress aufrichtig zu wünschen. Graf Walewski soll nicht im

Geheimnisse gewesen sein und scheint auch heute nichts davon zu ahnen. Cavour, der die Desavouirung der französischen Bevollmächtigten befürchtete, soll den Kaiser Napoleon in einer schwachen Stunde vermocht haben, das Actenstück eigenhändig zu ratificiren. Es würde dies nur beweisen, wie wenig man sich gegenseitig traute und wie berechtigt das famose *„Je le tiens“* des geriebenen Piemontesen gewesen ist.

Was nun den Inhalt des geheimen Vertrages anlangt, so soll der erste Artikel die Cession des Königreiches Lombardo-Venetien an den König von Sardinien stipuliren, wogegen sich dieser verpflichtet, Savoyen an Frankreich abzutreten. Im zweiten Artikel soll Sardinien die Cession der Grafschaft Nizza versprochen haben, falls es dem Kaiser Napoleon gelänge, die Herzogthümer und die Romagna für Victor Emanuel zu erobern. Ueber den Inhalt des dritten Artikels verlautet nichts und dürfte sich derselbe auf die Ratification beziehen.

Die Argumentation des Grafen Cavour steht ganz im Einklange mit diesen Stipulationen. Er sagt: Savoyen könne nicht abgetreten werden, da Venetien nicht befreit worden, Nizza nicht, weil die Herzogthümer und die Romagna von französischen Truppen nicht erobert worden, die Bevölkerungen vielmehr sich aus freien Stücken dem Könige Victor Emanuel unterworfen hätten [1]. Die Logik der Thatsachen ist diesem Raisonnement nicht abzusprechen.

In einem Anfluge wirklicher oder erheuchelter Aufrichtigkeit sagte Kaiser Napoleon dem Fürsten Metternich vor kurzem: *„Si j'obtiens la Savoie, Nice et la frontière du Rhin, la France sera satisfaite.“* Sollte er nun gegen den Willen Sardiniens, mit Gewalt, die Annexion Savoyens durchsetzen wollen, so würde er sich der Veröffentlichung des geheimen Vertrages aussetzen, und sich in der bedenklichsten Weise blossstellen. Dass er bei solchem

---

[1] Diese Angaben werden in dem nachstehenden Schreiben vom 14. Februar berichtigt und vervollständigt.

Beginnen auf die moralische Unterstützung Englands nicht rechnen kann, das wird ihm aus der Oberhaus-Sitzung vom 7. d. klar geworden sein. Napoleon III. findet sich hiernach vor einem gefährlichen Entweder — Oder. Entweder er muss die Erwerbung Savoyens bis zur dereinstigen Eroberung Venetiens vertagen, um Victor Emanuel's Stillschweigen zu erkaufen. Dann muss er folgerichtig der sardinischen Regierung allen nur möglichen Vorschub leisten zur Verwirklichung ihrer dem französischen Staats-Interesse augenscheinlich zuwiderlaufenden Pläne. Oder Napoleon muss dem k. k. Cabinet seinen geheimen Vertrag mit Sardinien eingestehen und sich zu einem demüthigenden *pater peccavi* entschliessen. Dann muss er Sardinien und Italien völlig aufopfern, um mit Hilfe Oesterreichs die italienische Revolution bekämpfen und Savoyen erwerben zu können.

Angesichts dieses Dilemmas ist die Vermuthung aufgetaucht, Napoleon werde die italienische Frage vorläufig ganz in den Hintergrund drängen und wie im Jahre 1853 eine unerwartete Verwirrung im Oriente herbeiführen, um sein Spiel zu verbergen. Thouvenel's mehrjährige Studien in Constantinopel, die in den Zeitungen geflissentlich verbreiteten dunkeln Gerüchte von Agitationen, Intriguen und Revolutionen, vor Allem die Thatsache, dass sich in den unteren Donauländern eine ernste Krisis vorbereitet, alle diese Symptome werden angezogen, um diese Vermuthung zu begründen. Schon spricht man von einer Wiederaufnahme des durch die Juli-Revolution verhinderten Projectes von 1829, von einer Verständigung zwischen Russland und Frankreich. Letzteres würde dadurch freie Hand gewinnen, sich seiner angeblich „natürlichen" Grenzen in den Alpen und am Rheine zu bemächtigen, Russland aber sich von den lästigen Fesseln des Pariser Vertrages von 1856 befreien.

Diese Gerüchte werfen auf den eigentlichen Zweck des mit England abgeschlossenen Handelsvertrages ein neues Schlaglicht. Der Urheber desselben, Cobden — den die radicalen Zeitungen den eigentlichen Premier-Minister nennen — befände sich in einer

ähnlichen Lage wie Fiesco's Mohr, nachdem er seine Schuldigkeit gethan. Mag der Handelsvertrag angenommen oder verworfen werden, England ist in jedem Falle paralysirt. Das Schlimmste, was Frankreich begegnen kann, Palmerston's Sturz, würde entweder eine Parlaments-Auflösung herbeiführen oder ein schwaches Derby-Ministerium.

Als ich Brunnow fragte, ob sich eine Coalition wie in den Jahren 1813—14 gegen Frankreich vorbereite? wollte er davon nichts wissen. Er antwortete nach seiner Art mit einigen dunkeln Orakelsprüchen.

Unzweideutig hat sich Lord Palmerston neulich in einer längeren Unterredung einem meiner Freunde gegenüber ausgesprochen. Er werde, versicherte der Premier-Minister, in allen continentalen Fragen an dem Princip der Nicht-Intervention festhalten. Sollte jedoch Russland das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Oriente anrufen oder sich dessen als Vorwand bedienen, so werde es das Interesse Englands gebieterisch erheischen, Constantinopel ohne weiteres zu besetzen, nicht um es zu erobern, aber um es als Pfand in der Hand zu behalten.

Ganz in Uebereinstimmung damit sagte mir gestern ein in den auswärtigen Fragen sehr bewandertes Mitglied des Unterhauses: „Wegen Savoyen und Italien werden wir keinen Krieg führen, aber es giebt drei Punkte, deren Bedrohung uns zwingen würde, das Schwert zu ziehen: Gibraltar, Antwerpen und Constantinopel.“

London, 14. Februar 1860.

Zur Vervollständigung der Actenstücke, welche ich neulich in den Händen des Prinzen Albert gelassen, hatte ich mich beeilt, Seiner Königlichen Hoheit die sächsische Denkschrift vom 19. Januar zu übersenden. Ich hielt es für unbescheiden, wieder um eine Audienz zu bitten und war daher um so angenehmer überrascht, als mich der Prinz aus freien Stücken zu sich beschied und mich gestern Abend zu empfangen geruhte.

Die Denkschrift ist einer aufmerksamen Prüfung gewürdigt worden, wie die eigenhändigen Marginalbemerkungen auf dem anbei zurückfolgenden Exemplare beweisen. Zur Erläuterung dieser Randglossen ging der Prinz die Pièce ganz geschäftsmässig mit mir durch.

„Ich kann Ihnen nicht verhehlen," hob Seine Königliche Hoheit an, „dass ich den Standpunkt der sächsischen Regierung nicht zu theilen vermag. Ueber den Zweck: Erhaltung der Selbständigkeit und Souveränetät der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, sind wir einverstanden, nicht über die Mittel. Ich halte den deutschen Particularismus für einen Segen, für ein echt deutsches Element, welches gewahrt und gepflegt werden muss. Die Bildung eines centralisirten Einheitsstaates scheint mir nicht möglich, nicht einmal wünschenswerth. Aber Degen und Feder vermögen die Mittel- und Kleinstaaten in Europa nicht zu führen. Hier liegt die Grenze ihrer Aufgabe. Wäre ich König von Sachsen, ich würde kein Bedenken tragen, unter gewissen fest und bestimmt formulirten Bedingungen meine Armee und meine Diplomatie der Führung Preussens anzuvertrauen, wohlgemerkt nicht für preussische, sondern für deutsche Bundeszwecke. Ich würde darin, gerade herausgesagt, das einzige Mittel für die Erhaltung einer segenbringenden Selbständigkeit erblicken. Die Hauptsache ist, der Nation zu beweisen, dass die Existenz der Mittel- und Kleinstaaten die Wehrhaftigkeit Deutschlands und dessen Ansehen im Auslande nicht beeinträchtigt. Die Kriegs-Verfassung des Bundes datirt aus einer Zeit, in welcher Russland, Oesterreich und zum Theil auch Preussen nichts anderes im Auge hatten, als Deutschland politisch zu annulliren. Wenn in der Denkschrift der Accent auf die Defensivstellung des deutschen Bundes im europäischen Staatensysteme gelegt wird, so ist dies bedenklich. Gerade diese blosse Defensivstellung entspricht den Wünschen der deutschen Nation keineswegs. Ausländer von dem Schlage des Fürsten Gortschakoff werden dadurch verleitet, Deutschland als „*une*

combinaison" hinzustellen. Ein Land, welches immer nur warten soll, bis es angegriffen wird, ist von vornherein verloren. Die Offensive zur rechten Zeit ist die einzige siegverheissende Defensive. Hätte der König von Sardinien Bedenken getragen, seine Armee der französischen unterzuordnen, so würden die Alliirten den Sieg bei Solferino nicht davongetragen haben. Der Erfolg entscheidet. Es kommt darauf an zu siegen. Die Theilung der österreichischen und preussischen Armee ist ein Ding der Unmöglichkeit. In jeder Armee sind gute, mittelmässige und schlechte Truppen vorhanden. Wir sind alle Menschen. Glauben Sie, der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen werden ihre besten Truppen dem Bunde zur Verfügung stellen? Ist es mit der Waffenehre, dem Geiste und der Disciplin einer grossen Armee vereinbar, nur einen Theil derselben ohne das Ganze zu engagiren? Nimmermehr. Alle solche Bestimmungen haben, wie die Vorgänge in Italien beweisen, nur auf dem Papiere Geltung. Wo war während des jüngsten Krieges das österreichische Bundes-Contingent? Man versichert, es sei vorhanden gewesen. Ich glaube es nicht. Würde es der Kaiser von Oesterreich nicht verwendet, oder mindestens nach Tyrol vorgeschoben haben? Musste man doch im k. k. Hauptquartiere wissen, dass die Franko-Sarden verloren waren, wenn Oesterreich nur 120,000 Mann mehr in die Wagschale zu werfen gehabt hätte. Die Thatsache, dass man diese 120,000 Mann nicht herbeigezogen, beweist, dass man sie nicht besass oder mindestens, dass sie nicht schlagfertig waren. Es giebt nur ein Heil für Deutschland: die militärische Führung wie die diplomatische muss Preussen übertragen werden. Dass dies mit aller Schonung des sehr achtungswerthen Selbstgefühls der einzelnen Armeen geschehen müsste und könnte, versteht sich von selbst. Oesterreich ist immer österreichisch, nicht deutsch, und das wird immer im Bunde ein wunder Fleck bleiben, solange man sich nicht darüber klar wird, dass Deutschland unter Preussens Führung stark genug ist, eine europäische Rolle zu spielen. Das Verhält-

niss zu Oesterreich könnte durch eine Militär-Convention geregelt werden, welche unter Wahrung der Reciprocität die gesammte k. k. Armee, nicht bloss das Bundes-Contingent, für die Interessen Deutschlands verfügbar machte."

Der Prinz war billig genug einzuräumen, dass die preussische Unliebenswürdigkeit und die in Berlin vorherrschende kleinstädtische Engherzigkeit das Vertrauen nicht aufkommen liessen, welches die *conditio sine qua non* der von ihm empfohlenen kriegstüchtigen Organisation sein würde. Das specifische Preussenthum ist Seiner Königlichen Hoheit ebenso zuwider wie der Mehrzahl der Deutschen. Seiner Ansicht nach werde jedoch das Gefühl der Erniedrigung und der Schwäche dem Auslande gegenüber im Volke den Preussenhass überwinden. Er hält es nicht für politisch, in einem Augenblicke so grosser Gefahr, wie der jetzige, mit Reform-Vorschlägen hervorzutreten, welche kaum Aussicht auf Erfolg haben würden. Käme es zum Kriege, so würden die Ereignisse so plötzlich, so unaufhaltsam, so *„sweeping"* über uns hereinbrechen, dass die Existenz des deutschen Bundes und der Mittelstaaten im höchsten Grade bedroht erscheine.

Die Trias-Idee ist durchaus nicht im Geschmacke des Prinzen, wie seine Randglosse beweist.

„Erinnern Sie sich," sagte er, „an den Ausspruch Friedrich des Grossen ‚Die Schlachten werden nicht mit den Armen, sondern mit den Beinen gewonnen', und vergessen Sie nicht, dass die deutschen Nordsee-Staaten nothgedrungen immer mit Preussen gehen werden. Denn wie sollten jene Contingente, wenn es sich darum handelte, die Trias-Armee z. B. bei Mainz zu concentriren, sich mit Munition, Proviant, Train u. s. w. in demselben Augenblicke in Bewegung setzen können, in welchem Eisenbahnen und Militärstrassen für eine im Aufmarsche befindliche preussische Armee frei gehalten werden müssten? Was aber ist ohne die geographisch abgeschnittenen Nordsee-Staaten die Trias? Nichts als eine zweite Auflage des Rheinbundes.

Nothgedrungen wird der Egoismus der beiden Grossmächte die vereinigten Mittelstaaten dazu führen, eine Anlehnung im Auslande, in Frankreich oder in Russland, zu suchen. Im Augenblicke der Gefahr würde die Existenzfrage die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes überwiegen.“

Die hannoversche Idee eines zwischen Oesterreich und Preussen abwechselnden Ober-Commandos der Bundes-Armee ward als unpraktisch verworfen. Oesterreich könne und werde diesen Vorschlag nie annehmen und solches dann auch von Preussen nicht verlangt werden können. Auch die preussische Proposition sieht Seine Königliche Hoheit für gescheitert an. Er wiederholte, dass er sehr, sehr schwarz in die deutsche Zukunft sehe.

„Fände sich nur ein Mittel,“ rief er, „Deutschland das Ansehen, welches ihm gebührt, im Auslande zu verschaffen und zu verhüten, dass es immer mit Füssen getreten wird, dann tauschte ich als Deutscher mit keinem Lande der Welt. Mit Ausnahme der europäischen Stellung haben wir Alles besser als die anderen.“

Anderthalb Stunden waren so schnell vergangen, dass ich kaum Zeit hatte, das Gespräch auf das europäische Gebiet zu lenken, und doch lag mir sehr viel daran, den Prinzen zu ersuchen, die unter dem 12. d. erwähnten Gerüchte über den geheimen französisch-sardinischen Vertrag richtig zu stellen.

Seine Königliche Hoheit bemerkte, der geheime Vertrag falle in die Zeit der Sendung Cowley's nach Wien. Ueber den Inhalt sei ich schlecht unterrichtet. Von den Herzogthümern und der Romagna sei keine Rede gewesen, habe man doch damals in Paris an ein Königreich Etrurien für den Prinzen Napoleon gedacht. Die Cession Savoyens sei für die Eroberung der Lombardei, die Nizza's für Venetien stipulirt worden. Die tüchtigste Rede über diese schamlose Transaction habe Lord Grey gehalten, welcher, gerade weil er die Existenz derselben bezweifelte, ungescheut die wohlthätigsten Wahrheiten im Oberhause habe sagen können.

Cavour's Raisonnement sei, von Savoyen könne keine Rede sein, da die Präliminarien von Villafranca Sardinien nicht in den vollen Besitz der Lombardei gesetzt hätten. Solange Mantua und Verona in Oesterreichs Händen verblieben, sei die Ueberlassung des militärisch unhaltbaren Flachlandes für Sardinien eher eine Verlegenheit als ein Machtzuwachs. „Und das ist," bemerkte der Prinz, „ganz richtig." Er fügte hinzu, von der Cession der Grafschaft Nizza könne nach Cavour's Auffassung noch weniger die Rede sein, da Venetien gar nicht erobert worden.

„Unter diesen Umständen," schloss der Prinz, „haben wir vom Kaiser Napoleon die Zusicherung erlangt, die savoyische Frage vorläufig ruhen zu lassen. Zugleich hat er uns versprechen müssen, falls diese Frage später wieder aufgenommen werden sollte, die Ausführung der Cession von der Genehmigung der übrigen Grossmächte abhängig zu machen. Meiner Ansicht nach müssen wir uns von vornherein mit den übrigen Mächten darüber verständigen, diese Genehmigung auf keinen Fall zu ertheilen. Ich hoffe, dass es möglich sein wird, eine Einigung in diesem Sinne zu erreichen."

Vollkommen bestätigt wurde meine Hindeutung auf die drohende orientalische Krisis mit dem charakteristischen Zusatze: „Und da kommt nun dieser dumme Handelsvertrag dazwischen!"

Mit der Freimüthigkeit, zu der des Prinzen offenes Wesen unter vier Augen ermuthigt, entwickelte ich die unter dem 12. d. angedeutete Auffassung und betonte, dass der Zweck dieses Vertrages augenscheinlich kein anderer gewesen, als England für einige Monate zu paralysiren.

„Ganz richtig," rief der Prinz, „mag das Unterhaus den Vertrag annehmen oder verwerfen, in jedem Falle sind wir für einige Zeit lahm gelegt. Ausserdem hat Napoleon noch den Vortheil, sich wohlfeiles Eisen und wohlfeile Kohlen zu verschaffen und durch die Differentialzölle für Kohlen, welche auf französischen Schiffen eingeführt werden, seine Marine zu heben

und zu begünstigen. Das Allerschlimmste aber ist, dass das Ding ein gar so schlechtes Aussehen hat. Uebrigens ist der Vertrag Persigny's Werk, und der Kaiser persönlich gar nicht für den Freihandel eingenommen. So oft ich ihm dessen Vortheile auseinandergesetzt, antwortete er mir immer: *‚Que voulez-vous, on n'en veut pas en France.'*"

London, 17. Februar 1860.

Einer Aufforderung Mr. Disraeli's folgend begab ich mich vorgestern in seine Wohnung, um unbehelligt von Whig-Spionen, wie er sich ausdrückte, die Sachlage zu besprechen.

Wir tauschten zuvörderst die in den letzten Tagen zur Kenntniss der Diplomatie gelangten Daten über den geheimen französisch-sardinischen Vertrag aus. Das Bekanntwerden dieser bedenklichen Verabredung scheint den englischen Staatsmännern den ganzen Ernst der Lage klar gemacht zu haben. Ueber den eigentlichen Zweck des Handelsvertrages theilt Disraeli meine Auffassung vollkommen.

Mit ungewohnter Zurückhaltung und Mässigung äusserte er sich über den bevorstehenden parlamentarischen Kampf. Grosses Gewicht ward auf die Thatsache gelegt, dass die Reformfrage über Bord geworfen sei. In dem *meeting* der conservativen Partei vom 14. sei Lord Derby's Erklärung, er habe sein Wort gelöst und werde keine neue Reformbill vorlegen, mit Beifall begrüsst worden. Ich bemerkte, die Männer der Manchester-Schule würden, falls das Unterhaus den Cobden'schen Vertrag verwerfen sollte, ihrem Unmuthe durch eine gesteigerte Reform-Agitation Luft machen; es gebe aber ein Mittel dieser Gefahr vorzubeugen.

„Welches?" fragte Disraeli.

„Eine feste, kühne Politik Frankreich gegenüber auf die Gefahr hin den Krieg herbeizuführen," war meine Antwort. „Darin würde auch die einzige Möglichkeit liegen, England vor

den Gefahren zu retten, welche im Oriente drohen. Je fester Sie auftreten, desto mehr wird man in Paris klein beigeben."

„Davon sind wir durchdrungen," sagte der Führer der Opposition. „Kaiser Napoleon wird sich heute meiner Worte erinnern, als ich ihn vor einigen Jahren warnte, sich in Palmerston's Arme zu werfen. Er behauptete, wir Tories wären seine Erbfeinde, er habe also keine Wahl. Ich leugnete dies und versicherte, wir würden mit jeder Regierung in Frankreich gehen, welche die Verträge respectire, mit keiner, welche dies nicht thue. Palmerston werde viel versprechen, aber nichts halten, weil ihm die Macht fehle. Er habe einige Anhänger, keine Partei."

Der Rath, mit dem ich die Unterredung schloss, fiel auf dankbaren Boden. Ich stellte den Satz auf, die Conservativen müssten zunächst, sei es in der Opposition oder im Amte, auf einen einmüthigen Beschluss der vier Grossmächte gegen jede territoriale Vergrösserung Frankreichs dringen. Dann könne die jetzige Wendung der savoyischen Frage benutzt werden, um den Grund zu legen zu einer künftigen europäischen Coalition gegen das zweite Kaiserreich.

Seit dem Tory-Meeting scheinen die Minister die drohende Krisis ernster zu nehmen als bisher. Sie wollen daher den Handelsvertrag nicht mehr als ein Ganzes vorlegen, sondern die Annahme der Grundprincipien desselben in einzelnen Resolutionen erwirken in der Hoffnung, die Cabinetsfrage zu umgehen. Auf Gegenresolutionen der Opposition ist man gefasst. Im Falle einer Niederlage des Ministeriums, welche kaum erfolgen dürfte, würde die Auflösung des Parlamentes, die von vielen, Whigs und Tories, für unmöglich gehalten wird, unvermeidlich sein, es müsste denn die Mehrheit gegen den Vertrag unerwartete Proportionen annehmen.

Auch auf dem Felde der auswärtigen Politik mahnt die anti-ministerielle Stimmung des Parlamentes zur Vorsicht. So waren wir bisher unter dem Eindrucke, die Westmächte hätten sich über Mittel-Italien bereits verständigt, als Lord John Russell

gestern zwei meiner Collegen das überraschende Geständniss ablegte, man sei noch über gar nichts übereingekommen. Dies bestätigen die gestern auf die Interpellationen Sir Robert Peel's und S. Fitzgerald's ertheilten Antworten. Es geht daraus klar hervor, dass der Widerstand des Parlaments gegen die Einverleibung Savoyens die Minister gezwungen hat, die centralitalienischen Fragen offen zu halten. Die Folge davon ist, dass die ablehnende Antwort, welche Thouvenel in seiner Depesche vom 30. v. M. bezüglich des vierten Punktes ertheilt hat, in Paris jetzt weit schärfer betont wird als vor vierzehn Tagen. Ja man möchte die Zustimmung zu einer Vergrösserung in Mittel-Italien von der Cession Savoyens geradezu abhängig machen. Andererseits folgt Lord John bezüglich Savoyens den Rathschlägen der Opposition. Lord Malmesbury's Argument gegen die Einverleibung Savoyens ist sofort benutzt und Sir J. Hudson angewiesen worden, dasselbe dem Turiner Cabinet zur Beherzigung zu empfehlen. In der That würde Sardinien, welches sich darüber beschwert, dass die Präliminarien von Villafranca ihm eine offene, nicht zu vertheidigende Grenze gelassen haben, durch die Cession der Alpenpässe eine zweite offene Grenze erhalten und dadurch ganz in die Abhängigkeit seiner beiden mächtigen Nachbarn gerathen. Die Depesche Lord John's ist meines Wissens vorgestern nach Turin abgegangen. Gestern hat er, wie Lord Granville im Oberhause, die Erklärung Sardiniens, es werde Savoyen nicht cediren, im Unterhause erwähnt. Er setzte hinzu, England werde in jedem Falle die Rechte der Schweiz zu wahren suchen.

Als ich den sardinischen Gesandten fragte, ob er an die gewaltsame Besetzung Savoyens durch französische Truppen glaube, antwortete er: „*Cela serait peut-être le meilleur moyen de trancher la question.*“

Mitten in den Verlegenheiten, welche die Sympathien für die Revolution auf der einen, das wachsende Misstrauen des Parlaments gegen Frankreich auf der anderen Seite den libe-

ralen Ministern bereiten und deren Action in Mittel-Italien paralysiren, findet sich der Staats-Secretär des Auswärtigen gemüssigt, Deutschland gute Lehren zu geben. Warum wir uns denn nicht endlich einigten? fragte er gestern einen meiner deutschen Collegen. Warum wir nicht einen Kaiser wählten und ihm ein Parlament zur Seite setzten? Er kam an den rechten Mann, der ihm die Antwort nicht schuldig geblieben und die Phantasien des Reformers *par excellence* mit Hinweisung auf die rauhe Wirklichkeit einigermassen abgekühlt haben dürfte.

Sorglos und leichtsinnig wie immer steht Lord John dem im Osten heraufziehenden Gewitter gegenüber. Indessen hat die vertrauliche österreichische Depesche vom 10. insoweit wenigstens Erfolg gehabt, dass Lord A. Loftus angewiesen worden, den Vorgängen in Bulgarien, Serbien u. s. w. aufmerksam zu folgen und die in Wien vorhandene Geneigtheit, im Oriente mit England zu gehen, nicht erkalten zu lassen. Lord John motivirt seine Sorglosigkeit durch die beruhigenden Versicherungen, welche ihm in Uebereinstimmung mit dem britischen Agenten der hiesige türkische Botschafter ertheile.

Es scheint übrigens, dass Frankreich und Russland diese Wirren dazu benutzen, um sich gegenseitig hier zu denunciren. Gortschakoff schreibt an Brunnow, Russland habe durchaus nicht die Absicht sich einzumischen, fügt aber hinzu: „*Si nous avions de mauvaises intentions, les provocations et les excitations ne nous manqueraient pas et les alliés ne nous feraient pas défaut.*“ Ganz übereinstimmend sagt Thouvenel in einer seiner letzten Depeschen: „*Si l'empereur voulait profiter de ces troubles, les alliés ne lui manqueraient pas.*“

Auf das erst heute ausgegebene Blaubuch: „*Correspondence respecting the affairs of Italy from the signature of the preliminaries of Villafranca to the postponment of the congress*“, 252 Actenstücke auf 725 Seiten enthaltend, behalte ich mir vor zurückzukommen.

London, 23. Februar 1860.

Niemand bezweifelt jetzt mehr, dass das Ministerium siegreich aus der Budget-Debatte hervorgehen wird. Es stellt sich mehr und mehr heraus, dass das französische Calcul vollkommen richtig war. Je mehr man dasselbe durchschaut, desto höher steigert sich das Misstrauen gegen Napoleon. Die materiellen Vortheile, welche der Persigny'sche Vertrag den Handels-Interessen bietet, sind jedoch so überwiegend, dass der Jubel der Manchester-Schule keine Grenzen kennt. Nicht nur die Radicalen werden wie ein Mann für den Vertrag stimmen, Palmerston und Cobden rechnen auch auf eine Anzahl conservativer Ueberläufer. Einige Mitglieder der Tory-Partei besitzen beträchtliche Kohlengruben, und die Eröffnung des französischen Marktes für deren Producte wird bei der Abstimmung schwer in die Wagschale fallen.

London, 25. Februar 1860.

Russland und Preussen haben sich über die Modalität verständigt, die von Frankreich inspirirte Idee, die Lösung der italienischen Wirren einer europäischen Conferenz zu übertragen, gemeinschaftlich bei dem britischen Gouvernement anzuregen. Dieser Versuch ist gescheitert. Lord John Russell erklärte Herrn von Brunnow und dem Grafen Bernstorff, sie kämen zu früh, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Darauf aufmerksam gemacht, dass Lord Palmerston im Gegentheil der Ansicht Ausdruck gegeben, der Augenblick sei vorüber, nahm der Staats-Secretär des Auswärtigen seine Zuflucht zu einer irländischen Anekdote, um zu beweisen, dass „zu spät“ und „zu früh“ gleichbedeutende Begriffe seien.

Durch die Annahme des Handelsvertrages und durch die beiden letzten Abstimmungen — welche man das Magenta und das Solferino der Conservativen nennt — gekräftigt, ist das britische Ministerium mehr denn je entschlossen, „der unerbitt-

lichen Logik der Thatsachen" in Italien völlig freie Hand zu lassen. In dieser Stimmung wird die Mahnung des preussischen Gesandten, Frankreich und Sardinien vor jedem Angriffe auf die Mincio-Linie zu warnen, auf Lord John Russell keinen tiefen Eindruck gemacht haben. Indessen ist die Mahnung selbst ein hoch erfreuliches Symptom für die correcte Haltung des Berliner Cabinets.

Theoretisch ist es immerhin von Wichtigkeit, dass Russland und Preussen die französischen Entschuldigungen nicht gelten lassen, vielmehr in Mittel-Italien für das Princip des legitimen Rechtes, wenn auch nicht mit den Waffen in der Hand, eintreten. Den Breslauer Besprechungen gemäss haben sich beide Mächte gegen eine Conferenz *à quatre* (d. h. ohne Oesterreich) wie gegen die Aufstellung eines Programms verwahrt, welches von vornherein ihnen die Hände binden könnte. Diese Verwahrungen haben jedoch keinen praktischen Werth, da die Conferenz weder *à quatre* noch *à cinq* zu Stande kommt. In jedem Falle kann die zuwartende Haltung des k. k. Cabinets der Verständigung desselben mit Preussen und Russland nur förderlich sein.

Wenn eine schlechte Sache durch eine gute Feder gebessert werden könnte, so würde Thouvenel's Depesche vom 31. Januar in Wien den gewünschten Erfolg gehabt haben. Graf Rechberg hat jedoch nicht verfehlt, in seinen an den Fürsten Metternich unter dem 17. d. gerichteten Erlassen die glänzenden Sophismen des französischen Ministers zu widerlegen. Jeder Unbefangene wird daraus entnehmen, dass Oesterreich, ohne sich selbst aufzugeben, die bewussten vier Punkte nicht gutheissen konnte.

Der hiesige k. k. Gesandte ist unter vertraulicher Mittheilung der Depeschen Rechberg's angewiesen worden, Lord John Russell auf die Wühlereien Sardiniens aufmerksam zu machen und über die Vertheidigungs-Massregeln, welche in Venetien getroffen werden, zu beruhigen.

Als bekannt darf ich voraussetzen, dass die römische Curie die jüngsten Vorschläge des französischen Cabinets abgelehnt hat.

Der Herzog von Gramont hatte für die Abtretung der Legationen die Insel Sardinien oder gewisse Gebietstheile des Königs von Neapel — welcher durch die Insel Sardinien entschädigt werden sollte — angeboten. Da der römische Hof auf diesen Handel nicht eingegangen ist, haben diese Vorschläge nur noch ein historisches Interesse.

London, 5. März 1860.

Die hiesige deutsche Diplomatie hat die Hände nicht in den Schoss gelegt, wenn sich auch ihre Thätigkeit nicht auf dem amtlichen Felde bewegen konnte. Ob ihre Bemühungen von Erfolg gewesen, wird sich in der heutigen Unterhaus-Sitzung zeigen.

Seitdem der Nebelfleck der savoyischen Frage sich am politischen Horizonte gezeigt, ist nichts versäumt worden, um den hiesigen für die auswärtige Politik so unempfänglichen Staatsmännern die Augen zu öffnen.

Die französische Thronrede und die im „Moniteur“ veröffentlichten Depeschen Thouvenel's vom 24. v. M. ergänzen das dem Parlamente soeben vorgelegte Blaubuch und bestätigen die seit Wochen vorausgesagten Befürchtungen. Gern würde man hier die Politik des Vogel Strauss befolgen, aber Thatsachen sind Thatsachen und jede Möglichkeit, noch ferner Vertrauen zu heucheln, ist verschwunden. Die Maske ist gefallen. Die „geographische Nothwendigkeit“ ist ein Argument von zu bedenklicher Dehnbarkeit, um überhört zu werden.

Der preussische Gesandte war allein in der Lage, amtlich zu handeln. Auf Befehl seiner Regierung hat er sowohl Palmerston als Russell energisch interpellirt über das, was England thun werde. Er hat betont, dass Preussen das Recht habe, auf eine bestimmte Antwort zu dringen. Es müsse wissen, ob und in wie weit man auf England rechnen könne, falls die geographische Nothwendigkeit der natürlichen Grenzen auch auf Deutschland ausgedehnt werden sollte. Wie zu erwarten, haben beide Minister weniger ausweichend als ablehnend geantwortet: England habe

nicht die Gewohnheit, sich für Eventualitäten der Zukunft die Hände zu binden, und werde keinerlei Engagements eingehen. Bernstorff hat erwidert, seine Regierung verlange kein Engagement für die Zukunft, wohl aber eine unzweideutige Antwort auf die brennende Frage des Tages, ob England als Garant der Verträge von 1815 die Einverleibung Savoyens ohne Protest geschehen lassen werde? Bis jetzt ist Alles vergebens aufgeboten worden, um die englische Regierung von der Nothwendigkeit einer solchen Rechts-Verwahrung zu überzeugen. Es bleibt daher nichts übrig, als die Minister, wenn irgend möglich, durch das Parlament zu dem zu zwingen, was sie freiwillig nicht thun wollen. Vor acht Tagen war die Constellation für einen solchen Versuch noch sehr ungünstig. Durch ihre Niederlagen entmuthigt hatten die Conservativen das Vertrauen zu ihren Führern verloren. Seit dem Bekanntwerden der französischen Thronrede ist jedoch ein für die Minister sehr bedenklicher Umschwung eingetreten. Sir Robert Peel's und Lord John Manners' Reden hatten gezündet und Bright's von Lord John Russell desavouirter, nur von Gladstone mit Beifall begrüsster, taktloser Ausfall die Gemüther erbittert [1]). Es galt diese Stimmung zu benutzen.

Die Herzogin von Wellington hatte vorgestern zu Ehren des Prinzen von Oranien eine grössere Abendgesellschaft veranstaltet, welche uns Gelegenheit bot, die hervorragendsten Mitglieder beider Häuser zu sondiren. Graf Bernstorff übernahm es Lord Malmesbury über die Sachlage aufzuklären und forderte ihn geradezu auf, im Oberhause einen Protest gegen die Einverleibung von Savoyen zu beantragen. Ich bemühte mich Lord Lyndhurst und Lord Grey für diese Idee zu gewinnen. Letzterer fürchtete, es sei zu spät, eine Befürchtung, welche ich mit dem bekannten „*It is never too late to mend*" nicht erfolglos bekämpfte. Auch Sir Robert Peel, noch ganz glücklich über seinen jüngsten Er-

[1]) Siehe über diese Sitzung Malmesbury's Memoirs of an Ex-Minister vol. II, pag. 218.

folg, wurde mit der nöthigen Munition zu einem neuen Angriffe versehen. Einer meiner Collegen gab mir unter den Fuss, ob es denn nicht möglich sein sollte, eine Adresse durchzusetzen, in welcher das Parlament die Königin ersuchte, ihrer Regierung geradezu den Protest befehlen zu wollen.

Nachdem ich die Sache beschlafen, beschloss ich diesen Gedanken in veränderter Form mit Disraeli zu besprechen. Als ich gestern bei ihm vorsprach, hatte er zwar seine Thür verboten, aber seine Leute versicherten Befehl zu haben, mich trotzdem jederzeit zu melden. Ich wurde sofort empfangen.

„Ich bringe Ihnen einen Vorschlag *(a suggestion)*," sagte ich, „obgleich Sie dessen kaum bedürfen werden. Das Unterhaus hat nachgerade genug gesprochen über Savoyen. Es ist Zeit zu handeln. So viel ich weiss, werden die Minister morgen (d. h. heute) eine Adresse beantragen, in welcher das Haus die Annahme des Handelsvertrages der Königin unterbreiten soll. Sollte es nicht möglich sein, ein Amendement durchzubringen und die Krone gleichzeitig in derselben Adresse zu ersuchen, gegen die Einverleibung Savoyens förmlich zu protestiren? Die Beweggründe brauche ich Ihnen nicht zu entwickeln. Es handelt sich um eine Ehrensache für die Nation, für das Haus und vor Allem für die conservative Partei. Mit Recht oder Unrecht erblickt man in dem Handelsvertrage nur ein Bestechungsmittel, um die Zustimmung des Unterhauses zu dieser schreienden Verletzung der bestehenden Verträge zu erkaufen. Ist es nicht angezeigt, durch die That zu beweisen, dass das englische Parlament es unter seiner Würde hält, auf einen solchen Handel einzugehen? Ein Protest ist keine Kriegserklärung, aber eine Wahrung des Rechtes. Hat Lord Malmesbury nicht im vorigen Jahre gegen den Durchmarsch der französischen Truppen durch das neutrale Gebiet von Savoyen protestirt? Da haben wir einen Präcedenzfall. Ergreift England die Initiative, so werden Preussen, Oesterreich und Russland folgen. Jetzt oder nie ist der Augenblick für einen genialen Feldherrn, sich zu zeigen. Wäre es nicht

ein grosser Triumph, nach zwei verlorenen Schlachten endlich doch den Sieg zu erfechten? Und was riskiren Sie? Gar nichts. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Minister es nicht einmal versuchen können, sich zu widersetzen. Lord John hat sich durch seine neuesten Erklärungen die Hände gebunden. Gestatten die Formen des Hauses ein solches Amendement nicht, was würde Sie verhindern, in einer besonderen Adresse die Bitte um diese Rechts-Verwahrung gleichzeitig an die Stufen des Thrones zu bringen?"

Disraeli war dieser Auseinandersetzung mit gespanntester Aufmerksamkeit gefolgt. Er dankte mir auf das wärmste und nannte den Gedanken „*a capital and most excellent idea*".

„Sie kommen," rief er, „gerade zur rechten Zeit. Ich erhalte in diesem Augenblicke eine Aufforderung von Lord Derby, im Hinblick auf die heutige Debatte die savoyische Frage mit ihm zu besprechen [1]). Meiner Ansicht nach ist gegen ein Amendement, wie Sie es vorschlagen, nichts einzuwenden. Werden die Minister gezwungen es anzunehmen, so ist dies ein wahrer Triumph für uns."

Auch Seymour Fitzgerald ist für diese Idee gewonnen. Er weiss, dass Lord John Russell, als er in der Sitzung vom 28. Februar bei Gelegenheit der Motion Kinglake's seinem Optimismus die Zügel schiessen liess, seit zwei Tagen im Besitze des Thouvenel'schen Erlasses vom 24. Februar gewesen sein musste. Der französische Botschafter schäumt und verbirgt weder den Ministern noch anderen seine Missstimmung. Er behauptet, Lord John habe seinen kaiserlichen Herrn auf das unverantwortlichste blossgestellt. In einer Unterredung mit Lord Palmerston gestern Abend wurde Persigny so heftig und schrie so laut, dass wir Umstehende deutlich die Worte vernahmen: „*La Savoie? Mon*

---

[1]) Ueber Lord Derby's Auffassung der Sachlage vergleiche dessen Brief an Lord Malmesbury von demselben Tage in: Memoirs of an Ex-Minister vol. II, pag. 218.

Dieu! Tout cela a été arrangé préalablement avec la Sardaigne. Vous n'avez rien à y voir. Les anciens traités n'existent plus. Un nouvel ordre de choses a été créé en Italie et nous oblige à réclamer de nouvelles garanties."

Oesterreich tritt aus seiner Zurückhaltung nicht heraus. Man sieht es in Wien vielleicht nicht ungern, wenn Sardinien geschwächt wird und eine zweite offene Grenze erhält. Andere glauben, man bediene sich der savoyischen Frage als Unterhandlungsmittels, um wesentliche Zugeständnisse von Frankreich zu erlangen. Wie dem auch sei, eine wirkliche Verständigung zwischen Oesterreich und Frankreich ist nur auf Kosten Englands denkbar.

Wie die Sachen heute liegen, giebt es nur eine Macht, den Uebergriffen des Bonapartismus Halt zu gebieten: das britische Parlament.

London, 19. März 1860.

Die Antwort auf die am 15. d. hier eingegangene Depesche des Herrn von Thouvenel ist im Cabinets-Conseil vorgestern, den 17., berathen worden. Lord John Russell und Sir Cornewall Lewis waren durch Unwohlsein verhindert, an dieser wichtigen Berathung Theil zu nehmen; ebenso Lord Granville, welcher seit dem vor wenigen Tagen erfolgten Ableben seiner Gemahlin noch nicht wieder in die Stadt gekommen ist. Die Abwesenheit der Staats-Secretäre des Aeussern und des Innern hat zu dem Gerüchte Anlass gegeben, beide hätten ihre Entlassung eingereicht; ersterer in Folge einer ernsten Meinungsverschiedenheit mit dem Premier-Minister, letzterer, weil er, von vornherein mit Gladstone's Finanzplan nicht einverstanden, die Verantwortlichkeit dafür nicht länger übernehmen wolle. Die Entlassung Sir Cornewall Lewis' wird im „Observer" ausdrücklich dementirt. Dass Lord John Russell, schon seit einigen Tagen unwohl, sich für die bevorstehende zweite Lesung seiner Reformbill habe schonen wollen, ist an sich nicht unwahrscheinlich. Es

ist jedoch nicht zu verkennen, dass die Haltung desselben in der Freitags-Sitzung zu einer ernsten Auseinandersetzung mit Lord Palmerston geführt haben könnte. Die unerwarteten Enthüllungen *(unexpected revelations)* entsprachen kaum den hiesigen Gepflogenheiten. Als Lord John am vergangenen Freitag im Unterhause seine Kritik der Thouvenel'schen Depesche mittheilte, war letztere seit vierundzwanzig Stunden in seinen Händen. Man fragt sich, was den Staats-Secretär des Aeusseren bewogen, ein so wichtiges Actenstück seinen Collegen vorzuenthalten und dem Hause ohne Vorwissen des Cabinets mitzutheilen. Man erinnert zugleich an dessen heftigen mit Lord Palmerston's Lobeserhebungen in so seltsamem Widerspruche stehenden Ausfall gegen Graf Cavour, um die obgedachte Vermuthung zu begründen. Einige behaupten, der Grund der Missstimmung zwischen beiden leitenden Ministern liege noch tiefer. Lord Palmerston hatte schon zur Zeit des letzten Derby-Ministeriums nach seinem Besuche in Compiègne sich in eine Privat-Correspondenz mit dem Kaiser Napoleon eingelassen. Lord John soll nun die Entdeckung gemacht haben, dass der edle Viscount diesen Briefwechsel, seitdem er Premier-Minister geworden, fortsetze und zwar hinter dem Rücken seiner Collegen. Kurz vor oder nach dem Neujahrsgrusse an Hübner soll Palmerston geäussert haben: verlange Kaiser Napoleon Savoyen und Nizza, so sei diese Erwerbung zu unbedeutend, um eine Einsprache Englands zu rechtfertigen. Seitdem mag sich Palmerston's Auffassung wesentlich modificirt haben, wie schon seine Dienstags-Rede beweist. Seine Vertrauten wollen vorgestern eine sehr ausgesprochene Verstimmung des Premiers gegen seinen kaiserlichen Freund bemerkt haben.

Eine grosse Verlegenheit für das Cabinet erwächst aus der Protestation der Schweiz. Lord John hatte bezüglich der neutralen Gebiete von Chablais und Faucigny im Unterhause ausdrücklich versprochen, die Rechte der Eidgenossenschaft zu wahren. Er entschuldigt sich jetzt damit, die Schweiz habe directe Ver-

handlungen mit Frankreich angeknüpft und erst nach Abbruch derselben, als es zu spät gewesen, die Hilfe der übrigen Grossmächte angerufen. Dass die schweizerische Diplomatie in Paris dupirt worden, ist sehr wahrscheinlich; sie ist nicht die einzige. Die Behauptung, dass man in Bern zu spät Lärm geschlagen, wird jedoch durch die von den Engländern selbst veröffentlichten Actenstücke widerlegt.

Jedenfalls sind wir an einem Wendepunkte angelangt und Alles mahnt an die Krisis von 1853. Wie der Krimkrieg grossentheils dadurch herbeigeführt wurde, dass Kaiser Nikolaus den Friedens-Aposteln der Manchester-Schule, Bright und Cobden, einen Einfluss zuschrieb, den sie nicht besassen, so könnte sich Kaiser Napoleon heute durch den Finanzplan Gladstone's, die Annahme des Handelsvertrages und Lord Palmerston's Haltung irre geleitet, über die wahre Stimmung Englands täuschen.

Die Sachlage wird an einer über die Strömung der Parteileidenschaft erhabenen Stelle sehr ernst aufgefasst. Fehler über Fehler habe man begangen, klagt man dort, und sich vollkommen täuschen lassen. Alles was geschehe, um den Frieden zu erhalten, könne dazu führen, den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen und der erste Kanonenschuss werde England leider unvorbereitet finden.

Persigny ist wieder einmal in grösster Aufregung. Sein armer Kaiser, sagt er, sei viel zu gut. Er habe es Allen recht machen wollen, den Franzosen, den Engländern, den Italienern, den Schweizern, und habe es keinem recht gemacht. Daraus seien alle diese Verlegenheiten erwachsen.

Ein wetterkundiger Prophet verkündete gestern, binnen sechs Wochen würden die Botschafter in Paris und London beiderseits ihre Pässe verlangen.

London, 25. März 1860.

Lord John Russell's Antwort auf die Thouvenel'sche Depesche vom 13. dürfte, obgleich Persigny dies bezweifelte, bereits ab-

gegangen sein. Es werden darin alle schon vorgebrachten Gegenvorstellungen gegen die Einverleibung von Savoyen wiederholt. Die durch den Protest der Schweiz angeregte Frage von Chablais und Faucigny ist einer besonderen Depesche vorbehalten. Letztere scheint noch nicht abgegangen zu sein. Lord Russell hat dem französischen Botschafter vorgestern mit einem förmlichen Proteste gegen die Erwerbung dieser neutralisirten Districte gedroht. Der Botschafter will erwidert haben, ein solcher Protest würde als Kriegserklärung aufgefasst werden, Frankreich könne nicht mehr zurück, die englischen Minister kämen zu spät und hätten sich das selbst zuzuschreiben. Dass die öffentliche Meinung und das britische Unterhaus der savoyischen Frage eine so grosse Bedeutung beilegen werde, habe man in Paris nicht ahnen können. Jetzt sei die Sache abgethan, Kaiser Napoleon habe die savoyische Deputation empfangen und könne unmöglich das Project aufgeben, nur um Lord Palmerston am Ruder zu erhalten. Da Lord John schliesslich versprochen, diese Auslassungen des Botschafters dem Cabinet vorzutragen, so schmeichelt sich Persigny, eine mildere Behandlung der Sache erzielt zu haben. Der Staats-Secretär des Aeusseren für seine Person ist zu einer sehr entschiedenen Haltung Frankreich gegenüber entschlossen. Er beklagt um so mehr die Passivität Russlands, die Schwäche Oesterreichs und Preussens und die Uneinigkeit Deutschlands.

Russland hat erklärt, gegen die Abtretung Savoyens und Nizzas sei im allgemeinen nichts einzuwenden. Jeder Souverän habe das Recht, sein Land einem anderen zu cediren. Die Schweiz habe keinen Grund zur Beschwerde, falls Frankreich die Verpflichtungen des bisherigen Landesherrn der Eidgenossenschaft gegenüber übernehme. Letzteres soll geschehen sein. Die Antworten Oesterreichs und Preussens standen noch zurück.

Ueber angebliche französische Sympathien der Mittelstaaten, namentlich Württembergs, circuliren wieder einmal unliebsame Gerüchte. Man sucht hier offenbar einen „Prügelknaben". Man möchte, nachdem die englische Politik, oder vielmehr der Mangel

an einer vernünftigen Politik, das Unheil angestiftet und den Kaiser Napoleon anscheinend zum Dictator Europas gemacht hat, anderen die Schuld zuschieben. Dass sich Oesterreich nicht beeilt, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ist natürlich. An eine Lösung der täglich wachsenden Verwirrung wird erst dann zu denken sein, wenn die westmächtliche Allianzlüge als solche erkannt und aufgegeben wird.

Während des heutigen *drawing room* machte Lord Palmerston dem harmlosen neapolitanischen Gesandten eine unglaubliche Scene. Er sagte ihm in italienischer Sprache, man habe in Neapel nur die Wahl, entweder die Regierungsform oder die Dynastie zu ändern; letzteres würde in England mit lautem Beifalle begrüsst werden. Der arme, alte Chevalier hatte kurz vorher auf telegraphischem Wege seine Abberufung erhalten. Er fand um so weniger den Muth, auf diesen unerwarteten Angriff zu antworten. In Verbindung mit der unmotivirten Absendung der englischen Flotte nach Neapel erblickt man in dieser Scene ein Vorspiel für eine Besetzung der Insel Sicilien.

„Das von Frankreich gegebene Beispiel," sagte mir heute Abend Baron Rothschild, „ist bedenklich ansteckend. Man darf sich nicht wundern, wenn England die erste Gelegenheit benutzt, um sich in den Besitz von Sicilien und Egypten zu setzen. Ebenso wenig wird man jetzt die Vereinigten Staaten an der Annexion von Cuba hindern können."

London, 16. April 1860.

Einen kurzen während der Parlamentsferien unternommenen Ausflug nach Paris habe ich benutzt, um mich über die dortigen Zustände einigermassen zu orientiren.

Fürst Metternich war unwohl und an das Zimmer gefesselt. Ich habe mich ungestört mit ihm aussprechen können. Im allgemeinen bezeichnete der k. k. Botschafter die Beziehungen zwischen beiden Kaiserhöfen äusserlich und anscheinend wenigstens als befriedigend. Er erwartete eine ihm telegraphisch signa-

lisirte Courier-Expedition. Die zuletzt eingegangene vom 29. v. M. brachte die Antwort Rechberg's auf die Thouvenel'sche Depesche vom 13., eine Antwort, die mit Befriedigung aufgenommen worden ist. In einer vertraulichen Depesche vom 21. v. M. hatte Thouvenel mit Freuden von den mündlichen Zusicherungen Act genommen, welche der Marquis de Moustier aus dem Munde des Kaisers Franz Joseph eingemeldet. Seine Majestät hatte dem französischen Botschafter wiederholt, er werde Italien gegenüber in der Politik der Zurückhaltung beharren und Alles vermeiden, was einen Bruch mit Frankreich herbeiführen könne. Unter Hervorhebung der Weisheit dieser Worte betonte Thouvenel, Frankreich verlange nicht das Aufgeben von Principien, sondern halte nur im wohlverstandenen Interesse beider kaiserlichen Höfe die österreichische Politik des Zuwartens für geboten. Kaiser Napoleon wünsche nichts so sehr, als *de pouvoir dégager sa responsabilité en retirant ses troupes de la Lombardie.* Rechberg nimmt diese Versicherung mit Genugthuung entgegen. Er hebt hervor, wie Oesterreich Alles, was von Piemont gegen die alten und neuen Verträge geschehe, als nur *de facto,* nicht *de jure* bestehend betrachte. Zugleich spricht er die Erwartung aus, Kaiser Napoleon werde durch die Ereignisse belehrt werden, dass der von Piemont *avec un cynisme révoltant* eingeschlagene Weg zur Herstellung des Friedens in Italien nicht führen könne.

Seitdem ist der Fürst angewiesen worden, sich über das Verweilen der französischen Truppen und die an Sardinien gewährten Unterstützungen an Waffen und Munition eine anderweite Erklärung zu erbitten. Der k. k. Botschafter hat die bündigsten Zusicherungen erhalten. Er ist überzeugt, dass das Mailändische Gebiet Ende Mai von den französischen Truppen geräumt sein wird. So zweckentsprechend die nach Turin ertheilten Rathschläge der französischen Regierung auch erscheinen, so ist doch Cavour, von der Revolution längst überflügelt, nicht mehr in der Lage, dieselben zu befolgen. Das französische Cabinet verlangt die schleunige Erledigung der savoyischen Frage. Es empfiehlt

die Vertagung des Turiner Parlamentes, denn wie im letzten Kriege werde nur die Dictatur gestatten, sich in den neuerworbenen Besitzungen festzusetzen.

Dass in einem geheimen Artikel des französisch-sardinischen Vertrages vom 24. den Sardiniern der Besitz der Lombardei und Parmas garantirt worden, hält Fürst Metternich für wahrscheinlich; dass diese Garantie auch auf Modena und Toskana ausgedehnt worden, erscheint ihm unmöglich. Volles Vertrauen schenkt er der Betheuerung Thouvenel's, Kaiser Napoleon wünsche nichts sehnlicher, als Victor Emanuel seinem Schicksale zu überlassen, und werde Alles thun, um einen Angriff auf Venetien und den Wiederausbruch des Krieges in Italien zu verhindern.

Einem dem Fürsten Metternich nur zu seiner Information mitgetheilten Berichte des k. k. Botschafters in Rom entnahm ich, dass Cardinal Antonelli die ernstesten Besorgnisse hegt und die Entfernung des Papstes als eine nicht unwahrscheinliche Eventualität scharf in's Auge fasst. Ein päpstliches Dampfboot liegt bereit, auch hat der britische Geschäftsträger Odo Russell Seiner Heiligkeit ein englisches Kriegsschiff für alle Fälle zur Verfügung gestellt. Die Frage, wohin der Papst sich wenden solle, ist eingehend erörtert worden. Antonelli hat dabei kategorisch erklärt, von Frankreich könne keine Rede sein, Pius IX. werde sich nie unter den Schutz dieser Macht begeben. Oesterreich wolle man nicht in Verlegenheit setzen und werde daher im Nothfalle das spanische Festland als Zufluchtsstätte wählen.

General Lamoricière ist in Rom eingetroffen und hat das Commando der päpstlichen Truppen übernommen. Glaubwürdige Privatbriefe bestätigen die Zeitungsnachricht, dass sich der General über das vorgefundene reiche Kriegsmaterial wie über die Truppen selbst günstig ausgesprochen. Weder Lamoricière noch sein Adjutant, der Marquis de Pimodan, haben die Erlaubniss des Kaisers der Franzosen eingeholt, doch ist dies nachträglich durch den Papst geschehen. Napoleon III. macht *bonne mine à mauvais jeu* und lässt allen französischen Offizieren freie Hand, dem orleani-

stischen Generale zu folgen, sei es um der italienischen Umsturzpartei Verlegenheiten zu bereiten, sei es um den Rückzug der französischen Garnison aus Rom zu ermöglichen.

London, 18. April 1860.

Ein gestern hier eingetroffener österreichischer Courier überbringt keine neuen Vorschläge in der Schweizer Angelegenheit. Lord John Russell's Idee einer Conferenz in London oder Brüssel ist als gescheitert zu betrachten. Kaiser Napoleon erklärt, er werde sich nicht als Angeklagter vor einen europäischen Areopag stellen und an keiner Conferenz Theil nehmen, es sei denn, dass dieselbe in Paris nach vollständiger Durchführung des Vertrages vom 24. März stattfinde. Die Schweiz weist die angebotenen Schein-Concessionen zurück und zieht es vor, unter Protest der Gewalt zu weichen. Die Schweiz verlangt als *conditio sine qua non* die Ueberlassung der Ufer des Genfer Sees und der Simplon-Strasse. Das Gerücht von einer erfolgten Verständigung wurde gestern von Bern telegraphisch dementirt. Die Idee eines Programmes für die Conferenz ist in Petersburg gescheitert.

London, 22. April 1860.

Am 8. d., am Tage vor der Abreise Persigny's, hat im französischen Botschaftshôtel eine Conferenz stattgefunden, zu welcher Lord John Russell von Pembroke Lodge in die Stadt gekommen war. Ausser dem Staats-Secretär und dem Botschafter hat nur der Schweizer Abgeordnete, Herr De la Rive, daran Theil genommen.

Nachdem dieser seinen Instructionen gemäss alle Schein-Concessionen abgelehnt und für die Schweiz eine feste strategische Grenze verlangt, erklärte er, die Eidgenossenschaft werde der Gewalt weichen, die bisherige Neutralität aufgeben und durch ihren Anschluss an Deutschland den Inconvenienzen entgehen, welche ihr aus der Cession der neutralen savoyischen Gebiets-

theile erwüchsen. Persigny soll hierauf die Feder ergriffen und gefragt haben: „*Voyons, qu'est-ce qu'il vous faut?*“ Der Schweizer Bevollmächtigte bemerkte, er sei nicht instruirt, die strategische Grenze zu formuliren. Der französische Botschafter liess sich indessen nicht abhalten, das savoyische Ufer des Genfer Sees und die Simplon-Strasse als die Punkte zu bezeichnen, deren Besitz der Schweiz zugesprochen werden müsse. Er versprach zugleich, diese Forderung persönlich in Paris beim Kaiser Napoleon zu vertreten. Sanguinisch wie immer, sprach Lord John hierauf die Erwartung aus, es werde Persigny gelingen, auf dieser Grundlage ein zufriedenstellendes Abkommen zu vermitteln. Der Erfolg hat diesen Erwartungen nicht entsprochen. Thouvenel drohte mit seiner Entlassung, falls der Kaiser Persigny Gehör schenke. Lord John schiebt die Schuld auf den letzteren, welcher durch eine zu eifrige Vertheidigung des englischen Standpunktes der Sache eher geschadet als genützt habe. Persigny's Prophezeiung, die Ablehnung jener Forderungen der Schweiz würde binnen sechs Monaten einen Krieg mit England zur Folge haben, mag den Kaiser Napoleon in seinem Widerstande nur bestärkt haben. Thatsache ist, dass Persigny trotz der Drohungen, mit denen er hier vor einiger Zeit um sich warf, überzeugt ist, sein Kaiser könne einen Krieg mit England gar nicht führen und würde einen Bruch binnen Jahresfrist mit seiner Krone bezahlen. Wenigstens hat er sich einem Vertrauten gegenüber kurz vor seiner Abreise in diesem Sinne ausgesprochen.

Inzwischen thut der französische Hof Alles, um eine Intimität mit dem österreichischen zur Schau zu tragen, welche in Wahrheit nicht besteht. Metternich mag noch so scharf den tiefgreifenden Unterschied betonen, welcher zwischen der österreichischen und der französischen Auffassung der Sachlage vorliegt. Napoleon und sein Minister schwärmen um die Wette für die Loyalität und Consequenz der österreichischen Politik.

Das von Paris aus verbreitete Gerücht, das k. k. Cabinet habe sich in der savoyischen Frage ganz auf den russischen

Standpunkt gestellt, wird heute auf Grund einer Weisung des Grafen Rechberg in der „Times“ dementirt.

Wenn bisher von einer Annäherung Englands an Oesterreich im Sinne der Rede Lord John's vom 26. v. M. noch nichts zu spüren ist, so ist der Grund davon kaum in der Befürchtung zu suchen, die in Paris affectirte Intimität mit Oesterreich könne die englischen Interessen schädigen. Man weiss hier, was davon zu halten, und hat die französische Spiegelfechterei längst durchschaut. Die Schwierigkeit liegt theils in den italienischen Sympathien der englischen Minister, theils in deren Zweifel an die momentane Allianzfähigkeit des Kaiserstaates. Palmerston hat vor wenigen Tagen mit einem Staatsmanne, der mit den continentalen Verhältnissen sehr genau bekannt ist [1]), die Frage sehr eingehend besprochen. Er hat zunächst die Nachricht von den Ungarn zu gewährenden umfassenden Concessionen als einen für Europa folgenschweren Wendepunkt bezeichnet. Alles was er wünsche, sei, dass Oesterreich erstarke. Jetzt laste der französische Einfluss auf dem Wiener Cabinete. Von allen Seiten bedroht, sehe sich dasselbe in der traurigen Lage, dem Kaiser Napoleon die Vermittlerrolle zu gönnen, welche er so bereitwillig zwischen dem Kaiser Franz Joseph und seinen Unterthanen übernommen. „Wie wollen Sie,“ rief der Premier, „dass wir ein Schutz- und Trutzbündniss abschliessen mit einer Macht von innen und von aussen so bedroht wie das heutige Oesterreich?“ Ueber die Erklärung Lord John Russell's vom 26. v. M. bemerkte Lord Palmerston in derselben Unterredung: „Ich würde dasselbe gesagt haben, aber mit anderen Worten.“ Der edle Lord zeigte dabei in den Bestand seines Ministeriums ein Vertrauen, welches sein Unterredner nicht theilt, obgleich in den letzten Tagen eine Annäherung der Mehrheit des Cabinets an den Premier-Minister stattgefunden hat. Die sogenannte Hofpartei ist unge-

---

[1]) Lord Stratford de Redcliffe, früher britischer Botschafter in Constantinopel.

halten über Lord John's Erklärung vom 26., zu welcher das Cabinet ihn nicht ermächtigt zu haben scheint. Man wittert neue Intriguen und fürchtet, der Staats-Secretär des Aeussern wolle die anti-französische Strömung der öffentlichen Meinung benutzen, um eine Cabinetskrisis herbeizuführen und zu seinen Gunsten auszubeuten. Ueber diese anti-französische Stimmung des Landes giebt sich übrigens Palmerston keiner Täuschung hin. Seiner Ansicht nach könnte der Krieg in wenigen Wochen unvermeidlich gemacht werden, wenn man wollte. Er glaubt jedoch die Stunde noch nicht gekommen und hält es für seine Aufgabe, die kriegerischen Leidenschaften niederzuhalten, weil ein vereinzeltes und unzeitiges Losschlagen nicht im Interesse Englands sein würde.

Im Lichte dieser vertraulichen, *cum grano salis* aufzunehmenden Auslassungen kann es nicht verwundern, wenn die Besprechungen Lord John Russell's mit Apponyi bisher erfolglos geblieben sind. Es ist unverkennbar, dass eine mehr oder minder bestimmt formulirte Garantie seines dermaligen Besitzstandes in Italien, für Oesterreich die *condito sine qua non* einer Annäherung an England bilden würde. Direct ist ein solches Ansinnen nicht gestellt, indirect aber abgelehnt worden. Lord John begreift vollkommen, dass Oesterreich unter den jetzigen Umständen Alles thun müsse, um einem neuen französischen Feldzuge in Italien vorzubeugen.

Der Hauptgrund, welcher dem britischen Cabinet eine Annäherung an Oesterreich wünschenswerth machte, ist in den letzten Tagen hinweggefallen. Das im Oriente drohende Gewitter hat sich verzogen. Kaiser Napoleon mag die Gefahr geahnt und Alles gethan haben, um Englands Misstrauen zu beschwichtigen. Lavalette soll demnächst nach Constantinopel zurückkehren. Die diesem französischen Botschafter mitgegebenen Instructionen empfehlen ihm auf das dringendste die Aufrechterhaltung des *status quo*. Cowley, dem diese Weisungen mitgetheilt worden, spricht sich sehr befriedigt darüber aus und ist der Ueberzeugung, Frank-

reich werde vorläufig im Oriente Hand in Hand mit Oesterreich und England gehen.

London, 30. April 1860.

Wenn nicht ganz unvorhergesehene Glücksfälle eintreten, dürfte das Ministerium Palmerston-Russell in seiner jetzigen Zusammensetzung das Ende der Session kaum erleben. Die „kleine Bill“, wie Lord John mit einem Anfluge von wohlberechneter Bescheidenheit seine Reformbill neulich nannte, ist ein Stein des Sisyphus, zugleich ein Erisapfel, welcher das gegenwärtige Ministerium zu sprengen droht. Die in den letzten zehn bis vierzehn Tagen wiederholt stattgefundenen Berathungen haben nur den unversöhnlichen Widerspruch constatirt, in welchen Lord John mit seinen Collegen gerathen ist. Die wenn auch eben nicht glänzende, aber staatskluge Taktik der Opposition feiert im Stillen einen entschiedenen Sieg. Das kaum zwei Jahre alte Unterhaus ist noch zu jung und lebensfrisch, um den ihm angemutheten Selbstmord zu vollziehen. Die von Tage zu Tage hinausgeschobene zweite Lesung könnte nur unter der stillschweigenden *reservatio mentalis* erfolgen, dass der Gesetzesvorschlag im Ausschusse nicht durchgehen werde. Lord Palmerston tadelt zwar officiell die Cunctator-Taktik Disraeli's, reibt sich aber im Stillen die Hände. Gestützt auf die Majorität des Cabinets hat er versucht, Lord John von der Nothwendigkeit umfassender Zugeständnisse zu überzeugen. Bis jetzt vergebens. Lord John hält sich für persönlich verpflichtet *(pledged)* und wird, falls sich das Cabinet wie bisher weigert, die Solidarität einer solchen Verpflichtung zu übernehmen, wahrscheinlich austreten und dadurch das Signal, wenn nicht zu einer Auflösung, aber zu einer Aufmischung des Ministeriums geben. Zu dieser Niederlage des Reformers gesellt sich noch diejenige, welche denselben auf dem Felde der äusseren Politik erwartet. Niemand glaubt mehr, dass es ihm gelingen werde, eine Conferenz zu Stande zu bringen und für die Schweiz ausreichende Garantien zu erlangen. Die

Windstille, welche jetzt die parlamentarischen Wellen glättet, birgt daher unleugbare Gefahren. Schon läutet heute die „Times“ deutlich genug das Sterbeglöcklein der „kleinen Bill“ und beschwört Minister und Opposition, die leidige Reformfrage zu einem halbwegs anständigen Abschlusse zu bringen, um die jetzige Session nicht ganz ungenutzt verstreichen zu lassen.

Der Selbstmord des Freiherrn von Bruck giebt den hiesigen Blättern wieder einmal Veranlassung, ihrem Grolle gegen Oesterreich und das österreichische System Ausdruck zu geben.

Ein Artikel des „Observer“ reproducirt die am 22. angedeutete Auffassung des Premier-Ministers. Die Theorie, Oesterreich könne nur dann erstarken, wenn es Venetien und seine Stellung in Deutschland aufgebe, ist nicht neu. Wenn dieselbe von denen gepredigt wird, welche in Herrn von Vincke den Staatsmann der Zukunft erblicken, den einzigen, der Deutschlands Einigung erzielen könnte, so beweist dies nur deren Unbekanntschaft mit unseren Verhältnissen.

Ein Brief der „Nazione“ von Triest wirft, obgleich von Feindeshand geschrieben, ein Streiflicht auf die Geheimgeschichte des letzten Feldzuges. Ist es wahr, dass Kaiser Napoleon in Villafranca zuerst auf die Unterschleife aufmerksam gemacht hat, welche die mangelhafte Verpflegung der k. k. Truppen erklären? Haben die dringenden Vorstellungen des Freiherrn von Bruck bezüglich der Finanzlage den übereilten Abschluss des Waffenstillstandes wirklich entschieden? Wenn dem so ist, dann gewinnt die Vermuthung an Wahrscheinlichkeit, dass der Kaiser von Oesterreich und seine tapfere Armee einer im Finstern schleichenden Verschwörung erlegen sind.

Die Bemannung der Flotte bereitet fortwährend dem britischen Gouvernement grosse Verlegenheiten. Der greise Lord Lyndhurst beabsichtigt, diese wichtige Frage demnächst im Oberhause zur Sprache zu bringen.

London, 1. Mai 1860.

Nachdem die Königin die Tafel verlassen, gewährte mir gestern Prinz Albert eine vertrauliche Unterredung.

Ich fand Seine Königliche Hoheit in sehr trüber Stimmung. Auf Grund der neulich in Paris gewonnenen Eindrücke warf ich die Vermuthung hin, der Friede werde bis zum nächsten Frühjahre nicht gestört werden.

Seine Königliche Hoheit theilt diese Hoffnung, bemerkte aber nicht ohne Bitterkeit: „Bis dahin werden die Piemontesen Zeit haben, sich in Italien soweit festzusetzen, um den Angriff auf Venetien wagen zu können. Bis dahin wird auch das französisch-dänische Bündniss zur Reife gediehen sein, dessen Zweck ist, einen Theil der deutschen Streitkräfte in Holstein zu beschäftigen. Dann wird voraussichtlich für den Kaiser Napoleon der Augenblick kommen, seinen prämeditirten Offensivstoss gegen den Rhein auszuführen. England wird zusehen müssen. Im Süden sind wir durch die italienischen Sympathien unserer Minister, im Norden durch das die dänische Gesammt-Monarchie gewährleistende Londoner Protokoll von 1852 in Schach gehalten. Auch der französische Handelsvertrag wird zur Niederhaltung des kriegerischen Geistes der Nation missbraucht werden. Unsere Kaufleute und Fabrikanten versprechen sich goldene Berge davon. Was Patriotismus und Loyalität heutzutage werth sind, das hat uns Bright neulich bei Gelegenheit des savoyischen Handels recht erbaulich vorgerechnet."

Dass man das Ableben des Königs Leopold abwarten werde, bevor man in Paris die Einverleibung Belgiens in das Werk setze, wurde für wahrscheinlich gehalten. Die Nachricht, dass die kurhessische Regierung auf die ständischen Wünsche einzugehen sich bereit erklärt, war noch nicht zu den Ohren Seiner Königlichen Hoheit gedrungen und ward skeptisch aufgenommen.

Nicht ohne Schärfe wurden die neuesten Vorgänge in Wien besprochen. „Das sind die Früchte," rief der Prinz, „eines über Gebühr bewunderten Systems. Jetzt wird man wohl erkennen,

dass es mit der blossen Repression und der Nachahmung der französischen Centralisation nicht gethan ist. Gegen den Schwarzenberg'schen Aderlass ist nichts einzuwenden. Nur dadurch konnte das Reich nach dem bedenklichen Schlaganfall von 1848 wieder in das Leben gerufen werden. Wenn man aber mit diesem Systeme seit eilf Jahren fortregiert und keine anderen Mittel gefunden hat, um den Patienten zu curiren als russische Bajonette und das traurige Concordat, so haben sich die österreichischen Staatsärzte ein bedenkliches Armuthszeugniss ausgestellt."

Ich versäumte nicht zu erwidern, wie es kaum möglich sei, die Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgabe zu ermessen, wenn man nicht die Ereignisse von 1848 und 1849 in Wien selbst miterlebt habe. Hätten die Herren von Bach und Bruck das Vertrauen ihres kaiserlichen Herrn getäuscht, so sei doch nicht zu vergessen, dass beide „Männer des Volkes" von der öffentlichen Meinung als die tüchtigsten bezeichnet worden waren. Könne man sich nun verwundern, wenn die als reactionär verschrieene Aristokratie in ihrem Misstrauen gegen liberale Emporkömmlinge bestärkt werde?

Was die Gefahr eines dänischen Angriffes auf Holstein anlangt, so wird bereits bekannt sein, dass das in den Zeitungen aufgetauchte Gerücht von einem Schutz- und Trutzbündnisse in Kopenhagen wie in Paris nicht ohne Ostentation abgeleugnet wird. Wenn Thouvenel dem Grafen Pourtales unaufgefordert versichert, Frankreich habe keine Zeit, sich um die dänische Frage zu kümmern und denke nicht daran, sich hineinzumischen, so wird dies kaum beruhigen können. Deutschland kann in dieser Sache weder auf die Sympathien Russlands noch auf die Englands zählen. Mein preussischer College, welcher persönlich Dänemark keineswegs geneigt ist, hat sich veranlasst gesehen, die grösste Vorsicht zu empfehlen, da eine übereilte Bundesexecution Dänemark leicht in die Arme Frankreichs drängen könnte. Er hat dabei hervorgehoben, dass eine solche Massregel hier von allen Parteien ebenso verdammt werden würde, wie im vorigen Jahre die von Oesterreich in Italien ergriffene Offensive.

Trotz Wodehouse's gestriger Antwort glaube ich versichern zu können, dass die Regierung jeden Widerstand gegen die Wahl von Paris als Sitz der Conferenz aufgegeben hat. Im Sinne des Palmerston'schen Memorandums wird man auf einer der Schweiz zu gewährenden strategischen Grenze bestehen, im Verweigerungsfalle der Cession von Savoyen und Nizza die Anerkennung versagen. Welchen Werth man einer solchen Nicht-Anerkennung in Paris beilegen würde, ist eine andere Frage. Auch könnten die britischen Minister ihre Ansichten noch ändern, falls die Conferenz wirklich zwischen dem 15. und dem 20. zu Stande kommt.

Preussen hat in den letzten Tagen der hiesigen Regierung eine correcte Haltung Neapel gegenüber dringend empfohlen.

London, 6. Mai 1860.

Die dringenden Gegenvorstellungen, welche Cavour gegen den Rückzug der französischen Truppen aus Italien erhoben, erklären sich durch seine bedrohte Stellung im Turiner Parlamente. Er wünscht sich offenbar einen Rückhalt zu sichern. Die von dem hiesigen sardinischen Gesandten ausgesprochene Befürchtung, sein Chef könne genöthigt werden, dem entfesselten Sturme der Parteileidenschaft zu weichen, scheint aufrichtig. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn man sich in Turin Garibaldi's zu entledigen sucht. Der Guerrillaführer hatte mit einem Einfalle in Umbrien gedroht. Da Victor Emanuel einen solchen kategorisch verboten, erklärte Garibaldi, er werde nach Sicilien gehen. Von England gedrängt, scheint die sardinische Regierung die nach dieser Insel geplante Expedition verhindern, der Abreise Garibaldi's für seine Person aber keine Schwierigkeit in den Weg legen zu wollen. Gestern war derselbe noch in Genua, wie Sir James Hudson telegraphisch meldet.

Von Paris verlautet, dass man geneigt sein könnte, Cavour's dringenden Bitten Gehör zu schenken, weil die italienische Frage um jeden Preis gelöst werden müsse, da die Zustände in Con-

stantinopel des Kaisers Napoleon ernsteste Aufmerksamkeit erheischten.

In der That stehen die neuesten Nachrichten über Lavalette's Sendung in seltsamem Widerspruche mit der Vertrauensseligkeit, welche das britische Cabinet aus den Lord Cowley mitgetheilten Instructionen für diesen Botschafter geschöpft hatte. Man will wissen, dass Lavalette selbst diesen ostensiblen Instructionen kein Gewicht beilegt, vielmehr bestimmte Verhaltungsbefehle verlangt. Er hat dabei an seine Zurückberufung im Jahre 1853 erinnert, seine Wiederernennung zwar als Beweis, dass man jetzt seinem früheren Verhalten Gerechtigkeit widerfahren lasse, hingestellt, aber dringend hervorgehoben, dass er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen könne, wenn man ihm nicht klare und präcise Weisungen gebe. Thouvenel soll geantwortet haben, dies sei unmöglich, da man dem Botschafter mitten in der den Orient bedrohenden Krisis überlassen müsse, nach eigenem Ermessen den Umständen gemäss zu handeln. Scheint sonach eine Mystification Lord Cowley's vorzuliegen, so wird Alles, was sich am Bosporus vorbereitet, doppelte Aufmerksamkeit verdienen, weil sich gerade dort der Massstab ergeben muss für den Grad der Intimität der russisch-französischen Beziehungen.

Trotz der Gegenvorstellungen Oesterreichs besteht England auf der Zulassung Sardiniens zu der Conferenz, um Cavour Gelegenheit zu geben, die von ihm angeblich stipulirte Neutralität von Chablais und Faucigny näher zu definiren.

Herr de la Rive giebt die Hoffnung nicht auf, ernste Garantien zu erlangen.

London, 10. Mai 1860.

Die gestern hier eingetroffenen telegraphischen Meldungen des britischen Consuls in Genua stellen die französische Nachricht von der Einschiffung Garibaldi's ausser Zweifel. Die sardinische Regierung hatte den Hafen gesperrt, um die Expedition zu verhindern. Garibaldi aber brachte seine mit Waffen und

Munition versehenen Freischärler in kleinen Boten auf zwei ausserhalb des Hafens liegende Dampfschiffe, welche angeblich nach Malta bestimmt waren. Man schätzt die Zahl der Eingeschifften nicht auf 3000, sondern nur auf 1000 Mann, vermuthet aber, dass sich während der Fahrt noch Zuzüge anschliessen werden. Garibaldi soll seine Entlassung aus dem sardinischen Kriegsdienste genommen haben. Die augenfällige Connivenz der sardinischen Regierung wird durch den Umstand entschuldigt, dass Garibaldi, in Nizza geboren, aufgehört habe, Victor Emanuel's Unterthan zu sein.

Dass die englische Regierung diesem seeräuberischen Unternehmen entgegentreten werde, ist nicht zu erwarten. Lord John hat gestern einem meiner Collegen gesagt, man müsse es dem König von Neapel überlassen, sich seiner Feinde zu erwehren. Ob diese Expedition wirklich nach Sicilien bestimmt ist, ist noch die Frage. Einige halten es nicht für unmöglich, dass zunächst eine Landung auf den von Truppen entblössten Küsten von Calabrien als Diversion zu Gunsten der Sicilianer im Werke sein könnte.

Der neu ernannte neapolitanische Gesandte Graf Ludolf ist vorgestern hier eingetroffen und sollte heute von Lord John Russell empfangen werden. Seine Aufgabe ist weder leicht, noch beneidenswerth.

Persigny ist gestern Vormittag zurückgekehrt und Abends bei dem Hofconcert erschienen. Man rühmt seine milde und versöhnliche Sprache, welche jedoch mit einer ziemlich bitter gehaltenen Depesche Thouvenel's, deren Ueberbringer er ist, nicht in Einklang stehen soll.

Ein Privatbrief Guizot's stellt den Ausbruch des Krieges für nächsten Herbst in Aussicht. Diese Prophezeiung steht mit den amtlichen Nachrichten aus Paris in Widerspruch.

London, 11. Mai 1860.

Die in dem Privatschreiben des Grafen Rechberg an den k. k. Gesandten in Berlin entwickelten Ideen sind nunmehr auch in einer Depesche reproducirt worden, welche Graf Apponyi heute zur Kenntniss Lord John Russell's bringen wird. Der britische Gesandte in Wien hatte, wie Lord John hier, die Erwartung wiederholt ausgesprochen, ein französischer Angriff auf Belgien oder die Rheinprovinzen werde Oesterreich und England zu gemeinsamem Widerstande entschlossen finden. Graf Rechberg antwortet, die in den preussischen Kammern in so rücksichtsloser Offenheit dargelegten Tendenzen der Herren von Vincke und Genossen würden kaum geeignet sein, ein Zusammenfassen der Streitkräfte Mittel-Europas in einem Kampfe gegen Frankreich zu ermöglichen. Ebenso wenig sei die preussische Propaganda der britischen Agenten in den deutschen Mittelstaaten geeignet, Vertrauen zu erwecken. Freiwillig würden sich die Mittelstaaten, falls man in Berlin die Vincke'schen Ideen durchführen wolle, Preussen nicht unterwerfen. In dem von England vorhergesehenen Falle eines Angriffes auf den Rhein könnten daher entweder die Mittelstaaten oder Preussen selbst zu einem Bündnisse mit Frankreich gedrängt werden. Die eine oder die andere Eventualität würde die im Interesse des europäischen Friedens gewünschte Vertheidigung der Rheingrenze unmöglich machen.

In der Schweizer Frage hat Graf Rechberg am 3. Mai wieder zur Feder gegriffen, um den englischen Illusionen entgegenzutreten. Der k. k. Minister des Aeusseren ist nicht der Ansicht, dass ernste Garantien für die Neutralität der Schweiz durch eine europäische Conferenz zu erreichen sein würden. Lord John Russell wird aus dieser ihm heute ebenfalls mitzutheilenden Depesche die Ironie kaum herauslesen, mit welcher die Widersprüche blossgelegt werden, aus denen das britische Cabinet vergebens einen Ausweg sucht. Der an Frankreich übergegangene Besitz von Savoyen, schreibt Rechberg, bedroht in

Wahrheit die Neutralität der Schweiz. England selbst hat Frankreich die Möglichkeit geboten, sich Savoyens zu bemächtigen, denn England hat zu den Vergrösserungen Sardiniens im Widerspruche mit dem Züricher Frieden die Hand geboten. Genf, Wallis und Waadtland seien strategisch durch die neue Grenze beherrscht. Es sei eitel Illusion, sich einzubilden, die Ueberlassung eines kleinen Streifen Landes am Genfer See werde jenen drei Cantonen materielle Sicherheit gewähren. Was solle eine Conferenz für eine so geringfügige Sache? Habe man sich nicht im voraus die Hände gebunden und die Action der vier Mächte auf friedliche Vorstellungen beschränkt? Und wenn Frankreich diesen friedlichen Vorstellungen kein Gehör schenke, was dann? Nur auf dem Wege directer Verhandlung könne die Schweiz eine Verständigung mit ihrem mächtigen Nachbar hoffen. Oesterreich werde sich nicht ausschliessen, falls alle Mächte die Conferenz wünschen sollten, könne sich aber keinen Erfolg davon versprechen. Die Depesche schliesst mit einem wiederholten Proteste gegen die Zulassung Sardiniens unter Verweisung auf frühere Kundgebungen.

Die Conferenz ist sonach als gescheitert zu betrachten. Praktischen Erfolg mag man sich hier nicht davon versprochen haben. Man würde sich jedoch derselben gern als Blitzableiters gegen die Vorwürfe des Parlamentes bedienen.

In Paris ist in den letzten Tagen eine sehr kriegerische Stimmung gegen Preussen bemerkt worden. Man spricht unter Anderem von der Zurückforderung der Festung Landau und versichert, preussenfeindliche Broschüren und Schriften würden unter die Soldaten vertheilt.

Gerüchtweise verlautet von einer bevorstehenden Entrevue zwischen den Kaisern Napoleon und Alexander in Nizza unter dem Vorwande eines der Kaiserin Mutter abzustattenden Besuches. Als Zweck derselben wird die Regelung der türkischen Frage angegeben. Man fragt sich, ob Budberg's Reise damit in Verbindung steht.

Wenn der Angriff auf die Bill des Schatzkanzlers, die Abschaffung der Papiersteuer betreffend, mit einer Mehrheit von 9 Stimmen abgeschlagen worden, so hat das Ministerium diesen mageren Sieg nur zufälligen Umständen zu danken. Dreissig conservative Mitglieder, welche gegen Gladstone stimmen wollten, waren zu spät in die Stadt gekommen. Die Führer der Opposition wollten es auf eine Ministerkrisis ankommen lassen. Die Verwerfung dieser Massregel würde den künstlichen Finanzplan so erschüttert haben, dass der Rücktritt des Schatzkanzlers kaum zu vermeiden gewesen wäre. Lord Palmerston's Umgebungen klagen laut über Gladstone's Eigensinn. Der Premier und die übrigen Minister halten es, wie die Opposition, nicht für zeitgemäss, auf eine so bedeutende Einnahme zu verzichten. Uebrigens ist die Sache noch nicht entschieden. Lord Derby hat gestern erklärt, er werde im Oberhause die Verwerfung der *Paper Duty Bill* beantragen. Da Finanzmassregeln, welche das Unterhaus gebilligt, von den Pairs in der Regel nicht beanstandet werden, so ist deren Opposition ein unerwarteter und bedrohlicher Zwischenfall.

London, 13. Mai 1860.

Ernster und immer ernster zieht sich das Gewitter zusammen, welches der rastlose Ehrgeiz jenseits, die kurzsichtige Verblendung diesseits des Kanals heraufbeschworen. Der Optimismus ist verraucht. Lord Palmerston selbst sieht schwarz, sehr schwarz in die allernächste Zukunft. Die russischen Truppenbewegungen, die ausserordentliche Sendung zum Schutze der Christen, mit welcher Constantinopel bedroht wird, des Prinzen Napoleon Ausflug nach dem Bosporus, Lavalette's Abreise, jenes *agent provocateur,* wie ihn Clarendon nennt, — sind Vorzeichen des kommenden Sturmes. Hat doch Lavalette auf seiner Durchreise in Turin mit den dürren Worten: *„je vais à Constantinople pour achever l'homme malade“* das Geheimniss seiner Sendung enthüllt! Hat doch der Marquis de Moustier in Wien mit erheuchelter Geheimnisskrämerei die Lord Cowley offen eingestandene Absicht

Napoleon's III. durchschimmern lassen, die Grenzen von 1792 zurückzufordern, Saarlouis und Landau — voraussichtlich ohne Krieg — zu annectiren! Alles dies hat den Blödesten die Augen geöffnet und Allen klar gemacht, dass Parlamentsreformen und Friedensbudgets nicht mehr auf die Tagesordnung gehören. Vielmehr ist der Augenblick gekommen, sich auf einen ernsten Kampf vorzubereiten. Man schreibt dem Kaiser Napoleon die abenteuerlichsten Pläne zu. Die einen sprechen von einem neubyzantinisch-fränkischen Reiche für den Prinzen Napoleon, andere von einem süd-italienischen für den Prinzen Murat und von der Versetzung des Papstes von Rom nach Jerusalem. Thatsache ist, dass Frankreich seinen lateinischen Glaubensgenossen im Oriente auf Kosten der griechischen Kirche einen sehr auffallenden Schutz angedeihen lässt. Hier würde der Punkt zu suchen sein, wo sich die scheinbar parallel laufenden Linien der russischen und französischen Politik kreuzen müssen. Diese Betrachtung kann jedoch die Besorgnisse der hiesigen Staatsmänner nicht vermindern. Ihre Blicke richten sich wieder nach Wien und sie predigen die Einigung Deutschlands in der Hoffnung, sich der deutschen Armeen bedienen zu können, um der drohenden slavisch-französischen Vergewaltigung Europas zu begegnen. Die jüngsten österreichischen Depeschen haben zu sehr eingehenden Besprechungen nicht nur mit Lord John, sondern auch mit Lord Palmerston Anlass geboten.

Die Politik des Berliner Cabinets wird einer scharfen Kritik unterworfen. Lord John hat unlängst in einer sehr ernst gehaltenen Depesche dringend empfohlen, die kostbare Zeit nicht mit Nebenfragen wie die dänische und kurhessische zu verlieren, welche nur das Einigungswerk stören könnten.

In Uebereinstimmung damit sprach mir Lord Clarendon gestern mit Bedauern über die Berliner Vorgänge. „Thorheit ist es," sagte er, „Deutschland mit Italien zu verwechseln. Nicht für Preussen arbeiten diejenigen, welche dem Prinz-Regenten den gefährlichen Rath ertheilen, sich auf die Völker gegen die Regie-

rungen zu stützen, sondern für die Republik. Eine in Berlin heraufbeschworene Revolution würde, wenn überall siegreich, nicht vor dem preussischen Throne stehen bleiben.“ Ich benutzte die Gelegenheit, das kurhessische Capitel mit dem früheren Staats-Secretär des Aeusseren durchzusprechen. Als er hörte, dass die von den hiesigen Blättern so gerühmte Verfassung von 1831 nebst Zusätzen von 1848—49 jedem Beamten, ja jedem Offiziere das Recht verleihe, der Regierung den Gehorsam zu verweigern, rief er lachend: „Wenn wir hier eine solche Verfassung hätten, ich würde mich beeilen, die Zahlung der Einkommensteuer als verfassungswidrig zu verweigern.“

Persigny ist mit leeren Händen für die Schweiz zurückgekehrt. Man leugnet jetzt, dass er eine drohende Depesche überbracht habe. Die Thatsache, dass er nichts erlangt, genügt, um seine unsichere und verlegene Haltung zu erklären. Die üble Laune, welche er vorgestern im Buckingham Palaste während des Kinderballes zur Schau trug, ist der Anwesenheit der Orleans'schen Prinzen und Prinzessinnen zugeschrieben worden. Mit Unrecht, der Botschafter war davon vorher unterrichtet und hätte unter irgend einem Vorwande von dem Feste wegbleiben können. Schon während des letzten Hof-Concerts vermied er geflissentlich, sich der Königin zu nähern. Sein Lieblingsthema ist jetzt, Frankreich besitze kein einziges seetüchtiges Schiff und könne gar nicht daran denken, es mit England aufzunehmen. Malmesbury und Disraeli erzählten mir lachend, sie hätten sich damit unterhalten, Persigny in dieser Ueberzeugung zu bestärken.

Wie unberechenbar dieser Botschafter ist, beweist, dass er gestern in der Zerstreuung einem meiner deutschen Collegen den Satz zu beweisen suchte, die deutsche Nation sei ihrer Fürsten müde. Sollte das die jüngste in den Tuilerien ausgegebene Parole sein? oder handelt es sich um eine persönliche Grille dieses excentrischen Diplomaten?

London, 19. Mai 1860.

Fürst Gortschakoff hat eine Circular-Depesche an die russischen Vertreter bei den vier grossen Höfen gerichtet mit dem Befehle, in Wien, Berlin, Paris und London Abschrift davon zurückzulassen. Unter Darlegung der *gravamina* gegen die Pforte wird eine Untersuchung *(enquête internationale)* der gegenwärtigen Lage der christlichen Bevölkerungen im türkischen Reiche beantragt. Wenn dabei das Zusammengehen mit Frankreich besonders betont wird, so hat dies hier nur unangenehm berühren können. Man geht von der Vermuthung aus, dass sich das geheime russisch-französische Einvernehmen auf der Grundlage der Verabredungen von 1829 bewegen dürfte. Ganz folgerichtig, falls sich diese Vermuthung bestätigt, sagt Lord Palmerston noch vor Ablauf der jetzigen Parlamentssession *de gros événements* voraus und predigt nicht die Einheit, aber die Einigung der deutschen Mächte. Als Palliativmittel ist inzwischen der russische Vorschlag einer internationalen Untersuchungs-Commission nicht ungünstig aufgenommen worden. Lord John Russell glaubt Alles unterstützen zu sollen, was Russland und Frankreich verhindern würde, einen Vorwand zum directen Einschreiten zu finden. Der türkische Botschafter, welcher selbst der griechischen Kirche angehört, protestirt gegen jede Enquête als Eingriff in die souveränen Rechte des Sultans.

Den Garibaldi-Zug hat das russische Cabinet in seinen nach Turin gerichteten Depeschen scharf getadelt und gegen die Connivenz Sardiniens förmlich protestirt. Die Haltung Russlands zu Gunsten des Königs von Neapel hat in Paris einigen Eindruck gemacht. Charakteristisch ist, dass sich die beiden Westmächte gegenseitig anklagen, Garibaldi im geheimen unterstützt zu haben. Bei allen Sympathien, die dieser Abenteurer hier, selbst in den Reihen der conservativen Partei findet, erscheint es kaum glaublich, dass die britischen Minister es gewagt haben sollten, die sehr bedeutenden Geldmittel flüssig zu machen, über welche Garibaldi gebietet. In Paris verfügt

man leichter über geheime Fonds. Auf einige Millionen Franken kommt es nicht an, wenn es gilt, sich die Vortheile zu sichern. die der Umsturz Italiens darbieten könnte. Von der Räumung Roms ist nicht mehr die Rede. Auf die erste Nachricht von Garibaldi's Abfahrt von Genua jubelte Persigny: *„Maintenant il ne peut plus être question pour nous de quitter Rome."*

Baron Brunnow ist sehr besorgt für den König von Neapel. Der russische Gesandte hat dem Grafen Ludolf gerathen, sich mit seiner häuslichen Einrichtung hier nicht zu übereilen. Er sieht die jetzige Verwirrung für vorübergehend an und meint ächt philosophisch, Alles käme darauf an zu wissen, wie lange die Welt solche abnorme Zustände dulden werde. Ueber die gestrige Rede Lord John's tröstet er sich mit der ihm eigenthümlichen Gemüthlichkeit. „Für uns, die wir hier leben," sagte er mir, „ist alles dies leicht zu ertragen. Wir haben unsere Magen an die gewürzte englische Kost gewöhnt. Aber wenn wir nur nicht darüber schreiben müssten an solche, die sich den Magen noch nicht verdorben haben und den Aeusserungen britischer Minister eine unverdiente Bedeutung beilegen!"

London, 26. Mai 1860.

Lord Malmesbury recapitulirte unlängst mit mir die Ereignisse des vorigen Jahres in einer vertraulichen Unterredung. „Wundersames Land, mein Vaterland!" bemerkte der edle Lord. „Wir, die wir uns rühmen, praktische Politik zu treiben und mit eiserner Consequenz unseren Vortheil zu verfolgen, sind in Bahnen getrieben worden, die allen Traditionen unserer Voreltern, allen unseren wahren Interessen zuwiderlaufen. Und wodurch? — man wird es nicht für möglich halten, wenn die Zeit kommt, die geheime Geschichte unserer Tage zu schreiben: durch eine Weiber-Intrigue. Trotz der Argusaugen des Parlaments und trotz der tausendzüngigen freien Presse ahnt niemand die Wahrheit. Wir sind sammt und sonders an der Nase herumgeführt *(humbugged)* worden von einer für Italien schwärmenden schönen Frau. Lady

S. hat Italien emancipirt, nicht Napoleon III. Dieser würde nie zum Ziele gelangt sein, hätten wir ihn nicht so blind unterstützt."

Ich verzeichne diese Worte des früheren Staats-Secretärs des Aeusseren, um mich zu rechtfertigen, wenn ich ein Gespräch wiedergebe, mit welchem mich gestern der nur gedachte *diplomate en jupons* beehrt hat. Ich gehöre nicht zu den Verehrern der schönen und liebenswürdigen Gräfin und habe nicht die Gewohnheit, mit ihr über Politik zu sprechen. Ich war daher überrascht, als sie mich gestern mitten im Gedränge eines Londoner Ballsaales ungefähr mit folgenden Worten anredete:

„Fürwahr, es ist nicht mehr auszuhalten! Meine Schwester (eine der Damen der Königin) kommt soeben nach achttägigem Aufenthalte von Paris zurück und erzählt, man spreche dort ganz offen von der Eroberung Belgiens und der Rheinprovinzen. Dass man dergleichen Gedanken hegt, wussten wir längst, dass man sie aber unverhohlen ausspricht, das hat selbst Lord Palmerston in Erstaunen gesetzt."

„Was mich am meisten in Erstaunen setzt," erwiderte ich, „ist das Erstaunen des edlen Lords."

„Ich weiss," lautete die Antwort der britischen Egeria, „Sie gehören zu denen, die nicht glauben, der Premier werde es auf einen Bruch ankommen lassen. Er hält den Ausbruch des Krieges in einem, höchstens in zwei Monaten für unvermeidlich. Niemand würde lieber vorgehen *(go ahead)* als er. Er kennt jedoch das Land und das Unterhaus und weiss, dass die Rede Lord John's gerade dort, wo man dem Cabinete Lauheit und Freundschaft für Napoleon vorwirft, am meisten Furcht und Schrecken verbreitet hat. Noch ist das Land auf den Bruch nicht vorbereitet, niemand ahnt den Ernst der Lage. Um Ihnen zu beweisen, wie wenig Lord Palmerston hinter dem Berge hält, nur ein Beispiel. Im Begriffe nach Paris abzureisen, fragte General Flahault den Premier, ob er Aufträge an den Kaiser Napoleon habe? Lord Palmerston antwortete: ‚Wiederholen Sie Ihrem Kaiser die Rede

Lord John Russell's und sagen Sie ihm, er werde darin meine persönliche Ansicht wiederfinden.' — *,Mais, c'est la guerre?'* fiel der friedliebende General ein. — Lord Palmerston zuckte die Achseln und sagte: *,Eh bien! si c'est la guerre, c'est la guerre. Que voulez-vous? Nous sommes préparés et nous l'attendons de pied ferme.'"*

London, 1. Juni 1860.

Die Pforte hat die von der russischen Regierung beantragte Enquête abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt, die gewünschte Untersuchung selbst vorzunehmen. Das russische Cabinet schlägt nun vor, der türkischen Commission Bevollmächtigte der vier Mächte beizugeben. Man zieht in Petersburg mildere Saiten auf, weil man von dem Zusammengehen Englands mit den deutschen Mächten überrascht und durch die Finanzlage des Reiches in Schach gehalten wird. Hier ist man entschlossen, in dieser Frage Hand in Hand mit Oesterreich zu gehen, will aber noch immer nicht einsehen, dass dies praktisch kaum möglich, solange man in Italien die Revolution gegen Oesterreich unterstützt. Bisher haben die bitteren Erfahrungen der letzten Monate in dieser Hinsicht keine Frucht getragen. Der Fall von Palermo wird mit Jubel begrüsst. Schon sieht die „Times" den Thron für erledigt an, welchen man hier mit Ausschliessung Victor Emanuel's und Murat's dem für liberal geltenden Grafen Syrakus zuwenden möchte. Bei dergleichen Speculationen wird ganz übersehen, dass das Verbleiben der französischen Garnison in Rom eine schwer in das Gewicht fallende Thatsache ist. In Paris hält man daran fest, Alles was in Italien geschieht, mit Einschluss des Garibaldi-Zuges, sei ein zwischen Napoleon III. und Victor Emanuel abgekartetes Spiel. Als Beweis dafür werden die bedeutenden Unterstützungen an Waffen und Munition, welche das sardinische Kriegsministerium aus Frankreich bezieht, nicht ohne Grund angeführt. Der Einfluss des Prinzen Napoleon macht sich täglich mehr fühlbar. Ein bekannter Socialist, Mathieu, soll

mit Vorwissen des Kaisers Napoleon über Ungarn nach dem Oriente abgegangen sein. Man vermuthet, derselbe werde den Führern der ungarischen Revolutionspartei die Instructionen des Palais Royal überbringen. Nach einer kleinen Soirée in den Tuilerien entliess Kaiser Napoleon unlängst den Commandanten von Cherbourg mit den Worten: *„Tenez-vous prêt, le branle-bas général commencera avant l'automne"*.

Die insolente Ablehnung, welche das britische Ultimatum in Peking gefunden hat (die „Times" vom 12. bringt den Text dieses Actenstückes), hat in Paris nicht unangenehm berührt. Der nun unvermeidlich gewordene Krieg mit China wird die Engländer im fernen Osten beschäftigen. Das dabei betheiligte numerisch sehr unbedeutende französische Contingent kommt kaum in Betracht.

Erfreulich ist, dass alle Privatnachrichten aus Paris die Haltung des Prinz-Regenten von Preussen als eine den bonapartistischen Plänen durchaus feindliche bezeichnen. An russischen Einflüsterungen im entgegengesetzten Sinne hat es in Berlin nicht gefehlt. Latour d'Auvergne berichtet, die preussische Regierung stehe ganz unter dem Einflusse Englands und werde sich auf keinen Fall von ihren deutschen Bundesgenossen trennen.

London, 3. Juni 1860.

Der französische Botschafter hat gestern gegen Mittag dem Staats-Secretär des Auswärtigen mitgetheilt, der König von Neapel habe die Mediation des Kaisers Napoleon nachgesucht. In Folge davon sei der französische Gesandte im Vereine mit dem General Filangieri beschäftigt, eine dem Königreiche beider Sicilien zu octroyirende Verfassung zu entwerfen. Der König sei entschlossen, eine Constitution zu geben, wenn Frankreich eine Verständigung mit den Aufständischen in Sicilien vermitteln wolle. Der Antrag Seiner Sicilischen Majestät sei noch nicht beantwortet worden. Kaiser Napoleon wünsche vor Allem zu erfahren, ob England die Mediation gemeinschaftlich mit ihm

zu übernehmen gedenke. Schon Abends 8 Uhr konnte Lord John Russell einem meiner Collegen versichern, England habe jede Betheiligung an einer Mediation zwischen dem König von Neapel und seinen aufrührerischen Unterthanen abgelehnt. Persigny hat nicht versäumt, das Zusammengehen der Westmächte in dieser Frage dringend zu empfehlen. Auch von einer andern Seite ist den britischen Ministern vorgestellt worden, die französische Eröffnung verdiene jedenfalls gründliche Erwägung. Wolle man den rathlosen jungen König ganz in die Arme Frankreichs werfen? Sei es im Interesse Englands, dem Kaiser Napoleon auch im Süden der Halbinsel die Dictatur zu überlassen, welche man ihm im Norden so bereitwillig eingeräumt? Der blinde Hass hat die leitenden englischen Minister für dergleichen Vorstellungen unempfänglich gemacht. Sie wollen mit der jetzigen neapolitanischen Regierung nichts zu thun haben und setzen nicht das geringste Vertrauen in die Versprechungen des jungen Königs.

London, 7. Juni 1860.

Die Unterbrechung des blutigen Vorspiels in Sicilien ladet zum Nachdenken ein. Man fragt sich, ob Garibaldi sich schliesslich als die Marionette Napoleon's entpuppen werde, ob die Eroberungen, die er für Victor Emanuel macht, Frankreich Genua oder die Insel Sardinien eintragen werden, oder ob Garibaldi mit Mazzini im Bunde darauf hinarbeitet, auf den Trümmern der sardinischen Herrschaft eine italienische Republik zu errichten? Während diese Räthsel die Gemüther beschäftigen, taucht das Gerücht auf, Victor Emanuel sei schwer erkrankt, habe Gewissensskrupel und verlange nach einer Aussöhnung mit dem Papste. Sollte die geheimnissvolle Zusammenkunft damit in Verbindung stehen, welche Kaiser Napoleon neulich mit Cavour gehabt hat?

Inzwischen gehen in nächster Nähe Dinge vor, welche die Aufmerksamkeit bald auf das Land richten könnten, dessen staatskluger König dermalen in Windsor weilt. Der Aufenthalt des Königs Leopold in England soll vierzehn Tage dauern. Wird es

dann nicht zu spät sein, nach Brüssel zurückzukehren? Seine Freunde finden diesen Monarchen auffallend gealtert und regierungsmüde. Ja manche gehen so weit zu glauben, er werde lieber seiner Krone entsagen als dafür einen ernsten Kampf aufnehmen. Die Annexion Belgiens steht unleugbar in Paris auf der Tagesordnung. Zahlreiche Agenten bearbeiten den Clerus, den Adel und vor Allen die Industriellen und rühmen sich übertriebener Erfolge. Kaiser Napoleon soll neulich hingeworfen haben, wenn die Belgier durchaus Franzosen werden wollten, so könne er es nicht ändern. Frankreich habe in Belgien auf weit allgemeinere Sympathien zu rechnen als in Savoyen und Nizza.

„Wir werden in den nächsten Wochen grosse Dinge erleben, und zwar in Belgien," flüsterte mir Lord Derby heute zu und zuckte die Achseln, als ich ihn fragte, was England thun werde.

Lord Wodehouse hat gestern einem meiner Collegen auf dieselbe Frage geantwortet, England werde zusehen. Wenn die Belgier durchaus annectirt werden wollten, wer könne das hindern? Auf Deutschland sei nicht zu rechnen. Oesterreich werde Preussen am Rhein ebenso im Stiche lassen, wie Preussen Oesterreich in Italien. Preussen, selbst mit Deutschland verbunden, könne es mit Frankreich nicht aufnehmen. Der Bund existire nur dem Namen nach. Es werde daher am besten sein, die von Frankreich gewünschte Grenzregulirung ohne Krieg geschehen zu lassen.

Die radicale Partei, zu deren Fahne Lord Wodehouse schwört, bildet sich ein, England könne es mit ganz Europa aufnehmen und gerade darum den Vorgängen auf dem Continente mit voller Gleichgiltigkeit zusehen. Und doch würden, wie die jüngsten Parlamentsverhandlungen beweisen, im Falle eines Landungsversuches kaum 28,000—29,000 Mann königlicher Truppen zur Vertheidigung des Vereinigten Königreichs verfügbar sein!

Unter diesen Umständen wird Lord Palmerston vorziehen, das Prävenire zu spielen. Er wird den Krieg beginnen, solange

England noch Bundesgenossen auf dem Festlande finden kann, und nicht warten, bis es Frankreich im Bunde mit Russland gelungen, ganz Europa gegen England zu vereinigen. Die italienischen Sympathien werden an diesem Entschlusse nichts ändern, aber bevor er handeln kann, muss der Premier erst wieder ein geeinigtes Ministerium hinter sich haben. Das jetzige ist ernstlich bedroht. Wird die Reformbill, wie zu erwarten, aufgegeben, so glaubt man an die Entlassung Lord John Russell's. Erhält Gladstone die gewünschte Genugthuung für die in dem Oberhause erlittene Niederlage nicht, so gilt sein und Milner Gibson's Rücktritt für wahrscheinlich. Für Lord John, welchen Palmerston zu halten wünscht, würde Clarendon Ersatz bieten. Gladstone's Verlust würde der Premier kaum betrauern. Er und die Tories haben in der Reform- wie in der Papiersteuer-Frage so augenscheinlich dasselbe Interesse, dass er auf deren Unterstützung gegen die Radicalen unbedingt rechnen kann. Die nächsten Tage werden darüber Gewissheit bringen.

London, 14. Juni 1860.

Die Motive, die den Prinz-Regenten von Preussen bewegen, der Aufforderung des Kaisers Napoleon zu der Zusammenkunft in Baden-Baden nachzukommen, sind dem britischen Cabinete des Näheren dargelegt worden. Der zu diesem Zwecke von Herrn von Schleinitz an den Grafen von Bernstorff gerichteten Depesche vom 6. d. entnehme ich, dass der Prinz-Regent seinen Weg über Dresden wählt. Ich enthalte mich deshalb jeder Analyse dieses Schriftstückes. Nach der Ablehnung, welche in der Depesche an den Grafen Pourtales vom 9. Mai begründet worden war, ist die Annahme jetzt hie und da aufgefallen. Wer den Prinzen von Preussen kennt, weiss, dass jeder Versuch, die Wiederherstellung der französischen Grenze von 1814 zu erwirken, fehlschlagen wird. Napoleon III. wird mit der Ueberzeugung von Baden-Baden heimkehren, dass Grenzregulirungen, d. h. Abtretungen deutschen Gebietes einen Nationalkrieg heraufbeschwören

würden, dem sich Frankreich nicht aussetzen kann, um so weniger, als seine Allianz mit England in Auflösung begriffen ist.

London, 16. Juni 1860.

Der Fürstentag in Baden-Baden wird, wie zu erwarten, von der hiesigen Presse in gehässigster Weise besprochen. Man möchte gern die deutschen Fürsten verantwortlich machen für die Sünden der englischen Politik, die Napoleon III. zu dem gemacht haben, was er heute ist. Diese Artikel geben den Massstab für das Interesse, welches das Publikum hier unseren Zuständen zuwendet. Bei der Unkenntniss, welche die Inselbewohner verrathen, sobald es sich um auswärtige Politik handelt, üben Zeitungen wie die „Times“ einen leider nur allzu grossen Einfluss auf die öffentliche Meinung.

Lord Palmerston und die Führer der Opposition begegnen sich in dem Wunsche, dem Principienstreite zwischen beiden Häusern die Spitze abzubrechen. Sie wollen die Frage, ob die Pairs durch Verwerfung der Papiersteuer-Bill die Privilegien des Unterhauses verletzt haben, ohne Sang und Klang in dem Schosse des dazu ernannten Untersuchungs-Comités begraben. Sollten Gladstone und Milner Gibson ihr Verbleiben im Amte von dem Ausgange dieses Streites abhängig machen, so würde sich der Premier darüber trösten. Den Tories aber genügt der Rücktritt dieser beiden missliebigen Minister nicht. Deren Führer verlangen in vertraulichen Besprechungen mit Lord Palmerston auch die Entfernung Lord John Russell's. Dazu scheint jedoch keine Aussicht. Lord John hat offenbar nur in das Opfer seiner Reform-Bill gewilligt, um sich möglich zu erhalten. Lord Palmerston selbst kann einen solchen Wechsel nicht wünschen. Würde er sich doch nach Entfernung Lord John's ganz unter den Schutz der Opposition stellen müssen. Disraeli könnte ihm dann leicht wiederholen, was Palmerston der Opposition im vorigen Jahre zurief: „Ich zwinge Euch im Amte zu bleiben und meine Politik zu machen.“

(*Eigenhändig*) *Buckingham Palace, 19. Juni 1860.*

Mein bester Herr Graf! — Ihre Botschaft [1]) hat uns sehr erfreut, obgleich wir wohl mit der königlichen Familie einen Sohn vorgezogen haben würden. Der Duc de Malakoff hat sich in einem ähnlichen Falle damit getröstet *„que les garçons aiment à courir après les jolies filles“;* mit diesem ächt französischen Troste müssen wir auch fürlieb nehmen. Ich bitte, dass Sie unseren herzlichen Antheil den Dresdener Herrschaften von Oben bis Unten ausdrücken wollen. Stets Ihr getreuer

Albert.

London, 5. Juli 1860.

Vorgestern überbrachte ein österreichischer Courier mehrere Erlasse des Grafen Rechberg vom 29. v. M. Es lagen dieser Expedition die Berichte des k. k. Gesandten am grossherzoglich badischen Hofe, Grafen Trauttmansdorff, vom 17.—19. v. M. bei.

Graf Trauttmansdorff stellt das Badener Ereigniss im erfreulichsten Lichte dar. Die über jeden Zweifel erhabene Ehrenhaftigkeit des Prinzen Regenten hat sich in der rücksichtslosesten Offenheit documentirt. Seine Königliche Hoheit hat den Grafen Trauttmansdorff von Allem unterrichtet, was zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon vorgegangen, auch den Skepticismus nicht verhehlt, mit dem er und seine Verbündeten die stereotypen Friedensversicherungen des französischen Machthabers entgegengenommen. Der König von Hannover hat sich gedrungen gefühlt, sein Erscheinen in Baden durch seine österreichischen Sympathien zu motiviren. Er scheint den Wunsch ausgesprochen zu haben, dem in Baden begonnenen Einigungswerke durch einen Fürstentag in Wien die Krone aufzusetzen. Graf Trauttmansdorff constatirt zunächst mit Genugthuung den negativen Erfolg, da Kaiser Napoleon nicht gewagt habe, mit Vorschlägen hervorzu-

[1]) Erste glückliche Niederkunft der Prinzessin Georg von Sachsen.

treten, welche, wenn ausgesprochen, zu offenen Fragen geworden wären.

Es haben sich seitdem aus der Badener Zusammenkunft Keime entwickelt, die zu positiven Ergebnissen führen könnten und bereits auf die Politik des britischen Cabinets einen wohlthätigen Einfluss zu äussern beginnen. Mit Freuden erkannte man hier, dass Kaiser Napoleon seinen Zweck verfehlt und anstatt Misstrauen und Unfrieden zu säen, wider Willen die Einigung der deutschen Fürsten der gemeinsamen Gefahr gegenüber gefördert habe. In Folge davon beeilte man sich, in Wien einen Ton anzuschlagen, den man bisher von den Organen Palmerston's und Russell's nicht gewohnt war. Lord A. Loftus hat wiederholt einen vertraulichen Gedankenaustausch über alle schwebenden Fragen als den Wunsch der britischen Regierung dringend empfohlen. Rechberg nimmt in einer vertraulichen Depesche vom 29. v. M. Act von diesem Wunsche und weist den Grafen Apponyi an, den Staats-Secretär des Auswärtigen von den Plänen zu unterrichten, welche Kaiser Napoleon in Ungarn und in Italien verfolgt. Wie der Prinz Regent und die deutschen Fürsten in Baden den Friedensversicherungen des Kaisers Napoleon keinen Glauben zu schenken vermocht, ebenso wenig vermag dies Graf Rechberg. Er ist vielmehr davon überzeugt, dass der Angriff auf die Minciolinie unter gleichzeitiger Entfesselung der Revolution in Ungarn beschlossene Sache und nur das Mittel sei, die gutwillig nicht zu erlangende Rheingrenze zu erobern. Diese Depesche ist hier auf sorgsam vorbereiteten Boden gefallen. König Leopold hat seine Zeit nicht verloren und ist am 30. mit der Ueberzeugung abgereist, England werde solchem Beginnen nicht gleichgiltig zusehen, vielmehr Oesterreich mit den Waffen in der Hand beistehen, falls sich herausstellen sollte, dass der Rhein nur am Mincio vertheidigt werden kann. Der König schmeichelt sich, in dieser Richtung bestimmte Zusicherungen aus dem Munde der britischen Minister erhalten zu haben. Solcher Zusicherungen kann sich Graf Apponyi leider noch nicht

rühmen. Es ist jedoch auch in der ihm gegenüber geführten Sprache ein Fortschritt zu bemerken. Schon giebt Lord John Russell zu, sich geirrt zu haben, als er wähnte, ein vergrössertes Sardinien werde stark genug sein, die Halbinsel dem französischen Einflusse zu entziehen. Ja, er hat sogar eingeräumt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse Einschränkungen erleiden, wenn dadurch das Gleichgewicht und die allgemeinen Interessen Europas bedroht würden. So würde England der Brüsseler Nationalversammlung nicht gestattet haben, den Anschluss an Frankreich zu beschliessen oder den belgischen Thron einem französischen Prinzen anzubieten.

Praktischen Werth werden solche Dämmerungen einer correcteren politischen Auffassung erst dann gewinnen, wenn Oesterreich und Preussen zu Schutz und Trutz verbunden das Gewicht Gesammt-Deutschlands in die Wagschale legen können. Gelingt dies, so werden wir unbedingt, wenn auch erst in der Stunde der Gefahr, auf die Mitwirkung Englands gegen den gemeinschaftlichen Feind zählen dürfen.

Der Versuch des neapolitanischen Gouvernements, Sardinien für ein Offensiv- und Defensiv-Bündniss zu gewinnen, kann als gescheitert betrachtet werden. Cavour hatte verlangt, Neapel solle sich verpflichten:

1. zu einer gemeinsamen Politik gegen Oesterreich, mit anderen Worten, zur Unterstützung des geplanten Angriffes auf Venedig;
2. zu einer Aufhebung der weltlichen Herrschaft des Papstes, dessen Souveränität höchstens auf die Stadt Rom zu beschränken sein würde;
3. zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Bewohner der Insel Sicilien, selbst für den Fall ihres Anschlusses an Sardinien.

Diesen unerfüllbaren Bedingungen gegenüber erblickt England in diplomatischen Verhandlungen das einzige Mittel zu einer Verständigung zwischen dem Norden und Süden der Halbinsel.

Immerhin hat der in Neapel eingetretene Systemwechsel der blinden Feindschaft gegen die Dynastie die Spitze abgebrochen. Palmerston und Russell fragen sich, ob die Erhaltung derselben im Interesse Englands nicht Combinationen vorzuziehen sein würde, welche das Königreich beider Sicilien unter sardinischer Firma entweder dem Mazzinismus oder dem französischen Einflusse preisgeben müssten.

London, 9. Juli 1860.

Lord Palmerston's drei Resolutionen, die keinen anderen Zweck hatten, als einem unfruchtbaren Principienstreite zwischen beiden Häusern vorzubeugen, sind am 6. vom Unterhause angenommen worden. Die zweitägige Debatte, welche dieser Entscheidung vorausging, gehört zu den interessantesten seit Jahren. Nur von Rednern ersten Ranges geführt, charakterisirt dieselbe gleichsam photographisch die leitenden Staatsmänner des Tages. Die Art und Weise, wie der Gladstone'sche Finanzplan behandelt worden, bezeugt die conservative Strömung, in welche das britische Staatsschiff seit einigen Monaten gerathen ist. Bei Beginn der Session hegten die Radicalen die Hoffnung, längst im Verborgenen genährte Träume zu verwirklichen. Bright und Cobden rühmten sich, das Schicksal des Ministeriums in der Hand zu haben. Sie hatten wirklich einen der Ihrigen, Milner Gibson, in dasselbe eingeschmuggelt. Lord Palmerston galt den Radicalen für ein bequemes Aushängeschild, hinter welchem sie die Ausdehnung des Wahlrechtes und eine demokratische Umwandelung des Steuersystems zu erreichen hofften. Das klägliche Schicksal der Reformbestrebungen war die erste Ueberraschung, welche die Männer von Manchester erleben mussten. Sie ahnten nicht, wie consequent Lord Palmerston der Opposition in die Hände gearbeitet hatte, um Lord John Russell's „kleine Bill“ aus der Welt zu schaffen. Dann folgten die Enttäuschungen dem Jubel über Cobden's Handelsvertrag. Noch blieb die Hoffnung, die durch die Ereignisse veranlassten Mehrausgaben durch directe

anstatt durch indirecte Steuern zu decken. Mit unleugbarer Geschicklichkeit hatte sich Gladstone der Abschaffung der Papiersteuer bedient, um diesen Zweck zu erreichen. Diese Steuer lastet besonders auf der Tagespresse. Bright und Genossen hofften durch wohlfeiles Papier die Herrschaft der ihrem Geschmacke nach zu aristokratischen Zeitungen zu brechen und die gesammte Tagespresse zu Gunsten des Gladstone'schen Finanzplanes zu bestechen. Die *paper duty abolition bill* erhielt inzwischen bei der dritten Lesung im Unterhause nur eine Mehrheit von 9 Stimmen. Die Annexion von Savoyen und Nizza öffnete dem Lande die Augen über den politischen Fehler des Handelsvertrages. Unter diesen Umständen konnte sich das Oberhaus eines alten seit zweihundert Jahren schlummernden Rechtes bedienen. Die Gemeinen beanspruchen das ausschliessliche Privilegium, in Finanzfragen zu entscheiden. Den Lords steht jedoch das Recht zu, Gesetzvorschläge, welche sich auf Besteuerung beziehen, im Ganzen zu verwerfen, auch wenn dieselben vom Unterhause angenommen worden. Drei liberale Pairs, unter ihnen der steinreiche Chef des altberühmten Bankhauses Lloyd, Lord Overstone, ergriffen die Initiative, um zu verhindern, dass der Staat in sturmbewegter Zeit einer so sicheren und bedeutenden Einnahme beraubt werde. Im geheimen Einverständnisse mit Lord Palmerston unternahm es Lord Derby, die von den Gemeinen begangene Uebereilung wieder gut zu machen. Notorisch war, dass er nicht daran dachte, die Bildung eines Gouvernements zu übernehmen. Um zu beweisen, dass kein Partei-Manöver beabsichtigt sei, überliess er es Lord Monteagle, die Verwerfung der Bill zu beantragen. Eine unerwartete, in den Annalen des Oberhauses fast unerhörte Majorität verwarf die Massregel und erschütterte dadurch den künstlichen Finanzplan Gladstone's. Der ersten Bestürzung, welche dieser Staatsstreich, wie diese Abstimmung genannt wurde, im radicalen Lager hervorrief, folgte bald ein kaum verhehlter Jubel. Man glaubte endlich einen Vorwand gefunden zu haben, um den Lords einen empfindlichen Schlag beizubringen. Fulminante Artikel der Penny-Presse,

Strassen-Plakate, Massenversammlungen, Reden des Volkstribunen Bright in Manchester und Birmingham, — Alles wurde aufgeboten, um das Volk gegen die Dictatur des Oberhauses und die Tyrannei Lord Derby's zu entflammen. Vergebens. Diese Spiegelfechtereien prallten an der Gleichgiltigkeit der Massen ab. Noch rechneten die Manchester-Männer auf die Leidenschaften des Unterhauses, welches seit 1688 eifersüchtig über seinen Privilegien wacht. Palmerston's Stellung war schwierig, aber er zeigte sich seiner Aufgabe gewachsen. Er brach den radicalen Sturm, indem er ein Comité zur Untersuchung der Präcedenzfälle beantragte. Das Comité vereinigte die Führer aller Parteien. Zum Vorsitzenden und Berichterstatter wurde Walpole gewählt, ein Conservativer vom reinsten Wasser, während Bright die Radicalen, Sir James Graham die Peeliten vertrat. Der farblose Bericht gab im Schosse dieses Ausschusses zu heftigen Debatten Anlass. Bright stellte ein Amendement in der Absicht, das Unterhaus zum offenen Kampfe mit den Lords aufzufordern. Er schlug vor, die Bill von neuem anzunehmen und von neuem an das Oberhaus zu senden. Mit 19 Stimmen gegen 3 wurde dieses Separat-Votum verworfen. Wundersamer Weise stimmten zwei Staatsminister, Gladstone und Lord John Russell, mit Bright in der Minorität, während Lord Palmerston mit der Majorität votirte. Ein etwas weniger radicales Amendement Gladstone's wurde mit 9 gegen 7 Stimmen ebenfalls verworfen. Dieses Mal stimmte Palmerston mit seinen Collegen, während Sir James Graham sich den Conservativen anschloss und so deren Sieg entschied. Der Comité-Bericht ward am 2. auf den Tisch des Hauses gelegt. An demselben Tage fand ein stürmisches Cabinets-Conseil statt, in welchem Gladstone seinen Austritt verkündete. Gerüchte, dass Milner Gibson, der Urheber der Papiersteuer-Bill und Lord John Russell, der sich im Comité am heftigsten gegen das Oberhaus ausgesprochen, dem Schatzkanzler folgen würden, durchliefen die Stadt. Es scheint, dass Gladstone während drei Stunden wirklich nicht mehr Minister

war. Auf die Bitte Lord Palmerston's übernahm es eine hochgestellte Dame, die separatistischen Elemente wieder zu vereinigen. Es kam zu einem Compromisse; die Frucht desselben sind die drei Resolutionen Lord Palmerston's. Man tadelt dieselben als dunkel, nichtssagend und gegen die Regeln der Grammatik verstossend. Lachend bemerkte mir Lord Derby, man müsse dieselben erst in das Englische übersetzen. Der Accent lag jedoch auf dem staatsmännischen Takt, der sie dictirt hatte. Von diesem gab der 76jährige Premier die glänzendsten Proben, als er am 5. seine Resolutionen, um nicht zu sagen seine Gemeinplätze, dem Hause zur Annahme empfahl. Lord Palmerston ist kein Redner, aber er besitzt wie kein anderer das Ohr des Hauses und trifft in der Regel den Nagel auf den Kopf. Seitdem er im Unterhause sitzt, hat er sich eines ähnlichen Triumphes nicht zu erfreuen gehabt. Lord Derby und Disraeli bezeichneten mir beide die Haltung des Premier-Ministers in dieser Krisis als eine über alles Lob erhabene. Die Opposition begleitete die Rede mit donnerndem Beifalle. Mehrere radicale Amendements wurden gestellt und zurückgezogen. Die Conservativen hielten es nicht der Mühe werth, ihr Schweigen zu brechen. Damit war der Eigenliebe Gladstone's nicht gedient. Tief verletzt durch die glänzende Vertheidigung des Oberhauses, welche er aus dem Munde des Premier-Ministers vernommen, liess der Schatzkanzler seiner Beredsamkeit freien Lauf. Er verhöhnte die Opposition, weil sie die ministeriellen Resolutionen und eine ungeheure Neuerung *(gigantic innovation)* ohne Widerstand anzunehmen scheine. Er selbst habe zwar auch seine Zustimmung gegeben, reservire sich aber das Recht, die von dem Oberhause verletzten Privilegien der Gemeinen durch die That aufrecht zu erhalten. Dieser taktlose Ausfall eines Ministers fand sofort verdiente Züchtigung. Disraeli brach sein so bitter getadeltes Schweigen, um in einer glänzenden, mit Witz und Spott gewürzten Improvisation die klägliche Rolle, welche Gladstone gespielt, dem homerischen Gelächter des Hauses preiszugeben.

Der am 6. wieder aufgenommenen Debatte präludirte Lord Palmerston. Er erklärte in Beantwortung einer Interpellation, er verlange nichts als die Annahme seiner Resolutionen.

Die Rede des geistreichen Mr. Horsman dürfte den Höhepunkt bezeichnen, welchen die conservative Springfluth in diesem Jahre erreicht hat. Mr. Horsman hat den Muth gehabt, es offen auszusprechen: das übermüthige Gebahren der Gemeinen würde die Verfassung in Gefahr bringen, wenn die Weisheit des Oberhauses durch rettende Thaten, wie die vorliegende, das Gleichgewicht zwischen den constitutionellen Gewalten nicht wiederherstellte. „Dieser Anlass,“ so schloss der Redner, „bietet keinen Vorwand zu einem Kampfe mit den Lords. Der Versuch, einen solchen heraufzubeschwören, ist kläglich zusammengebrochen. Das Gesetz ist nicht auf unserer Seite. Die Vorgänge *(precedents)* sprechen nicht zu unseren Gunsten. Constitutionelle Principien und politische Erwägungen sind gegen uns. Wenn Ihr an das Land appelliren wolltet, so würde die Nation in Uebereinstimmung mit der Geschichte Euch antworten: die Session von 1860 war in zweifacher Hinsicht denkwürdig; einmal durch den Leichtsinn und die überstürzende Unbedachtsamkeit der Gemeinen, dann durch die Ruhe, die Würde und den Patriotismus der Lords.“

Lord Derby, ganz damit einverstanden, sagte mir, er würde kaum gewagt haben, im Oberhause so zu sprechen.

Jetzt ist Lord Palmerston Herr der Lage und hält sein Ministerium ganz in der Hand. Hoffentlich wird er seinen im Innern erfochtenen, conservativen Sieg auch nach aussen zu verwerthen wissen.

London, 10. Juli 1860.

Die gewagte Behauptung der dänischen Regierung, es seien Deutschland bezüglich Schleswigs keine Zusicherungen gemacht worden, hat in dem preussischen Pro Memoria verdiente Widerlegung gefunden. Unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen und Berichte der Bundes-Commissäre werden die der

deutschen Nationalität in Schleswig gemachten dänischen Zusagen unter drei Hauptpunkten zusammengefasst. Wie alle mit dem Kopenhagener Cabinete gewechselten Schriftstücke ist auch dieses Pro Memoria Lord John Russell mitgetheilt worden. Derselbe hat die in deutscher Sprache redigirte Pièce mit Dank entgegengenommen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass man hier weder Zeit noch Lust hat, diese Streitfragen ernstlich in Erwägung zu ziehen, so dringend deren Lösung auch geworden sein mag.

Der bei Wiederbesetzung des britischen Gesandtschafts-Postens in Kopenhagen eingetretene Personenwechsel ist für Deutschland günstig. Mr. Augustus Paget bekundet in seinen Berichten eine unbefangenere Auffassung als sein Vorgänger. Letzterer, welcher jetzt eine unerquickliche Thätigkeit in Neapel entwickelt, ist bekanntlich Lord John's Schwager. Es kann nicht verwundern, wenn es nicht eben leicht ist, die dänenfreundlichen Eindrücke zu verwischen, die der Staats-Secretär aus den Elliot'schen Berichten geschöpft hat. Das Bestreben, die Dinge zu sehen wie sie sind und die unliebsame Sachlage vorurtheilsfrei zu beurtheilen, darf den hiesigen Staatsmännern nicht abgesprochen werden. An dringenden Ermahnungen haben sie es in Kopenhagen nicht fehlen lassen. Die ihnen von competenter Seite dargelegte Wahrheit, dass die Zustände in Schleswig mindestens ebenso verzweifelt seien als die in Sicilien, haben sie freilich nicht gelten lassen wollen. Doch beginnt man die Uebelstände einer halt- und principienlosen demokratischen Cabinetstyrannei nachgerade durchzufühlen. Hier, wo sich die Verhältnisse des Festlandes mehr und mehr aus der Vogelperspective darstellen, wird hauptsächlich die Gefahr in's Auge gefasst, Dänemark könne durch eine Bundes-Execution ganz in die Arme Frankreichs getrieben werden. Mahnt man also davon ab, so ist man doch billig genug einzugestehen, dass die deutsche Langmuth auf sehr harte Proben gestellt wird.

London, 15. Juli 1860.

Oesterreich hatte vorgeschlagen, sich auf die Empfangsbestätigung der Thouvenel'schen Depesche in Betreff der Schweiz zu beschränken und sich die Entscheidung, ob und wann man die Conferenz beschicken wolle, vorzubehalten. Preussen hat diesen Vorschlag angenommen und beide deutsche Mächte befolgen somit zum grossen Missbehagen der eidgenössischen Regierung eine temporisirende Politik in der Hoffnung, die Conferenz aufzuschieben, nach Befinden zu begraben. Vom Standpunkte des Wiener Cabinetes ist es begreiflich, wenn man für den inneren Umbau des Kaiserstaates Zeit zu gewinnen sucht und jeder ernsten Differenz mit Frankreich aus dem Wege geht. Graf Bernstorff ist jedoch für seine Person mit dem Temporisiren keineswegs einverstanden. Er glaubt vielmehr, die in der Schweizer Frage correcte Haltung des englischen Cabinetes müsse ermuthigt und benutzt werden, um der hier gewünschten Annäherung in Wien und Berlin thunlichst entgegenzukommen. Zu Gunsten dieser Auffassung lässt sich die Thatsache anführen, dass das Tuilerien-Cabinet Alles aufbietet, um die Conferenz zu verhindern. In dieser Absicht lässt Thouvenel durch seine Agenten in Deutschland die irrige Meinung verbreiten, es liege der englischen Regierung gar nichts an der Conferenz, welche nur *pro forma* aus parlamentarischen Gründen betrieben werde. Dass dem nicht so ist, beweisen die veröffentlichten Depeschen Lord John Russell's und die von ihm und Lord Palmerston den Vertretern der deutschen Grossmächte gegenüber geführte Sprache. Wie wir, sind die britischen Minister davon überzeugt, dass sich Frankreich zu keinen Concessionen verstehen würde. Das englische Cabinet ist jedoch fest entschlossen, die Conferenz zu benutzen, um der stillschweigenden Anerkennung des savoyischen Handels zu entgehen. England wünscht im Vereine mit Deutschland zu constatiren, dass ein Vertragsbruch vorliegt, weil der 92. Artikel der Wiener Schlussacte dem Turiner Abkommen entgegensteht.

London, 17. Juli 1860.

Mr. Augustus Paget ist hier eingetroffen. Man hatte ihm zuerst sein Urlaubsgesuch rundweg abgeschlagen, dasselbe jedoch später unter der Bedingung gewährt, dass er vor seiner Abreise über die deutsch-dänischen Differenzen ausführlich Bericht erstatte. Paget hat vorgezogen dies mündlich zu thun. Kaum angekommen eilte er zu Lord John Russell, um ihm die schleswig-holsteinische Frage *ab ovo* auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung soll trotz der Beredsamkeit des Gesandten einen narkotischen Zauber auf die Nerven Lord John's ausgeübt haben. Paget musste seinen Vortrag unterbrechen. Und doch scheint das Intriguenspiel in Kopenhagen nur zu interessant geworden zu sein. Hall und Munrod buhlen mit allen erlaubten oder unerlaubten Mitteln um die Gunst des Herrn von Blixen, des Einzigen, der das Ohr des Königs hat. Auswärtige politische Fragen werden jenen Intriguen ganz untergeordnet. Das Programm der Eider-Dänen steht jedoch mehr denn je auf der Tagesordnung. Auf einen Krieg mit Deutschland würden es die fügsamen Minister ankommen lassen, wenn die Einverleibung Schleswigs den Launen der Gräfin Danner entsprechen und das Ministerium vor einer Katastrophe sichern könnte. Ob und in wie weit Blixen in französischem Solde steht, ist nicht abzusehen. Man ist hier überzeugt, dass Alles was in Kopenhagen geschieht oder nicht geschieht, von Paris aus inspirirt wird.

Prinz Albert ist gestern von Osborne in die Stadt gekommen, um die vierte Sitzung des internationalen statistischen Congresses zu eröffnen. Die meisterhafte Rede Seiner Königlichen Hoheit hat auf die gelehrte Versammlung den tiefsten Eindruck gemacht.

Während des jüngsten Besuches des Herzogs von Coburg sind die Sommerpläne des Hofes festgestellt worden. Nach einem kurzen Aufenthalte in Balmoral gedenkt sich die Königin mit ihrem Gemahle — wahrscheinlich am 21. September — direct nach Coburg zu begeben, ohne Berlin oder Wien zu berühren. Die Frau Kronprinzessin von Preussen wird nach ihrem Wochen-

bette dort erwartet. Lord John Russell soll Ihre Majestät begleiten.

London, 21. Juli 1860.

Das Parlament pflegt wie Saturn eine Anzahl seiner Kinder zu verschlingen und am Ende der Session Gesetzesvorschläge, welche die zweite Lesung schon passirt haben, aufzugeben. Man nennt dies „*the massacre of the innocents*“, ein Ausdruck, der für den bethlehemitischen Kindermord stereotyp geworden. Durch mehrere Nachtsitzungen ermüdet hat das Unterhaus dieses Abschlachten der Unschuldigen in diesem Jahre mit besonderem Eifer betrieben. Den Anfang machte Lord John Russell's Reformbill. Es folgte eine Massregel von grosser Tragweite, die *Bankruptcy Bill.* Dieselbe zählte nicht weniger als 300 Paragraphen, von welchen 152 bereits die Comité-Berathung passirt hatten. Auch die *Savings-Bank Bill* vermochte Gladstone nicht zu retten. Ueber diese Schlappe des Schatzkanzlers bemerkte mir einer der Führer der Opposition: „Wir thun, was wir können, um Palmerston und sein Coalitions-Ministerium im Amte zu erhalten. Unsere Stunde ist noch nicht gekommen. Leider ist die Schwäche des auseinanderfallenden Cabinets eine solche, dass eine Krisis selbst gegen unsern Wunsch und Willen nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.“

Lord Derby hat sich veranlasst gesehen, die bedenkliche Lage der öffentlichen Angelegenheiten im Oberhause zur Sprache zu bringen und die oft gerügte Impotenz der Whigs in das hellste Licht zu setzen. Diese Rede hat um so tieferen Eindruck gemacht, als dieselbe von aller Parteileidenschaft frei war. Lord Brougham hat dafür ein neues Wort erfunden, er nannte Lord Derby's Kritik „*an unparty speech*“. Unbillig würde es sein, den Ministern die Begehungs- und Unterlassungssünden dieser unfruchtbaren Session zur Last zu legen. Das Unterhaus allein ist dafür verantwortlich. Es fröhnt der Unsitte, jede Kleinigkeit vor sein Forum zu ziehen und mit nutzlosen Wortgefechten die kostbare Zeit zu vergeuden.

Die Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit dem Prinzen Regenten in Teplitz wird hoffentlich dem in Baden begonnenen Einigungswerke die Krone aufsetzen. Die sinnlosen Verleumdungen der Presse, als gelte es die Karlsbader Beschlüsse wieder aufzuwärmen, werden durch das Handbillet des Kaisers von Oesterreich vom 17. widerlegt. Kürzer und drastischer, als dies in der heutigen „Times“ geschieht, bezeugte mir ein Staatsmann der liberalen Partei seine Freude über die eingetretene glückliche Wendung. „Wenn,“ sagte er, „Oesterreich und Preussen sich die Hände reichen, die Regierungen und Völker Deutschlands diesem Bunde beitreten, dann sind Frankreich und Russland machtlos, den Frieden der Welt zu erschüttern.“

Ein *communiqué* der heutigen „Morning Post“ veröffentlicht die gestern hier eingegangenen Nachrichten über die französischen Vorschläge zur Pacification Syriens: Expedition von 8000 Mann französischer Landtruppen, Ernennung einer internationalen Commission, administrative Reorganisation des Landes, um den christlichen Bewohnern den nöthigen Schutz zu verleihen. In Beantwortung einer Interpellation hat Lord John Russell gestern versichert, von der Einschiffung französischer Truppen nach Syrien keine Nachricht zu haben. Er gab jedoch zu, dass zwischen den Grossmächten Verhandlungen obschwebten in der Absicht, die Pforte bei Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. „Ich glaube nicht,“ bemerkte der Staats-Secretär des Aeusseren mit gewohntem Optimismus, „dass Frankreich beabsichtigen kann, in Syrien allein zu handeln.“ Man hofft hier, Fuad Pascha werde die Ordnung herstellen, bevor die französische Expedition Beirut erreicht. Von vielen Seiten werden die dortigen Unordnungen auf einen tiefer angelegten Plan des französischen Cabinetes zurückgeführt und zum Beweise hervorgehoben, dass Geld und Arbeitskräfte nicht gespart worden, um in diesem unwirthlichen Lande Heerstrassen zu schaffen.

London, 25. Juli 1860.

Die durch Decret vom 20. August 1859 ernannte, aus ausgezeichneten Offizieren der Armee und der Marine bestehende Commission hatte die Aufgabe, die Befestigungen der Küste, Häfen und Docks des Vereinigten Königreiches zu untersuchen und zur Vervollständigung derselben Vorschläge zu unterbreiten. Der aus 172 Paragraphen bestehende Bericht dieser Commission ist der Königin am 7. Februar d. J. vorgelegt und vorgestern in einem starken Blaubuche dem Parlamente mitgetheilt worden.

Nach sorgfältiger Untersuchung und Vernehmung der ausgezeichnetsten Fachmänner des Landes hat die Commission von dem abenteuerlichen Plane abgesehen, die Metropole durch detachirte Forts zu befestigen. Man hat auch die Unmöglichkeit erkannt, jeden Punkt der ausgedehnten Küsten des Inselreiches vor einem etwaigen Landungsversuche sicher zu stellen. Die Commission empfiehlt daher diejenigen Häfen, festen Plätze und Dockyards, welche zu Arsenalen verwendet werden, auch für die verbesserten Geschütze der modernen Artillerie uneinnehmbar zu machen. Als die Hauptpunkte werden bezeichnet Portsmouth mit seinen Dependenzien (Spithead, die Insel Wight, Gosport), Plymouth und Dover. Die Kosten der zunächst unabweislichen, in drei bis vier Jahren zu vollendenden Befestigungsarbeiten werden auf 12 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

Wenn dieser Bericht vier Monate lang geheim gehalten und erst am 23. d. dem Unterhause vorgelegt worden, so ist dies nur durch die Rücksicht zu erklären, welche Lord Palmerston auf die eigenthümliche Stellung Gladstone's im Schosse des Cabinets zu nehmen genöthigt war. Jetzt erst weiss man, dass Gladstone diesen Bericht kannte, als er am 10. Februar dem Unterhause seinen künstlichen Finanzplan entwickelte. Hätten die Gemeinen damals ahnen können, dass in diesem Friedensbudget der Ausgabeposten von 12 Millionen Pfund Sterling verheimlicht worden, so würde es der Beredsamkeit des Schatzkanzlers kaum gelungen sein, dasselbe durchzubringen.

Lord Palmerston hat in der vorgestrigen Sitzung die Annahme der Commissions-Anträge dringend empfohlen und zur Beschaffung der nöthigen Gelder *annuities*, d. h. in dreissig Jahren einlösbare Staatsschuldverschreibungen vorgeschlagen, auch um Ermächtigung gebeten, für das laufende Jahr für zwei Millionen Pfund Sterling zu emittiren. Da General Peel im Namen der Opposition die volle Billigung der Massregeln ausgesprochen, so wird trotz der Einsprache des Friedensapostels Bright die Annahme der Regierungsvorlagen am nächsten Montag erwartet. Die Abwesenheit Lord John Russell's, Gladstone's und Milner Gibson's während der ganzen Dauer dieser Debatte ist sehr aufgefallen.

Im Anfange der Sitzung beantwortete der Staats-Secretär des Aeusseren eine Interpellation Sir James Fergusson's und theilte dem Hause die neuesten Nachrichten über die syrischen Wirren mit. Die Gräuelthaten der Drusen haben das englische Ministerium veranlasst, dem Commandanten der an der syrischen Küste kreuzenden Kriegsschiffe die Ermächtigung zu ertheilen, nöthigenfalls zu landen. Eine Betheiligung an der von Frankreich projectirten Expedition wurde jedoch abgelehnt.

In Neapel hat man allem Anscheine nach den Kopf verloren und der lange vorbereiteten Katastrophe Thor und Thür geöffnet. Messina und alle auf der Insel Sicilien von königlichen Truppen noch besetzten Plätze sind geräumt. König Franz II. hat sich herbeigelassen, einen seiner Adjutanten an Garibaldi zu senden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Marquis de la Greca, ist eingetroffen in der Absicht, einen letzten Versuch zu machen, das englische Gouvernement für seinen jungen König zu interessiren. Er dürfte zu spät kommen, da die Ereignisse seine Sendung überholt haben.

London, 26. Juli 1860.

Die Rede, in welcher Lord Palmerston am 23. dem Unterhause die Annahme der von der Commission vorgeschlagenen Küstenbefestigungen empfohlen hat, wird als ein Ereigniss auf-

gefasst, dessen Bedeutung durch die Abwesenheit Lord John Russell's, Gladstone's und Milner Gibson's nur erhöht worden ist. Dass der siebenundsiebenzigjährige Premier es wagen würde, die französische Allianz so rückhaltlos aufzukündigen, hatte niemand erwartet. Es fehlt nicht an solchen, welche diese Offenheit tadeln. Sie fürchten, die ohnehin sehr gespannten Beziehungen könnten dadurch zum förmlichen Bruche geführt werden. Auch wirft man Lord Palmerston vor, mit allzugrosser Aufrichtigkeit die schwachen Punkte bezeichnet zu haben, welche Napoleon III. angreifen müsste, wollte er den abenteuerlichen Plan eines gegen London gerichteten Handstreiches wirklich ausführen. Jedenfalls beweist diese Rede in Verbindung mit dem an der Tafel des Lord Mayor ausgebrachten kriegerischen Toaste, dass Lord Palmerston fest entschlossen ist, es auf einen Kampf auf Leben und Tod mit Frankreich ankommen zu lassen. Die Männer der Manchester-Schule verkünden es laut genug in ihren Pfennig-Blättern, die Springfluth der Reaction habe England in die Stimmung des Jahres 1810 zurückgeworfen. Mag man dies mit Bright und Cobden beklagen, Thatsache ist, dass Lord Palmerston der öffentlichen Meinung des Tages beredten Ausdruck geliehen hat.

Die zu einer scheinbaren Verständigung gelangten Verhandlungen über die Intervention in Syrien beweisen sattsam, wie hochgradig das Misstrauen, welches die französische Politik den hiesigen Staatsmännern einflösst. Aus dem Munde eines britischen Ministers erfahre ich folgende Einzelheiten: Persigny kam am 18. und verlangte Lord John Russell dringend zu sprechen. Es war gerade Cabinets-Sitzung. Lord John verliess dieselbe, kam aber kurz darauf mit der Depesche zurück, die ihm der französische Botschafter mitgetheilt hatte. Die darin gestellte Anfrage, ob England an der französischen Expedition nach Syrien sich mit Landtruppen betheiligen wolle, wurde sofort berathen und die Ablehnung einstimmig beschlossen, weil man jede Cooperation mit Frankreich perhorresciren müsse. Derselbe Gewährsmann versichert, man sei hier fest überzeugt, die

Wirren im Libanon seien durch russische und französische Intriguen provocirt und die französische Expedition nichts als ein maskirter Offensivstoss gegen die Türkei und indirect gegen England. In dieser Ueberzeugung habe die englische Flotte Befehl erhalten, an den syrischen Küsten zu kreuzen, nicht sowohl um die Christen zu schützen, als um die Bewegungen der Franzosen zu überwachen.

London, 30. Juli 1860.

Der Marquis de la Greca ist am 27. d. unverrichteter Sache abgereist. Tags vorher hatte Lord John Russell dem Unterhause mitgetheilt, der Marquis habe im Namen der neapolitanischen Regierung die bewaffnete Intervention der Westmächte in Sicilien nachgesucht, ein Ansinnen, welches von der englischen Regierung abgelehnt worden. Der ausserordentliche neapolitanische Abgesandte hat gegen diese Darlegung protestirt in einem Schreiben an den Staats-Secretär des Aeusseren, welches dieser dem Hause am 27. vorlegte. In diesem Schriftstücke wird constatirt, von dem bewaffneten Einschreiten fremder Mächte in Sicilien sei nie die Rede gewesen, die neapolitanische Regierung habe nur gewünscht, England, Frankreich und Sardinien möchten einen moralischen Druck auf Garibaldi ausüben, um diesen zu einem sechsmonatlichen Waffenstillstande zu bestimmen. Dieser Waffenstillstand habe dazu benutzt werden sollen, um die mit dem Turiner Cabinete schwebenden Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen und für die Eröffnung der Kammern das Nöthige vorzubereiten. Zu seiner Entschuldigung bemerkte Lord John, die Verhandlungen mit dem Marquis de la Greca seien nur mündlich geführt worden und hätten daher zu Missverständnissen Anlass geben können. In der Hauptsache habe England jede Einmischung in die sicilischen Wirren ablehnen müssen und die Argumente des Marquis de la Greca nicht für stichhaltig erachten können. Dieser habe behauptet, es läge ein europäisches Interesse vor. Wenn man dem in Neapel eingetretenen Systemwechsel nicht Zeit

gönne, sich zu consolidiren, so werde man der Revolution Thor und Thür öffnen. In der That habe man nur die Wahl, den unvermeidlich gewordenen Kampf um den Besitz von Venetien mit den regelmässigen piemontesisch-neapolitanischen Truppen oder mit Freischaaren zu führen. Ersteres sei vorzuziehen. Wolle man den unvermeidlichen Krieg mit Oesterreich dem Mazzinismus überlassen, so werde als Endresultat entweder die rothe Republik oder die Befestigung der Fremdherrschaft in Italien daraus hervorgehen. Diese Argumentation wird in Wien ihre Wirkung nicht verfehlen. Wie sollte sich auch Oesterreich für die Erhaltung einer Regierung interessiren, die, wenn auch nur aus Furcht und Schwäche, so feindseligen Tendenzen huldigt!

Während der Antagonismus zwischen der englischen und französischen Politik in den jüngsten Verhandlungen über die Intervention in Syrien immer schärfer hervortritt, bringt die heutige „Morning Post" ein mysteriöses *communiqué*, in welchem eine überraschende Wendung der Politik des Tuilerien-Cabinets verkündet wird. Ist diese neueste Wandlung ernst gemeint? Die Zeit wird es lehren. Briefe und Redensarten werden kaum ausreichen, um das tief greifende Misstrauen von einem Tage zum anderen zu beseitigen, welches die bonapartistischen Velleitäten hier hervorgerufen haben. Ist die von der „Morning Post" angekündigte Bekehrung aufrichtig, so wird darin eine heilsame Wirkung der Teplitzer Zusammenkunft zu begrüssen sein.

Der Schluss des Parlamentes ist kaum vor Ende nächsten Monats zu erwarten. Ueber den gegenwärtigen Geschäftsbankerott hat Mr. Disraeli der Majorität einige herbe Wahrheiten gesagt. „Ihr habt," rief der Führer der Opposition, „Lord Derby's Gouvernement gestürzt, angeblich aus zwei Gründen. Einmal weil das Land, wie Ihr behauptet, eine demokratische Wahlreform verlangt, dann weil unsere äussere Politik zu einem Bruche mit Frankreich führen werde. Der trügerische Charakter dieser factiösen Anklagen liegt auf der Hand. Die Mondschein-Reformbill hat zurückgezogen werden müssen, weil das Land diese

demokratische Neuerung entschieden missbilligte. Dann kam das Trugbild eines Handelsvertrages, welcher die Aera des ewigen Friedens eröffnen sollte, in Wahrheit jedoch dem Premier-Minister das Geständniss abgenöthigt hat, dass wir um jeden Preis und so schnell als möglich das Land gegen eine französische Invasion sicher stellen müssen.“

London, 31. Juli 1860.

Das gestrige *communiqué* der „Morning Post“ war nicht von der englischen Regierung, sondern von der französischen Botschaft inspirirt und beruht auf einem Privatschreiben des Kaisers Napoleon an Persigny. Die Vermuthung liegt nahe, dass letzterer der Urheber dieser kaiserlichen Ergiessung ist.

Persigny, der Einzige, der noch an die Aufrechterhaltung der westmächtlichen Allianz glaubt, hat sich beeilt, das Schriftstück den hiesigen Ministern mitzutheilen. Der erste Eindruck mag den Erwartungen des Botschafters nicht entsprochen haben; wenigstens bezeichnet Lord John die Sprache dieses kaiserlichen Privatbriefes als im höchsten Grade vag. Die heutige „Times“ bespricht den Zwischenfall in einer Weise, die den tiefgehenden Skepticismus kennzeichnet, mit welchem man hier den Windungen und Wendungen des Proteus an der Seine folgt. „Die gegenseitigen Rüstungen,“ sagt das City-Blatt, „werden fortgesetzt bis zur Stunde, in welcher man die Entdeckung machen wird, dass der Krieg wohlfeiler als der Friede und dass eine rasche Entscheidung Verhandlungen vorzuziehen ist, die nur tiefer und tiefer in den Abgrund führen können.“

Die Convention, Syrien betreffend, ist so gut wie abgeschlossen, wenn auch noch nicht förmlich unterzeichnet. Die beistimmende Antwort der Pforte hat die Hauptschwierigkeiten beseitigt. Im Vertragsentwurfe fällt der Missbrauch auf, welcher namentlich seit Thouvenel's Ernennung mit der Elasticität der französischen Sprache getrieben wird. Denjenigen, welche im Geheimnisse der Komödie sind, muss es als eine bittere Ironie

erscheinen, wenn gesagt wird: *que S. M. l'Empereur des Français consent à envoyer des troupes etc.* Uebrigens scheint es sich weniger um einen tief angelegten Plan als um ein Taschenspieler-Kunststück zu handeln, darauf berechnet, die Aufmerksamkeit der Franzosen von den inneren Angelegenheiten abzulenken. *Expédition chrétienne sur la base d'une convention européenne* ist eine Phrase, die ihren Effect nicht verfehlen wird.

Englischerseits geht Lord Dufferin als Civil-Commissär nach Syrien. Derselbe ist in Staatsgeschäften *homo novus.* Die geistreiche Beschreibung eines an Bord seiner Yacht nach Island unternommenen Ausfluges hat den Namen Lord Dufferin's in der schriftstellerischen Welt bekannt gemacht. Seine im vorigen Jahre nach dem Oriente unternommene Reise dürfte die nächste Veranlassung zu seiner jetzigen Wahl gegeben haben.

London, 1. August 1860.

Das mehrerwähnte Privatschreiben des Kaisers Napoleon an Persigny, datirt St. Cloud 25. Juli 1860, erscheint heute in englischer Uebersetzung in den Zeitungen. Der Commentar der „Morning Post“ klingt fast wie eine Kritik, welche, wenn nicht direct vom Premier-Minister inspirirt, jedenfalls den Gedankengang dieses Staatsmannes in journalistischer Sprache wiedergiebt. Italien ist zur Nebensache geworden. Der Wunsch, das unglückliche Land möge zum Frieden gelangen, gleichviel auf welche Weise, nur nicht durch fremde Intervention, ist natürlich hier auf dankbaren Boden gefallen. Die syrische Frage bildet augenscheinlich den Hauptbeweggrund des Kaisers der Franzosen, noch einmal zu versuchen, das Misstrauen Englands einzuschläfern. *In cauda venenum.* In dem letzten Satze ist unangenehm aufgefallen, dass der kaiserliche Briefsteller glauben machen möchte, er unternehme die syrische Expedition ungern und wider Willen, einmal weil sie Geld koste und dann weil zu befürchten, dass die orientalische Frage wieder eröffnet werden könnte. Letzteres bildet den Hauptgrund der hiesigen Besorg-

nisse, welche durch den naiven Zusatz „ich weiss nicht, wie ich der öffentlichen Meinung meines Landes widerstehen kann“ nicht abgeschwächt worden sind. Ein englischer Staatsmann fasste sein Urtheil gestern in den Worten zusammen: *risum teneatis, amici!* Von den Kosten zu sprechen, war jedenfalls gewagt, da der französische Entwurf der Convention dem Sultan den Ersatz aller Auslagen aufbürden wollte. Der Machthaber an der Seine scheint nicht zu ahnen, dass man hier von Thatsachen unterrichtet ist, die auf seine Behauptung, er unternehme die Expedition nur nothgedrungen, scharfe Schlagschatten werfen. Man weiss, dass die Pforte schon vor Monaten ein Truppen-Corps nach Syrien senden wollte, um die dortigen Wirren im Keime zu ersticken. Man weiss auch, dass der französische Botschafter in Constantinopel sein Veto eingelegt und diese weise Vorsichtsmassregel verhindert hat.

London, 3. August 1860.

Der nunmehr im „Moniteur“ veröffentlichte Urtext des kaiserlichen Privatbriefes an Persigny bildet fortwährend den Hauptgegenstand des Tagesgespräches. Die Vermuthung ist aufgetaucht, Kaiser Napoleon habe beabsichtigt, Lord Palmerston bei seinen eigenen Collegen zu verdächtigen. Dies erklärt die kühle Sprache, mit welcher Lord John Russell des Zwischenfalles im Parlamente gedachte. Die Ostentation, mit welcher Lord Palmerston's Name in den Vordergrund gestellt worden, mag den Staats-Secretär des Aeussern nicht angenehm berührt haben. Am meisten jedoch hat hier verletzt, dass man zwischen den Zeilen die Absicht herausliest, das Unterhaus zu einer Ablehnung der Befestigungs-Vorschläge zu bestimmen. Die gestrige Sitzung wird derartige Illusionen zerstört haben. Die am 23. v. M. beantragten Resolutionen standen auf der Tagesordnung. Ein Industrieller beantragte, „das Haus möge die Bewilligung grosser Summen für Landbefestigungen ablehnen, da die Hauptvertheidigung Englands auf der Flotte beruhe.“ Der Antrag war geschickt gefasst,

wurde von Bright in einer sarkastischen Rede glänzend vertheidigt, aber nach einer humoristischen Erwiderung Palmerston's mit 268 gegen 39 Stimmen verworfen. Ein anderes Amendement hatte dasselbe Schicksal, und es erfolgte die förmliche Annahme der Regierungsvorlagen.

London, 4. August 1860.

Die Verhandlungen bezüglich der Intervention in Syrien sind gestern in Paris zum Abschlusse gelangt, wie Lord John Russell und Lord Wodehouse beiden Häusern mitgetheilt haben. Das von den Vertretern der fünf Grossmächte und dem türkischen Botschafter in Paris unterzeichnete Protokoll stipulirt auf den Wunsch des Sultans die Absendung eines Expeditions-Corps von nicht mehr als 12,000 Mann. Frankreich stellt die Hälfte und wird ermächtigt, sein Contingent sofort einzuschiffen. Der Sultan übernimmt die Verpflegung. Die Dauer der Occupation wird auf sechs Monate festgestellt.

Die Darlegung des Unterstaats-Secretärs des Auswärtigen im Oberhause war von Lord Stratford de Redcliffe provocirt worden. Mit einer, ich möchte sagen, ehrfurchtsvollen Spannung folgte die Versammlung den Worten des greisen Staatsmannes. Wenn irgend einer die orientalische Frage versteht, so ist es der frühere Botschafter Englands in Constantinopel. Er kann sich rühmen; den Fall des türkischen Reiches Jahre lang aufgehalten zu haben. Leidenschaftlicher Gegner Russlands, mit jugendlicher Entrüstung gegen die Uebergriffe des Bonapartismus ankämpfend, hat sich Lord Stratford de Redcliffe immer als uneigennütziger Freund der Pforte bewährt. Heute bezeichnet er die Intervention der europäischen Mächte als ein nothwendiges Uebel und scheint an der Zukunft des osmanischen Reiches zu zweifeln. Um so eindringlicher war seine Ermahnung an die Pairs des Reiches, mit Anspannung aller Kräfte dem nahe herbeigekommenen Entscheidungskampfe über den Besitz von Constantinopel entgegenzugehen.

Die Pforte macht übermenschliche Anstrengungen, um das Versäumte nachzuholen. Fuad Pascha, mit unbeschränkten Vollmachten versehen, verfügt über ein gut ausgerüstetes Expeditions-Corps von 26,000 Mann. Dieses ist in der Nähe von Beirut concentrirt, und soll binnen kurzem, wie mir der türkische Botschafter gestern sagte, auf 40,000 Mann gebracht werden.

London, 7. August 1860.

Ihre Majestät die Königin, der Prinz Gemahl und die jungen Prinzen und Prinzessinnen sind gestern Nachmittag hier eingetroffen und Abends nach Edinburgh weitergereist.

Der Prinz von Wales ist am 23. v. M. in St. Johns an der Küste von Neufundland gelandet und hat am 24. den amerikanischen Boden betreten. Nach allen Nachrichten lässt der Empfang nichts zu wünschen übrig.

Gestern Nacht ist das Ministerium siegreich aus der letzten parlamentarischen Schlacht hervorgegangen. Grosse Anstrengungen waren gemacht worden, um die beiderseitigen Streitkräfte möglichst vollzählig in den Kampf zu führen. Dringende Briefe und Telegramme hatten die Reisenden vom Continente und die Jagdliebhaber aus Schottland zurückberufen. Lord Palmerston versammelte am Morgen etwa 170 Mitglieder der liberalen Partei, um ihnen die Herabsetzung des Eingangszolles auf fremdes Papier mit Nachdruck zu empfehlen. Der Premier gab bei diesem Anlasse als Beweis für die Erfolge seiner äusseren Politik die Nachricht von der Landung Garibaldi's in Neapel. Dies verursachte eine Missstimmung unter den katholischen Mitgliedern der ministeriellen Partei. Indessen hatte der Zwischenfall keine Folgen, da Lord Palmerston und Lord John Russell übereinstimmend die Regierungsmassregel als die Erfüllung der im Handelsvertrage übernommenen Verpflichtungen darstellten. Ein dilatorisches Amendement wurde von Disraeli unterstützt, aber mit 260 gegen 233 Stimmen verworfen.

London, 11. August 1860.

Die Königin hat am 7. bei Holyrood über 21,000 schottische Freiwillige eine Revue abgehalten, die eine zweite Auflage des grossartigen Nationalfestes war, welches wir in London am 23. v. M. erlebten. Gegen 200,000 Zuschauer hatten sich eingefunden und Ihre Majestät wurde von der bewaffneten wie von der unbewaffneten Menge mit gewohntem Enthusiasmus begrüsst. Die officiellen Listen der freiwilligen Corps weisen 138,000 Mann auf. Da man in Irland die Bildung von Landwehren begreiflicherweise nicht gestatten konnte, so ist diese Reserve-Armee ausschliesslich aus England und Schottland rekrutirt worden.

Das Unterhaus hat in diesem Jahre dreissig Millionen Pfund Sterling für die Land-Armee bewilligt und am Mittwoch das Gesetz definitiv angenommen, welches die Verschmelzung der früheren Armee der Ostindischen Compagnie mit der königlichen anordnet. Im Oberhause fand gestern die zweite Lesung statt, nachdem der Herzog von Cambridge in einer längeren Rede die von Lord Derby und Lord Ellenborough dagegen erhobenen Bedenken widerlegt und aus militärischen Gründen die Annahme der Regierungsmassregeln mit Nachdruck empfohlen hatte.

Auch Lord Palmerston's Befestigungsbill passirte gestern im Unterhause das entscheidende Stadium der zweiten Lesung. Ein Versuch der radicalen Partei, dieselbe aufzuhalten, ist gescheitert und das Amendement des Vertreters von Marylebone mit einer Majorität von 111 Stimmen (143 gegen 32) verworfen worden.

Endlich hat Lord John Russell den Stand der Verhandlungen über den von England abgelehnten französischen Antrag, Spanien als Grossmacht anzuerkennen, dem Unterhause dargelegt. Diese Verhandlungen erinnern mich an ein Wort des verstorbenen Fürsten Metternich, dem ich wenige Monate vor seinem Tode in Dresden begegnete. Er sprach mir nicht ohne Bitterkeit von dem Missbrauche, welcher seit 1848 namentlich in preussischen Staatsschriften mit dem Worte Grossmacht getrieben werde. Staatsrechtlich existire gar kein Unterschied zwischen grossen

und kleinen Mächten und er selbst habe sich in seinen Depeschen sorgsam gehütet, den Accent auf diesen thatsächlichen Unterschied zu legen.

Aus Syrien lauten die Nachrichten günstig. Das energische Auftreten Fuad Pascha's dürfte die Landung der Franzosen überflüssig machen und deren baldige Heimberufung veranlassen.

London

1861.

Trotz der günstigen Ergebnisse des Handelsvertrages war im Jahre 1861 die tiefgehende Missstimmung der englischen Regierung und des englischen Volkes gegen Frankreich und seinen Herrscher noch im Wachsen. Auch die gemeinschaftlich in China gepflückten Lorbeern hatten die frühere Intimität nicht wiederaufkommen lassen. Mit Misstrauen beobachtete man die unaufhörlichen Rüstungen Napoleon's, namentlich die Vermehrung seiner Panzerschiffe. Eine Folge dieses Misstrauens war die Dictatur, welche alle Parteien dem alten Palmerston stillschweigend übertrugen. Wenn ich sage alle Parteien, so meine ich nur die regierungsfähigen. Die Radicalen und die Männer von Manchester grollten noch immer wegen der für Küstenbefestigungen ihrer Ansicht nach verschwendeten Millionen und zeigten den Winkelzügen der französischen Politik gegenüber eine mehr als naive Vertrauensseligkeit.

Das geheime Abkommen zwischen den Conservativen und Palmerston, welches im vergangenen Jahre dem unfruchtbaren Parteihader Halt geboten, wurde vor Beginn der Parlamentssession erneuert und erhielt sogar unter der Hand die Sanction des Hofes. Nachdem Lord Palmerston im Januar der Königin und dem Prinzen Albert sein Programm für das laufende Jahr

vorgelegt und namentlich die energische Fortsetzung der Rüstungen versprochen hatte, wurde Disraeli nach Windsor geladen. Der Prinz erhielt zu seiner nicht geringen Genugthuung von dem Führer der Opposition die Zusicherung, letztere, obgleich dreihundert Köpfe stark, denke nicht daran, die Regierung zu übernehmen, so lange Lord Palmerston die conservativen Interessen des Landes wahre. Disraeli hatte hinzugefügt, es stehe nur bei dem jetzigen Premier-Minister, eine Macht auszuüben, wie seit Pitt keiner seiner Vorgänger. Der Prinz verfehlte nicht, Palmerston von dieser günstigen Stimmung Kenntniss zu geben. Die Thronrede ratificirte diese geheime Verständigung, da von einer Reform des Parlaments nicht die geringste Andeutung gegeben wurde. Die Scharmützel, welche während der Session stattfanden, hatten daher keine praktische Bedeutung und dienten nur dazu, dem Publikum und den Parteien selbst das Einverständniss der Führer zu verbergen. Lord Derby unterhielt das Oberhaus während der Adress-Debatte, indem er die Koketterien des Ministeriums mit der italienischen Revolution und namentlich die schon erwähnte taktlose October-Depesche Lord John Russell's durchhechelte. Disraeli behandelte dasselbe Thema akademisch im Unterhause. Von einem regierungsfeindlichen Amendement war weder hier noch dort die Rede.

Die Königin hatte das Parlament am 5. Februar in Person eröffnet und war von dem Volke mit lebhafteren Zurufen als gewöhnlich begrüsst worden. Die unsicheren Zustände des Continentes erhöhten die Loyalität der Massen. Nur die Krone, das fühlten Alle, vermochte jetzt Kraft und Schutz zu gewähren.

Unter den älteren Damen, welche in jenen Tagen einigen Einfluss auf die Regierungskreise übten, war auch die Wittwe des ehemaligen britischen Gesandten in Berlin, Lady William Russell. Sie war eine gescheite, weltkluge Frau, welche ihre Söhne, den jetzigen Herzog von Bedford und den vor kurzem in Berlin als Botschafter verstorbenen Lord Ampthill, vortrefflich erzogen hatte. Es fehlte ihr nie an Besuchern, die gern mit ihr

plauderten, wenn sie sich nicht, wie ihr Schwager Lord John, in politischen Dingen Raths bei ihr erholten. Als Katholikin schwärmte sie weder für Cavour noch für Garibaldi und verspottete die italienischen Sympathien ihres Schwagers und Lord Palmerston's, indem sie diese beiden Minister die alten italienischen Meister nannte.

Diese *old Italian masters* erlebten kurz nach der Parlamentseröffnung die Genugthuung, Gaëta fallen zu sehen (13. Februar). Der Kaiser Napoleon hatte sich schliesslich entschlossen, die Piemontesen gewähren zu lassen. Ein französisches Dampfschiff brachte den König von Neapel und seine schöne Gemahlin, welche den Bomben tapfer Stand gehalten, nach Cività-vecchia. Von da begaben sie sich nach Rom unter den Schutz der französischen Bajonette. Der König besass dort den verödeten Palazzo Farnese, welcher die Vertriebenen unheimlich genug beherbergte. Mit welcher Würde Franz II. sein Unglück getragen, ist bekannt, bekannt auch, dass er, wie Ludwig XVI., unschuldig für die Begehungs- und Unterlassungssünden seiner Vorgänger zu büssen gehabt hat.

Victor Emanuel liebte, das Eisen zu schmieden, so lange es heiss war. Er berief sofort nach dem Falle Gaëta's das erste italienische Parlament nach Turin. Die Schlagworte „Italien für die Italiener“, „Die Einheit unter Victor Emanuel“ waren von den geheimen Gesellschaften in allen Provinzen so häufig wiederholt worden, dass die Constituirung des jungen Königreiches unter dem Hause Savoyen ohne alle Schwierigkeit in Scene gesetzt wurde. Victor Emanuel bedauerte in seiner Thronrede die Abwesenheit des französischen Gesandten, vergass aber nicht, dem Kaiser der Franzosen den Dank Italiens darzubringen.

Am 17. März proclamirte das Parlament Victor Emanuel als König von Italien und am 19. beeilte sich die englische Regierung, ihn als solchen anzuerkennen. Frankreich zögerte nur *pro forma,* seine Anerkennung erfolgte Ende Juni. Nach Berlin wurde La Marmora gesendet, ungeachtet des Protestes der

preussischen Regierung gegen die sardinischen Annexionen. La Marmora, der sich als Soldat in der Krim, namentlich in der Schlacht an der Tschernaja ausgezeichnet hatte, war eine Persönlichkeit, die in Berlin angenehm sein musste. Eine weit vornehmere Erscheinung als Cavour, besass dieser General zugleich einen geraderen Charakter als der Premier-Minister und die meisten seiner Collegen. Predigte La Marmora damals auch noch tauben Ohren, so blieb doch sein Hinweis auf die Gleichartigkeit der nationalen Interessen Preussens und Sardiniens nicht unvergessen.

In Paris gestalteten sich inzwischen die Dinge immer bedenklicher für die kaiserliche Herrschaft. Napoleon eröffnete die Kammern mit einer Thronrede, welche allseitig beruhigen sollte, aber das Gegentheil bewirkte. In England verletzte der herausfordernde Ton, mit welchem der Kaiser die Annexion von Savoyen und Nizza als sein dem Widerspruche Europas zum Trotz behauptetes Recht bezeichnete. Die Discussion in den französischen Kammern gab zu bedenklichen Ausfällen Gelegenheit und insbesondere zu einer durch und durch revolutionären Rede des „rothen Prinzen“. Wucherische Speculationen und ein unerhörter Luxus bildeten den Hintergrund der kaiserlichen Tragikomödie. Wurde auch zuweilen einer der Speculanten den Gerichten überliefert, so schlüpften doch die meisten glücklich durch, da man hochstehende Persönlichkeiten nicht compromittiren wollte.

Obgleich Rom besetzt, der Papst im Vatican beschützt blieb, war doch die französische Geistlichkeit durchaus nicht damit einverstanden, dass Napoleon den italienischen Erwerbungen auf Kosten des heiligen Stuhles Vorschub geleistet hatte. Von den Kanzeln herab bekämpften die Priester die kaiserliche Politik. Alle administrativen Mahnungen und Massregeln fruchteten wenig gegen diese Opposition, die auf die gebildeten Klassen Einfluss gewann. Man hatte früher Napoleon III. als den Retter der Gesellschaft, wenn nicht bewundert, so doch geduldet. Jetzt fing man an, ihn als gekrönten Socialisten zu verhöhnen.

Badinguet wurde Spitzname des Kaisers in Erinnerung an jenen Maurergesellen, dessen kalkbespritztes Brett Louis Napoleon entlehnt hatte, als er aus der Festung Ham entfloh.

Wie zwischen England und Frankreich, herrschte damals auch zwischen der britischen und der preussischen Regierung eine nicht unbedenkliche Spannung. Die Haltung Preussens während des Krim-Krieges war an der Themse noch nicht vergessen, als im Herbste 1860, gerade in dem Augenblicke als die Königin auf ihrer Heimreise Bonn passirte, ein an sich sehr unbedeutender Vorgang die Leidenschaften diesseits und jenseits des Kanals in ungewöhnlicher Weise aufregte. Ein reisender Engländer, in der höheren Londoner Gesellschaft ganz unbekannt, Capitän Macdonald, war in Folge eines Streites mit den Eisenbahn-Beamten von der Ortsbehörde arretirt worden. Mochte ihm nun das *civis Romanus sum* Palmerston's zu Kopfe gestiegen sein, oder mochte er, der deutschen Sprache unkundig, die an ihn ergangene Aufforderung, seinen Platz mit einem anderen zu vertauschen, nicht verstanden haben, kurz die Polizei hatte sich genöthigt gesehen, diesen ungefügigen Reisenden zu verhaften. Die Engländer in den Rheinlanden ergriffen Partei für ihren Landsmann und die englischen Zeitungen brandmarkten „die brutale Tyrannei" der preussischen Behörden. Es entspann sich ein Federkrieg zwischen beiden Regierungen, welcher ein voluminöses Blaubuch absetzte. Palmerston, immer bereit, auf Kosten seiner Nachbarn der Meinung des Tages zu schmeicheln, erlaubte sich im Parlamente masslose Ausfälle und bedauerte das preussische Volk wegen der „erbärmlichen Gesetze", unter welchen es lebe. Lord John Russell schrieb eine Anzahl Depeschen *„for home consumption"*, und Herr von Schleinitz vergass in seinen Antworten die Goethe'sche Regel nicht: „Auf groben Klotz 'nen groben Keil". Dieser Depeschenwechsel, von den Zeitungen über Gebühr aufgebauscht, konnte für beide Länder bedenkliche Folgen haben, hätten sich die beiden Höfe dadurch beeinflussen lassen. Der Macdonald'sche

Zwischenfall verhinderte die Königin jedoch nicht, dem Könige Wilhelm I. bei seiner Thronbesteigung in feierlicher Botschaft den Hosenbandorden zu übersenden. Auch liess sich Ihre Majestät später bei der Krönung (18. October) durch einen ihrer vornehmsten Staatsmänner, Lord Clarendon, vertreten. Dieser konnte in Berlin sattsam constatiren, welches Unheil die taktlosen Depeschen Russell's und die nicht minder taktlosen Ausfälle der englischen Presse angestiftet hatten. Clarendon hielt es für geboten, den englischen Ministern allen Ernstes die Einstellung dieser unfruchtbaren Polemik zu empfehlen.

Mittlerweile trat fast unerwartet ein Todesfall ein, welcher die Königin auf das empfindlichste berührte. Die Mutter Ihrer Majestät, die Herzogin von Kent, verschied in Frogmore am 15. März.

Ein anderer Todesfall in diesem politischen Persönlichkeiten so verhängnissvollen Jahre machte unverdientes Aufsehen. Graf Cavour erlag dem Aerger über Garibaldi's parlamentarische Angriffe und den Lancetten der italienischen Aerzte (6. Juni). Da man in ihm mit Unrecht den Schöpfer Jung-Italiens erblickte, so fürchteten die englischen Freunde dieses neuen Staates die schlimmsten Folgen von diesem Ereignisse. Es zeigte sich bald, dass Victor Emanuel auch ohne dieses abgenutzte Werkzeug seine Aufgabe zu lösen verstand. Der Florentiner Ricasoli accentuirte als Premier-Minister das italienische Programm mit rücksichtsloser Schärfe. Er übertraf an staatsmännischer Ruhe und Geduld seinen zu impressionablen Vorgänger.

Im englischen Ministerium trat durch die Versetzung Lord John Russell's in das Oberhaus eine Veränderung ein. Lord Palmerston war nicht unzufrieden, seinen Rivalen als Earl Russell in die ruhigere Atmosphäre des Oberhauses zu versetzen. Kurz vor dem Parlamentsschlusse starben Sir James Graham und Lord Herbert de Lea (Sidney Herbert). Lord Clarendon's Schwager, Sir Cornewall Lewis ersetzte den letzteren im Kriegs-Ministerium. Lord Herbert's Tod war ein Verlust für das Land. Dieser Staats-

mann gehörte zu den wenigen, welche die für einen Premier-Minister unabweislichen Eigenschaften in sich vereinigen.

Während der letzten Lebensjahre des Prinzen Albert hatte ich mehr als einmal Gelegenheit, mit ihm die deutschen Zustände zu besprechen, an welchen er immer das lebhafteste Interesse nahm. Von seinem preussischen Standpunkte aus verwarf er die Trias-Idee als unausführbar und nannte das Siebzigmillionenreich eine Chimäre. Ich sagte ihm, ich hätte darüber meine eigenen Gedanken und würde während der Parlamentsferien versuchen, dieselben zu Papier zu bringen, ein Vorhaben, zu welchem er mich ermuthigte.

Das Parlament wurde am 6. August geschlossen. Während meines Urlaubes hatte ich in Dresden Gelegenheit, mich über die Sachlage zu orientiren. Das österreichische Februar-Patent hatte die Lage des Kaiserstaates eher verschlimmert als gebessert. Uebermüthiger denn je widersetzten sich die Magyaren der von Schmerling in neuer Form angestrebten einheitlichen Gestaltung der Monarchie. In Preussen hatte das Ministerium der „neuen Aera“ sich mehr oder weniger unfähig gezeigt, den entgegengesetzten Strömungen der Zeit zu widerstehen. Die Junker und die Pfaffen, wie man die conservativen Herrenhaus-Mitglieder nannte, bekämpften die liberalen Reformen, während die aus der Asche „des tollen Jahres“ erstandene Fortschrittspartei drohende Verlegenheiten bereitete. Diesen Tendenzen gegenüber hatte König Wilhelm bei Gelegenheit seiner mit grossem Pompe vollzogenen Krönung ein politisches Glaubensbekenntniss abgelegt, welches die Ritter der „Kreuzzeitung“ als eine Verherrlichung des Königthums von Gottes Gnaden priesen. Der Gegenbesuch, welchen Seine Preussische Majestät dem Kaiser der Franzosen in Compiègne abstattete, gab als ein Act der Höflichkeit weder zu Missdeutungen noch zu Befürchtungen Anlass. Die übertriebenen Vorstellungen, die man sich in Deutschland von der Dictatur Frankreichs seit dem kläglichen Ausgange des italienischen Feldzuges machte, wurden jedoch dadurch nicht

abgeschwächt. Inzwischen wühlte der Nationalverein überall zu Gunsten Preussens und der preussischen Spitze. Der Bundestag, das ward allgemein anerkannt, vermochte den Bedürfnissen der Nation nicht zu entsprechen. Alle Reformbestrebungen einzelner Regierungen scheiterten jedoch nach wie vor an dem Widerspruche Preussens. Die Versetzung des Herrn von Bismarck von Frankfurt nach Petersburg änderte nichts an dieser Sachlage.

Um mir selbst über die Situation einige Klarheit zu verschaffen, griff ich zur Feder. Ich entwarf eine Denkschrift, in welcher ich versuchte, das grossdeutsche Programm zu formuliren und die Frage zu beantworten, wie das deutsche Reich unter einem Erbkaiser aus dem Hause Habsburg-Lothringen auf parlamentarischer Grundlage organisirt werden könnte. Meine Absicht war, diese Arbeit dem Prinzen Albert vorzulegen.

Kaum war jedoch die Redaction vollendet, als mir eine Broschüre zuging, welche der zum Staatsminister des Auswärtigen vor kurzem ernannte Graf Bernstorff, wenn nicht geschrieben, so doch inspirirt hatte. Diese officiöse Flugschrift [1]) forderte kategorisch für den König von Preussen den Oberbefehl über sämmtliche Bundescontingente und die Bundesfestungen. Ich hielt es daher für zeitgemäss, meine eben vollendete Denkschrift unter dem Titel: „Oesterreichs und Preussens Mediatisirung, die *conditio sine qua non* einer monarchisch-parlamentarischen Lösung des deutschen Problems“ mit dem Motto *„Viribus unitis suum cuique“* zu veröffentlichen. Leider war der Prinz nicht mehr, für welchen diese Arbeit ursprünglich bestimmt war. Während der Drucklegung war er abberufen worden.

Bei den geringen Erwartungen, welche ich von dem Erfolge einer anonymen Flugschrift haben konnte, war ich überrascht, aus mehreren dem Verleger zugegangenen Briefen zu entnehmen, dass meine Ideen einigen Anklang gefunden hatten. Unter diesen Zuschriften befand sich die eines amerikanischen

---

[1]) Preussen vor den Wahlen 1861. Berlin 1861.

Staatsmannes, der sich darüber freute, das deutsche Problem auf gesunder föderativer Basis gelöst zu sehen. Noch überraschender war die Notiz, der österreichische General-Consul in Leipzig habe mehrere Exemplare dieser Schrift nach Wien gesendet. In Folge davon verbreitete sich das Gerücht, dieselbe sei von Graf Rechberg inspirirt. Ich hielt reinen Mund. Erst als mein Verleger am Tage nach der Schlacht von Sadowa von neuem auf diese Broschüre aufmerksam machte, bekannte ich mich Herrn von Beust gegenüber als den Verfasser.

Ich hatte am Schlusse meiner kleinen Schrift die Frage aufgeworfen: „Wenn heute Kaiser Franz Joseph einen deutschen Fürstentag ausschriebe und seine hohen Bundesgenossen einlüde, in Regensburg oder in Frankfurt in Person zu erscheinen, um mit Seiner Kaiserlich-Königlichen Apostolischen Majestät die Gegenwart und die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes zu berathen, wer würde ausbleiben? — — Der König von Preussen? — — Vielleicht; — aber wie lange?“

Ob dieses Schriftchen den Entschluss der k. k. Regierung mit angeregt hat, zwei Jahre später (1863) einen deutschen Fürstentag nach Frankfurt wirklich zu berufen, vermag ich nicht zu beurtheilen. Von mehreren Seiten ist es behauptet worden. Ich habe jedoch nie Veranlassung gehabt, mit dem Grafen Rechberg oder einem seiner vertrauten Räthe darüber zu sprechen. Wenn der Frankfurter Fürstentag, der jedenfalls ein Jahr zu spät kam, kein Resultat gehabt, so ist dies dem Widerspruche Preussens nicht allein zuzuschreiben. Graf Rechberg, nachdem er A gesagt, wagte nicht B zu sagen und zu handeln.

Wenn ich nach fünfundzwanzig Jahren an diese längstvergessene Flugschrift erinnere, so geschieht dies nicht ohne Selbstverleugnung. Welthistorische Ereignisse, wie die Schlacht von Sadowa, die Niederlage Napoleon's, die deutsche Kaiserkrönung in Versailles und der für die republikanische Idee folgenschwere Triumph des Nordens der Vereinigten Staaten Amerikas über den Süden haben die Weltlage so gründlich verändert, dass es

im Jahre 1886 nicht leicht ist, sich in die Stimmungen und Strömungen zurückzuversetzen, welche Deutschland im Jahre 1861 erfüllten und beherrschten.

Die vorgedachte Arbeit war kaum vollendet, als der Herzog von Oporto und sein Bruder Dom Juan nach Dresden kamen, um ihre Schwester, die Prinzessin Georg, zu besuchen. Beide Prinzen kamen von Königsberg, wo sie im Auftrage des Königs von Portugal den Krönungs-Feierlichkeiten beigewohnt hatten. Das Wiedersehen ihrer Schwester wurde durch die unerwartete Nachricht von der Erkrankung Dom Pedro's V. und dem Ableben des Infanten Dom Fernando getrübt. Die jungen Prinzen traten schleunigst die Heimreise an. Sie hatten nicht das Glück, Lissabon vor dem Tode Dom Pedro's zu erreichen. Der Herzog von Oporto erhielt die Todesnachricht in der Mündung des Tajo und wurde noch an Bord seines Schiffes als König begrüsst. Pedro V., seit dem plötzlichen Tode seiner Gemahlin immer kränkelnd, war gleichzeitig mit seinem Bruder Ferdinand an einem typhösen Fieber erkrankt und, durch das Ableben des letzteren auf das schmerzlichste bewegt, am 11. November gestorben. Diese drei kurz nach einander folgenden Todesfälle machten um so mehr Aufsehen, als noch zwei Infanten von derselben Krankheit angesteckt wurden, welcher der eine, der kräftigste von Allen, Dom Juan, kurz nach seiner Heimkehr aus Deutschland erlag (22. December).

Da ich seit 1859 ausser in London auch in Lissabon beglaubigt war, musste ich mich zu einer anderweiten Winterreise nach Portugal entschliessen.

In London angekommen, schrieb ich dem Prinzen Albert, um ihn zu fragen, ob er mich vor meiner Einschiffung zu sehen und mir Aufträge nach Lissabon mitzugeben wünsche. Wider seine Gewohnheit beantwortete der Prinz mein Billet nicht eigenhändig, sondern liess mir durch seinen Secretär schreiben, er sei erkrankt. Es handelte sich um ein gastrisches Fieber, dem man keine Bedeutung beilegte.

Ich schiffte mich ohne alle Besorgniss ein und war um so schmerzlicher überrascht, als mich der König Ferdinand mit der Todesnachricht empfing. Prinz Albert war am 14. December in Windsor verschieden, und das Telegramm dem König Ferdinand in der Nacht vor meiner Ankunft zugegangen.

Das sonst so sonnenklare, heitere Lissabon bot diesmal den düstersten Anblick, da eine Art von Epidemie typhöser Fieber und eine wirkliche Panik herrschten. Auch politisch schien der Thronwechsel nicht ohne Ruhestörung vorübergehen zu sollen. Ich erlebte eine jener harmlosen Emeuten, wie sie Portugal eigenthümlich sind.

Die erschreckten Minister hatten ihre Amtswohnungen verlassen und hielten sich in dem Matrosen-Hospital verborgen. Es herrschte während mehr als vierundzwanzig Stunden die gemüthlichste Anarchie. Auf einem grossen Platze standen auf der einen Seite schreiende, aber im Grunde genommen sehr harmlose Volkshaufen, auf der anderen einige Bataillone Infanterie, welche Gewehr bei Fuss der Dinge harrten, die da kommen sollten. Weder die Truppen noch das Volk mochten die geringste Lust haben, handgemein zu werden. Plötzlich erschien ein hochgewachsener Herr im schwarzen Morgenanzuge und fragte uns, den britischen Gesandten, Sir Arthur Magennis, und mich, was es denn hier gäbe. „Wenn Eure Majestät uns das nicht sagen können," erwiderte ich dem König Ferdinand, „hier haben wir keine Auskunft darüber zu erhalten vermocht. Man sagt uns nur, die Staatsmaschine stehe seit vierundzwanzig Stunden still, und die Minister hätten sich unter den Schutz der Matrosen geflüchtet."

„Bah!" sagte König Ferdinand, „die Komödie hat lange genug gedauert. Warten Sie nur einen Augenblick, Sie werden sehen, wie man hier zu Lande den Revolutionen ein Ende macht."

Er schritt ganz allein auf den nächsten schreienden Volkshaufen zu. Kaum wurde man seiner ansichtig, als die Menge jubelnd dem Könige ein Hurrah brachte. Auf seine gemüthliche

Frage, warum sie noch nicht zu Bett gegangen, erfolgte die Antwort: sie könnten nicht heimgehen, solange die Soldaten nicht abgezogen wären. Da befahl der König dem Commandanten, die aufgestellten Truppen in die Kasernen zurückzuführen. Dies geschah und das Volk verlief sich unter fortwährenden Jubelrufen für den König Ferdinand. Dieser wandte sich zu uns und sagte: *„Vous le voyez, Messieurs, ce n'est pas plus malin que cela!"*

Wenn man bedenkt, dass dieser Titularkönig nicht berufen war, sich in diese Sache zu mischen, und dass er es nur that, weil Noth an Mann war, so wird man verstehen, wie sehr dem jungen, unerfahrenen König Dom Louis die Popularität zu statten kam, die sich sein Vater durch sein leutseliges Wesen erworben hatte.

Aus Privatbriefen.

1861.

London, 24. Februar 1861.

Von mehreren Seiten war mir zugekommen, dass Mr. Disraeli sich nach dem Zeitpunkte meiner Rückkekr erkundigt und den Wunsch ausgesprochen hatte, mich zu sehen. Ich benutzte daher den heutigen geschäftsfreien Tag, um ihn aufzusuchen. Er sprach mir mit gewohntem Optimismus von den Aussichten seiner Partei, aber gemessener und gehaltener als früher.

„Zwei Thatsachen," sagte er, „liegen vor, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Das Aufgeben der Reformbill hat einen principiell unheilbaren Zwiespalt im Schosse der liberalen Partei hervorgerufen, der uns sehr zu statten kommt. Dann beweisen die Neuwahlen während der Parlamentsferien im ganzen Lande einen Umschwung zu unseren Gunsten. Die Katholiken

sind durch die der römischen Curie so feindselige Politik Lord John Russell's in unser Lager getrieben worden. Morgen wird in der Grafschaft Cork (Yorkshire) der conservative Candidat einen entschiedenen und entscheidenden Sieg davontragen. In Wiltshire war der in das Oberhaus berufene Mr. Sidney Herbert seiner Sache so gewiss, dass er dem Regierungs-Candidaten seinen Sitz gewährleisten zu können glaubte. Die Anstrengungen der katholischen Partei haben diese Hoffnungen vereitelt und uns einen ebenso glänzenden als unerwarteten Sieg verschafft. Wir Tories haben keinen, die Whigs so viele Sitze verloren, dass unsere compacte und wohl disciplinirte Partei im Unterhause sämmtliche Factionen der Liberalen numerisch aufwiegt. Sollte das Ministerium. in irgend einer Lebensfrage von den Radicalen verlassen, zu einer Parlaments-Auflösung schreiten, so ist alle Aussicht vorhanden, dass die Neuwahlen uns eine feste Majorität bringen würden, wie diejenige, über welche Sir Robert Peel im Jahre 1841 gebot. Es würde ein leichtes gewesen sein, das Ministerium in der Adressdebatte zu schlagen. Wir konnten jedoch, um die leidige Reformfrage zu beseitigen, schon des Principes wegen nicht mit den Radicalen stimmen. Auch würde ein vorzeitiges Partei-Manöver den Zwiespalt im liberalen Lager vielleicht geheilt haben. Es ist nicht zu verkennen, dass die Minister, je conservativer sie sich in den inneren Fragen zeigen, desto radicaler in den äusseren auftreten müssen. Es ist das alte bekannte Spiel Lord Palmerston's. Wir verhehlen uns die Gefahren nicht, welche für die Machtstellung und das Prestige Englands aus der Fortsetzung der jetzt getriebenen revolutionären Politik erwachsen. Allen Traditionen wird Hohn gesprochen, alle Interessen des Landes werden preisgegeben und man vergisst, dass die auswärtigen Fragen für eine Macht wie England von hochwichtiger Bedeutung sind. Schon als junger Mann vor vierzig Jahren hat Lord John Russell die Politik Lord Castlereagh's vor und während des Wiener Congresses zu bekämpfen gesucht. Wie kann man sich wundern, dass er heute Alles aufbietet, um das ihm von jeher verhasste

Werk jenes europäischen Areopages zu zerstören? Wie sollen wir jedoch solchem Treiben Einhalt thun, so lange wir keine feste Majorität *(working majority)* besitzen? Die während unseres letzten Ministeriums gesammelten Erfahrungen sind nicht verloren. Wir haben erkannt, dass wir nach aussen eine unseren Ueberzeugungen entsprechende Politik nicht befolgen können, so lange wir nicht eine sichere Majorität von vierzig bis fünfzig Stimmen hinter uns haben. Mit einer solchen Majorität würden wir die Angelegenheiten Europas in achtundvierzig Stunden zu ordnen vermögen.

„Unter diesen Umständen und angesichts der über Italien toll gewordenen öffentlichen Meinung haben wir in der Adressdebatte nur mit grosser Vorsicht die brennenden Tagesfragen berühren, nicht behandeln können. Wir haben wohlweislich einen directen Angriff vermieden in der Hoffnung, dass die Ereignisse es übernehmen werden, die verschrobenen Auffassungen zu widerlegen, welche heute die Massen beherrschen. Ich habe mich begnügt, es auszusprechen, dass Ihrer Majestät Regierung in Italien das Spiel Frankreichs spiele. Möge das Land föderativ im Sinne der Präliminarien von Villafranca oder einheitlich aus den jetzigen Wirren hervorgehen, unsere Minister haben nichts geschaffen als einen französischen Vasallenstaat. Sie haben nichts anderes zu Wege gebracht, als am Vorabende eines über lang oder kurz unvermeidlichen Krieges Frankreich zu stärken und dem Imperator der lateinischen Race eine Million Bajonette zur Verfügung zu stellen."

Ich habe die Gelegenheit benutzt, um die Beschuldigungen Mr. Urquhart's gegen Lord Palmerston zur Sprache zu bringen. Der Herausgeber des *Portfolio* verfolgt bekanntlich in seiner Zeitschrift „The Diplomatic Review" den Premier-Minister, indem er ihn eines geheimen Einverständnisses mit Russland beschuldigt. Ich erwähnte, ich sei auf dem Continente darüber befragt worden und habe die ganze Sache als eine Erfindung bezeichnet.

Mr. Disraeli bestärkte mich in dieser Auffassung und be-

merkte ungefähr Folgendes: „Mr. Urquhart ist seiner Zeit von Lord Palmerston, wie nicht mehr als recht und billig, seiner Stellung in Constantinopel enthoben worden, weil er gegen seinen damaligen Chef, Lord Ponsonby, intriguirt hatte. Seitdem verfolgt der entlassene Legations-Secretär den Minister mit einem blinden Hasse. Meine Pflicht war es, die vorgebrachten Anschuldigungen zu prüfen, da es mir nur erwünscht sein konnte, Waffen gegen meinen Gegner zu erhalten. Ich bin der Sache auf den Grund gegangen (*I went to the bottom of it*). Urquhart ist ein intelligenter, wenn man will genialer Kopf, seine angeblichen Enthüllungen beruhen jedoch nur auf Erfindung."

London, 26. Februar 1861.

Der siebente Theil des auf die Angelegenheiten Italiens bezüglichen Blaubuches ist beiden Häusern kurz nach Eröffnung der Session vorgelegt worden. Im Lichte der in Paris gewonnenen Eindrücke habe ich diese die Epoche von Mai bis December v. J. umfassende Correspondenz studirt.

Vor Allem muss die Inconsequenz auffallen, welche die Politik der Westmächte in Italien kennzeichnet. Schon das Studium der sorgfältig ausgewählten diplomatischen Actenstücke, welche das Tuilerien-Cabinet den französischen Kammern vorgelegt, musste die weitverbreitete Täuschung widerlegen, als habe Napoleon III. in Italien ein festes Programm mit eiserner Consequenz durchgeführt. *On prête toujours aux riches.* Die so oft bewunderte Schlauheit, mit welcher der Kaiser der Franzosen seinen Vortheil verfolgt, läuft im Grunde genommen auf eine Benutzung, keineswegs auf eine Beherrschung der Ereignisse hinaus. In den italienischen Angelegenheiten zeigen sich die entgegengesetzten Strömungen recht deutlich, welche dem hybriden Ursprunge der Macht Napoleon's entspringen. Er kann dem Gesetze nicht entgehen, unter welchem er angetreten. Niemals ist das Verhängniss des bonapartistischen Systems naiver blossgelegt worden, als in den letzten Flugschriften Laguéronnière's, nirgends zeigt

sich das Wechselspiel der positiven und negativen elektrischen Strömungen so deutlich, als in diesen hoch officiösen Kundgebungen. Im Lichte der vollendeten Thatsachen kann man leicht verführt werden, die Siege Garibaldi's wie die Annexionen Victor Emanuel's als die Folgen eines abgekarteten Spieles zwischen diesem letzteren und Napoleon III. anzusehen. Es könnte scheinen, die französische Diplomatie habe die gedachten Ereignisse nur hervorgerufen, um ihren Zweck, die unumschränkte Herrschaft über das Mittelmeer durch einen Vasallenstaat zu erreichen. Dieses Trugbild zerstiebt vor den Acten. Thatsache ist, dass Frankreich die Landung Garibaldi's auf dem neapolitanischen Festlande verhindern wollte und die bewaffnete Intervention beider Westmächte förmlich beantragt hat. (Vergleiche die Depesche Thouvenel's, welche im englischen Blaubuche das Datum des 23., im französischen *Recueil* das des 24. Juli 1860 trägt und von Lord John Russell am 26. desselben Monats ablehnend beantwortet wurde.) Hätte das englische Cabinet Napoleon III. beim Worte genommen, so würde der Umsturz in Neapel und der Marsch der Piemontesen nach dem Süden verhindert worden sein. Aber, könnte man einwenden, war diese officielle Einladung nicht eine blosse Spiegelfechterei? Wusste Thouvenel nicht im voraus, dass sich England nicht anschliessen werde? Möglich; gewiss ist jedoch, dass Frankreich nicht gewagt hat, ohne England in Süd-Italien gegen die Revolution einzuschreiten. Im Norden Italiens hat die Weigerung Englands eine weitere Action Napoleon's für die Revolution verhindert. Persigny behauptet, er habe Alles aufgeboten, um die englischen Minister zu bewegen, in Wien gemeinschaftlich mit Frankreich die Cession Venetiens zu beantragen. Schon sei ein britischer Staats-Secretär für diese ausserordentliche Mission ausersehen gewesen, als Graf Apponyi durch seine Vorstellungen bei Lord Palmerston und Lord John Russell die englische Regierung umgestimmt und die Ausführung des Projectes verhindert habe. In der That ist Apponyi gerade zur rechten Zeit zurückgekehrt, um seinem Hofe diese Verlegenheit zu ersparen.

Auffallender und folgenschwerer als die Schwankungen der französischen Politik sind die der englischen während der nur gedachten Periode der italienischen Revolution. Die Depesche, welche Lord John Russell am 27. October v. J. an Sir James Hudson gerichtet [1]), steht im auffallendsten Widerspruche mit allen früheren mündlichen und schriftlichen Kundgebungen des Staats-Secretärs des Aeusseren. Die übliche Anerkennung der vollendeten Thatsachen genügt nicht, um diese Sinnesänderungen zu erklären. Das Memorandum Elliot's vom 31. August v. J. stellte zu einer Zeit, wo König Franz II. seine Hauptstadt noch nicht verlassen hatte, die Annexion des Königreiches beider Sicilien an Sardinien als die einzig denkbare Lösung hin. Bei dem Werthe, welchen Lord John dem politischen Urtheile seines Schwagers beilegt, mag dieses Actenstück dazu beigetragen haben, seine ursprüngliche Auffassung zu modificiren. Der Grund liegt jedoch tiefer und ist mir neulich von Disraeli ganz richtig angedeutet worden. Lord John erkannte, dass die ernsten Abmahnungen, mit welchen er der piemontesischen Intrigue entgegentrat, der öffentlichen Meinung durchaus nicht gefielen. Er wusste im October bereits, dass die Existenz des Ministeriums auf dem Spiele stand, wenn er nicht seinen Reformbestrebungen entsagte. Er wusste auch, dass er die radicale Partei über diese Enttäuschung nur trösten könne, wenn er auf dem Felde der äusseren Politik sich von ihr in das Schlepptau nehmen liess. Er machte daher in Italien *volte-face.* In wie weit er dadurch Frankreich in die Hände gearbeitet, ist eine Frage der Zukunft. Vor der Hand ist gewiss, dass Kaiser Napoleon den Augenblick nicht für gekommen erachtet, mit England zu brechen. Im Gegentheil, er thut Alles, um der hiesigen Regierung zu schmeicheln und sie in Schlummer zu wiegen.

---

[1]) Siehe das Nähere über diese Depesche, von welcher Brunnow sagte: „*Ce n'est pas de la diplomatie, c'est de la polissonnerie*“ und die dadurch bezeichnete Wendung in der Politik Lord John Russell's in: Memoirs of an Ex-Minister, by the Earl of Malmesbury. Vol. II, pag. 237—238.

„J'irai avec l'Angleterre jusqu'aux dernières limites du possible,“ sagte er im December einem Vertrauten, und fügte mit dämonisch aufblitzendem Auge hinzu: *„et le jour où cela ne sera plus possible, je jouerai mon va-tout.“*

London, 3. März 1861.

Gestern Abend ging auf telegraphischem Wege die Nachricht ein, die dänische Regierung habe die Proposition der drei nichtdeutschen Grossmächte abgelehnt. Diese gemeinschaftliche Eröffnung war kein Vorschlag im eigentlichen Sinne, sondern eine Art von Schiedsspruch. Die drei Mächte halten eine Bundes-Execution für gerechtfertigt, falls Dänemark den Ständen der deutschen Herzogthümer die denselben verfassungsmässig zustehenden Befugnisse nicht gewähren sollte. Graf Bernstorff, seit Monaten bemüht, die blinde Parteinahme für Dänemark zu bekämpfen, hatte Lord John Russell bestimmt, die jener Eröffnung zu Grunde liegende Rechtsanschauung als die des englischen Cabinets schriftlich zu formuliren. Sollte Dänemark die Bundes-Execution für einen *casus belli* und alle in den Jahren 1851 und 1852 getroffenen Verabredungen für null und nichtig erklären, so könnte die von Lord Palmerston fortwährend betonte Gefahr einer französischen Intervention eintreten. Sucht Napoleon III. einen Vorwand zur Befriedigung seiner Gelüste nach der Rheingrenze, so kann er denselben in den dänischen Wirren immer finden.

London, 9. März 1861.

Wie mir der französische Botschafter, Graf Flahault, sagt, ist man über die Renitenz des Kopenhagener Cabinets hier nicht wenig erstaunt, giebt aber dennoch die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich nicht auf. Bestärkt wird man darin durch die Nachrichten aus Holstein, wo man die Bundes-Execution mehr zu fürchten scheint als in Kopenhagen.

Der heutige Leitartikel der „Press“ verhüllt mehr, als er es

ausspricht das Urtheil der Opposition über die Sachlage in Italien. Die Führer sind zu einer Art von Eiertanz verurtheilt, um die dominirende Gefühlspolitik nicht geradezu vor den Kopf zu stossen. Inzwischen wäre es immerhin erwünscht gewesen, hätte man gewagt, der zahmen Kritik der „Press“ im Unterhause Ausdruck zu geben. Die Opposition verfolgt jedoch die Taktik des Schweigens und überlässt es den Ereignissen, die Politik *ad absurdum* zu führen, welche das schwache Ministerium unter dem Jubel der Massen verfolgt. Solange nicht der Drang der Noth die Whigs der alten mit den Tories der neuen Schule zusammenführt, ist an die Wiederaufnahme eines gesunden, den Interessen Englands und Europas entsprechenden Systems kaum zu denken.

Das gegenwärtige Cabinet wird nur durch die Persönlichkeit Lord Palmerston's zusammengehalten. Derselbe denkt nicht daran, wie der Herzog von Cambridge mir versichert, die von vielen Seiten befürwortete Reduction der Streitkräfte zu Land und See eintreten zu lassen.

Die Besorgnisse, welche die französische Politik fortwährend einflösst, sind durch die Warschauer Ereignisse gesteigert worden. Man betrachtet die letzteren als das Werk des Tuilerien-Cabinets und erblickt darin einen Schreckschuss, welcher Russland von der Nothwendigkeit der französischen Allianz überzeugen soll. Diese Auffassung erklärt es, wenn den Differenzen über die syrische Angelegenheit eine grössere Bedeutung beigelegt wird, als man im Publikum ahnt. Die ausweichenden Antworten Lord John Russell's und Lord Wodehouse's sind auf der Börse nicht unbemerkt geblieben. Die Fonds sind nicht gefallen, eher gestiegen, aber die Geschäftsstockung bei einem Disconto von 8 % darf wohl nicht allein auf Rechnung der amerikanischen Wirren gesetzt werden. Wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren eintritt, wird die Frage, was wohlfeiler, Krieg oder Frieden? in der City ernstlich erwogen werden.

London, 12. März 1861.

Die Passivität der Warschauer Localbehörden und die Rathlosigkeit, welche in Petersburg einer längst vorbereiteten Demonstration gegenüber zu herrschen scheint, sind Phänomene, die in einem Augenblicke wie der jetzige zu allerhand Vermuthungen Anlass geben müssen und wegen der orientalischen Krisis einige Aufmerksamkeit verdienen.

Der Ursprung dieser Vermuthungen ist in dem von dem Fürsten Gortschakoff selbst eingestandenen Einverständnisse *(entente)* zwischen Russland und Frankreich zu suchen. Hier weiss man darüber nichts, als dass dasselbe im April 1859 zu Stande gekommen und nach den vieldeutigen Versicherungen des russischen Ministers die englischen Interessen nicht berühren soll. Es ist unschwer, die Wirkungen dieses geheimen Einverständnisses auf alle Ereignisse der letzten Jahre zu verfolgen. Wie die fabelhafte Seeschlange taucht das Gerücht dieser Allianz überall auf, seit Villafranca bis zur Warschauer Conferenz. Hätte sich doch bei letzterer Russland zum Sprachrohre Frankreichs hergegeben, wenn man anders dem französischen Gelbbuche Glauben schenken will. Kein Wunder, wenn man in den schwarzverbrämten Strassen Warschau's das Gespenst von Tilsit zu entdecken vermeint. Dass, wenn nicht die Tuilerien, so doch das Palais Royal die Hand im Spiele gehabt, ist nicht zu bezweifeln. Unmöglich ist jedoch anzunehmen, dass das Petersburger Cabinet die Drahtpuppen der von dem Fürsten-Statthalter begünstigten agronomischen Gesellschaft hinter den Coulissen geleitet haben sollte. Die Tenacität, mit welcher der „Nord“ die absurde Fabel von österreichischen Emissären immer wieder auftischt, ist mindestens ebenso verdächtig als die Salbung, mit welcher dasselbe russische Blatt verkündet, Kaiser Alexander werde sich durch kindische, unerwartete Vorgänge nicht abhalten lassen, der polnischen Nation die längst vorbereiteten Reformen zu verleihen. Diejenigen, welche die Warschauer Manifestation nur als ein Schattenspiel betrachten, welches die Welt und zunächst die deutschen Mächte über die geheimen

Zielpunkte der russisch-französischen *entente* täuschen soll, erinnern an die französischen Spiegelfechtereien in Italien. Allerdings könnte der polnische Nationalitätsschwindel ebenso ausgebeutet werden, wie die blutigen Stammfehden der Drusen und Maroniten. Sollte man wirklich in Petersburg daran denken oder dazu gedrängt werden, eine die Führer der polnischen Bewegung halbwegs befriedigende Verfassung auszuspielen, so würde der Augenblick für die deutschen Mächte der ungünstigste sein. Polen hegt für das stammverwandte Russland immer noch mehr Sympathien als für Deutschland. Eine Wiedervereinigung sämmtlicher polnischer Provinzen unter russischem Scepter würde vorläufig den Polonismus befriedigen; wenn nicht, jedenfalls von Pariser Scribenten ausgebeutet werden, um den Sieger von Solferino als den Beschützer und Retter aller unterdrückten Nationalitäten der leichtgläubigen Menge anzupreisen. Würde aber die Ankündigung eines solchen Planes nicht das Signal werden zu Bewegungen in Galizien, Posen und Ungarn, welche Oesterreich und Preussen im Rücken bedrohen und die Vertheidigung des Mincio und des Rheines sehr erschweren müssten? Die Enthüllungen über die Zielpunkte der panslavistischen Bewegung, welche Michael Pagódin in seinen politischen Briefen aus Russland (Leipzig, 1860) niedergelegt hat, verdienen mehr Beachtung, als sie in Deutschland bisher gefunden haben. In Wien namentlich würde man in diesem Buche Fingerzeige finden, welche der tschechischen und südslavischen Agitation gegenüber nützlich werden könnten.

Mein preussischer College, mit welchem ich gestern alles dies besprochen habe, theilt die Befürchtungen der hiesigen Pessimisten nicht, glaubt vielmehr, dass die Warschauer Ereignisse die Intimität mit Frankreich zerreissen und Russland wieder zu seinen alten Alliirten zurückführen werden.

Zum Schlusse noch eine Anekdote, welche auf das italienische Drama nachträglich einiges Licht wirft. Ein dem Kaiser Napoleon sehr ergebener und von diesem sehr geschätzter Kirchenfürst empfahl ihm auf seinem Sterbebette dringend die Interessen des

Heiligen Stuhles. — „*Tout cela est vrai,*“ versetzte tief ergriffen der Kaiser, „*mais vous ne savez pas, Monseigneur, ce que c'est que de vivre comme moi avec la pointe d'un poignard sur la poitrine.*“

(*Eigenhändig*) *Windsor Castle, 19. März 1861.*

Mein bester Herr Graf! — Ich sage Ihnen erst heute meinen aufrichtigen Dank für Ihre Theilnahme an dem grossen Unglücke, das uns betroffen hat [1]). Die Königin ist so wohl an Körper als es der Schmerz der Seele zulassen will.

Ihr König hat uns sehr freundlich telegraphirt.

Ewig Ihr getreuer

Albert.

London, 19. März 1861.

Die unfreiwillige Verzögerung meiner Rückkehr hat mir nicht gestattet, Schritt für Schritt den Verhandlungen zu folgen, in welchen Oesterreich seit dem Züricher Frieden seinen Besitzstand in Italien zu wahren gesucht hat. Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wollte ich das Versäumte jetzt nachholen. Das Studium der Hauptpiècen konnte mich nur in der schon in Paris gewonnenen Ueberzeugung bestärken, dass die Geschichte Oesterreichs wieder durch eine versäumte Gelegenheit bereichert worden ist.

Die Constatirung dieser Thatsache würde freilich nur historisches Interesse haben, wenn der durch Keller's Rede in Paris hervorgerufene Umschwung so vollständig ist, als die Optimisten glauben.

Hätte das k. k. Cabinet den Aufbruch Cialdini's nach dem Süden und den Einmarsch der Piemontesen in die Marken mit einer sofortigen Kriegserklärung beantwortet, so würde es sich heute in Venetien in einer günstigeren Lage befinden. Im September konnte man freilich kaum ahnen, was im December in Paris offenkundig wurde. Frankreich war auf die österreichische

[1]) Tod I. K. H. der Frau Herzogin von Kent.

Kriegserklärung gefasst und hätte Victor Emanuel seinem Schicksale überlassen. Selbst die lombardische Frage würde vielleicht eine andere Lösung gefunden haben. Nur weil Oesterreich versäumt hatte, im rechten Augenblicke den Mincio, oder vielmehr den Po, zu überschreiten, um dem Spuk in Mittel-Italien ein Ende zu machen, konnte Russland es wagen, seinen deutschen Bundesgenossen im Namen Frankreichs die bekannten vier Punkte in Warschau aufzutischen. Retrospective Kritik ist leicht. Die Passivität Oesterreichs erklärt sich durch die Erfahrungen des Jahres 1859, durch die Geburtswehen des October-Patentes und durch die Rücksicht auf Ungarn. Die Westmächte sahen nur die Thatsache der Ohnmacht und speculirten darauf, als die Hoffnung, das alte nordische Bündniss wiederherzustellen, in Warschau sich nicht verwirklichte. Nur so erklärt sich die gescheiterte Intrigue, welche keinen anderen Zweck hatte, als Venetien für Victor Emanuel nachträglich diplomatisch zu erobern.

Apponyi hatte in seinen im November v. J. gepflogenen Besprechungen den britischen Ministern seine Privatansicht dahin ausgesprochen, er würde an Rechberg's Stelle jeden Angriff italienischer Freischaaren auf österreichisches Gebiet mit einer Kriegserklärung an den König von Sardinien beantworten. Wochen vergingen, bevor der Botschafter erfuhr, ob seine Sprache die Billigung des k. k. Hofes gefunden. Der letzte Courier überbrachte einen Erlass des Grafen Rechberg, worin die von Apponyi abgegebene Erklärung amtlich bestätigt wurde. Mit scharfen Zügen wird in diesem Schriftstücke das Verfahren Victor Emanuel's gegen Neapel als völkerrechtswidrig bezeichnet und kein Zweifel darüber gelassen, dass der Kaiser von Oesterreich ähnliches Beginnen gegen seine Reiche mit einer sofortigen Kriegserklärung beantworten werde. Diese Depesche schliesst mit einem *argumentum ad hominem.* Wenn französische Freischaaren, fragt Graf Rechberg, Irland bedrohten, würde England nicht berechtigt sein, die französische Regierung für diesen Friedensbruch verantwortlich zu machen? Diese von dem Fürsten Metternich mit Jubel begrüsste

Depesche vom 17. Januar war nicht zur Mittheilung bestimmt, sondern nur zur Instruction der beiden Botschafter in Paris und London. Das Geheimniss scheint jedoch in Paris nicht streng bewahrt worden zu sein. Dadurch wurden abschwächende Erläuterungen nöthig, denen Rechberg in einer Depesche vom 31. Januar Ausdruck verleiht, obgleich er principiell an seiner Auffassung vom 17. festhält.

London, 24. März 1861.

Die Schwäche des Ministeriums zeigt sich täglich in beiden Häusern des Parlamentes in auffallender Weise. Gerüchte von einer nach den Osterferien zu gewärtigenden Krisis gewinnen mehr und mehr an Consistenz.

Im Unterhause hat der durch die angebliche Verstümmelung amtlicher Actenstücke hervorgerufene Dunlop'sche Antrag einen wahren Sturm gegen den Premier hervorgerufen. Es handelte sich um ein altes Blaubuch aus dem Jahre 1839 und um Sünden des Ministeriums Melbourne. Lord Palmerston, zu jener Zeit Staats-Secretär des Aeusseren, ward beschuldigt, den unglücklichen Afghanenkrieg herbeigeführt zu haben, weil er seinen Agenten an Ort und Stelle keinen Glauben beimass. Als es galt, die erlittenen Niederlagen zu beschönigen, wurden aus den Berichten Auszüge *(garbled extracts)* fabricirt, welche jene Agenten das Gegentheil von dem melden liessen, was sie berichtet hatten. Anstatt diese halbvergessene Leichtfertigkeit des verstorbenen Lord Melbourne auf sich beruhen zu lassen, fand sich Lord Palmerston gemüssigt, diese Verstümmelungen als ganz in der Ordnung hinzustellen. Die Entrüstung des Hauses war gross. Nur die Dazwischenkunft Disraeli's konnte das Ministerium retten.

Im Oberhause erlitt die Regierung eine förmliche Niederlage. Lord Shelburne's Bill, die Errichtung eines Riesenhôtels auf dem Strand betreffend, wurde verworfen. In der Minorität stimmten alle Cabinets-Minister, welche im Oberhause sitzen, und zwei von Lord Palmerston ernannte Bischöfe.

Um mir über den Stand der Dinge Gewissheit zu verschaffen, suchte ich heute Disraeli auf, der Morgen früh auf das Land geht.

„Ich kann mich nur der Worte bedienen,“ sagte er, „welche ich kurz vor der Eröffnung des italienischen Feldzuges aus dem Munde des Kaisers Napoleon zu vernehmen hatte, Worte, die derselbe neulich in bedenklicher Weise einem meiner Bekannten wiederholt hat: *J'attends un événement.* — Auch ich erwarte ein Ereigniss. Irgend etwas muss auftauchen *(something must turn up)* und dieses unbekannte Etwas wird unsere Haltung nach den Osterferien bestimmen. Das Ministerium ist in unserer Hand. Dass Palmerston auflösen werde, wenn die Regierung über die Budget-Vorlage fällt, wie man glaubt, möchte ich bezweifeln. Das hiesse unser Spiel spielen. In Irland könnten die Liberalen kaum auf zehn Sitze rechnen, in England und Wales würden sie deren so viele verlieren, dass sich die Ueberraschung von 1841 leicht wiederholen könnte. Damals gaben die von den Whigs veranstalteten Neuwahlen Sir Robert Peel eine Majorität von neunzig. Palmerston's Freunde sind dennoch der Ansicht, er werde nicht weichen, ohne diese letzte Karte auszuspielen. Er ist sechsundsiebenzig Jahre alt und fühlt, dass ein Rücktritt jetzt ein Rücktritt für immer sein würde. Die Königin könnte die Auflösung kaum verweigern, da das jetzige Parlament unter Lord Derby gewählt ist.“

Auf meine Frage, ob dieser letztere Umstand die Conservativen, wenn sie an das Ruder kämen, nicht verhindern würde, aufzulösen, antwortete der Führer der Opposition sehr bestimmt:

„Keineswegs! Wir haben das Recht, jedes Unterhaus aufzulösen, welches nicht mit uns geht, sobald Aussicht vorhanden ist, uns durch Neuwahlen verstärken zu können. Wir würden es jedoch kaum nöthig haben.“

Als Commentar zu dieser Unterredung erwähne ich noch einer charakteristischen Correspondenz, deren Authenticität ich verbürgen kann. Lord Derby steht auf freundschaftlichem Fusse

mit seinem politischen Gegner Lord Granville. Letzterer fügte einem Geschäftsbriefe als Nachschrift die Frage hinzu: „*When will you turn us out?*“

Der Tory-Chef antwortete: „*I think it over the whole day and the whole night, how I may manage to keep you in, but it will be devilishly difficult.*“

London, 26. März 1861.

Während der Beisetzung der Leiche der Frau Herzogin von Kent war mir in St. George's Chapel ein Sitz neben Lord John Russell angewiesen worden. Da es wohl eine halbe Stunde währte, bevor die Feierlichkeit begann, ergab sich in den Zwischenpausen der Unterredung, welche der Staats-Secretär mit seinem anderen Nachbar, dem Grafen Bernstorff, über die holsteinische Frage pflog, Gelegenheit, die Weltlage vertraulich zu besprechen.

Das Misstrauen, mit welchem man hier dem nächsten Schachzuge des Kaisers Napoleon entgegen sieht, that sich wiederholt in der Bemerkung kund: Ich möchte wohl wissen, was er im Schilde führt *(I wonder what he means to do)*. Ich schliesse daraus, dass man über diesen Punkt hier nicht mehr weiss als wir Andere. Lord John Russell bestätigte mir, von einer Zurückberufung der französischen Besatzung aus Rom sei nicht die Rede. Die starke Minorität von 61 Stimmen im Senat wie die im gesetzgebenden Körper gehaltenen Reden, insbesondere die Keller's, hätten den Kaiser der Franzosen davon überzeugt, dass die öffentliche Meinung dagegen. Zweifelsohne hat man sich dieses Argumentes bedient, um die fortwährenden Bestürmungen des britischen Botschafters ab- und zur Ruhe zu verweisen. Derselbe empfiehlt fortwährend, Rom den Piemontesen und den Papst seinem Schicksale zu überlassen.

Nicht ohne Schadenfreude gedachte Lord John der wachsenden Finanzverlegenheiten Frankreichs und der Weigerung Fould's, das Ministerium wieder zu übernehmen. Endlich, meinte er, müsse denn doch diese Geldvergeudung ein Ende nehmen.

Auch in Italien, wo dem edlen Lord Alles in rosenfarbenem Lichte erscheint, stellt er die wachsende Finanznoth nicht in Abrede, hofft aber, dass Cavour derselben durch eine Anleihe abhelfen werde. In Neapel habe sich der Handel unter piemontesischer Herrschaft ungemein gehoben und jetzt erst träten die unerschöpflichen Hilfsquellen des Landes zu Tage. Das heisst wohl mit anderen Worten, der englische Weizen blüht bei dem jetzigen Verschleuderungssysteme.

Bezüglich des russisch-französischen Bündnisses wiederholte mir Lord John die dem Parlamente mehrfach ertheilte Versicherung, er für seine Person glaube nicht daran. Allerdings schwärme die altrussische Partei von jeher für die französische Allianz, aber die innere Lage des Reiches, insbesondere der Geldmangel gestatteten vorläufig nicht, an auswärtige Unternehmungen zu denken.

Die Confiscation der nach den Donaufürstenthümern eingeschmuggelten Waffen kam zur Sprache. Lord John glaubt, dass diese Waffensendung mit den Vorbereitungen zu dem italienischen Feldzuge von 1859 zusammenhänge und verspätet zur Ausführung gelangt sei. Seiner Ansicht nach war dieselbe für die ungarische Revolutionspartei bestimmt und, wie Türr versichert, französischen Ursprunges. Die Waffen seien von Marseille nach Genua und von dort auf sardinischen Schiffen nach den Donaumündungen gebracht worden. Ob Garibaldi die Hand im Spiele, lasse sich noch nicht übersehen. Sir James Hudson telegraphirt, derselbe habe fünftausend rothe Hemden in Genua bestellt.

Lord John glaubt nicht, dass Russland vorläufig in der Lage sei, irgend etwas gegen die Türkei zu unternehmen. Die Gefahr einer russisch-französischen Besetzung von Constantinopel fasse man jedoch fortwährend in das Auge und die während des Krimkrieges an Ort und Stelle gemachten Studien würden nicht verloren sein.

Als Curiosum füge ich einen von 24 Mitgliedern des Unterhauses unterzeichneten Aufruf bei, dessen Zweck ist, eine Geldsammlung für Kossuth zu veranstalten. Leider kann dieser „edle

Flüchtling“ *(noble exile)* hier noch immer auf werkthätige Sympathien zählen.

London, 10. April 1861.

Der Telegraph brachte gestern die erste Nachricht von dem blutigen Zusammenstosse in Warschau. Die „Morning Post“ schiebt die Schuld auf ein Missverständniss, welches man in Petersburg desavouiren werde. Die „Times“ ergeht sich in einem offenbar vor Eingang des Telegrammes geschriebenen Artikel in Speculationen über die Wiederherstellung Polens. Die bekannte Theorie Palmerston's, Oesterreich werde sich durch das Preisgeben Italiens stärken, wird auf Galizien und Posen angewendet. Wie stark würde der Kaiserstaat werden, wenn man erst ausser Italien und Galizien-Ungarn, Böhmen, Mähren, Croatien und Dalmatien dem Moloch des Nationalitätsschwindels opfern wollte! Dass Preussen erst durch das Aufgeben des Grossherzogthums Posen in die Lage kommen würde, seine deutsche Aufgabe zu erfüllen ist ein Satz, der in den Spalten des Organs für die allgemeine Weltbeglückung nicht auffallen wird. Der Traum des City-Blattes, Polen von Russland loszureissen und ganz unabhängig zu constituiren, wird vorläufig ein Traum bleiben. Wenigstens scheint Kaiser Alexander nicht gewillt, sich auf dem empfohlenen Wege zu „verstärken“. Der Czar hat die Existenz eines russisch-französischen Bündnisses entschieden in Abrede gestellt, und man legt diesem kaiserlichen Worte in Berlin mit Recht mehr Gewicht bei als allen Zeitungsenten.

Während die Presse fortfährt, die Revolution zu predigen, scheint die Regierung einzulenken. Lord John Russell hat vorgestern in einer Unterredung mit dem k. k. Botschafter eine Sprache geführt, welche beweist, dass man hier Bedenken trägt, in Ungarn dasselbe Spiel zu spielen wie in Italien. Der Staats-Secretär hat insbesondere dringend empfohlen, man möge in Wien den im Jahre 1848 begangenen Fehler vermeiden und der in Pesth tagenden Versammlung die Verfügung über die Armee

nicht einräumen. Es sei ein Axiom der Staatswissenschaft, dass der Monarch in constitutionellen Ländern als oberster Kriegsherr die unbeschränkte Gewalt über die bewaffnete Macht in der Hand behalte. England habe die Uebelstände einer parlamentarischen Armee während des „langen Parlamentes" zu schwer gebüsst, um einen Zweifel über dieses Axiom aufkommen zu lassen. Ob Lord John den Muth haben wird, im Parlamente dieselbe Sprache zu führen, sollte in Ungarn der offene Kampf ausbrechen, ist eine andere Frage. Jedenfalls werden sich die deutschen Minister des Kaisers Franz Joseph auf die Autorität des liberalen britischen Staatsmannes berufen können, wenn es gilt, den in Pesth entfesselten centrifugalen Elementen Halt zu gebieten.

Lord Wodehouse in Beantwortung einer Interpellation Lord Ellenborough's über das holsteinische Budget hat gestern seine Erklärung vom 18. v. M. erläutert und ergänzt. Der Unterstaats-Secretär des Auswärtigen tritt der dänischen Interpretation des Artikel 13 bei und behauptet, Dänemark habe Alles gethan, um den Mahnungen Englands und Frankreichs nachzukommen. Weder die Erklärungen Lord Wodehouse's noch das emphatische Wehe, welches Lord Ellenborough denjenigen zuruft, die den Krieg beginnen würden, werden den Gang der Ereignisse aufhalten noch den Bundesbeschluss beeinflussen, der morgen gefasst werden soll.

London, 21. April 1861.

Der österreichische Botschafter hat gestern im Auftrage seiner Regierung Lord John Russell über die Haltung Englands den deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber interpellirt. Graf Apponyi hat daran erinnert, wie man in Wien längst die Hoffnung aufgegeben, sich mit England über Italien zu verständigen. Ebenso habe die Lösung, welche die Frage der Donaufürstenthümer gefunden, bewiesen, wie wenig man im Oriente auf die britische Mitwirkung rechnen könne. Man hege daher um so mehr den Wunsch zu erfahren, wessen man sich in Deutschland zu ge-

wärtigen habe? Die Antwort Lord John's war zufriedenstellend und beruhigend. England habe kein anderes Interesse, als Deutschland stark und einig zu wissen und werde revolutionären Bestrebungen keinen Vorschub leisten. Man ist hier fest überzeugt, dass die staatliche Einheit nur durch einen Bürgerkrieg verwirklicht werden könnte. Lord Palmerston hat sich sehr entschieden in demselben Sinne ausgesprochen.

London, 6. Mai 1861.

Disraeli ist mit dem Ausgange der Budget-Debatte zufrieden. Ein Sieg würde ihm kaum so gelegen gewesen sein als die compacte Minorität, welche sich für Beibehaltung der Papiersteuer ausgesprochen hat. Da ebensoviele Conservative mit den Ministern als Liberale mit der Opposition gestimmt haben, so giebt diese Musterung einen Massstab für die Stärke der Parteien. Im ministeriellen Lager glaubt man, es werde morgen noch einmal zur Abstimmung kommen. Disraeli stellt dies entschieden in Abrede. Man wird die Resolution passiren lassen, vielleicht aber, wenn es zur Vorlage der Bill kommt, noch einen Parteikampf zu Gunsten der Papiersteuer wagen. An einen Erfolg ist kaum zu denken. Sollten äussere Ereignisse die Voranschläge des Schatzkanzlers Lügen strafen, so würde die einmal abgeschaffte Steuer allerdings nicht wieder eingeführt werden können und eine Erhöhung der *income tax* das Deficit decken müssen. Daraus erklärt sich die Abneigung, die sich im Cabinet gegen den Finanzplan Gladstone's kundgegeben hat. Der Wunsch, die vorjährige Differenz mit dem Oberhause auszugleichen, ist nur Vorwand. Der Grund, welcher Palmerston und die Mehrzahl seiner Collegen bewogen hat nachzugeben, liegt im Bewusstsein ihrer eigenen Schwäche und der Unentbehrlichkeit Gladstone's.

Den Trinkspruch Lord Derby's im Mansion House bezeichnet Disraeli als einen schweren Schlag *(heavy blow)* für die Minister. Abwarten! ist jedoch noch immer die Parole im Tory-Lager. Die Führer erwarten eine kurze Session ohne Krisis. Disraeli

rechnet nächstes Jahr auf ein conservatives Ministerium mit einer zuverlässigen Majorität.

„Es ist ganz gut," bemerkte er, „dass Kaiser Napoleon jetzt den Frieden wünscht. Dadurch gewinnt Oesterreich Zeit, die ungarischen Angelegenheiten zu ordnen. Gelingt dies, so wird man hoffentlich nächstes Frühjahr in der Lage sein zu handeln. Das ist Alles, was wir wünschen. Je früher der unvermeidliche Krieg ausbricht, desto besser. Das italienische Kartenhaus kann nicht dauern. Ohne Rom kein Italien. Dass aber die Franzosen die ewige Stadt räumen, ist höchst unwahrscheinlich. In diesem Punkte gehen die Interessen der conservativen Partei Hand in Hand mit denen Napoleon's."

Disraeli theilt die Vermuthung, der plumpe Ausfall Palmerston's gegen Preussen in Sachen des in Bonn verhafteten Capitän Macdonald sei nicht sowohl gegen das Berliner Cabinet als gegen den hiesigen Hof gerichtet gewesen. Den Grund der üblen Laune des Premiers gegen den Prinzen Albert kennt er nicht. Die Umgebungen Palmerston's führen seinen Missmuth auf die deutschen Einheitsbestrebungen zurück, welche seiner Ansicht nach nur einen unabsehbaren Bürgerkrieg und eine Stärkung des französischen Einflusses hervorrufen müssten.

Interessant war es mir, aus meiner gestrigen Unterredung die kaum verhüllte Genugthuung zu entnehmen, welche die conservative Partei über die amerikanischen Wirren empfindet.

„Der Rückschlag auf England," sagte Disraeli, „ist unberechenbar. Bei den zu gewärtigenden Handels-Verlusten dürfen wir freilich unsere gerechte Freude über den Bankerott der republikanischen Institutionen nicht laut werden lassen. Unter vier Augen können wir uns aber nur Glück wünschen, wenn das monarchische Princip jenseits des Oceans zu Ehren kommt. In Europa ist Ungarn die brennende Frage des Tages. Wird dieselbe schnell und glücklich gelöst, dann werden wir im nächsten Jahre in der Lage sein, die Pacification des Festlandes allen Ernstes in die Hand zu nehmen."

London, 9. Mai 1861.

Die Stimmung, welche unmittelbar nach dem Pariser Frieden von 1856 in Petersburg vorherrschte, das Misstrauen, mit welchem man hier die Anzeichen eines geheimen russisch-französischen Einverständnisses beobachtete, die Besorgnisse, welche neuerdings die syrischen Wirren hervorriefen — Alles dies muss die jetzt eingetretene Wendung der Dinge überraschend erscheinen lassen.

Der britische Botschafter in Constantinopel hat vor einigen Tagen Weisungen erhalten, welche ein Zusammengehen Englands und Russlands im Oriente in Aussicht stellen. Diese Instructionen sind die Frucht einer sehr weit gediehenen Verständigung zwischen den Höfen von St. Petersburg und St. James. Ueber die Genesis dieser unerwarteten und hier jedenfalls unverhofften Annäherung erfahre ich aus guter Quelle das Nachstehende.

Kaiser Alexander hatte dem neu ernannten britischen Botschafter sein Bedauern ausgesprochen, dass es noch nicht gelungen, die seit dem Krimkriege gestörten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Höfen wieder anzuknüpfen. Wie man hier glaubt, ist diese Eröffnung ohne Vorwissen des Fürsten Gortschakoff erfolgt. Diese kaiserliche Initiative führte zu vertraulichen Unterredungen, die an diejenigen erinnern, mit denen Sir Hamilton Seymour im Jahre 1853 beehrt worden war. Lord Napier ward angewiesen, zu antworten, nichts entspreche den Traditionen der englischen Politik weniger als kleinliche Rancünen. Niemand werde sich mehr freuen als die Königin über die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit einer Macht, die man im Kriege achten gelernt. Erfreut über diese Versicherungen erwiderte Kaiser Alexander, man werde zweifelsohne das Misstrauen in London theilen, welches ihm die ehrgeizige und rücksichtslose Politik des Kaisers der Franzosen einflösse. Dieses Misstrauen müsse den Wunsch einer Verständigung im gemeinsamen Interesse begreiflich erscheinen lassen. Lord Napier konnte dies nur bestätigen und hervorheben, wie gern England bereit sei, in allen europäischen Fragen mit Ausnahme der

orientalischen Hand in Hand mit Russland zu gehen. Kaiser Alexander wollte zum Erstaunen des britischen Botschafters diese Ausnahme nicht gelten lassen, versicherte vielmehr, er habe im Oriente keinen anderen Wunsch als die Aufrechterhaltung des *status quo*. Er werde alle Bestrebungen Englands für die Erhaltung und Kräftigung der türkischen Herrschaft mit Freuden unterstützen. Dieses kaiserliche Wort erklärt die Instructionen, welche Sir Henry Bulwer ertheilt worden sind.

Darf man hiernach hoffen, das orientalische Gespenst für eine gewisse Zeit von der Bühne verschwinden zu sehen, so ist es nicht minder erfreulich, dass die Warschauer Ereignisse dem Traume eines russisch-französischen Bündnisses ein Ende gemacht haben.

London, 15. Mai 1861.

Ein wohlunterrichteter Italiener, welcher den savoyischen Handel wochenlang voraus verkündigte, behauptet, die geheimen Verhandlungen zwischen Thouvenel und Cavour über die Anerkennung des Königreiches Italien seien zum Abschlusse gediehen. Das ist sehr wahrscheinlich. Wenn aber derselbe Gewährsmann hinzufügt, Victor Emanuel habe durch die Cession der Insel Sardinien die Räumung Roms seitens Frankreichs erkauft, so wird jedenfalls die Bestätigung abzuwarten sein. Ein derartiges Abkommen würde hier womöglich noch grössere Entrüstung hervorrufen, als die Einverleibung Savoyens und Nizza's. Man sagt, die Anwesenheit des Königs Franz II. im Palaste Farnese solle den Franzosen als Vorwand dienen. Man würde den Rückzug der französischen Truppen aus Rom dadurch zu motiviren suchen, dass die Tricolore den Intriguen der Bourbons nicht zum Deckmantel dienen dürfe.

Lord John hat auf vertraulichem Wege die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft der Königin Christina in Paris erhalten. Man glaubt die hohe Frau mit einer Botschaft des Vaticans an den Kaiser Napoleon betraut und hofft, es werde

ihr gelingen, die Räumung Roms zu verhindern oder doch zu verzögern.

Die Annäherung zwischen den Höfen von St. James und St. Petersburg wurde mir gestern mit dem Zusatze bestätigt, dieselbe sei eine Folge der Warschauer Ereignisse. Die am 8. April in der polnischen Hauptstadt veranstalteten polizeilichen Untersuchungen haben über den französischen Ursprung der Bewegung keinen Zweifel gelassen.

Lord John hatte im Unterhause sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass man die Bewohner Warschau's nicht rechtzeitig gewarnt habe. Eine Depesche Gortschakoff's widerlegt diese Auffassung unter Bezugnahme auf die an allen Strassenecken angeschlagenen Proclamationen und officiellen Warnungen. Der russische Botschafter hat nicht verfehlt, Abschrift von diesem Schriftstücke und dessen Beilagen in den Händen des Staats-Secretärs zurückzulassen.

In der letzten Sitzung des von der Königin präsidirten geheimen Rathes ist die Neutralität Englands in dem amerikanischen Bürgerkriege beschlossen worden. Die heutige „London Gazette“ veröffentlicht die bezügliche Proclamation. Mr. Adams, der neu ernannte Gesandte der Vereinigten Staaten, ist hier eingetroffen.

Gestern Nachmittag zwei Uhr verschied der Herzog von Bedford im dreiundsiebenzigsten Lebensjahre. Ein schwerer Verlust für die Whigs. Der Verstorbene galt unter den grossen Grundbesitzern für denjenigen, welcher sein unermessliches Vermögen am besten zu verwalten verstand. Seine zahlreichen Pachthöfe sind Musterwirthschaften. Sein einziger Sohn und Erbe, der Marquis of Tavistock, ist schwer erkrankt und hat es seinem Oheim, Lord John Russell, sowie seinem Vetter Mr. Hastings Russell, dem präsumtiven Erben, überlassen müssen, die Leichenfeierlichkeiten in Woburn Abbey zu leiten.

London, 28. Mai 1861.

Mein kurzer Ferien-Ausflug nach Paris hat geringe Ausbeute geliefert. Die Taktik des Schweigens steht mehr denn je in den Tuilerien auf der Tagesordnung.

Für Italien lautet die Parole: Aufrechterhaltung des *status quo*. Von Anerkennung des neuen Titels, den sich Victor Emanuel beigelegt, ist noch keine Rede. Man wird nichts übereilen, Alles solange als nur möglich in der Schwebe erhalten. Thouvenel, Persigny und Walewski haben sich um die Wette an der Lösung des römischen Problems versucht. Napoleon hat einen jeden angehört, aber deren Vorschläge als unausführbar zu den Acten gelegt. Mit der römischen Curie schweben keine Verhandlungen. Der Versuch Gramont's, den Cardinal Antonelli für die Anerkennung des Königreiches Italien zu gewinnen, ist an dem *non possumus* gescheitert. Und doch hatte der Herzog die Gewährleistung des päpstlichen Besitzstandes seitens Victor Emanuel's dafür in Aussicht gestellt. Lord Cowley hat vor seiner Abreise wiederholt versucht, irgend eine Andeutung über die Lösung der römischen Frage zu erlangen. Vergebens hat er dem Kaiser Napoleon vorgestellt, die englischen Minister würden ihm freie Hand lassen und wünschten nur seine Absichten zu kennen, um etwaige Interpellationen in seinem Sinne zu beantworten. Die kaiserliche Sphinx ist aus nichts sagenden Redensarten: *nous verrons; c'est une question délicate; les événements nous guideront,* nicht herausgegangen. Auch Fürst Metternich, der den Kaiser Napoleon häufig in der Intimität sieht und mit der grössten Zuvorkommenheit behandelt wird, kann sich seit sechs Wochen nicht der geringsten Anspielung auf die Politik rühmen. Der k. k. Botschafter ist über Venetien vollkommen beruhigt. Er ist überzeugt, dass über die Anerkennung des Königreiches Italien Unterhandlungen obschweben. Dass sich Victor Emanuel herbeilassen werde, dieselbe durch eine völkerrechtliche Gewährleistung des Besitzstandes des römischen Stuhles zu erkaufen, wird stark bezweifelt. Gerüchte von territorialen Abtretungen, wie die der

Insel Sardinien, tauchen täglich auf, verschwinden aber ebenso schnell. Fürst Metternich glaubt nicht daran und hält den Frieden ein bis zwei Jahre für gesichert. Ein Bruch mit England sei freilich möglich aber nicht wahrscheinlich, da der französische Imperator denselben fürchte und Alles thun werde, um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen. In der syrischen Frage habe er dies bewiesen, seine allzu eifrigen Minister preisgegeben und Cowley mit der Versicherung entlassen, er werde sein Wort halten, was auch Thouvenel dagegen einwenden möge. Die Sache koste zu viel Geld und sei an sich zu unbedeutend, um eine Erkaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu England zu rechtfertigen.

Lord Malmesbury's jüngster Besuch soll einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf seinen kaiserlichen Gönner zurückgelassen haben. Der frühere Staats-Secretär des Auswärtigen hat im Namen seiner Partei versichert, dieselbe werde, wenn sie das Ruder wieder übernehme, das bestehende gute Einvernehmen noch besser wahren können als Lord Palmerston. Könnten die Conservativen das Liebäugeln des Kaisers der Franzosen mit der Revolution auch nicht gutheissen, so werde sich Seine Majestät bald davon überzeugen, dass dies dem wohlverstandenen Interesse der französischen Krone nur entspreche.

Das ernste Zerwürfniss, zu welchem die Wahl des Prinzen Napoleon zum Grossmeister der französischen Freimaurerlogen im Schosse der kaiserlichen Familie Anlass gegeben, gilt für ein bedenkliches Symptom der inneren Lage. Prinz Murat hat den Prinzen Napoleon schriftlich gefordert in Ausdrücken, die alles Mass überschreiten. Man hofft, der Kaiser werde das Duell zwischen beiden Vettern verhindern und der Wahl des Prinzen Napoleon zum Grossmeister die Genehmigung versagen. Die Freimaurer, welche sich bisher von Politik ferngehalten, sollen neuerdings mit anderen geheimen Gesellschaften Verbindungen angeknüpft haben, die dem kaiserlichen Throne gefährlich werden könnten. Nach den heute eingegangenen Telegrammen scheint

der Kaiser den Muth gehabt zu haben, das Spiel des „rothen Prinzen" zu durchkreuzen. Es wäre dies um so erfreulicher, als es an Anzeichen früh eingetretener Altersschwäche nicht fehlt: *„l'Empereur baisse"*, *„Sa Majesté faiblit"* sind Aeusserungen, welche man von den allernächsten Umgebungen nur allzu häufig zu vernehmen hat.

Wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel ist die Nachricht von dem Selbstmorde des Grafen Teleki in das Palais Royal gefallen. Thouvenel soll sich tiefer, als er vielleicht verantworten kann, mit dem Grafen eingelassen haben. Sein Selbstmord zerreisst zum Heile Oesterreichs Fäden, die schwer wieder anzuknüpfen sein werden. Auch im Lager der polnischen Emigration hat das plötzliche Verschwinden dieses in alle Pläne der Revolution eingeweihten Führers sehr unangenehm überrascht.

Der Schwierigkeit, eine passende Wohnung für den k. k. Botschafter zu finden, ist abgeholfen. Die französische Regierung hat demselben ein Hôtel unter annehmbaren Bedingungen überlassen. Fürst Metternich war vor kurzem eingezogen und in bester Laune, als ich Abschied von ihm nahm. „Wir sind über den Berg, auch politisch," so lauteten seine letzten Worte.

London, 15. Juli 1861.

In der Freitags-Sitzung kam die holsteinische Frage wieder zur Sprache. Ein für Deutschland gut disponirtes Mitglied interpellirte über den Stand derselben und verlangte Mittheilung der Correspondenz von 1860 und 1861. Das Haus war nicht vollzählig, doch rief die Klingel des *speaker* noch rechtzeitig etwa vierzig Mitglieder herbei und Lord John Russell konnte sich nicht entbrechen zu antworten.

Die Mittheilung der Correspondenz schlug er rundweg ab. Er constatirte mit Genugthuung die Bereitwilligkeit des Königs von Dänemark, Vorschläge zu machen, welche den Aufschub der Bundes-Execution wenigstens für das laufende Jahr ermöglichen würden. Ueber die Natur dieser Vorschläge hat sich der

Staats-Secretär nicht ausgesprochen, nur die Hoffnung vag genug angedeutet, dieselben würden eine friedliche Lösung herbeiführen.

Die Successionsfrage ist nach Lord John's Ansicht durch den Londoner Vertrag von 1852 endgiltig geordnet. Derselbe habe keinen anderen Zweck als die Aufrechterhaltung der dänischen Monarchie in ihrer Integrität nach dem Ableben des jetzigen kinderlosen Königs. Welchen praktischen Werth dieses Abkommen nach Eintritt der gedachten Eventualität haben würde, versichert Lord John nicht voraussagen zu können. Er begnügt sich damit zu betonen, dass dasselbe alle Paciscenten völkerrechtlich binde.

London, 15. Juli 1861.

Die Nachricht von dem Gott Lob! erfolglosen Attentat auf den König von Preussen gelangte gestern Nachmittag durch ein Telegramm des Fürsten von Hohenzollern an den hiesigen preussischen Geschäftsträger. Der Kronprinz hat sofort Osborne verlassen, um nach Baden-Baden zu eilen.

Der Rücktritt des Kriegsministers Lord Herbert de Lea wird tiefgreifende Veränderungen im Schosse des Ministeriums hervorrufen. Sir Cornewall Lewis soll das erledigte Departement des Krieges, Mr. Cardwell das des Innern übernehmen und Lord John Russell in das Oberhaus versetzt werden. Bei dem Uebergewichte des Unterhauses in den inneren Fragen erscheint es immer fast wie ein politischer Selbstmord, wenn ein Parteiführer sich entschliesst, die Pairie anzunehmen. Im vorliegenden Falle sind die Beweggründe unschwer zu errathen. Wenn Lord Palmerston, wie man sagt, die Absicht hat, im nächsten Jahre mit einer Reformbill hervorzutreten, so wird dieselbe hinter den Zusagen Lord John Russell's weit zurückstehen. Vorwürfe über nicht gehaltene Versprechen und getäuschte Erwartungen werden den Reformer im Olymp des Oberhauses nicht erreichen. Ganz abgesehen davon erschien es von Wichtigkeit, schon jetzt die Rollen-Vertheilung vorzubereiten, welche nöthig werden wird,

wenn der Premier-Minister seine 76jährigen Augen schliesst. Lord Palmerston's Popularität und parlamentarischer Takt haben dem schwachen Ministerium das Leben gefristet. Die Whigs würden ohne ihn keine Aussicht haben, sich im Amte zu erhalten, wenn sie sich nicht Gladstone's versichern. Dieser würde aber auf keinen Fall bleiben, wenn man ihm nicht die Führerschaft im Unterhause übertrüge. Nicht zu übersehen ist, dass das Unterhaus oder vielmehr die ministerielle Partei in demselben einen dritten hervorragenden Redner verliert, wenn ausser Sidney Herbert und dem jetzigen Lord Kanzler nunmehr auch Lord John ausscheidet.

London, 16. Juli 1861.

Die Zeitungen stellen über die Ernennung Lord John Russell's zum Pair des Reiches Betrachtungen an, die fast wie Sterbepredigten klingen. Ist der Uebertritt eines Parteiführers in das Oberhaus nach fast fünfzigjähriger Thätigkeit im Hause der Gemeinen als ein Rückzug zu betrachten, so geschieht der vorliegende mit allen Ehren. Ausser mit der Grafenkrone soll Lord Russell, der selbstverständlich das Auswärtige Amt behält, mit dem blauen Bande geschmückt werden, Auszeichnungen, welche seine politischen Gegner dem Sohne des Herzogs von Bedford nicht missgönnen.

Im Hause der Gemeinen hat das Ereigniss keinen günstigen Eindruck gemacht. Man findet dort, es sässen schon ohnehin zu viele Lords in Palmerston's Cabinet. Einer der Tory-Führer bemerkte, das Unterhaus würde sich das nicht gefallen lassen, wenn es drei Monate jünger wäre. Er tröstete sich jedoch, indem er hinzufügte, wenn man aus einer zerbröckelten Mauer einen Ziegelstein herausnimmt, dann folgen die übrigen bald nach.

London, 22. Juli 1861.

Unter Beibehaltung seines Familiennamens wird Lord John als Earl Russell in das Oberhaus treten und morgen von seinen Wählern in der City Abschied nehmen.

Eine Interpellation Kinglake's, welcher sich durch seine leidenschaftliche Behandlung der Annexion von Savoyen und Nizza bemerkbar gemacht, bot gestern dem Staats-Secretär des Aeusseren willkommenen Anlass zu einer bedeutungsvollen Abschiedsrede im Hause der Gemeinen. Kinglake hatte nicht ohne Geschick alle Indicien zusammengestellt, welche für ein geheimes Abkommen zwischen den Cabineten von Paris und Turin und für die Cession der Insel Sardinien unter gewissen Eventualitäten sprechen. Er berief sich dann auf die Autorität Nelson's, um zu beweisen, dass, wenn der Hafen von Cagliari in den Besitz einer Seemacht ersten Ranges überginge, Malta werthlos werden und Englands Herrschaft über das Mittelmeer bedroht erscheinen müsse. Sir Robert Peel und mehrere Mitglieder der conservativen Partei sprachen sich in demselben Sinne aus. Zum Schlusse ergriff Lord John das Wort und erkannte zunächst die Wichtigkeit der angeregten Frage unumwunden an. Der Staats-Secretär des Aeusseren versicherte, er habe nichts unversucht gelassen, um der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Thouvenel sowohl als Ricasoli hätten ein solches Project amtlich und privatim in Abrede gestellt. Es sei unmöglich zu glauben, dass Kaiser Napoleon es wagen werde, einen derartigen, das Gleichgewicht Europas so ernst bedrohenden Plan in Angriff zu nehmen.

„Ich habe," fügte der edle Lord hinzu, „in meinen Depeschen keinen Zweifel über die Bedeutung gelassen, welche Ihrer Majestät Regierung einem solchen Acte beilegen würde, auch die unabwendbaren Folgen desselben nicht verschwiegen. Der Versuch einer solchen Annexion würde nothwendig dem Bündnisse zwischen England und Frankreich sofort ein Ende machen. Kaiser Napoleon, davon bin ich überzeugt, will aufrichtig den Frieden und deshalb glaube ich nicht an jenen ehrgeizigen Plan. In Hinblick auf die allgemeine Lage Europas und in Erinnerung an die Ereignisse der letzten Jahre würde es jedoch unklug sein, blindes Vertrauen zu zeigen. Die öffentliche Meinung in Frankreich, die Kammern oder die Armee können über Nacht die

Politik des Kaisers beeinflussen. Es ergiebt sich für uns die doppelte Pflicht, die von dem Willen der Souveräne und Cabinete oft ganz unabhängigen Bewegungen auf dem Festlande aufmerksam zu beobachten, und uns nicht durch Rücksichten einer kleinlichen Sparsamkeit verführen zu lassen, unsere Rüstungen einzustellen. Je stärker wir sind, je mehr man im Auslande davon überzeugt ist, dass wir jeden Augenblick bereit sind, die Offensive zu ergreifen, desto wirksamer werden wir für die Erhaltung des Friedens arbeiten können."

London, 22. Juli 1861.

Die Rede, mit welcher Lord Russell am 19. vom Unterhause Abschied genommen, hat auch ausserhalb des Palastes von Westminster nicht geringes Aufsehen gemacht.

Man vermisst freilich die bestimmte Formulirung des *casus belli* für den Fall der Cession Sardiniens. Mehrere Minister, z. B. Gladstone, huldigen der Ansicht, eine Einverleibung dieser Insel würde das Staatsinteresse Englands nicht nahe genug berühren, um eine Kriegserklärung zu rechtfertigen. Trotzdem war der Ton der Rede ein so entschiedener und vorsichtiger zugleich, dass man den Eindruck gewinnt, der Staats-Secretär des Aeusseren habe hier sowohl, als in Paris durchfühlen lassen wollen, er wisse von der französischen Intrigue mehr als er zu sagen für gut befindet. Jedenfalls ging seine Absicht dahin, auf die Möglichkeit eines Bruches allen Ernstes vorzubereiten. Ein hochgestellter Staatsmann bezeichnete diese Rede als das wichtigste Ereigniss der gegenwärtigen Session, da zum ersten Male die Eventualität einer von England zu ergreifenden Offensive klar und bestimmt, wenn auch mit der nöthigen Vorsicht, ausgesprochen worden. Ob Lord Palmerston ein derartiges Abkommen zwischen Frankreich und Italien mit einer Kriegserklärung wirklich beantworten würde, ist eine andere Frage. Auch ist ja kaum anzunehmen, Kaiser Napoleon werde die Insel Sardinien für sich verlangen. Bisher war nur die Rede davon, dieses

Eiland solle dem Papste als Aequivalent für den Kirchenstaat überlassen werden. In dieser Richtung soll der bekannte *entrepreneur du suffrage universel* in Savoyen, Pietri, auf der mehrgedachten Insel thätig gewesen sein und dem Kaiser Napoleon während dessen Badecur in Vichy geheime Berichte erstattet haben. Manche glauben, die sardinische Idee sei nur eine Maske für die Absicht, sich der Insel Sicilien unter dem Vorwande der dort herrschenden Anarchie zu bemächtigen und Sicilien sei der für die Räumung Roms ausbedungene Preis.

Der durch die Versetzung Lord Russell's in das Oberhaus bedingte Rücktritt des Unter-Staatssecretärs Lord Wodehouse ist erfolgt. Lord Wodehouse's Ernennung zum Botschafter am k. k. Hofe, von welcher gerüchtweise gesprochen wird, ist unwahrscheinlich. Lord Bloomfield ist gern und gern gesehen in Wien; es liegt durchaus kein Grund vor, ihn abzuberufen. Bei den durch Lord Herbert de Lea's Rücktritt nöthig gewordenen Veränderungen wird sich wohl die Möglichkeit bieten, Lord Wodehouse's Ehrgeiz zu befriedigen.

Die „Times" und die „Saturday Review" deuten die Verlegenheiten an, in welchen sich Lord Palmerston befindet. Diese sind durch das unerwartete Verlangen Lord Russell's, vor Ablauf des Parlamentes in das Oberhaus zu treten, nicht verringert worden. Wie der Premier seine Karten auch mische, das umgestaltete Ministerium wird einen mehr oder weniger provisorischen Charakter tragen. Man spricht von einer Coalition. Vor einigen Jahren, als Lord Derby dieselbe vorschlug, hätte ein Zusammenwirken Lord Palmerston's mit dem Tory-Chef dem Lande ein starkes, Dauer verheissendes Gouvernement sichern können, jetzt ist es zu spät, auf diese Idee zurückzukommen. Palmerston ist älter und die Whig-Partei schwächer geworden, während die Tories erstarkt sind. Lord Derby wird es daher seiner eigenen Partei kaum zumuthen, auf den ungetheilten Besitz der Gewalt zu verzichten.

London, 26. Juli 1861.

Die Königin hat gestern einer geheimen Raths-Sitzung in Osborne präsidirt, um die Veränderungen im Schosse des Ministeriums gutzuheissen. Sir Cornewall Lewis ist zum Staats-Secretär des Krieges, Sir George Grey zum Minister des Innern, Mr. Cardwell zum Kanzler des Herzogthums Lancaster und Sir Robert Peel, ohne in das Cabinet zu treten, zum Secretär für Irland ernannt worden. Man glaubt, Lord Wodehouse, dessen Nachfolger noch nicht bekannt ist, werde als Botschafter nach Constantinopel gehen. Die „Times" lässt keinen Zweifel über den geringen Beifall, welchen die neuesten Cabinetsveränderungen finden. Am bedenklichsten ist, dass die Betreffenden selbst ebensowenig zufrieden sind. Die Wahl des neuen Kriegsministers hat der Armee nicht missfallen. Sir Cornewall Lewis ist vielleicht keine Specialität wie sein Vorgänger, aber ein ruhiger, rechtschaffener Geschäftsmann, der mit seinem gesunden Menschenverstande die ihm noch mangelnden Detailkenntnisse bald erwerben wird.

Earl Russell, welcher heute Abend in das Oberhaus eingeführt werden soll, hat von seinen Wählern Abschied genommen. Er hat nicht verfehlt, die Erfolge der liberalen Partei gebührend hervorzuheben: die Parlaments-Reform, die Katholiken-Emancipation, der Freihandel, die Wahlfähigkeit der Juden, nichts wurde vergessen. Schliesslich bemerkte der neue Pair, es gehe ihm wie jenem grossen Kaiser, der, nachdem er an allen Weltbegebenheiten seiner Zeit thätigen Antheil genommen, zu wissen begehrte, welches Urtheil man nach seinem Tode über ihn fällen werde, sein eigenes Leichenbegängniss bestellte und als erster Leidtragender demselben beiwohnte. Mit welchem Rechte sich der edle Lord mit Karl V. vergleichen darf, bleibe dahingestellt.

Das ministerielle *Whitebait-Dinner* soll am 31. stattfinden, und man hofft, am 6. August das Parlament durch königliche Commission schliessen zu können.

In Vichy schmeichelt man sich noch immer mit der Hoffnung, der König von Preussen werde den Uebungen der fran-

zösischen Truppen bei Chalons beiwohnen. Dieses Gerücht macht hier keinen guten Eindruck. Die preussische Gesandtschaft hatte übrigens gestern noch keine Andeutung darüber.

London, 31. Juli 1861.

Der Erzherzog Ferdinand Max und die Erzherzogin Charlotte werden heute Abend hier erwartet, gedenken etwa vierzehn Tage im strengsten Incognito in England zu verweilen und übermorgen der Königin in Osborne einen Privatbesuch abzustatten.

Eine an sich unbedeutende Nachforderung der Regierung für Panzerschiffe — es handelte sich um £ 250,000 — bot am 26. Anlass zu einer interessanten Debatte. Die Regierung konnte nicht verhehlen, dass man im ganzen wenigstens zehnmal soviel (£ 2,500,000) bedürfen werde, um den französischen Seerüstungen einigermassen nachzukommen. Gross war anfangs die Entrüstung der Friedensfreunde. Als aber Lord Palmerston mit einem emphatischen „*we know*“ die Angaben des Secretärs der Admiralität bestätigte und nachwies, wie Frankreich binnen einem oder zwei Jahren mit Einrechnung der schwimmenden Batterien 27 Panzerschiffe besitzen werde, da schwiegen die Männer von Manchester. Selbst Disraeli's Mahnung, man möge sich freundschaftlich mit Frankreich über die Normalzahl der gegenseitig zu haltenden Schiffe verständigen, vermochte den kriegerischen Enthusiasmus des Hauses nicht herabzustimmen. Der Premier-Minister und der Führer der Opposition hatten gewissermassen die Rollen gewechselt. Disraeli's versöhnliche Haltung wird von seinen eigenen Parteigenossen nicht allenthalben gebilligt. Dieselbe erklärt sich jedoch durch den Wunsch, sich in den Tuilerien eine freundliche Aufnahme zu sichern, sollte das Schicksal die Tories im nächsten Jahre an das Ruder führen. Im Zusammenhange mit Lord Russell's Rede vom 19. beweist diese Debatte. dass die Erkaltung der Beziehungen zwischen beiden Westmächten wieder einen hohen Grad erreicht hat.

Lord Derby hat vorgestern im Oberhause die gescheiterten

Reformbestrebungen der Regierung mit der Lauge seines Spottes übergossen. Er knüpfte daran die Hoffnung, man werde eingedenk der Erfahrungen der letzten zwei Jahre sich neuer Versuche in dieser Richtung enthalten.

Im Unterhause bot gestern eine Interpellation des Freundes der Magyaren, Mr. Griffith, dem Premier-Minister willkommenen Anlass, seine Auffassung der ungarischen Frage darzulegen. Vor einiger Zeit war ein Attaché der britischen Botschaft von Wien nach Pesth gesendet, aber auf Verlangen der k. k. Regierung zurückberufen worden. Mr. Griffith beantragte die Vorlage der Berichte dieses Agenten. Lord Palmerston verweigerte die Mittheilung dieser vertraulichen Actenstücke und bemerkte: „Wir legen gebührenden Werth auf die Erhaltung des österreichischen Kaiserstaates, jener grossen Macht im Mittelpunkte Europas, welche zwischen so vielen feindlichen Interessen die Wage hält. Wir würden es als ein grosses Unglück für Europa betrachten, wenn dieses Reich inneren Bewegungen erliegen sollte. Wir haben uns nicht für berechtigt noch für verpflichtet gehalten, in den Differenzen irgendwie Partei zu nehmen, welche zwischen der kaiserlichen Regierung und der ungarischen Nation leider zu Tage getreten sind. Wir lassen es dahingestellt, wer Recht oder Unrecht hat und haben keinen anderen Wunsch, als Oesterreich mächtig und blühend aus diesen Kämpfen hervorgehen zu sehen. Fragt man mich, ob ich für die Autorität oder für die Freiheit bin, so kann ich nur antworten, dass ich es der Autorität und der Freiheit überlasse, sich so gut als es geht zu verständigen. Wir werden diesen unglücklichen ungarischen Zerwürfnissen gegenüber dieselbe Politik befolgen, die wir uns jenseits des Oceans zur Richtschnur genommen haben, die Politik einer vollständigen und aufrichtigen Neutralität."

London, 5. August 1861.

Der grossherzoglich hessische Gesandte Graf Görtz genannt Schlitz ist vorgestern hier eingetroffen. Er überbrachte mir ein

Empfehlungsschreiben des Grafen Platen. Graf Görtz ist beauftragt, die Ehepacten des Prinzen Ludwig und der Prinzessin Alice zu unterzeichnen. Ich lud ihn ein, mich nach Pembroke Lodge zu begleiten, und stellte ihn Lord Russell vor. Diesem war es sehr erwünscht, das Geschäft nunmehr förmlich zum Abschlusse bringen und den Grafen morgen bei der Königin melden zu können.

Lord Russell war unter dem Eindrucke, der König von Preussen habe die Einladung nach Chalons entschieden abgelehnt. Der Staats-Secretär sprach seine Freude darüber aus. Da Loftus in Baden-Baden, so ist man hier gut unterrichtet. Lord Russell gestand mir, seine Rede vom 19. v. M. habe in Paris sehr missfallen. Man habe gefragt, warum er sich denn nicht damit begnügt, zu sagen, Frankreich wolle die Insel Sardinien nicht. „Mein Gott,“ rief der edle Lord, „das konnte ich nicht; einmal weil ich es selbst nicht glaube, und dann, weil es mir das Haus nicht geglaubt haben würde. Dass der Kaiser Napoleon jetzt den Frieden will, davon bin ich überzeugt, so gross sein Hunger nach friedlichen Eroberungen auch zu sein scheint. Neapel und Sicilien würde er z. B. nur allzu gern in die Tasche stecken.“

London, 6. August 1861.

Die gestern in Osborne in der geheimen Raths-Sitzung festgestellte Thronrede wurde heute im Namen der Königin von dem Lord Kanzler verlesen und die Parlaments-Session geschlossen. Es war eine der unfruchtbarsten Sessionen. Die einzigen Massregeln von Bedeutung betreffen Indien. Das indo-britische Reich ist seit der letzten Krisis überraschend schnell reorganisirt worden. Das Parlament hat mit gewohnter Resignation die darauf bezüglichen Regierungsvorschläge unverändert angenommen. Vergebens versuchte Lord Ellenborough im Oberhause, die von Sir Charles Wood vorgelegten Gesetze zu bekämpfen. Die durch den Wegfall der Compagnie ohnedies vereinfachte Verwaltungs-Maschine wird nunmehr in regelmässigen Gang gebracht werden können. Der

Nachfolger Lord Canning's übernimmt unter günstigeren Umständen die schwere Verantwortung, diese bedeutendste Dependenz der britischen Krone fast selbständig zu leiten. Die eingeborene Armee, sowie die von der Compagnie geworbene sind vom Schauplatze verschwunden. Trotz aller tiefgreifenden Veränderungen hat sich Dank der Elasticität der britischen Verwaltung die Finanzlage des Landes seit langen Jahren zum ersten Male befriedigend gestaltet. Die bereitwillig vom Parlamente genehmigten Anleihen sind für Eisenbahn-Unternehmungen im grössten Massstabe bestimmt.

Sterbend von Spaa zurückgesandt ist Lord Herbert de Lea im einundfünfzigsten Lebensjahre auf seinem Landsitze Wilton Abbey verschieden. Man erblickte in diesem Staatsmanne den Premier-Minister der Zukunft. Seine eigene Partei wie das Land erleiden durch seinen frühzeitigen Tod einen herben Verlust.

Die Niederlage der nordamerikanischen Truppen am 21. v. M. hat, wie zu erwarten, hier das grösste Aufsehen erregt. Bedauert man auch die durch die öffentliche Meinung terrorisirten Unions-Generale, so wird doch die herbe Lection den übermüthigen Nordländern nicht missgönnt.

London

1862.

Als ich von Lissabon auf meinen Posten wieder zurückkehrte, hatte man sich in London noch nicht von dem Schrecken über das Ereigniss vom 14. December 1861 erholt. Noch waren die Zungen gelöst. Die Trauer war eine allgemeine und aufrichtige. Die Lücke, welche der Tod des Prinzen Albert gelassen, das fühlte ein jeder, war nicht auszufüllen, der Verlust ein unersetzlicher. Dieselben Zeitungen, die noch vor wenigen Monaten den Gemahl der Königin verdächtigt und verleumdet hatten, flossen jetzt über von Lobeserhebungen. Wie so häufig im Leben, lernte man das Gute erst schätzen, als man es verloren. Was der Prinz der Königin gewesen, was er dem Staate geleistet, das wussten zu seinen Lebzeiten nur wenige. Das Publikum hatte keine Ahnung davon. Die Minister mussten den Intentionen des Verstorbenen gemäss das Geheimniss wahren. Die Vergangenheit enthüllte sich plötzlich in der Besorgniss für die Zukunft. Wie schwer der Schlag Lord Palmerston getroffen, erfuhr ich durch den Herzog von Cambridge. Am entschiedensten aber und am klarsten bezeichnete mir Disraeli den Verlust, welchen der Staat erlitten.

Die Königin hat dem Verstorbenen ein Denkmal errichtet, werthvoller als alle Monumente aus Erz und Stein. Ihre Majestät geruhte, einem hervorragenden Historiker die nachgelassenen Papiere ihres Gemahls anzuvertrauen. Sir Theodore Martin hat aus diesen ihm mit königlicher Munificenz zu Gebote gestellten Materialien sein *„Life of the Prince Consort“* geschaffen, ein Geschichtswerk ersten Ranges, welches mit der gediegensten Objectivität die Frische und den Reiz einer Autobiographie vereinigt. Diesem monumentalen Standbilde lässt sich nichts hinzufügen.

Ein Jahrhundert nach der Entdeckung Amerikas, und wenige Jahre, nachdem Wind und Wetter die spanische Armada zerstört, fasste Lord Bacon den fruchtbringenden Gedanken, in der neuen Welt jenen Punkt des Archimedes zu suchen, von welchem aus England die spanische Uebermacht zur See aus den Angeln heben könnte. Die von dem Abenteurer Raleigh entdeckten Länder an den Ufern des Amazonenstromes wurden zu Ehren der jungfräulichen Königin Elisabeth Virginien getauft und die ersten Colonen der angelsächsischen Race dorthin entsendet. Diese ersten Auswanderer bestanden hauptsächlich aus Puritanern, wie man schon damals die leidenschaftlichen Anhänger Calvin's zu nennen anfing, welche in der anglikanischen Staatskirche noch zu viele Erinnerungen an das ihnen verhasste Rom erblickten. Es waren ihres Glaubens wegen Verfolgte, welche die Tugenden und Fehler der angelsächsischen Race nach Amerika verpflanzten. Die in England zurückgebliebenen Anhänger derselben Secte bildeten das Ferment in jener blutigen Revolution, die dem absoluten Königthume der Tudors und der Stuarts ein Ende bereitete. Cromwell's Eisenreiter und Bacon's erste Pioniere in Amerika waren Glaubensbrüder. Wie folgenschwer diese bisher noch zu wenig beachtete Thatsache für die Geschicke Grossbritanniens und seiner nordamerikanischen Colonien geworden, lehrt die Geschichte. Bacon's Senfkorn hatte sich auf dem jungfräulichen Boden üppig entwickelt. Ein und ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode

erfochten Enkel jener Puritaner. mit Hilfe des französischen Adels. ihre volle Unabhängigkeit vom Mutterlande.

Von so hoher weltgeschichtlicher Bedeutung auch der Kampf war, welchen George Washington leitete und siegreich durchführte, so ist doch kaum anzunehmen, dass sich seine Zeitgenossen so eingehend dafür interessirt haben, wie alle denkenden Politiker unserer Epoche für den zu Anfang der sechziger Jahre ausgebrochenen Bürgerkrieg. Der Rückschlag des letzteren auf die europäischen Verhältnisse wird noch greifbarer zu Tage treten, je mehr sich Macht und Reichthum der noch jungen transatlantischen Republik entwickeln und vermehren werden.

Der letzte Präsident vor dem Secessionskriege, James Buchanan, war Gesandter der Vereinigten Staaten am britischen Hofe, als ich nach London kam — ein grosser, starker Mann mit schneeweissen Haaren, welcher, weil er den Kopf schief trug, der Kakadu genannt wurde. Er war ein Freund Englands und des Friedens, aber ein Yankee durch und durch. Als die Orient-Verwickelung begann und jener unheimliche Zustand eintrat, welchen Clarendon mit „*drifting into war*“ bezeichnete, sagte mir Buchanan: „*Do not you think it is just the moment to settle our little accounts with the mother country?*“ Er überliess dies jedoch anderen und unterhielt uns nur zuweilen mit seinen trockenen Paradoxen.

Nachdem der Bürgerkrieg ausgebrochen war, habe ich an Gespräche zurückdenken müssen, die ich mit diesem Collegen zu einer Zeit gehabt, als die Sclavenfrage noch nicht an der Tagesordnung war. Buchanan, der sich für anthropologische Studien interessirte und auf die Schädelbildung grossen Werth legte, behauptete steif und fest, es sei ihm immer höchst zweifelhaft gewesen, ob die Neger mit Recht zu den Menschen zu rechnen seien. Als ich dieser paradoxalen Behauptung Beispiele mehrerer hochgebildeter Neger entgegenhielt, meinte Buchanan, ihm sei in seiner Praxis nie ein Neger vorgekommen. der eines Syllogismus fähig gewesen. Er vertheidigte die Sclaverei aus Gründen der

Humanität. Die Schwarzen seien, wenn nicht eine vervollkommnete Affengattung, so doch eine Race, deren permanente Kindheit in ihrem eigenen Interesse eine fortwährende Bevormundung erheische. Für einen Weissen gebe es keine grössere Schmach, als einen Tropfen Negerblut in den Adern zu haben.

Gerade diese Vorurtheile sind es bekanntlich, welche, äusserlich wenigstens, die Krisis hervorriefen, die die Existenz der Vereinigten Staaten zu bedrohen schien. In Wahrheit möchte jedoch der Sclavenfrage, die zum Vorwande des Krieges diente, der Gegensatz zwischen den nationalökonomischen Interessen des Ackerbaues und der Industrie zu Grunde gelegen haben. Es war daher begreiflich, dass der ackerbautreibende, sclavenhaltende, mehr aristokratische Süden in den höchsten Kreisen der englischen Gesellschaft warme Theilnahme fand, während das Volk von Hause aus für den demokratischen, industriellen Norden Partei ergriff.

Als jedoch der Capitän eines Kriegsschiffes der Nordstaaten die diplomatischen Vertreter des Südens, welche sich an Bord des englischen Postdampfers „Trent“ nach Europa eingeschifft hatten, völkerrechtswidrig arretirte, da verlangten alle Parteien Genugthuung für diese Verletzung der englischen Flagge. Der gute Stern Englands wollte, dass Prinz Albert noch sterbend diesem drohenden Conflicte vorzubeugen vermochte, indem er eine Depesche Lord Russell's beseitigte und eine andere entwarf, welche es dem Cabinet von Washington möglich machte, die verlangte Genugthuung zu gewähren.

Die friedliche Lösung dieses Zwischenfalls hatte einen entscheidenden Einfluss auf die englische Politik. Wäre es wegen des Postdampfers „Trent“ zum Kriege gekommen, so würde der erste Schritt des englischen Cabinets die Anerkennung der Südstaaten, der *Confederates*, als selbständige kriegführende Macht, der zweite ein Schutz- und Trutzbündniss mit denselben gewesen sein. Das war, was Napoleon III. wünschte. Dieser hatte fast gleichzeitig mit dem Ausbruche des amerikanischen Bürgerkrieges

einen Krieg mit Mexico angefangen. Als Vorwand dienten mehr oder weniger zweifelhafte Geldforderungen französischer Unterthanen, für welche sich Morny interessirt hatte. In Wahrheit wollte Napoleon der republikanischen Partei in Frankreich einen entscheidenden Schlag beibringen und der transatlantischen Republik ein monarchisches Gegengewicht schaffen. Anfangs schienen England und Spanien geneigt, sich an diesem Unternehmen zu betheiligen. Beide besannen sich jedoch eines Besseren. Palmerston wagte es nicht, die Manchester-Schule durch Anerkennung des Südens herauszufordern. Er bediente sich der Vermittelung des Königs Leopold, um den Kaiser der Franzosen darüber zu verständigen. So war Frankreich genöthigt, die unglücklich begonnene Expedition mit zahlreichen Streitkräften allein durchzuführen. Wie sehr dies an der ganzen Militär-Organisation zehrte, trat erst später zu Tage. Was Spanien dem ersten Napoleon gewesen, sollte Mexico dem dritten werden.

Vorläufig schwankte der Kampf in den Vereinigten Staaten. Die ungeschulten Freischaaren mussten erst kämpfend zu Soldaten gebildet werden. Die Schlacht von Bull's Run erregte den Spott europäischer Militärs. In England sowohl als in Deutschland sanken die Actien der republikanischen Staatsform in einer für das monarchische Princip nicht unerfreulichen Weise. Allgemein war die Meinung in Europa verbreitet, die transatlantische Republik werde diesen Bürgerkrieg nicht überleben, sondern in die Anarchie atomistischer Freistaaten nach dem Vorbilde der früheren spanischen Colonien verfallen. Wie sich bald zeigen sollte, hatte man dabei die zähe Ausdauer der anglo-sächsischen Race unterschätzt und übersehen, dass *caeteris paribus* der Norden dem Süden immer überlegen ist.

Ueber den Retter aus der Noth erfuhr ich erst später charakteristische Einzelheiten, welche der Zeit nach in das Jahr 1862 fallen. In der emporstrebenden Handelsstadt Chicago lebten bei Beginn des Bürgerkrieges drei Freunde. Der eine war als Werkführer in einer Gerberei angestellt mit einem Gehalte von monat-

lich 10—15 Dollars. Der andere stand an der Spitze einer Schuhfabrik und kam dadurch mit dem ersteren in täglichen Geschäftsverkehr. Der dritte, der wohlhabendste, Washburne, hatte einigen Einfluss bei den Behörden der Provinz. Als der Krieg ausbrach, Freischaaren sich bildeten und die ersten Unglücksfälle das Volk aufregten, erinnerte Russell Jones, der Schuhmacher, Washburne daran, dass ihr Freund, der Gerber Grant, auf der Militär-Akademie in Westpoint gewesen und durch seine strategischen Kenntnisse dem Staate vielleicht gute Dienste leisten könnte. Washburne lenkte die Aufmerksamkeit des Gouverneurs der Provinz auf Grant und dieser erhielt eine Anstellung in den Bureaux. Dies sagte ihm nicht zu. Er erklärte seinen beiden Freunden, er werde in seine Gerberei zurückkehren, wenn man ihn nicht activ vor dem Feinde verwende. Unter den jungen Leuten, die sich als Freiwillige meldeten, gab es viele Strolche und Vagabunden, die allerhand Unfug trieben und der ohnehin mit Geschäften überhäuften Polizei Noth und Verlegenheiten bereiteten. Der Gouverneur schlug Washburne vor, Grant zum Obersten zu ernennen unter der Bedingung, dass er die Stadt sofort von dem hergelaufenen Gesindel befreie, daraus ein Regiment bilde und dasselbe mit dem nächsten Zuge der Armee zuführe. Grant nahm das Anerbieten an. Er war bei den Arbeitern beliebt, und in zwei Tagen hatte er ein vollzähliges Regiment unter den Fahnen, welches er absichtlich auf Umwegen in zehn bis vierzehn Tagen dem Feinde entgegenführte. Dank der eisernen Disciplin, die er handhabte, hielt das Regiment bei dem ersten Zusammentreffen mit dem Feinde Stand und lernte sich bald tapfer schlagen. Es vergingen nicht vier Wochen und Washburne und Russell Jones hatten die Freude, den Namen ihres Freundes in allen Zeitungen gepriesen zu sehen. Zugleich ging ein Brief von ihm ein mit der Meldung, er sei General geworden, habe aber kein Geld, um sich zu equipiren. Die Freunde schafften Rath, eröffneten eine Subscription und hatten bald die nöthige Summe beisammen, um dem General Grant die ihm fehlenden Monturstücke und Pferde

als ein Geschenk der dankbaren Patrioten von Chicago übersenden zu können.

Grant stieg von Stufe zu Stufe, bis er als Obercommandant der nordischen Armee den Bürgerkrieg siegreich beendete und schliesslich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt wurde. Als solcher wandte er sich wieder an Washburne mit der Bitte, den Gesandtschaftsposten in Paris zu übernehmen. Washburne kam dies ungelegen. Er wollte nicht nach Paris gehen, wenn seinem Freunde Russell Jones der Brüsseler Gesandtschaftsposten nicht gleichzeitig übertragen würde. Grant sagte dies zu, und so erhielt Washburne die Gesandtschaft in Paris, während Russell Jones mein College in Brüssel wurde. Er zeigte mir damals mehr als einmal eigenhändige Privatbriefe Grant's, aus welchen ich die Intimität constatiren konnte, die zwischen dem früheren Gerber und dem ehemaligen Schuhfabrikanten fortdauerte.

Je länger sich der nordamerikanische Bürgerkrieg fortspann, desto fühlbarer traten die Folgen hervor, welche die Blokade der südstaatlichen Häfen für die englische Industrie haben sollte. Letztere bezog ihr Rohmaterial an Baumwolle fast ausschliesslich aus Amerika. Alle extemporirten Versuche, die Baumwollenstaude in Indien und in Aegypten zu cultiviren, boten momentan keinen Ersatz. Die meisten Fabriken waren genöthigt, die Arbeit einzustellen, nachdem die vorhandenen Vorräthe erschöpft waren. Eine grosse Anzahl unbeschäftigter Arbeiter fielen daher der Privat-Wohlthätigkeit zur Last, da der Staat als solcher deren Versorgung nicht übernehmen konnte. Die am meisten heimgesuchte Provinz war die Grafschaft Lancashire, wo die Baumwolle-Hungersnoth — *cotton famine,* wie man es nannte — in wahrhaft erschreckender Weise auftrat. Die zum Theil ruinirten Fabrikherren zeigten sich, wenn nicht unwillig, so doch unfähig, der Noth abzuhelfen. Es bildeten sich aus radicalen Elementen Hilfscomités, welche social-politisches Kapital aus der Calamität zu schlagen versuchten. Glücklicherweise stand an der Spitze der grossen

Grundbesitzer dieser Grafschaft ein Mann, der nicht nur Kopf und Herz auf dem rechten Flecke, sondern auch die Mittel hatte, die drohende Gefahr zu beseitigen: Lord Derby, der Chef der Tory-Partei. Seine ersten Anerbietungen wurden kühl aufgenommen; er liess sich dadurch nicht irre machen und bewies den Radicalen durch die That, dass sein organisatorisches Talent in diesem kritischen Augenblicke fast noch werthvoller war als das Geld, welches er mit freigebiger Hand spendete. Lord Russell musste schliesslich im Oberhause amtlich anerkennen, dass Lord Derby allein, ohne Beihilfe des Gouvernements, die Grafschaft Lancashire vom Hungertode gerettet habe.

Mitten in dieser Krisis war in London die Weltausstellung von 1862 eröffnet worden. Eine gut gelegene Localität in der Nähe von Kensington wurde gewählt. Diesmal hatte man nicht nöthig, hundertjährige Eichen des Hyde Park, wie Paxton im Jahre 1851 gethan, mit einem Riesengewächshause zu überbauen. Die Vorarbeiten zu diesem colossalen Unternehmen hatten den Gemahl der Königin in den letzten Monaten seines Lebens beschäftigt, obgleich er die directe Leitung wohlweislich ablehnte. Das Grossartigste, was diese zweite Londoner Weltausstellung bot, war die sogenannte *Loan Gallery,* eine Sammlung historischer Curiositäten und Kostbarkeiten, zu welcher der Hof, der Adel und die Finanz beigesteuert hatten. Man schätzte den Gesammtwerth dieser dargeliehenen Gegenstände auf nicht weniger als 150 Millionen Franken (6 Millionen Pfund Sterling), und diese Schätze gaben vielleicht ein treueres Bild von dem Reichthume Englands, als die in dem eigentlichen Glaspalaste aufgespeicherten Probestücke der modernen Industrie.

Unter den fürstlichen Persönlichkeiten, welche die Weltausstellung besuchten, befanden sich auch der Kronprinz, der Prinz Georg von Sachsen und der Grossherzog von Sachsen-Weimar. Letzterem gab der russische Gesandte Baron Brunnow ein grösseres Diner, welchem ich beiwohnte. Unter den Geladenen befand sich der preussische Gesandte in Paris, Herr von Bismarck-

Schönhausen. Derselbe hatte nach Tisch eine längere Unterredung mit Disraeli. Der Führer der Opposition theilte mir darüber Folgendes mit.

„Ich werde," so ungefähr hatte sich der preussische Staatsmann geäussert, „binnen kurzem genöthigt sein, die Leitung der preussischen Regierung zu übernehmen. Meine erste Sorge wird sein, mit oder ohne Hilfe des Landtages die Armee zu reorganisiren. Mit Recht hat sich der König diese Aufgabe gestellt, er kann sie jedoch mit seinen bisherigen Räthen nicht durchführen. Ist die Armee erst auf Achtung gebietenden Stand gebracht, dann werde ich den ersten besten Vorwand ergreifen, um Oesterreich den Krieg zu erklären, den deutschen Bund zu sprengen, die Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen und Deutschland unter Preussens Führung eine nationale Einheit zu geben. Ich bin hierher gekommen, um dies den Ministern der Königin zu sagen."

Disraeli's Commentar zu diesem seitdem Zug für Zug ausgeführten Programme lautete: *„Take care of that man! He means what he says."*

In der zweiten Hälfte des Jahres beschäftigten die Vorgänge in Italien und in Griechenland die Aufmerksamkeit der Cabinete.

Der alte Maulwurf Garibaldi hatte es bald bereut, sich dem Könige von Italien unterworfen zu haben. Trotz der anarchischen Zustände, die noch immer auf der apenninischen Halbinsel vorherrschten, war Victor Emanuel nicht der Mann, sich von den Rothhemden imponiren zu lassen. Er zeigte sich als Herr, schlug die Freischaaren bei Aspromonte und liess Garibaldi gefangen nach Spezia abführen. Es gab einiges Geschrei, aber alle Vernünftigen standen auf Seiten des Königs.

Nicht so glücklich erging es dem bayerischen Prinzen, der die griechische Krone trug. Die schnöde Behandlung, welche Palmerston schon im Jahre 1850 dem griechischen Gouvernement hatte angedeihen lassen, mochte das Ansehen des Königs Otto

untergraben haben. Missgriffe einzelner Minister, schlecht verwaltete Finanzen, nationale Enttäuschungen, das waren die Factoren des an sich sehr kläglichen Aufstandes, welcher dem schwachen Regimente Otto's von Bayern ein jammervolles Ende bereitete. In unseren Tagen ist es jedoch leichter, einen König zu verjagen, als einen zu finden. Vergebens boten die frei gewordenen Hellenen ihre Krone aus. Mit Indignation verwarf man in England die Zumuthung, Prinz Alfred, Herzog von Edinburgh, solle den erledigten Thron besteigen.

Dagegen erklärten sich die englischen Minister bereit, dem Protectorate über die jonischen Inseln zu entsagen und letztere an Griechenland abzutreten. Im conservativen Lager war man durch diese Entschliessung unangenehm überrascht worden, da man im Falle eines Krieges diese Position der englischen Marine gern gewahrt haben würde. Ohne Zweifel kosteten die Inseln der britischen Regierung mehr als sie einbrachten. Palmerston und Russell ergriffen gern die Gelegenheit, dem Nationalitätsprincipe, welchem sie in so auffallender Weise in Italien gehuldigt, den Hellenen gegenüber gerecht zu werden. Für die Opposition war die ganze Sache zu unbedeutend, um darüber im Parlamente viel Worte zu verlieren. Im darauffolgenden Jahre wurde die Genehmigung der Mitunterzeichner der Wiener Verträge eingeholt und dem dänischen Prinzen, welchen die Griechen nach langem Suchen zu ihrem Könige erkoren, die Inselgruppe gewissermassen als Mitgift abgetreten. Ob die Jonier selbst bei diesem Besitzwechsel gewonnen, bleibe dahingestellt; jedenfalls haben die Engländer für das schöne Korfu mehr gethan, als die armen Griechen thun können.

In Deutschland fand ich nach dem Schlusse des Parlaments die Dinge ungefähr, wie ich sie verlassen. Landtagsauflösung und Ministerwechsel hatten in Preussen der von der Krone geplanten Heeresorganisation keinen Vorschub geleistet. Der unfruchtbare Hader der Parteien stand noch in voller Blüthe, als sich der König entschloss, den Streitenden ein *quos ego!* zuzu-

rufen und dem Manne das Staatsruder anzuvertrauen, welcher unbekümmert um Verfassungsconflicte das deutsche, wie das preussische Problem zu lösen berufen war. Was es zu bedeuten hatte, als Herr von Bismarck-Schönhausen am 21. September 1862 zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, darüber liessen mir Disraeli's vertrauliche Mittheilungen keinen Zweifel.

Aus Privatbriefen.

1862.

London, 11. Januar 1862.

Als mich der König Ferdinand in Lissabon mit der Nachricht von dem Ableben des Prinzen Albert empfing, sah ich den tiefen Eindruck voraus, welchen das Ereigniss vom 14. December v. J. in England hervorrufen würde. Die Bestürzung, welcher ich bei meiner Rückkunft in allen Schichten der Bevölkerung begegnete, übertrifft jedoch noch die Erwartung.

Mr. Disraeli sprach mir mit tiefer aufrichtiger Betrübniss von dem unersetzlichen Verluste, welchen England erlitten. „Wir haben mit dem Prinzen Albert," bemerkte er, „unseren Souverän begraben. Dieser deutsche Prinz hat England einundzwanzig Jahre lang regiert mit einer Weisheit und Thatkraft wie keiner unserer Könige. Er war der permanente Privat-Secretär, der permanente Premier-Minister der Königin. Wenn er einige von unseren alten Bühnenhelden *(old stagers)* überlebt hätte, er würde uns unter Beibehaltung aller constitutionellen Garantien die Segnungen des absoluten Regimentes gegeben haben. Von uns Jüngeren, die wir in der Lage sind in das Cabinet zu treten, würde ein jeder sich gern vor der Erfahrung des Prinzen ge-

beugt haben. Wir befinden uns mitten in einem Regierungswechsel. Was der morgende Tag bringen wird, weiss niemand. Heute segeln wir im tiefsten Nebel, rings um uns Nacht und Finsterniss."

Die Herzogin von Cambridge, die ich gestern gesehen, hatte zum ersten Male den Muth gehabt, der Königin zu schreiben. Sie bezeichnete mir die Antwort der Prinzessin Alice als herzzerreissend. Die Königin starrt tagelang vor sich hin in namenloser Verzweiflung. Nur mit Mühe ist für die dringendsten Sachen die königliche Unterschrift zu erlangen.

Dass der Prinz sterben könne, hat niemand vorausgesehen.

Der alte Palmerston, der gegen den Verstorbenen oft so ungerecht war und viel dazu beigetragen hat, ihm das Leben zu verbittern, soll geweint und geschluchzt haben wie ein Kind, als man ihm die Todesnachricht brachte.

London, 11. Januar 1862.

Die über die völkerrechtswidrige Behandlung des britischen Postdampfers „Trent" zwischen den Cabineten von London und Washington entstandenen Differenzen sind glücklich beigelegt. Die englische Regierung hat diesen diplomatischen Sieg theuer genug erkauft. Ein Krieg mit den Vereinigten Staaten würde freilich noch mehr gekostet haben. Man schätzt die Auslagen für die Rüstungen und Vorbereitungen auf fünf Millionen Pfund Sterling. Wichtig ist, dass sich bei diesem Anlasse Canada als vertheidigungsfähig erwiesen hat. Die Loyalität der dortigen Bevölkerung hat sich in der Stunde der Gefahr bewährt. Man rühmt mit Recht die in den Annalen der Kriegsgeschichte unerhörte Schnelligkeit, mit welcher in der ungünstigsten Jahreszeit die Streitkräfte des Mutterlandes der transatlantischen Colonie zugeführt worden sind. Dieser Erfolg ist das Verdienst des Herzogs von Cambridge.

Kaiser Napoleon hat sich wohlfeil genug einen Anspruch auf die Dankbarkeit Englands erworben. Der französische Ge-

sandte in Washington war gut unterrichtet und hatte immer wiederholt, die Amerikaner würden in der eilften Stunde nachgeben. Wenn Thouvenel daher in seiner Depesche vom 3. December v. J. den englischen Standpunkt entschieden vertrat, so riskirte er wenig und bewies nur von neuem, dass man es in den Tuilerien lieber mit den Göttern als mit Cato hält. Am 25. December v. J., zwei Tage nachdem Lord Lyons sein Ultimatum überreicht, erhielt Mr. Seward die französische Depesche. Dieselbe wurde mit den auf die Trent-Affaire bezüglichen Actenstücken sofort veröffentlicht und mag dem amerikanischen Ministerium willkommen gewesen sein, um seine versöhnliche Haltung im Senate zu rechtfertigen.

Man hat hie und da vermuthet, einige englische Minister bedauerten den friedlichen Austrag. Aus eigener Wahrnehmung kann ich versichern, dass Lord Russell dieses Bedauern nicht theilt. Er freut sich des errungenen moralischen Sieges um so mehr, als die Weltlage nicht danach angethan ist, England zu gestatten, sich europäisch zu paralysiren.

Die Königin, welche mit bewundernswerther Kraft ihren unersetzlichen Verlust trägt, hat zum ersten Male seit des Prinzen Tode den Geheimen Rath berufen. Die Sitzung wurde in den Zimmern Ihrer Majestät abgehalten. Der Herzog von Newcastle, Lord Granville und Sir G. Grey hatten sich zu diesem Zwecke nach Osborne begeben. Es handelte sich um die Einberufung des Parlamentes, welches am 6. Februar seine Sitzungen wieder aufnehmen soll. Lord Palmerston und Lord Russell haben die Königin noch nicht wieder gesehen.

Die vom verstorbenen Prinzen Albert geplante Orientreise des Prinzen von Wales ist nicht aufgegeben. Seine Königliche Hoheit dürfte Ende dieses Monats abreisen.

Die Vermählung der Prinzessin Alice wird im Juni stattfinden, in aller Stille und ohne alle Festlichkeit.

Ernste Parteikämpfe werden während der nächsten Parlaments-Session kaum zu erwarten sein. Lord Derby freut sich

doppelt über die Beilegung des Streites mit Amerika, weil nunmehr Lord Palmerston bis an sein Lebensende Premier-Minister bleiben werde.

London, 12. Januar 1862.

Der preussische Geschäftsträger fragte mich heute, was ich zu der nunmehr veröffentlichten Depesche sage, welche Graf Bernstorff am 20. vorigen Monats und Jahres an Savigny gerichtet hat. Ich antwortete, ich könne als Freund des Grafen Bernstorff nur wünschen, dass diese Depesche ungeschrieben und ungedruckt geblieben wäre. Neue Ideen seien in diesem Schriftstücke nicht zu finden, welches nur das bekannte Programm der Paulskirche aufwärme. Die mehrjährige Abwesenheit des Verfassers von Deutschland erkläre es, wenn er die Sachlage nicht sofort durch Intuition zu erkennen vermocht. Schweigen sei jedenfalls besser gewesen als den Versuch zu machen, die Beschlüsse des National-Vereins in die diplomatische Sprache zu übersetzen. Auf dem Wege der Reform eine so durchgreifende Umgestaltung Deutschlands durchzuführen, werde der preussischen Regierung ebenso wenig gelingen, als es der Paulskirche gelungen. Praktisch sei dies nur durch Gewalt, nur auf dem Wege des Bürgerkrieges denkbar.

„Bange machen gilt nicht,“ bemerkte Graf Brandenburg. „Der einzige Weg zur Lösung der deutschen Frage ist der durch die Militär-Convention mit Coburg bereits betretene.“

Ich schnitt jede Discussion über dieses Thema ab, indem ich sagte, es denke in Deutschland niemand daran, Preussen bange machen zu wollen, nur möge man sich auch in Berlin davon überzeugen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen würden.

London, 15. Januar 1862.

Der Herzog von Cambridge, jetzt in Kew Cottage bei seiner Frau Mutter verweilend, hatte mich vorgestern eigenhändig zu einem kleinen Diner eingeladen. Die einzigen Gäste waren Graf Apponyi und ich. Nachdem sich die Damen zurückgezogen,

blieben wir ungewöhnlich lange zu dreien *„over our wine“*, wie man hier sagt. Der Herzog, schon zu leidend, um bei dem Leichenbegängnisse des Prinzen Albert zu erscheinen, war seit dem Ereignisse vom 14. December an das Zimmer gefesselt gewesen. Nach überstandenem Gichtanfalle schien er das Bedürfniss zu haben, sich auszusprechen. Ich verdanke seinen vertraulichen Mittheilungen einige unschätzbare Notizen über die letzten Lebenstage des Prinzen.

Die Krankheit, welche den Prinzen in seinem zweiundvierzigsten Lebensjahre so plötzlich hinweggerafft, war anfangs nichts als ein gastrisches Fieber, wie mir sein Bibliothekar Ruland am Tage vor meiner Abreise nach Lissabon geschrieben hatte. Das in dieser Jahreszeit in dem schlecht drainirten Windsor häufig vorkommende, sogenannte Windsor-Fieber wurde jedoch bald typhös. Eigentlich krank war der Prinz anscheinend nicht, er hatte jedoch schon seit dem 23. oder 24. November v. J. sehr bedenkliche Abwesenheiten. Sein alter Kammerdiener fühlte instinctartig, was noth that. „Das Leben hier macht Sie todt, Königliche Hoheit,“ wiederholte der Getreue mehrmals, „Sie müssen fort von Windsor und sich in Deutschland einige Zeit Ruhe und Erholung gönnen.“ Diese wohlgemeinten Mahnungen verhallten, wie denn überhaupt die der Krankheit eigenthümliche Gleichgiltigkeit für Alles, was früher das lebendigste Interesse des Patienten erregt hatte, zu Tage trat. Das Bedenklichste war die Schlaflosigkeit bei völligem Mangel an Appetit. Alle Symptome deuten darauf hin, dass ich im vorigen Jahre dieselbe Krankheit durchgemacht. Ich spreche daher aus Erfahrung, wenn ich hervorhebe, dass der Kranke bei voller Gleichgiltigkeit für Alles, insbesondere für die Erhaltung des eigenen Lebens, von der Gefahr seines Zustandes keine Ahnung hat. Darin gerade besteht die Eigenthümlichkeit dieses das Nervensystem in seinen Grundfesten erschütternden typhoiden Fiebers. Es erheischt dasselbe nach rechtzeitiger Diagnose völlige Ruhe und milde Behandlung. Hat die Zersetzung des Blutes erst

einen gewissen Grad erreicht, dann kommt alle menschliche Hilfe zu spät.

Dem Verstorbenen scheint vor Allem ein Arzt gefehlt zu haben, fähig, den Ernst der Krankheit rechtzeitig zu erkennen. Des Prinzen Leibarzt, Dr. Bailey, war leider im vorigen Jahre das Opfer eines Eisenbahn-Unglückes geworden. Sir James Clark, vor fünfzig Jahren ein ausgezeichneter Arzt der alten Schule, hatte seine Praxis so gut wie aufgegeben und mag auch von den Fortschritten der modernen Wissenschaft bei Behandlung typhöser Krankheiten geringe Kenntniss genommen haben. Als Leibarzt der Königin war seine Stellung seit zwanzig Jahren eine Sinecur. Die Königin erfreut sich einer so felsenfesten Gesundheit, dass sie nicht weiss, was krank sein heisst. So hat sich denn auch Ihre Majestät über den Zustand Ihres Gemahls bis zu dem letzten Augenblicke Täuschungen hingegeben, in welchen Sir James sie bestärkt haben mag. In Folge dringender Vorstellungen der Minister wurden ausser Dr. Jenner auch noch Dr. Watson und Sir Henry Holland herbeigezogen. Letzterer soll den Muth gehabt haben, als es zu spät war, der Königin die Wahrheit zu sagen.

Die Nachricht von dem Tode des Königs Dom Pedro, welchen der Prinz wie einen Sohn liebte, hatte ihn auf das tiefste erschüttert. Von diesem Augenblicke an bemerkte man eine ungewöhnliche Reizbarkeit, die um so mehr auffallen musste, als das kühle Temperament des Prinzen und seine unbeschreibliche Geduld ihm gestatteten, sich stets im Gleichgewichte zu erhalten. Nach seinem eigenen Geständnisse hatte er seit der Todesnachricht von Lissabon bis zu der Zeit, wo das Fieber anhob, kaum das Auge geschlossen. Auch die Verwickelungen mit Amerika verbitterten ihm seine letzten Stunden. Er war so ermüdet, dass er zuweilen stehend einnickte. Er fror fortwährend, ass so gut wie nichts. Schon im Herbste in Balmoral hatte er Todesahnungen. Zehn Tage vor seinem Ableben trat dieses Vorgefühl der nahen Auflösung noch schärfer hervor, ja

er trug sogar, nachdem er sich versichert, dass die Königin nicht im Zimmer, der Prinzessin Alice auf, ihrer Schwester nach Berlin zu schreiben, der Vater werde von dieser Krankheit nicht genesen. Tags darauf erkundigte er sich, ob der Auftrag vollzogen worden; die Prinzessin verneinte es. Am 13., am Tage vor seinem Tode, ist er noch aufgestanden und hat den Vortrag seines Secretärs Ruland entgegen genommen. Die Königin fuhr aus und schien während der Fahrt sehr beruhigt über das Befinden ihres Gemahls. Heimgekehrt, fand sie ihn bewusstlos im Bett mit eiskalten Extremitäten. Jetzt erkannte die Umgebung zum ersten Male die Gefahr. Prinzessin Alice berief auf eigene Verantwortung den in Cambridge weilenden Prinzen von Wales nach Windsor. Sir Charles Phipps telegraphirte in der Nacht an den Herzog von Cambridge, welcher am 14. mit dem ersten Zuge London verliess und um 8 Uhr früh in Windsor eintraf. Die alarmirenden Symptome hatten sich gesteigert, die Aerzte verhehlten nicht, dass der Prinz nur noch Stunden zu leben habe. Nur die Königin machte sich noch Illusionen und telegraphirte am 14. früh nach Berlin: „*Dear Vic, Papa has had a good night's rest, and I hope the danger is over.*“ Im gleichen Sinne lautete das Telegramm an den König von Portugal von demselben Datum. Abends 7 Uhr vermochte der Kranke sich noch aus dem Bette zu erheben eines Stuhlganges wegen, der eine günstige Krisis zu bezeichnen schien. Der Sterbende zeigte noch eine wunderbare Lebenskraft, als die Athmungswerkzeuge bereits den Dienst versagten. Der Herzog von Cambridge, welchen dringende Amtsgeschäfte — Einschiffung der Garden für Canada — nach der Stadt gerufen hatten, erhielt gegen Mitternacht die Todesnachricht. Er hielt es für seine Pflicht, Lord Palmerston darauf vorzubereiten. Der Premier-Minister war so ergriffen, dass er mehrere Male in des Herzogs Gegenwart in Ohnmacht fiel. Der Herzog glaubte an einen Schlaganfall und fürchtet noch jetzt, dass die Tage des Ministers gezählt sind. Letzterer erholte sich jedoch in den Nachmittags-

stunden wieder so weit, um Brunnow empfangen zu können, der nichts Abnormes an ihm bemerkte.

Wie die Königin bis zum letzten Augenblicke die Gefahr nicht erkannte, so scheint sie auch in den ersten Tagen die volle Schwere des Verlustes nicht empfunden zu haben. Ihre Fassung war fast unnatürlich und erst in Osborne mag die hohe Frau zum vollen Bewusstsein dieses unerwarteten Schlages gekommen sein. „Ihre Majestät ist bedenklich ruhig," lautete das Urtheil eines Augenzeugen zwei Tage nach dem Ereignisse.

Alle, die sie gesehen, sprechen von der wunderbaren Schönheit der Leiche. Die regelmässigen Züge des Angesichtes, nicht im geringsten entstellt, waren wie verklärt. Nur der sonst fast zu stark gewordene Körper schien geschwunden. Die Herzogin von Cambridge konnte den Eindruck dieser mit Blumen bedeckten schönen Leiche nicht ergreifend genug schildern. Mit Thränen in den Augen sprach sie von dem so plötzlich zusammengebrochenen, fast beispiellosen Glücke dieser zwanzigjährigen Ehe. An dem reinen Himmel derselben stand nur eine Wolke. Wie gern hätte die Königin ihre Krone mit dem getheilt, der sie ihr tragen half und ihr Alles in Allem war. Vergebens hatte sie schon zu Sir Robert Peel's Zeiten den Wunsch geäussert, ihrem Gemahl den Königstitel zu verleihen. Die constitutionellen Bedenken des verstorbenen Tory-Ministers wurden noch entschiedener von Lord Palmerston betont, als die Frage später wieder angeregt wurde. Die Erhebung zum *Prince Consort* war die Folge eines Compromisses. Prinz Albert war durch Patent von 1840 Königliche Hoheit und in demselben Jahre naturalisirt worden. Er war jedoch nicht britischer Prinz und hätte bei Hofe wie im Geheimen Rathe seinem Erstgeborenen nach dessen Volljährigkeit den Vorrang lassen müssen. „Denn der Prinz von Wales," wie der Herzog von Cambridge sagt, „ist und bleibt der Prinz von Wales."

Psychologisch erklärt sich der Werth, den die Königin auf den Rang ihres Gemahls legte, aus der hingebenden Verehrung,

die sie ihm in grossen wie in kleinen Dingen ununterbrochen bezeugte. Er war vollkommen Herr im Hause und der lebendige Mittelpunkt dieses Weltreiches, dessen Macht sich auf alle Theile unseres Planeten erstreckt. Eine Riesenaufgabe war es für einen jungen deutschen Fürsten, für alle diese Millionen britischer Unterthanen zu denken und zu handeln. Alle Fäden liefen in seiner Hand zusammen. Seit 21 Jahren ist aus dem Auswärtigen Amte keine Depesche abgegangen, die der Prinz nicht gesehen, studirt, nach Befinden verbessert hätte. Kein gesandtschaftlicher Bericht von irgend einer Wichtigkeit durfte ihm vorenthalten bleiben. Der Staats-Secretär für die Colonien, der des Krieges wie der des Innern, der erste Lord der Admiralität lieferten tagtäglich eben so starke Actenstösse als das Auswärtige Amt. Alles wurde gelesen, commentirt und besprochen. Daneben unterhielt der Prinz Privat-Correspondenzen mit fremden Souveränen, britischen Botschaftern und Gesandten, dem General-Gouverneur von Indien und den Gouverneuren der Colonien. In Kirche und Staat, in der Armee und in der Flotte erfolgte keine Ernennung ohne seine Genehmigung. Bei Hofe geschah nicht das geringste ohne seinen Befehl. Kein britischer Minister während der Parlaments-Session — und das will etwas sagen — hat so viel gearbeitet, als der Prinz Gemahl seit einundzwanzig Jahren. Und die Minister wechseln oder haben doch wenigstens, wenn sie wie Palmerston und Russell oft und lange im Amte sind, in jedem Jahre vier bis fünf Monate Ferien. Der Prinz hatte keine Ferien, er stand immer auf der Bresche, „*always in harness*“.

Das continentale Vorurtheil, welches das Königsamt in England für eine Sinecur hält, hat Prinz Albert thatsächlich widerlegt. Der Vorwurf, er habe dank seines Liberalismus den Ministern d. h. dem Parlamente zu viel nachgegeben, ist nicht stichhaltig. Der Einfluss, welchen die Krone auf den Gang der Staatsmaschine ausübt, ist eine Macht, die sich nicht bloss in inneren und äusseren Krisen, sondern fortwährend geltend macht. Dieser Einfluss ist jedoch ein indirecter und äussert sich in anderer Weise als z. B.

in Russland und Frankreich. Für den Regenten wird die Aufgabe nur erschwert, weil die Entscheidung von unbekannten Zahlen abhängt und er mit den wechselnden Factoren einer Verfassung rechnen muss, deren Grundpfeiler durch die seit Jahren wachsende Sturmfluth der Demokratie unterwaschen sind. Wenn trotzdem nach dem Urtheile des Fürsten Metternich das Spiel der Krone gut gespielt worden, so ist diese Anerkennung doppelt schmeichelhaft für den verstorbenen Prinzen, weil er das Spiel nur leiten, nicht selbst spielen durfte. Mit welchem Aufwande von Geschicklichkeit diese Leitung geschehen, beweist die Thatsache, dass ausser den britischen Ministern und wenigen Vertrauten zu seinen Lebzeiten niemand eine Ahnung von der wirklichen Stellung des Prinzen gehabt hat. Die Eingeweihten waren verpflichtet, das Geheimniss zu wahren, welches jetzt erst nach dem Tode in das Bewusstsein der Nation getreten ist.

Je mehr die Wahrhaftigkeit als die hervorragendste Eigenschaft des Prinzen erscheint, desto peinlicher musste ihm dieses nothgedrungene Versteckenspielen sein. Die täglich sich wiederholenden Rücksichten auf die öffentliche Meinung riefen Missstände hervor, deren Bewältigung einen Aufwand von Spannkraft erheischte, welche allmählich erlahmen musste. So karg der Verstorbene den Schlaf bemass, so ist doch kaum zu begreifen, wie er die Zeit gefunden, die Masse der Geschäfte zu bewältigen. Er war nicht Herr seiner Zeit. Die ununterbrochene Repräsentation trotz der Einförmigkeit eines fast klösterlichen Hoflebens, wie der auch körperlich anstrengende fortwährende Wechsel der Residenzen zerstückelten den Tag und liessen Ruhe und Sammlung kaum aufkommen. Man fragt sich, wie es möglich war, mitten in diesem Treiben die Regierungsgeschäfte mit peinlicher Gewissenhaftigkeit zu besorgen, die Erziehung von neun Kindern selbstthätig zu leiten, in allen Zweigen menschlichen Wissens Studien zu machen, deren Ergebnisse die Fachmänner in Erstaunen setzten, und dabei der Kunst zu leben, wie er es gethan, Musik, Malerei und Dichtkunst selbst übend und überall begünstigend.

Wenn man Alles dies überdenkt, so kann es nicht überraschen, dass der Körper diesem Uebermasse geistiger Anstrengung erliegen musste.

London, 26. Januar 1862.

König Leopold ist vorigen Donnerstag von Osborne in die Stadt gekommen und im Buckingham Palaste abgestiegen. Die eingetretene strenge Kälte hat die Aerzte bewogen, Seine Majestät zu ersuchen, den beabsichtigten Besuch in Broadlands aufzuschieben. Der Gesundheitszustand des Königs ist befriedigend. Die bevorstehende Zusammenkunft des gekrönten Staatsmannes mit dem Premier-Minister hat wohl hauptsächlich den Zweck, den Geschäftsverkehr zwischen der Königin und ihren Ministern zu erleichtern.

Ueber das Befinden Ihrer Majestät spricht sich der König befriedigt aus. Obgleich sie sich noch nicht entschliessen konnte, mit den jetzt in Osborne weilenden Verwandten, der Fürstin Hohenlohe und dem Prinzen Ludwig von Hessen zu speisen, ist sie körperlich wohl und äusserlich gefasst.

Die friedliche Beilegung der Trent-Affaire hat zu mehreren analogen, günstigen Entscheidungen geführt. In nicht weniger als drei Fällen, in denen eine Verletzung der britischen Flagge vorlag, hat das Cabinet von Washington unaufgefordert Genugthuung gewährt. Leider bietet die versöhnliche Haltung des Präsidenten Lincoln und seiner Minister keine Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens. Im Gegentheil, die Schwäche, welche der Norden bisher gezeigt, könnte die Westmächte zu gemeinsamem Vorgehen ermuthigen. Schon spricht man davon, sie würden die Blokade der Südhäfen nicht anerkennen und die Eröffnung derselben, wenn nöthig, erzwingen. Indessen glaube ich versichern zu können, dass die zwischen Paris und London gepflogenen geheimen Verhandlungen über eine eventuelle Anerkennung der südstaatlichen Conföderation bisher zu einem greifbaren Resultate nicht geführt haben. Allen Gegenbestre-

bungen des Prinzen Napoleon zum Trotz treten jedoch die Antipathien des Kaisers Napoleon gegen die Demokraten der Nordstaaten immer schärfer hervor. Einige gehen so weit zu glauben, der Kaiser der Franzosen beabsichtige, auch ohne die active Mitwirkung Englands, aber auf dessen moralische Unterstützung rechnend, den Frieden jenseits des Oceans zu dictiren.

Die Hauptstadt beherbergt früher als gewöhnlich politische Notabilitäten. Lord Derby und Mr. Disraeli sind eingetroffen. Man würde sich jedoch täuschen, wollte man daraus auf eine besondere Rührigkeit der Opposition schliessen. Alles deutet auf eine kurze, durch keine Parteikämpfe belebte Session. Das Ministerium wird wohlweislich aus seiner Passivität nicht heraustreten, während sich die Führer der Opposition hinter ihre Loyalität verschanzen. Es sei Pflicht, predigt Lord Derby seinen Parteigenossen, den Schmerz der Königin zu respectiren und Ihre Majestät nicht mit Parteikämpfen oder gar mit Ministerkrisen zu behelligen.

London, 30. Januar 1862.

Die Zeitungen veröffentlichen heute die Depesche Lord Russell's an Lord Lyons vom 23. d. Es werden darin die von Mr. Seward in seiner langen Note aufgestellten Grundsätze des Seerechtes mit oft schlagender Benutzung der von dem amerikanischen Staatsmanne angezogenen Autoritäten widerlegt. Die Correspondenz über die Trent-Affaire ist dadurch hoffentlich zum Abschlusse gebracht. Für die Zukunft bleibt es immer von Wichtigkeit, dass England gegen die amerikanische Behauptung, es könnten Bevollmächtigte einer kriegführenden Macht als Kriegs-Contrebande betrachtet werden, auf das entschiedenste protestirt. Ebenso entschieden leugnet Lord Russell das Recht einer kriegführenden Macht, ein neutrales zwischen zwei neutralen Häfen Passagiere und Briefe beförderndes Paketboot auf offener See anzuhalten, um am Bord desselben *„des actes d'hostilité“* vorzunehmen. Ein glücklicher Zufall will, dass die Bevollmächtigten der Südstaaten, welche an Bord des „Trent“ arretirt worden

waren, Messrs. Mason und Slidell, wohlbehalten in Southampton gelandet sind gerade an dem Tage, an welchem die obgedachte Depesche veröffentlicht wurde.

Die französische Thronrede hat die durch den Fould'schen Finanzplan hervorgerufenen Friedenshoffnungen bestärkt. Und doch soll nach glaubwürdigen Berichten die französische Garnison in Rom nicht aus 25,000 bis 30,000, sondern in Wahrheit aus 40,000 Mann ausgesuchter Truppen bestehen. Die Offiziere verhehlen ihre tiefe Verachtung für die Piemontesen nicht und verkünden unverhohlen, die Franzosen würden demnächst der Anarchie in Neapel ein Ende machen. Gleichzeitig circuliren dort Gerüchte von einer Muratistischen Erhebung. Sollten damit Lavalette's eifrige Bemühungen, den König Franz II. aus Rom zu entfernen, in Verbindung stehen?

Aus der heute veröffentlichten, unfruchtbaren Correspondenz zwischen Berlin und Kopenhagen über Holstein zieht man hier den Schluss, der deutsche Bund habe keine andere Absicht, als die Frage offen zu halten.

Lord Palmerston hat in Person die beunruhigenden Gerüchte widerlegt, welche über seinen Gesundheitszustand umliefen. Er ist vorgestern in die Stadt gekommen, hat dem Könige der Belgier aufgewartet und ist Abends nach Broadlands zurückgekehrt. Von dort aus hat er sich gestern nach Osborne begeben und ist nach einer Audienz bei Ihrer Majestät auf seinen Landsitz zurückgekehrt. Personen, die den Premier-Minister gesehen und gesprochen, äussern sich ganz beruhigend über sein Befinden. Er hat wieder zu Pferde steigen und an einer Fuchsjagd Theil nehmen können. Dies wird einem seiner politischen Gegner zum Troste gereicht haben, der mir neulich allen Ernstes sagte, es würde weder anständig noch loyal sein von Lord Palmerston, wenn er in dem gegenwärtigen Augenblicke sterben wollte.

London, 4. Februar 1862.

König Leopold hat sich am Sonnabend nicht nach Brüssel, sondern nach Osborne zurückbegeben. Die Verlängerung seines Aufenthaltes erklärt sich aus den obschwebenden geheimen Verhandlungen, welche die Begründung einer constitutionellen Monarchie in Mexico zum Gegenstande haben. Die Absicht der drei intervenirenden Mächte geht dahin, die Wahl der mexicanischen Bevölkerung nach Herstellung des inneren Friedens auf den Erzherzog Ferdinand Max zu lenken. Das k. k. Cabinet als solches ist meines Wissens von dieser Absicht noch nicht unterrichtet worden. Dagegen hat sich Kaiser Napoleon direct an den Erzherzog gewendet, welcher das Anerbieten eines durch französisch-spanische Waffen zu gründenden, transatlantischen Thrones nicht geradezu von der Hand gewiesen hat. Seine Kaiserliche Hoheit ist nicht gewillt sich aufzudrängen, wird vor Allem die Aufforderung der ihm zugedachten Unterthanen abwarten und behält sich vor, dann die Garantien zu prüfen, welche die intervenirenden Mächte ihm darbieten könnten. Man ist jedoch unter dem Eindrucke, dass der Erzherzog selbst wie sein königlicher Schwiegervater unter der Hand an der Verwirklichung dieses abenteuerlichen Planes arbeiten. Die „Morning Post“ versucht heute den Rechtstitel des Erzherzogs in einer Weise zu begründen, die den in Spanien herrschenden Bourbonen nicht eben schmeichelhaft sein wird. Diese wahrscheinlich aus französischer Quelle stammende Deduction hat den Nebenzweck, die von den conservativen Blättern stark kritisirte Mitwirkung Englands zu vertheidigen. Es könne sich höchstens, sagt das Blatt, um 700 Marinesoldaten handeln, welche einige Küstenpunkte zu besetzen haben würden, während die französischen und spanischen Truppen die Anarchie in der Hauptstadt bekämpfen sollten.

London, 11. Februar 1862.

König Leopold hat gestern von der Königin Abschied genommen und ist über Claremont in Buckingham Palast eingetroffen. Seine Majestät wird sich heute Abend in Dover einschiffen, um nach Brüssel zurückzukehren.

In der Adresse, welche am Eröffnungstage von beiden Häusern einstimmig votirt worden, wurden drei Paragraphen den Beileidsbezeugungen des Parlamentes gewidmet. Die Debatte gestaltete sich zu einer wahren Ovation für den verstorbenen Prinzen Gemahl. Alle Parteileidenschaften, alle persönlichen Rivalitäten schwiegen vor dem Schmerze der Königin und dem kaum geschlossenen Grabe des fürstlichen Staatsmannes. Lord Derby hat sich selbst übertroffen. Niemals standen treffendere Worte dem grossen Redner zu Gebote als an jenem Abende, an welchem er die Gefühle des Hauses und der Nation als dankbaren Tribut dem Verstorbenen darbrachte. Auch Mr. Disraeli hat bewiesen, dass seine Beredsamkeit der geschickten Handhabung der Ironie entbehren kann. Konnte er es auch nicht geradezu aussprechen, dass England seinen Souverän betrauere, so hat er es doch klar genug angedeutet, indem er hervorhob, wie der Prinz sich selbst die Stellung des ersten Rathes der Krone errungen habe in einem Reiche, dessen Verfassung für ihn keinen Raum zu haben schien. Lord Palmerston hat dem Führer der Opposition in der Sitzung seinen Dank ausgesprochen und hinzugefügt, wenn das Wort vollkommen auf menschliche Dinge anwendbar, so müsse der Charakter des Dahingeschiedenen vollkommen genannt werden. Whigs und Tories, Palmerston, Derby, Granville, Russell, Disraeli, Alle hatten nur den einen Wunsch, dem Gefühle des unersetzlichen Verlustes in würdiger Weise Ausdruck zu geben. Die Königin hat sich zum ersten Male in ihrem Leben die stenographischen Berichte vorlegen lassen und den Führern der Opposition ihre wärmste Anerkennung ausgesprochen. Wie es der Anstand erheischte, wurde die Politik in der Adressdebatte nur *honoris causa* berührt. Die Minister

versprachen über die Blokade der südamerikanischen Häfen, die Intervention in Mexico, den Handelsvertrag mit Marocco u. s. w. schriftlich und mündlich jede gewünschte Auskunft zu geben.

London, 20. Februar 1862.

Die bisherigen Parlaments-Verhandlungen beweisen, dass die Opposition, wie vorauszusehen, der Regierung keine ernsten Verlegenheiten bereiten will. Zwei unerwartete Wahlsiege der Tories haben ihre zuwartende Haltung nicht beeinflusst.

Die während des Pariser Congresses von 1856 von Cavour an seine Collegen gerichteten Briefe haben hier nicht geringes Aufsehen gemacht. Lord Clarendon, welcher sich von übertriebenen italienischen Sympathien immer frei gehalten, wird von dem verstorbenen sardinischen Minister geradezu beschuldigt, ihm die materielle Unterstützung Englands versprochen zu haben, sollte Piemont in einen Krieg mit Oesterreich verwickelt werden. Der grelle Widerspruch, in welchem diese angeblichen Enthüllungen mit Clarendon's amtlichen Erklärungen und Parlamentsreden stehen, ist in so gehässiger Weise in einer Flugschrift aufgedeckt worden, dass der frühere Staats-Secretär des Aeusseren die Sache nicht ignoriren konnte. Seine vor sechs Jahren aus Paris erstatteten Berichte konnten ihm keinen Aufschluss geben, da er den Gesprächen mit Cavour zu geringe Bedeutung beilegte, um derselben mit einer Silbe zu erwähnen. Wenn er sich daher in der Sitzung des Oberhauses vom 17. entschloss, einen Todten zu dementiren, so geschah dies nicht ohne Verlegenheit. Dennoch konnte niemand darüber ein Zweifel beigehen, dass Clarendon's Wort ein ganz anderes Gewicht habe als Cavour's Geschreibsel. Der britische Minister bereut nachträglich, sich mit einem so durchaus unzuverlässigen Manne, wie Cavour war, in vertrauliche Unterredungen eingelassen zu haben. Einige glauben, die Veröffentlichung der Briefe Cavour's sei von Paris aus inspirirt worden in der Absicht, Clarendon nicht nur seinen früheren Collegen, sondern auch dem k. k. Cabinete gegen-

über zu compromittiren. Man versichert jedoch, Kaiser Napoleon sei über die begangene Indiscretion im höchsten Grade entrüstet.

London, 1. März 1862.

Italien hat entschieden Unglück. Es ist, als ob die Nemesis alle die am Cavour'schen Intriguenspiel Betheiligten zwänge, die Masken abzuwerfen und ihre Selbstankläger zu werden. Kaum sind die von Rattazzi veröffentlichten, vertraulichen Briefe Cavour's wieder etwas vergessen, so findet sich der frühere sardinische Gesandte in Paris, Graf Villamarina, gemüssigt, die Briefe Cavour's aus Plombières auf den Markt zu schleudern. Für die Eingeweihten enthalten diese vertraulichen Briefe wenig Neues. Das Publikum erhält daraus zum ersten Male die Einzelheiten der Verschwörung von Plombières und den Beweis, dass Napoleon III., schon damals mit Cavour handelseinig, entschlossen war, um jeden Preis Oesterreich zum Kriege zu reizen. Liegt daher dem Feldzuge von 1859 ein Verbrechen zu Grunde, wie Lord Derby in einem unbewachten Augenblicke zu sagen das Unglück hatte, so weiss der edle Lord heute mit aller Welt, dass die Urheber dieses Verbrechens nicht in Wien zu suchen sind. Noch kennt man hier diese Briefe Cavour's nur aus den mageren Auszügen, welche die „Gazette de France" davon zu geben gewagt hat. Diese genügen, um die Wuthausbrüche zu erklären, mit welchen ein französischer Prinz im Senate Oesterreich beehrt hat.

London, 4. März 1862.

Die Entlassung des Baron Ricasoli ist seit dem 1. Abends, die Berufung Rattazzi's seit dem 2. hier bekannt. Man weiss, dass das Enthebungsgesuch des ersteren durch ein Billet Victor Emanuel's veranlasst worden ist. Der König hatte dem Minister-Präsidenten unverhohlen ausgesprochen, er habe Seiner Majestät Vertrauen verloren. Die Krisis hat hier sehr unangenehm überrascht, obgleich man schon seit einiger Zeit über Palast-Intriguen zu Gunsten des Piemontesen Rattazzi unterrichtet war. Letzterer

gilt für das servilste Werkzeug der französischen Politik. Man giebt sich der Hoffnung hin, Ricasoli werde sich im Parlamente stark genug zeigen, um das Schicksal eines jeden Ministeriums in der Hand zu haben. Dabei verhehlt man sich jedoch nicht die Möglichkeit eines Staatsstreiches, welcher den jugendlichen Constitutionalismus in Turin in das französische Geleis lenken könnte. So erklärt es sich, wenn man in England die jetzige Krisis für eine Gefahr und ein Unglück für Italien betrachtet.

Auch den inneren Zuständen Frankreichs widmet man hier die gespannteste Aufmerksamkeit. Der für Oesterreich so befriedigend abgeschlossene Notenwechsel, zu welchem die im Senate gegen den Alliirten seines kaiserlichen Vetters ausgestossenen Injurien des Prinzen Napoleon Anlass geboten, wird bereits als ein der Geschichte angehörender Zwischenfall betrachtet. Um so gespannter ist man auf die Entscheidung des gesetzgebenden Körpers über die für den General Montauban verlangte Dotation. Man erwartet die Verwerfung und fragt sich, wie Kaiser Napoleon diesen ersten Act der Auflehnung gegen seine persönliche Autorität aufnehmen werde.

Der Herzog von Brabant, der gestern in Osborne eingetroffen, ist so leidend, dass die Aerzte einen längeren Aufenthalt des belgischen Thronerben im Süden vorgeschrieben haben. Der Prinz wird sich in einigen Tagen in Southampton einschiffen, um sich über Lissabon und Cadiz nach Sevilla zu begeben.

Auf die Anfrage des spanischen Gouvernements, ob die britische Regierung mit dem Könige der Belgier über die Candidatur des Grafen von Flandern für den mexicanischen Thron Verhandlungen pflege, hat Lord Russell geantwortet, er habe mit dem König Leopold über Mexico kein Wort gewechselt.

Ueber die Wiederbesetzung der preussischen Gesandtschaftsposten in London und Paris cursiren nur Gerüchte. Hochgestellte Personen beklagen dieses siebenmonatliche Interim und die Armuth an geeigneten Persönlichkeiten.

London, 12. März 1862.

Die neuesten Vorgänge in Berlin und Turin flössen den hiesigen Staatsmännern Besorgnisse für das Gedeihen des parlamentarischen Systems ein. Dasselbe hat in dem von extremen Parteien durchwühlten Boden noch nicht so tiefe Wurzeln geschlagen, als man hier wünscht. Zu noch ernsteren Befürchtungen geben die nicht geheim genug gehaltenen Rüstungen des Kaisers der Franzosen Anlass. Die britischen Minister verbergen gewohntermassen das Misstrauen, welches ihnen der unruhige Nachbar einflösst. Lord Palmerston hat jedoch unlängst die Stärke der französischen Streitkräfte bedenklich gefunden. Er schätzt dieselben, abgesehen von der Nationalgarde, auf 800,000 bis 1,000,000 Bajonette. Der hiesige Militär-Attaché der französischen Botschaft giebt den Activ-Bestand der Armee auf 700,000 Mann an. Er stellt nicht in Abrede, wie sehr Frankreich zur Sicherstellung Algeriens der Insel Sardinien bedürfen würde. Auf den Besitz von Genua lege man keinen Werth. Wohlunterrichtete sehen keine unmittelbare Gefahr weder für den Rhein noch für Venetien, fürchten aber eine Krisis im Oriente. Schreibt man doch die griechische Bewegung französischen Machinationen zu. König Otto's Lage ist darum so verzweifelt, weil es ihm an Geld fehlt. Der bayerische Gesandte fragte neulich Lord Palmerston, was England als Schutzmacht zu thun gedenke? „Unsere Marine-Offiziere," lautete die kühle Antwort, „haben Befehl, den griechischen Majestäten für den Nothfall ein Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen."

Auch in der Moldau und Walachei gährt es. Es befinden sich dort bedeutende französische Waffendepots. Nur ein kleiner Theil derselben ist im vorigen Jahre confiscirt und nach Constantinopel gebracht worden. Ebenso hat sich dort ein zahlreicher Generalstab der magyarischen und italienischen Revolutions-Armee zusammengefunden.

Der russische Botschafter versichert mir unaufgefordert, es

sei keine Rede davon, dass Russland mit Frankreich gemeinschaftlich im Oriente vorgehen könne. Vielmehr mache sich in Petersburg das Bedürfniss einer Annäherung an Oesterreich geltend in weit entschiedenerer Weise, als der von dem Grafen Rechberg nicht immer gut unterrichtete Graf Apponyi zu ahnen scheine.

London, 17. März 1862.

Lord Russell hat mir unmittelbar nach dem in Turin eingetretenen Ministerwechsel mehrmals wiederholt, der Unterschied zwischen dem Programme Ricasoli's und dem Rattazzi's bestehe darin, dass ersterer sein Hauptaugenmerk auf die Erwerbung Roms gelenkt habe, während letzterer vor Allem danach strebe, mit französischer Hilfe Venetien zu erobern, und sogar auf den Besitz von Neapel geringeren Werth lege. In Uebereinstimmung damit hat der Staats-Secretär des Aeusseren dem Grafen Apponyi angedeutet, die englische Regierung halte trotz der Erklärung Ricasoli's einen Angriff auf Venetien für möglich. Lord Bloomfield ist beauftragt, dem Grafen Rechberg eine ähnliche Eröffnung zu machen. In auffallendem Widerspruche damit steht die Sprache Palmerston's. Dieser hat sich in einer gestrigen Unterredung mit dem österreichischen Botschafter ganz auf den Boden gestellt, den Layard neulich im Unterhause behauptete. Nach Ansicht des Premier-Ministers ist Rattazzi durch die im Namen Victor Emanuel's abgegebene Erklärung Ricasoli's gebunden. Palmerston glaubt das Bestreben des neuen Ministers gehe dahin, sich mit Garibaldi zu verständigen, um diesen unschädlich zu machen. Bei den notorischen Besorgnissen, welche die französischen Rüstungen dem Premier einflössen, bot sein Beruhigungsversuch geringen Trost. Graf Apponyi hat sich begnügt, auf die Erklärung zu verweisen, welche Oesterreich vor wenigen Tagen hier und in Paris abgegeben und dem Turiner Cabinete mitgetheilt hat. Hiernach macht das k. k. Cabinet die Regierung Victor Emanuel's für jeden Angriff verantwortlich, welchen Garibaldi oder andere Freischärler gegen das österreichische Gebiet unternehmen sollten. Mit anderen

Worten, jeder solcher Angriff würde als eine Kriegserklärung Victor Emanuel's aufgefasst werden.

Die Anzeichen einer neuen italienischen Schilderhebung treten sogar in Athen hervor. Dort hat der sardinische Gesandte seinem türkischen Collegen eingestanden, es habe sich in Neapel ein griechisch-albanisches Comité gebildet. Er fügte hinzu, die Pforte möge darum unbesorgt sein, denn wolle man Oesterreich Verlegenheiten bereiten, so werde man nicht den weiten Weg über Albanien wählen, sondern den kürzeren über Fiume nach Ungarn. „Das klingt freilich nicht sehr beruhigend," lautete Lord Russell's Randglosse, als ihm der Bericht des türkischen Diplomaten mitgetheilt wurde. Ein vertraulicher Privatbrief aus Rom liefert den Schlüssel zu diesem Vorgange. Der sardinische Gesandte in Athen wird darin geradezu beschuldigt, die griechische Revolution in Scene gesetzt zu haben. In seiner Kanzlei soll das Central-Comité tagen, welches die ganze Bewegung leitet. Zweck sei die Vertreibung der bayerischen Dynastie und die Erhebung des Prinzen Thomas, Herzogs von Genua, auf den erledigten griechischen Thron. Russland beschuldigt Frankreich, Frankreich Russland, die griechischen und orientalischen Wirren angezettelt zu haben, während England bald Frankreich, bald Russland, bald beide verdächtigt. Pikant wäre es nun, wenn die italienische Revolutionspartei allein die griechischen und orientalischen Wirren zu verantworten hätte, um daraus Tausch- oder Unterhandlungs-Objecte zu gewinnen für die friedliche Erwerbung Venetiens.

Die Königin hat vorgestern den Grundstein gelegt zu dem Mausoleum, welches sie ihrem verstorbenen Gemahl und sich selbst in Frogmore zu errichten gedenkt. Als Vorbild ist die von Rauch ausgeführte Grabstätte des Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Louise in Aussicht genommen.

Lord Derby, der vorgestern in Windsor war, steht mit Lord Clarendon an der Spitze des Comités, welches sich die Ausführung des Albert-Denkmals in Hyde Park zur Aufgabe stellt.

London, 21. März 1862.

Die objective Haltung Lord Russell's den deutschen Reformbestrebungen gegenüber ist von mir mehrfach aus eigener Wahrnehmung hervorgehoben worden. Nach längerer Abwesenheit auf seinen Posten zurückgekehrt, hat Graf Kielmansegge denselben Eindruck aus seiner ersten Unterredung mit dem Staats-Secretär des Auswärtigen empfangen. Lord Russell hat ihm unter Anderem gesagt, wenn erst für die Reform der Bundes-Verfassung ein Project vorliege, über welches Oesterreich und Preussen vollkommen einig geworden, dann würde die britische Regierung mit Interesse davon Kenntniss nehmen. Die Zeit sei zu kostbar, um einseitige Lösungsversuche zu studiren. Bernstorff's Vorgehen und dessen Depesche vom 20. December v. J. werden als unklug *(unwise)* getadelt, dabei jedoch nicht verschwiegen, dass wenn Oesterreich die Garantie des Bundes für seine ausserdeutschen Besitzungen verlange, die Reformbestrebungen nicht erleichtert werden würden.

Auch Apponyi ist mit Lord Russell zufrieden. Das *„nil admirari"* ist diesem Minister so zur zweiten Natur geworden, dass ihn nichts aus der Fassung bringt und er Alles ohne Lob oder Tadel mit anscheinender Gleichgiltigkeit anhört. So gewinnt er Zeit, sich die empfangenen Eindrücke zurechtzulegen und das Gehörte geistig zu verdauen. Schweigend hörte er die Depesche Rechberg's an, in welcher die Drohung wiederholt wurde, Oesterreich werde jeden Angriff von Freischaaren als eine Kriegserklärung Victor Emanuel's auffassen. Nach einigen Tagen kam Lord Russell von selbst darauf zurück und fragte, ob er nicht das Turiner Cabinet von dieser Erklärung in Kenntniss setzen solle. Apponyi erwiderte mit derselben Gleichgiltigkeit: „Wir haben keinen derartigen Antrag an unsere Mittheilung geknüpft, wenn Sie jedoch Sardinien von unserem unabänderlichen Entschlusse benachrichtigen wollen, so steht Ihnen das frei." Der k. k. Botschafter ist überzeugt, dass Oesterreich in gewissen

Fällen auf Englands Unterstützung im adriatischen Meere rechnen könnte. Bestimmte Zusagen hat er weder verlangt noch erhalten, auch würden dieselben den hiesigen Gewohnheiten nicht entsprechen.

London, 27. April 1862.

In Paris habe ich nur constatiren können, dass es die französischen wie die fremden Politiker nachgerade aufgeben, das Räthselwort der Absichten zu errathen, welche der schweigsame Kaiser in und für Italien haben könnte. Nur Eines ist gewiss. die Hochfluth der Verlegenheiten ist im Steigen. Unlösbaren Widersprüchen begegnet man auf Schritt und Tritt. Die Gegensätze, die es zu versöhnen gilt, heissen bald Vatican und Revolution, bald Franz II. und Victor Emanuel, bald Oesterreich und Piemont, oder auf dem Boden der ewigen Stadt selbst Botschafter und commandirender General. Das Zerwürfniss zwischen diesen beiden letzteren Grössen scheint den Marquis de Lavalette während der stillen Osterzeit nach Paris geführt zu haben. Man sprach von seiner bevorstehenen Abberufung. Er leugnete dieses Gerücht entschieden und verkündete die baldige Rückkehr auf seinen Posten. Privatgeschäfte, wie die Zeitungen behaupten, können diesen Ausflug nicht motiviren, auch würde er dazu des Botschafts-Secretärs nicht bedurft haben, welcher ihn begleitete. Die Vermuthung, dass es sich um die Entfernung des Königs Franz II. von Rom handeln könnte, ist aufgetaucht und scheint nicht unbegründet.

Auch in dem stillen Erziehungshause der Jesuiten, Rue Vaugirard. arbeitete man an der Ausgleichung von Gegensätzen, die die christliche Kirche seit Jahrhunderten beschäftigen. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Aufhebung des Schisma, welches die griechisch-orthodoxe von der römisch-katholischen Kirche trennt. Mein Aufenthalt in Paris war zu kurz, um der Sache auf den Grund zu gehen. Dass an dem kühnen Plane allen Ernstes gearbeitet wird, scheint gewiss. Als ein besonders

thätiges Werkzeug ist mir der aus der griechischen Kirche in den Jesuiten-Orden eingetretene Fürst Gagarin, früher Offizier in einem russischen Garde-Regimente, genannt worden. Mit der den Schülern Loyola's eigenthümlichen Klugheit scheint man jeden dogmatischen Principienstreit vermeiden und die Lösung praktisch zunächst auf dem brennenden Boden des ottomanischen Reiches versuchen zu wollen. Pater Gagarin ist nach Rom gegangen, um bei dem Papste besondere Concessionen für die katholischen Missionare auszuwirken. Zunächst soll Bulgarien, dessen halbbarbarische Bevölkerung an den Ritus der griechischen Kirche gewöhnt ist, dem Stuhle Petri zugeführt werden, indem man den Missionaren gestattet, an den orthodoxen Gebräuchen möglichst wenig zu ändern. Nach der Aufnahme, welche der päpstliche Nuntius in Petersburg gefunden, und bei dem Werthe, welchen man dort wegen Polens auf eine Verständigung mit Rom zu legen scheint, sind derartige Pläne weniger abenteuerlich als früher. Keinesfalls würde die Unterordnung der türkischen Christen unter die Gewalt der römischen Curie dem Kaiser Napoleon missfallen, da seine Interessen im Oriente identisch mit denen des Papstes sind.

Mit diesen Gerüchten steht ein anderes in Verbindung, welchem eine grössere politische Tragweite zuzuschreiben sein dürfte. Man sagt, Kaiser Napoleon sei entschlossen, nach dem Ableben Pius' IX. die Tiara nicht etwa seinem Vetter, dem Prinzen Canino, oder einem französischen Prälaten, sondern dem Cardinal Wiseman zuzuwenden. Für Frankreich würde keine Candidatur erspriesslicher, für England Irlands wegen keine bedenklicher sein.

Sir James Hudson fährt inzwischen fort, für die Einheit Italiens zu schwärmen und versichert in seinen Berichten, das Cardinal-Collegium sei bereits für das Aufgeben der weltlichen Macht gewonnen.

Mit welchem Misstrauen man hier gerade jetzt die räthselhafte Politik des Kaisers der Franzosen beobachtet, entnahm ich gestern aus dem Munde des Herzogs von Somerset. Wortkarg

und nüchtern wie keiner, ist der erste Lord der Admiralität nicht der Mann, vorübergehenden Impulsen unüberlegten Ausdruck zu leihen. Allen Ernstes bemerkte er: „In keiner Zeit hat grössere Wachsamkeit nothgethan, zu keiner sind wir dem Bruche mit den Franzosen so nahe gewesen als heute."

Der Herzog von Cambridge hat die Ferien benutzt, um die Küstenbefestigungen persönlich in Augenschein zu nehmen. Sonnenverbrannt und mit den Ergebnissen seiner Inspection zufrieden, ist er gestern zurückgekehrt.

Die Zeitungen bringen Berichte über die Reise des Prinzen von Wales. Er hat die Moschee besucht, welche die Gräber Abrahams, Isaaks und Jakobs und ihrer Frauen enthalten soll. Seit den Kreuzzügen war keinem Christen der Eintritt in dieses Heiligthum gestattet worden.

Die Königin wird morgen in Windsor erwartet, wo der Kronprinz von Preussen übermorgen eintreffen soll. Seine Königliche Hoheit geht direct von Dover nach Windsor, wird erst am 30. in die Stadt kommen, im Buckingham Palaste absteigen und nach Eröffnung der Welt-Ausstellung nach Berlin zurückkehren.

London, 3. Mai 1862.

Gestern habe ich zum ersten Male in diesem geschäftsstillen Jahre Gelegenheit gehabt, Lord Clarendon zu sprechen. Er war auf wenige Tage in die Stadt gekommen und gedenkt heute wieder nach seinem Landsitze zurückzukehren. Lord Clarendon ist zwar vorläufig von der Bühne abgetreten, erfreut sich aber Allerhöchsten Orts eines hervorragenden persönlichen Vertrauens. Die Anschauungen, welche er nach seiner Königsberger Krönungs-Botschaft während des letzten Herbstes in Berlin gewonnen, werden daher Beachtung verdienen. Seine entschieden liberalen Ansichten sind bekannt. Wenn er uns Deutsche einmal „*une grande nation politiquement châtrée*" nannte, so darf man ihm dies von seinem Standpunkte nicht verübeln. Ich erinnerte ihn daran und er war weit entfernt, dieses Urtheil zurückzunehmen.

„Alle meine politischen Sympathien," bemerkte er, „sind für Preussen, die protestantische Vormacht Deutschlands. Die Vermählung des Thronerben mit der hochbegabten Tochter unserer Königin hat die alten Bande zwischen beiden Staaten nur noch fester geknüpft. Leider hat Alles, was ich in Berlin gesehen und gehört, mich in meinen natürlichen Sympathien nicht bestärken können. Der König, ein Ehrenmann durch und durch, hat von der Aufgabe eines constitutionellen Monarchen keine Ahnung. Ausserdem hat Seine Majestät das Unglück, in seinem Reiche keinen einzigen Staatsmann zu besitzen. Was an Bernstorff ist, wissen wir. Er ist der ehrlichste Mann von der Welt, aber schwächeren Händen ist wohl selten ein Ministerposten anvertraut worden. Er hat mir sehr aufrichtig gesagt, er bringe ein schweres Opfer durch Uebernahme des Ministeriums, glaube aber seinem Herrn und seinem Lande nützen zu können, da er das parlamentarische System hier studirt habe. Die Früchte dieser Studien liegen vor uns: Fehler auf Fehler, Widersprüche, Inconsequenzen ohne Ende. Alle preussischen Beamten leiden an Selbstüberschätzung und Eigendünkel, keiner mehr als Bernstorff. Ich fange an zu glauben, dass Preussen constitutionell nicht zu regieren ist. Wenigstens haben weder der König noch seine Minister eine Ahnung von dem Vulkane, der unter ihren Füssen brodelt. Ich habe dies nach meiner Rückkehr Lord Russell nicht verschwiegen. Deutschland anlangend, so habe ich den Leuten in Berlin nicht verhehlt, wie unsinnig es sei, von den deutschen Fürsten für die gemeinsame Sache Opfer zu verlangen, welche Preussen nicht bringen wolle. Die wahre Schwierigkeit liegt in der preussischen Selbstüberschätzung. Bei alledem muss ich Ihnen gestehen, dass mir die Reform-Vorschläge der sächsischen Regierung nicht praktisch erscheinen."

Alles, was sich zur Vertheidigung unserer Lösungsversuche sagen lässt, habe ich nicht versäumt hervorzuheben, namentlich die Thatsache betont, wie dieselben zur Klärung der Sachlage beigetragen hätten. Meine Bemerkung, dass die Idee einer Zu-

sammenkunft aller deutschen Fürsten leider nicht zur Ausführung gelangt, rief einige sehr anerkennende Worte für Oesterreich hervor, welches mit grösserer Aufrichtigkeit und Geschicklichkeit als Preussen die constitutionelle Bahn betreten habe. Lord Clarendon ist jedoch der Ansicht, dass ein von Oesterreich berufener deutscher Fürstentag ebensowenig zum Heile gereichen werde, als die von Preussen angestrebte einseitige Lösung. Die Aufgabe der Mittelstaaten, namentlich der vier Königreiche, sei es, eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen herbeizuführen. Ohne dieselbe sei praktisch an eine Reform der Bundes-Verfassung nicht zu denken. Ich konnte den edlen Lord nur daran erinnern, dass wir seit 1849 bei Durchführung dieser Aufgabe auf Schwierigkeiten gestossen sind, von welchen das Ausland nichts ahnt.

London, 12. Mai 1862.

Aus einer vertraulichen Unterredung, welche ich gestern mit Lord Russell hatte, ist mir der Eindruck zurückgeblieben, dass derselbe nach wie vor die Aufrechterhaltung des *status quo* jeder Reform des deutschen Bundes vorzieht, die nicht Gesammt-Deutschland umfasst. Mit unserer Auffassung des preussisch-französischen Handelsvertrages war der Staats-Secretär ganz einverstanden und sprach die Hoffnung aus, Oesterreich werde sich auch handelspolitisch nicht von seinen deutschen Bundesgenossen trennen.

Die Krankheit des Königs Leopold gab zu der Bemerkung Anlass, sein Tod würde im jetzigen Augenblicke sehr ungelegen kommen. Ob der Thronerbe mit der belgischen Verfassung so gut werde regieren können wie sein Vater, stehe dahin. Kaiser Napoleon werde sich jedoch diesem Todesfalle gegenüber ruhig verhalten, denn einmal habe er kein Geld, dann werde er alt, liebe die Bequemlichkeit und wünsche auf den so unerwartet bei Magenta und Solferino geernteten Lorbeern auszuruhen.

Rom anlangend, so sei allerdings von Projecten die Rede, doch sei denselben ebensowenig wie der Reise des Prinzen Na-

poleon nach Neapel Bedeutung beizulegen. Auf meine Bemerkung, solange die französische Besatzung die ewige Stadt noch nicht verlassen, sei nicht anzunehmen, dass Napoleon III. daran denke, diese Stellung aufzugeben, erfolgte die Antwort: „Das ist, was mir Odo Russell täglich schreibt. Der Kaiser der Franzosen, davon bin ich überzeugt, wird Rom halten, solange er lebt; was nachher geschieht, ist ihm gleichgiltig.“

London, 8. August 1862.

Eine ungewöhnlich stille, an legislativen Erfolgen wie an Parteikämpfen arme Parlaments-Session ist gestern mit einer Thronrede geschlossen worden, deren Farblosigkeit nichts zu wünschen, nichts zu sagen übrig lässt. Das einzige Ereigniss der Session ist der allem Anscheine nach unversöhnliche Bruch zwischen Lord Palmerston und den Radicalen, welche ihre drei Schlagworte: Frieden, Reform und Ersparniss unter des jetzigen Premier-Ministers Führung nicht verwirklicht sehen. Cobden rechnete dem Unterhause vor, Lord Palmerston koste dem Lande 100 Millionen Pfund Sterling. Dieser erwiderte die bitteren Angriffe des Freihändlers mit einem an Verachtung streifenden Gleichmuthe und der Versicherung, er könne seine Verdienste nicht so hoch anschlagen. Im Tory-Lager wird diesem Wortwechsel eine gewisse Bedeutung beigelegt. Man vermuthet, die Radicalen werden die Ferien benutzen, um im Lande Palmerston's Sturz vorzubereiten. Für jetzt ist Waffenruhe, und bis zum Wiederzusammentritte des Parlamentes wird der Premier-Minister England mit einer Machtfülle regieren, die kaum je in den Händen eines Privatmannes gelegen. So lange *„old Pam“* am Ruder, so lange haben wir für die Ehre und Interessen Englands keine Sorge, das ist der Grundgedanke, der die Massen namentlich seit der Erledigung der Differenz mit Nord-Amerika erfüllt. Dabei beruhigen sich die mit dem Hungertode ringenden Fabrikarbeiter ebenso wie die Reichen, welche eine in Friedenszeiten unerhörte Steuerlast zu

tragen haben. Mit rücksichtsloserem Kostenaufwande ist das *si vis pacem para bellum* niemals zur Staats-Maxime erhoben worden.

Die grosse Politik schlummert.

Lord Russell begiebt sich heute nach Irland, um von den Gütern Besitz zu ergreifen, deren Vermächtniss ihm die Annahme des Grafentitels ermöglicht. Lord Palmerston beabsichtigte einen Ausflug nach Sheffield. Der herkömmliche Exodus des diplomatischen Corps aus dem verödeten Westend hat begonnen. Der französische Botschafter geht nach Schottland, um sich auf dem Landsitze seiner Gemahlin, der Gräfin Flahault, auszuruhen. Baron Brunnow begiebt sich nach St. Leonards, wo der Grossfürst und die Grossfürstin Michael Seebäder brauchen. Der österreichische Botschafter erwartet den Erzherzog Ludwig Victor, welcher in strengstem Incognito die in den letzten Zügen liegende Welt-Ausstellung zu besuchen wünscht.

Der Herzog von Cambridge hatte zu Ehren des Kronprinzen und des Prinzen Georg von Sachsen am Tage vor deren Abreise ein Diner veranstaltet, an welchem der Grossherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Fürst Liechtenstein und der Fürst Reuss theilnahmen.

London, 15. August 1862.

Unter den nach Vertagung des Parlamentes in das Publikum gedrungenen Blaubüchern befindet sich ein kleines Heft *North-America Nr. 12,* mit zwei Depeschen, wohl geeignet, den Standpunkt der beiderseitigen Regierungen zu kennzeichnen. Die von Mr. Seward an Mr. Adams am 28. Mai gerichtete, von letzterem Lord Russell am 19. Juni mitgetheilte Depesche ist offenbar unter dem Eindrucke der ersten Siegesnachrichten geschrieben und nicht frei von hochtönenden Phrasen, wie sie bei der transatlantischen Demokratie so beliebt sind. Lord Russell hat wohlweislich die Ereignisse abgewartet, bevor er antwortete. Als aber aus den Siegern vom Mai die Besiegten vom Juli geworden, schien der Augenblick gekommen, die Seward'sche Depesche zu veröffentlichen und den masslosen Optimismus der

jungen Republik in der nüchternen Sprache einer alten Monarchie zu beleuchten. Obgleich Englands Neutralität in dieser Antwort scharf betont wird, so wird der ironische Ton die Aufregung nicht beschwichtigen, die jenseits des Oceans gegen das Mutterland vorherrscht.

Dass man auch in Wien schlagend zu antworten versteht, beweist die Depesche Rechberg's an Karolyi vom 26. v. M. Es wird darin kein Zweifel gelassen über den Werth, welchen Oesterreich den Garantien beilegt, die Preussen bei der Anerkennung des Königreichs Italien erlangt zu haben sich schmeichelt. Nach Rechberg's Ansicht sind diese Garantien das Papier nicht werth, auf welches sie niedergeschrieben worden, eine Auffassung, welche General Durando theilen werde.

London, 25. August 1862.

Kaiser Napoleon hat unlängst dem Marquis de Pepoli den Standpunkt bezeichnet, welchen er der Garibaldi'schen Erhebung gegenüber einnimmt. „*Garibaldi,*“ sagte der Kaiser, „*Garibaldi dit: ‚Rome ou la mort.‘ — Si c'est comme cela, je dis: c'est la mort.*“

Bei alledem ist man in Paris weit entfernt, die Verlegenheiten zu unterschätzen, welche die jüngsten italienischen Wirren hervorrufen. Man verhehlt sich nicht, dass die öffentliche Meinung in England sich immer entschiedener für Garibaldi und gegen Rattazzi, für die Einheit mit der Kapitale Rom und gegen den Schutz des Papstes durch die französische Besatzung ausspricht. Bis jetzt haben die Minister zu alledem geschwiegen. Lord Russell hat es jedoch gerathen gefunden, seinen Aufenthalt in Irland abzukürzen und sich der Hauptstadt zu nähern, wo Lord Palmerston heute von Walmer Castle erwartet wird.

Ich habe Lord Russell gestern in Pembroke Lodge besucht. Der Ausflug ist ihm vortrefflich bekommen, und weder die italienischen noch die nicht minder ernsten serbischen Wirren haben seine unverwüstliche Laune getrübt. Der edle Lord hat den

Garibaldi'schen Unfug, wie zu erwarten, gemissbilligt und den Repressions-Massregeln des Turiner Cabinets die moralische Unterstützung Englands amtlich zugesagt. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, dass man hier nicht abgeneigt scheint, den Gang der Ereignisse abzuwarten, bevor man sich bestimmter ausspricht. Als Beleg dafür kann der Urlaub angeführt werden, welchen der britische Vertreter in Rom sofort anzutreten Befehl erhalten hat. Der vorsichtige Oheim wünscht selbstverständlich seinen Neffen Odo Russell zu entfernen, um ihm die Verlegenheiten zu ersparen, welche Demonstrationen der Bewegungspartei dem britischen Geschäftsträger bereiten könnten. Die Erinnerung an Lord Minto's Mission mag als Warnung gedient haben.

Lord Russell hat mir bestätigt, dass er die Königin nach Deutschland begleiten und seinen Aufenthalt in Gotha nehmen werde, da das kleine Jagdschloss Reinhardsbrunn kaum für das unmittelbare Gefolge Ihrer Majestät die erforderlichen Räumlichkeiten darbietet.

London, 1. September 1862.

Die Königin, vorgestern nach Windsor zurückgekehrt, hat dort eine geheime Raths-Sitzung abgehalten, um die für die Dauer ihrer Abwesenheit nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Lord Palmerston wohnte zwar dieser Sitzung nicht bei, ist aber in die Stadt gekommen, um die letzten Befehle Ihrer Majestät einzuholen. Die Königin schifft sich heute um 1 Uhr in Woolwich ein und begiebt sich zunächst nach Brüssel, um zum ersten Male mit der Prinzessin Alexandra und deren Eltern zusammenzutreffen. Einige Tage später wird der Prinz von Wales gleichfalls nach Brüssel kommen. Dann wird die verabredete Verlobung officiell declarirt werden. Die Indiscretion der Zeitungen, welche die noch nicht stattgefundene Verlobung schon als vollendete Thatsache verkünden, hat in Windsor Castle höchstes Missfallen erregt.

Als ich mich gestern bei Lord Russell verabschiedete, traf

gerade die Nachricht von Garibaldi's Gefangennehmung ein. Der Staats-Secretär konnte seine Neigung für den Guerrillaführer nicht verhehlen. Er betrachtet ihn als ein Opfer Mazzini's, freut sich jedoch über den Sieg der italienischen Truppen, weil derselbe die Ordnung, die Einheit und den Thron Victor Emanuel's befestigen müsse. Die „Times" giebt der Auffassung der Regierung Ausdruck, während andere Blätter sehr heftige Ausfälle gegen Victor Emanuel bringen. Sie behaupten, er habe sich der Undankbarkeit schuldig gemacht und aufgehört, den Namen des *Re Gentiluomo* zu verdienen.

(Eigenhändig) *Gotha, September the 18th 1862.*

Dear Count Vitzthum, — I went to Reinhardsbrunn yesterday and took an opportunity of speaking to the Queen about the proposed visit of Prince George of Saxony. Her Majesty appreciated the kindness of the King of Saxony whom she regarded, she said, in the light of a relation.

The Queen has no room in the house she inhabits, to lodge any one, but if the Prince George could come any day after tomorrow (Friday) about 3 o'clock to pay her a visit, she would be happy to see him.

The Prince of Wales is in high spirits, and willingly accepts congratulations on his marriage.

I was all the better for my pilgrimage, and I hope *Notre Dame de San Sisto* will protect her worshipper.

I remain, yours very truly John Russell.[1])

London, 7. December 1862.

Kurz nach meiner Ankunft in Paris begegnete ich dem Grafen Persigny im Boudoir seiner Frau. Sie luden mich beide

---

[1]) Der Staats-Secretär des Auswärtigen hatte von Gotha aus eine Pilgerfahrt nach dem Schreine der sixtinischen Madonna, wie er sich ausdrückte, unternommen und in Dresden den Verfasser aufgesucht.

ein, sie in Chamarande zu besuchen, einem Landsitze, welchen der französische Minister des Innern vor kurzem erworben und nach dem Vorbilde englischer Schlösser eingerichtet hat. Ich fand den Vertrauten Napoleon's gedunsen, gealtert und mehr denn je *dans les espaces.* Er klagte über sein Amt, denn der Minister des Innern müsse immer und überall herhalten. Die Verschönerungen von Paris bezeichnete er als sein Werk. Er habe sich nicht um die Einzelheiten gekümmert, aber in Haussmann den Mann gefunden, seine Ideen zu verwirklichen. Haussmann's Vorgänger habe nur die vier Millionen Franken, welche die Stadt Paris durch die Verlängerung der Rue Rivoli gewonnen, zu ferneren Verschönerungen verwenden wollen. „*L'imbécile!*" rief der Minister. „Er wollte nicht verstehen, dass die gewonnenen vier Millionen nur die Zinsen repräsentiren, und dass man ein Kapital von 100 Millionen zur Verfügung hat, um den Umbau von Paris allen Ernstes in Angriff zu nehmen. Haussmann hat das gleich verstanden und Verbesserungen, Erweiterungen und Verschönerungen sofort in Angriff genommen, welche auf 100 Millionen veranschlagt sind. Das ist nur der Anfang. Wir haben ganz andere Pläne und können füglich noch drei bis vier Milliarden für öffentliche Arbeiten ausgeben, jede Stadt in Frankreich mit dem Eisenbahnnetze in Verbindung bringen u. s. w. Die ängstlichen Leute im *Conseil d'État,* ächte Spiessbürger, tragen noch immer Bedenken, diese kleine, aber nothwendige Ausgabe auf die Schultern der zukünftigen Generationen zu werfen, aber ich werde sie bekehren."

Es giebt Leute, welche Persigny für irrsinnig halten. Wenn dem so ist, so ist Methode in seinem Wahnsinn. Er ist für seine Person durchaus ehrlich und verabscheut das Börsenspiel, welches die meisten seiner Collegen compromittirt. Um so bedenklicher ist es, wenn das Millionenfieber auch ihn ergreift. Ein Widerstand gegen die leichtsinnigen Geldvergeudungen ist von ihm nicht zu erwarten. „*Remuer les millions*" bleibt Staats-Maxime, und wie die Pompadour trösten sich die jetzigen Gewalthaber in lichten Augenblicken mit dem „*après nous le déluge*".

Dies vorausgeschickt will ich einer Unterredung gedenken, in welche wir zufällig geriethen. Der Handelsvertrag war das Thema, Persigny's Frage, wie es in Preussen stände, die Veranlassung. Ich hatte diese Frage dahin beantwortet, dass abzuwarten sei, ob es gelingen werde, die Erbschaft Bernstorff's zu regeln und das Misstrauen zu beschwichtigen, welches dieser durch seine December-Depesche allenthalben hervorgerufen. Als Beweis, wie tiefgreifend dieses Misstrauen, erwähnte ich der Opposition, welche die Südstaaten dem preussisch-französischen Handelsvertrage machten. Ich hob hervor, dass dieser Widerstand politischer Natur, nicht gegen Frankreich, wohl aber gegen Preussen gerichtet sei. Schliesslich gab ich der Hoffnung Ausdruck, es werde uns, die wir in dieser Frage den handelspolitischen Standpunkt festhielten, gelingen, die Südstaaten zur Vernunft zu bringen.

Persigny versicherte, er für seine Person werde sich trösten, wenn sich die Verhandlungen über den Handelsvertrag zerschlügen.

„Denn," rief er, „alle Vortheile sind auf Seiten Deutschlands. Jede Tarifermässigung wird zu Gunsten des Zollvereins ausschlagen, schon wegen des Geldwerthes. Was man in London für ein Pfund Sterling kauft, kostet in Paris zwanzig Franken und in einigen Theilen Deutschlands nur einen Thaler. Nichts hat mich bei der Weltausstellung so in Erstaunen gesetzt, als die Wohlfeilheit der deutschen Producte und Fabrikate. So sind z. B. die österreichischen Lederwaaren fabelhaft billig und vortrefflich. Hat nun Frankreich aus dem Handelsvertrage mit England weit grösseren Vortheil gezogen als dieses, so würde Deutschland in noch weit höherem Grade durch den Freihandel gewinnen, dank seiner niedrigen Arbeitslöhne. Die amerikanische Krisis hat unsere Ausfuhr um 400 Millionen vermindert, trotzdem hat sich die Bilanz im ganzen um 100 Millionen günstiger für uns gestaltet. Warum? Weil wir nach England allein für 500 Millionen mehr ausgeführt haben als früher. Diese 500 Millionen repräsentiren den sechsten Theil unserer Gesammtausfuhr und etwa den sechzehnten der Gesammtausfuhr Englands. Hat nun auch,

wie Gladstone behauptet, England durch den vermehrten Export nach Frankreich seinen durch die amerikanischen Wirren verursachten Ausfall gedeckt, so ist doch der Vortheil, den Frankreich aus dem Vertrage gezogen, relativ grösser. Das Wunderbare ist, dass die vermehrte Handelsbewegung jeden der beiden Paciscenten in dem Wahne bestärkt, den andern übervortheilt zu haben. Nur zwei Beispiele. Am meisten geschrieen haben die Eisenfabrikanten von Lothringen. Sie behaupteten, der Handelsvertrag ruinire sie, da sie die Concurrenz mit dem wohlfeilen englischen Eisen nicht aushalten könnten. Es findet sich jedoch, dass das in Lothringen mit Holzkohlen erzeugte Eisen gewisse Eigenschaften besitzt, die dem englischen abgehen. So hat denn ein massenhafter Export begonnen und die lothringenschen Eisenhämmer haben sich nie so gut befunden. Neulich besucht die Kaiserin unsere Wollenfabriken in Reims und bemerkt dort schottische Stoffe, *linsey-woolsey* und dergleichen. ‚Was?‘ fragt sie, ‚das findet man hier? Ihr führt das alles von Schottland ein?‘ — ‚Im Gegentheil,‘ erwiderte der Fabrikant, ‚wir senden diese Stoffe nach Schottland, wo man dieselben nicht so wohlfeil herstellen kann als wir.‘ So hat uns der Handelsvertrag vor einer Krisis bewahrt, welcher wir kaum gewachsen gewesen wären. Ein Ausfall von 400 Millionen würde einen Nothstand herbeigeführt haben, der schwer zu überstehen gewesen wäre. Aber was sind 400 Millionen gegen die Verluste, die Amerika dem englischen Handel auferlegt?“

London

1863.

Auf der Rückreise nach London verweilte ich einige Tage in Paris, wo man anfing, sich mit Polen zu beschäftigen. Eine jener Broschüren, mit welchen man Stimmung zu machen liebte, *„Napoléon III. et la Pologne"*, war erschienen und wurde mehr als nöthig besprochen. Frau von Kalergis, eben aus Warschau gekommen, gab mir ein Bild der dortigen Zustände. Diese Nichte des Staatskanzlers Grafen Nesselrode schwärmte mehr subjectiv als objectiv für Polen. Ihre Verbindungen benutzend hatte sie mehreren Compromittirten Pässe in das Ausland verschafft und dieselben so vor einer unfreiwilligen Reise nach Sibirien bewahrt. Ich fragte sie lachend, ob sie die Broschüre geschrieben, die den Kaiser der Franzosen auffordere, Polen wiederherzustellen. Sie leugnete es und sagte: „Wenn es den Franzosen gelingt, Polen wiederherzustellen, so werde ich als Lohn für Alles, was ich für die Bewohner dieses unglücklichen Landes gethan, nur Eines verlangen: das Recht, nie wieder einen Fuss in das Land zu setzen. Sich selbst überlassen, würden die Polen sich unter einander so hassen, zanken und verfolgen, dass es unmöglich sein würde, unter ihnen zu leben." Diese Auffassung des polnischen Aufstandes aus dem Munde einer

in Warschau vielbewunderten, etwas excentrischen, aber gescheiten Frau war mir immer gegenwärtig während der nicht eben kurzweiligen Verhandlungen.

In London erinnerte man sich, dass die Wiederherstellung Polens schon 1853 und 1854 auf dem Programme des zweiten Kaiserthums gestanden hatte. Jetzt fürchtete man, Napoleon wolle aus dieser Frage politisches Kapital schlagen, um wieder einmal, diesmal auf dem Umwege über Warschau, zu einer Revision der Verträge von 1815 zu gelangen. Diese Furcht vor bonapartistischem Ehrgeiz, die zunehmende Altersschwäche Palmerston's, die naive Unerfahrenheit Lord Russell's auf dem Felde der grossen Politik, die Leichtgläubigkeit der Massen, endlich die Hetzereien der oberflächlichen Tagespresse — alles dies erklärt die Fehler und die Inconsequenzen einer zwischen Krieg und Frieden schwankenden Regierung. Das Publikum hat nie geahnt, dass die unberufene Einmischung in eine innere, England im Grunde gar nichts angehende Frage, die Welt wiederum an die Schwelle eines allgemeinen Krieges brachte. Die britischen Minister wollten den Krieg nicht, wünschten vielmehr den Kaiser Napoleon in die Unmöglichkeit zu setzen, denselben vom Zaune zu brechen. Andrerseits wollten sie sich aber auch nicht von den Franzosen überflügeln lassen und gelangten so in ein Wirrsal von Verlegenheiten, aus denen sie nur die Gleichgiltigkeit rettete, welche im Grunde in Frankreich wie in England für den Polonismus vorherrschte.

Für die unglücklichen Polen wäre es besser gewesen, man hätte sich weder in Paris noch in London um sie gekümmert. Die Schwäche der russischen Localbehörden, die Langsamkeit der militärischen Operationen und die Illusionen, welche der als Adlatus des Grossfürsten Constantin handelnde Wielopolski hegte und nährte, erklären es, wenn dieser ursprünglich ganz unbedeutende Aufstand europäische Dimensionen annahm.

Leider waren die deutschen Grossmächte gerade damals über die Bundes-Reform in Streit gerathen. Herrn von Bismarck's

erstes Auftreten hatte in Wien verletzt. An eine Verständigung über die polnische Frage war nicht zu denken. Die Folge hat gelehrt, dass die preussische Regierung in ihrem wohlverstandenen Interesse handelte, als sie unbekümmert um westmächtliche Drohungen Russland bei Niederwerfung des Aufstandes moralisch unterstützte, ja sogar durch Truppen-Aufstellungen an der Grenze das weitere Umsichgreifen der Bewegung verhinderte. Für die Polen wäre es glücklicher gewesen, hätte Oesterreich diesem Beispiele folgen können. Das k. k. Cabinet hatte keine Wahl. In Italien wie in Ungarn von der Revolution bedroht, konnte es nur im Zusammengehen mit den Westmächten diese Krisis zu bestehen hoffen. So zeigte sich in dem Augenblicke, wo der Krieg unvermeidlich schien, die europäische Constellation vom Januar 1815, als England, Frankreich und Oesterreich — Preussen und Russland gegenüberstanden. Das Verdienst der leitenden Staatsmänner ist es nicht, wenn der Krieg Europa erspart blieb. Das Strohfeuer des Enthusiasmus war längst verlöscht, als es dem General Murawiew endlich gelang, dem sinnlosen Blutvergiessen ein Ende zu machen.

Am 7. März hielt die Braut des Prinzen von Wales ihren Einzug in London. Von früh an war die Bevölkerung auf den Füssen. Der erste Eindruck war entscheidend. Ein Gedicht, welches die Prinzessin als „des Seekönigs Tochter“ begrüsste, trug viel dazu bei, den Enthusiasmus für diese jugendliche und graziöse Erscheinung zu erhöhen. Monatelang konnte sie nie ausfahren, ohne von dichtgedrängten Volkshaufen begrüsst zu werden. Die Bewunderung, die man ihr zollte, steigerte später die blinde Parteinahme für Dänemark.

Tags darauf war die Vermählung in Windsor. St. George's Chapel fasste kaum die Zahl der Geladenen. Die Kapelle war mit Geschmack decorirt und die Feierlichkeit, welcher die Königin ungesehen in einer Tribüne beiwohnte, hinterliess bei allen Augenzeugen einen grossartigen Eindruck. Unbegreiflich war jedoch die Unordnung im Bahnhofe bei Abfahrt der Extrazüge.

Wir Männer waren in Uniform und die unglücklichen Damen in Schleppkleidern mit Juwelen bedeckt. Die Polizei hatte nicht daran gedacht, die Zugänge zur Plattform abzusperren, und neugierige Massen umdrängten lärmend und schreiend die Heimkehrenden.

Im Laufe dieses Sommers brauchten Prinz und Prinzessin Georg von Sachsen die Seebäder bei Scarborough. Sie gaben mir nach Beendigung der Cur Rendez-vous in Leamington, von wo aus Warwick Castle, Stratford-on-Avon und Kenilworth besucht wurden. Wir kehrten dann über Oxford nach London zurück und die Herzogin von Marlborough liess es sich nicht nehmen, Ihren Hoheiten das historische Blenheim zu zeigen. Auf dem Wege nach Dover begleitete ich den Prinzen und die Prinzessin nach Tunbridge Wells, wo die greise Königin Amélie, Wittwe Louis Philippe's, ihre Verwandten auf das liebenswürdigste empfing. Sie hatte viele Wechselfälle des Schicksals erlebt, diese unglückliche Königin, aber in guten wie in bösen Tagen den Zauber einer seltenen Anmuth bewahrt.

Um jene Zeit erhielten wir durch das Haus Rothschild die erste Nachricht von dem Fürstentage, welchen Kaiser Franz Joseph nach Frankfurt berufen hatte. Alle deutschen Fürsten erschienen mit Ausnahme des Königs von Preussen. Die Sage ging, dieser Monarch habe in Gastein mündlich dem Kaiser von Oesterreich sein Erscheinen zugesagt, später aber nach Einsicht der Vorlagen des k. k. Cabinets auf den Rath seines Minister-Präsidenten die Einladung schriftlich abgelehnt. Die versammelten deutschen Fürsten, durch eine herzliche Ansprache des Kaisers begrüsst, beschlossen noch einen Versuch zu machen, den in Baden-Baden weilenden König Wilhelm zur Theilnahme an ihren Berathungen aufzufordern. Der König von Sachsen übernahm diese undankbare Aufgabe, kehrte aber unverrichteter Sache zurück.

Der Fürstentag kam zwei Jahre zu spät. Wäre derselbe 1861 berufen worden, vielleicht hätten die Dinge eine andere

Wendung genommen. In Berlin war das Staatsruder inzwischen energischen Händen anvertraut worden, und der neu ernannte Minister-Präsident hatte sein Programm auf die Erkenntniss gestützt, dass das deutsche Problem nur mit Waffengewalt zu lösen sein werde. Auch waren die österreichischen Vorschläge, ein Directorium mit einem Bundesrathe und einer Delegirten-Versammlung, kaum danach angethan, den Erwartungen des deutschen Volkes zu entsprechen und Gesammt-Deutschland die erwünschte europäische Machtstellung zu geben. Das Problem ist seitdem auf dem Schlachtfelde gelöst worden. Es könnte müssig erscheinen, auf die Gründe zurückzukommen, welche die Erfolglosigkeit des deutschen Fürstentages von 1863 herbeiführten. Für den deutschen Patrioten bleibt jedoch die Frage von Interesse, ob der letzte Versuch, Gesammt-Deutschland unter einen Hut zu bringen, einzig und allein an dem passiven Widerstande Preussens gescheitert ist? Ohne in die Uebertreibungen des Carlyle'schen Heroen-Cultus zu verfallen, ist es wohl erlaubt, daran zu erinnern, dass Vieles auf die Person ankommt, welche die Beantwortung eines politischen Sphinx-Räthsels unternimmt. Denke man sich die Rollen der leitenden Minister gewechselt, Herrn von Bismarck im August 1863 in der Staatskanzlei, den Grafen Rechberg im Palais der Wilhelmstrasse. Wie würde ersterer die Aufgabe aufgefasst haben, die sich letzterer gestellt hatte? Es ist wohl nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu kühn, zu vermuthen, Herr von Bismarck würde das Terrain etwas vorbereitet haben. Er würde in Böhmen, Tyrol und Vorarlberg einige Armee-Corps aufgestellt und dann erst den Kaiser ersucht haben, sich nach Frankfurt zu begeben. Dort angelangt, hätte er Mittel und Wege gefunden, die Könige von Bayern und Sachsen, von Hannover und Württemberg zu bestimmen, Franz Joseph I. zu ersuchen, die deutsche Kaiserkrone ohne weiteres anzunehmen und sich in Frankfurt krönen zu lassen. Er hätte endlich sofort das deutsche Parlament berufen und die versammelten Fürsten als ein Fürstenhaus neben dem Staaten-

hause constituirt. Dann konnte er dem königlich preussischen Minister-Präsidenten Grafen Rechberg ruhig überlassen, sich die Sache zu überlegen. Bei den Zuständen, in welchen sich damals die preussische Regierung befand, würde die Ueberlegung nicht allzu lange gedauert, vielmehr das in Frankfurt tagende deutsche Parlament eine unwiderstehliche Anziehungskraft entwickelt haben. Wäre Aehnliches seitens der österreichischen Regierung versucht worden, wäre man mit einem Worte zum Handeln entschlossen gewesen, so würde das Urtheil der Welt über den angeblichen Staatsstreich Rechberg's nicht so hart ausgefallen sein. „*Ce n'est pas un coup d'état,*“ sagte mir ein französischer Botschafter um jene Zeit, „*c'est un coup d'épée dans l'eau.*“

Dieser Misserfolg hatte, wie für Deutschland, auch für Oesterreich traurige Folgen. Der reactivirte Bundestag wurde dadurch noch mehr discreditirt. Die in Frankfurt tagenden Diplomaten, durch fortwährende Reibungen und Eifersüchteleien gespalten, waren ungefähr in der Lage eines britischen Ministeriums, welches, im Unterhause geschlagen, das Parlament aufgelöst hat und nun das Ergebniss der Neuwahlen erwartet. In Oesterreich aber zog man sich aus den Frankfurter Vorgängen die Lehre: da die übrigen Fürsten erklärten, ohne Preussens Mitwirkung sei eine Bundesreform undenkbar, sei es am einfachsten, den Bundestag zu ignoriren und eine directe Verständigung mit Preussen zu versuchen. Man vergass dabei, dass Metternich den Bundestag geschaffen als Werkzeug der österreichischen Hegemonie in Deutschland und dass Schwarzenberg denselben reactivirt hatte in der Hoffnung, Preussen durch die Majorität der übrigen Bundesfürsten in Schach zu halten. Man warf, um einen trivialen Ausdruck zu brauchen, die Flinte in das Korn, und Herr von Bismarck beeilte sich, den Grafen Rechberg in das Schlepptau zu nehmen. Das Unglück wollte, dass bald nach dem Frankfurter Fürstentage der Tod Friedrich's VII. von Dänemark die chronische schleswig-holsteinische Krankheit in eine acute verwandelte.

An der Seine frohlockte man über die Misserfolge der grossdeutschen Politik Oesterreichs und die steigende Verwirrung in Deutschland. Wieder einmal hoffte man im Trüben zu fischen und die inmitten der unseligen polnischen Verhandlungen hervorgetretene Congress-Idee zu verwerthen, um den Traum des Kaisers der Franzosen, die Umgestaltung der Karte Europas, in das Werk zu setzen. Als Frankreich im November, gerade um die Zeit, da Friedrich VII. die Augen schloss, die Einladung zu einem europäischen Congresse ausspielte, herrschte anfangs überall eine gewisse Verblüffung.

Da der britische Gesandte in Dresden nicht wusste, was England thun werde, man aber auf dem Festlande instinctartig fühlte, dass die Entscheidung über den Congress in London erfolgen werde, so erhielt ich Befehl, schleunig auf meinen Posten zurückzukehren. Schon meine erste Unterredung mit Lord Russell beruhigte mich vollkommen. Man hatte das Spiel des Kaisers Napoleon durchschaut und erklärt, nicht die Revision der Verträge von 1815, sondern diese selbst, in so weit sie noch beständen, müssten die Grundlage etwaiger Berathungen bilden. Das unreife Project, für welches man auch in St. Petersburg keineswegs schwärmte, fiel zu Boden. Englands Ablehnung erfolgte in einer nicht eben verbindlichen Form und hinterliess in den Tuilerien einen Bodensatz von Unmuth, welcher Deutschland in der dänischen Frage zu statten kam.

Diese leidige Streitfrage war schon seit 1848 in Deutschland der Vorwand zu einer tiefgreifenden nationalen Gährung geworden. Wie immer in dergleichen Zeiten spielte ein Lied, welches seit 1848 in allen Tonarten und auf allen Gassen wiederholt wurde, eine grosse Rolle bei der Aufregung der Volksleidenschaften. Lyrischer geartet als die Franzosen, begnügen wir Deutsche uns nicht mit e i n e r Marseillaise, sondern folgen Göthe's Rath:

„Tummle dich, Wicht,
Und der Gelegenheit mach' ein Gedicht“ —

und erfinden zu jedem Anlasse das entsprechende Volkslied. Arndt's „Was ist des Deutschen Vaterland?", Becker's Rheinlied waren die Vorläufer von „Schleswig-Holstein, meerumschlungen".

Die Uebertreibungen staatsunkluger Professoren konnten beklagenswerth erscheinen. Es lag jedoch eine unleugbare Rechtsverletzung vor, welche den Wunsch rege machte, dem Auslande gegenüber Deutschlands Macht zu bethätigen. Die eiderdänischen Demokraten, welche unter Friedrich VII. und dessen allmächtiger Maitresse in Kopenhagen die Regierung geführt und muthwillig die Verwirrung heraufbeschworen hatten, nöthigten Christian IX., drei Tage nach seiner Thronbesteigung (18. November) eine Verfassung zu geben. Diese decretirte ohne weiteres die Einverleibung Schleswigs. Die dänische Regierung verletzte dadurch die Zusagen, die sie in den Jahren 1851 und 1852 Oesterreich und Preussen vor der Unterzeichnung des Londoner Vertrages gemacht hatte. Der Londoner Vertrag von 1852 hatte eine Eventualität der Zukunft regeln und die Integrität der dänischen Monarchie zu einem europäischen Interesse stempeln sollen. Ohne die Agnaten und Stände zu befragen, wollte man die bestehende Successions-Ordnung ändern und mit Uebergehung von neunzehn näher Berechtigten den Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg zum Erben des kinderlosen Friedrich VII. erklären.

Trotz der Fluthen von Tinte und Druckerschwärze, welche an der schleswig-holsteinischen Frage vergeudet wurden, ist die Genesis dieses wundersamen Vertrages selbst den Argus-Augen der britischen Presse verborgen geblieben. Ja die Regierungen, welche 1852 ihre Vertreter ermächtigten, den Vertrag zu unterzeichnen, ahnten bis auf eine nichts von der Geheimgeschichte des Protokolls von 1850, durch welches der Vertrag vorbereitet wurde. Lord Malmesbury, der den letzteren für England unterzeichnete, that dies nach dem wohlbekannten Grundsatze, dass britische Minister durch die staatsrechtlichen Acte ihrer Vorgänger gebunden sind. Der Urheber des Vertrages ist Lord Palmerston. Dieser eigenmächtigste aller britischen Minister hatte sich im Jahre 1850 zu

Gewaltmassregeln gegen Griechenland verleiten lassen, welche die beiden anderen Schutzmächte, Frankreich und Russland, allen Ernstes missbilligten. Frankreich unter Cavaignac's Dictatur rief seinen Botschafter von London ab und Herr Drouyn de Lhuys forderte seine Pässe. Diese Thatsache ist geflissentlich vertuscht und wenig bekannt geworden [1]). Der diplomatische Bruch mit der einen Schutzmacht drohte den mit der anderen nachzuziehen. Der russische Gesandte nahm eine Haltung an, die Lord Palmerston befürchten liess, auch Baron Brunnow werde seine Pässe verlangen. Gleichzeitig zog sich ein ernstes parlamentarisches Gewitter über dem Haupte des Lord *Firebrand* zusammen. Das Oberhaus ertheilte ihm wegen seiner griechischen Politik ein entschiedenes Misstrauens-Votum mit einer Majorität von 37 Stimmen (17. Juni 1850). Wäre der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich bekannt geworden und Russland diesem Beispiele gefolgt, so wäre das Haus der Gemeinen wahrscheinlich dem Tadel der Lords beigetreten. Für Lord Palmerston würde ein solcher Schlag, namentlich bei der unverkennbaren Unzufriedenheit des Hofes mit seinem Gebahren, gleichbedeutend mit einem Verschwinden von der politischen Bühne gewesen sein. In dieser seine Zukunft bedrohenden Krisis wandte sich Palmerston an den russischen Gesandten mit der Frage, ob es denn kein Mittel gäbe, das Petersburger Cabinet zu versöhnen? Nach einigem Ueberlegen schlug Brunnow einen Handel vor. „Geben Sie uns Dänemark," sagte er, „dann geben wir Ihnen Griechenland preis und vergessen das Geschehene." Selbstverständlich handelte es sich nicht um eine Cession der dänischen Monarchie, wohl aber darum, dieselbe in einen russischen Vasallenstaat zu verwandeln und dem Kaiser Nikolaus Aussicht auf den Besitz des Kieler Hafens zu eröffnen. Zu diesem Zwecke erfand Brunnow Erbansprüche, welche das russische Haus nach dem kinderlosen Ableben Friedrich's VII. auf den sogenannten Gottorp'schen Antheil mit Kiel geltend

---

[1]) Siehe das Nähere in Charles Greville's Memoirs.

machen könne. Diese Erbansprüche, auf welche Peter III. und Paul I. für sich und ihre Nachkommen verzichtet hatten, waren eine Fabel, deren sich Brunnow bediente, um dem englischen Minister die Integrität der dänischen Monarchie als ein europäisches Interesse darzustellen. Der Besitz des Kieler Hafens würde allerdings den finnischen Meerbusen in ein *mare clausum* verwandelt und Russlands Seeherrschaft in der Ostsee fest begründet haben. Palmerston mochte sich, indem er auf diesen Handel einging, einbilden, ein wirkliches, wenn auch sehr entferntes englisches Interesse zu vertreten. Er übersah dabei, dass, um Kiel in einer entfernten Zukunft nicht in russische Hände kommen zu lassen, die Gefahr näher gerückt wurde, ganz Dänemark unter russische Botmässigkeit zu stellen. In der That hatte Kaiser Nikolaus dem präsumtiven dänischen Thronerben, dem Prinzen Friedrich von Hessen, wohl nur darum die Hand seiner ältesten Tochter verliehen, um in seinem Schwiegersohne dermaleinst ein dienstwilliges Werkzeug in Kopenhagen zu haben. Der Plan scheiterte durch den frühen Tod der Grossfürstin, und man suchte nun ein anderes Mittel, denselben Zweck zu erreichen. Dieses Mittel konnte nur in einer Veränderung der Successions-Ordnung gefunden werden. Im eigentlichen Dänemark war weibliche Erbfolge gesetzlich, in den Herzogthümern ausschliesslich die männliche. Hätte man sich also gar nicht um die Zukunft gekümmert, so stand nach dem Tode Friedrich's VII. die Integrität Dänemarks auf dem Spiele. Im eigentlichen Dänemark würde die Landgräfin von Hessen, Mutter des Prinzen Friedrich, Königin geworden sein, während Holstein und Schleswig an den zunächst berechtigten Agnaten gefallen wäre. Dieser zunächst berechtigte Agnat war keineswegs der Prinz Christian von Glücksburg. Es standen vielmehr nach den Angaben deutscher Publicisten nicht weniger als neunzehn Mitglieder des weitverzweigten schleswig-holsteinischen Hauses dem Throne näher. Ohne nun die näher berechtigten Agnaten oder die schleswig-holsteinischen Stände zu befragen, wurde in Gemässheit der zwischen Palmer-

ston und Brunnow getroffenen geheimen Uebereinkunft die bestehende gesetzliche Erbfolge geändert und Prinz Christian durch einen europäischen Machtspruch als Thronerbe bezeichnet. Russland erlangte dadurch einige Aussicht nicht nur auf den sogenannten Gottorp'schen Antheil, sondern auf Dänemark selbst. Prinz Christian hatte nur drei Söhne, von denen der eine als König von Griechenland seinen Rechten auf Dänemark entsagte. Nach dem Aussterben der Glücksburgischen Linie hätte Russland Ansprüche auf die gesammte dänische Monarchie erheben können, deren Integrität sicher zu stellen der Zweck des Londoner Vertrages war.

Von allen Staatsmännern Englands durchschaute nur Prinz Albert das russische Spiel. Er hatte es sich jedoch zum Gesetz gemacht, sich jeder directen Einwirkung auf die englischen Minister in einer Angelegenheit zu enthalten, in deren Behandlung dem Gemahl der Königin zu warme Sympathien für sein deutsches Vaterland vorgeworfen werden konnten. Das Einzige, was er that, war, dem Prinzen von Noër, einem der übergangenen, nicht befragten Agnaten, anheimzugeben, gegen diesen europäischen Machtspruch zu protestiren. Dieser folgte dem Rathe und erklärte, seine Einwilligung zu der neuen Successions-Ordnung zu geben, aber nur unter der Bedingung, es müsse nach dem Vorbilde des Utrechter Vertrages völkerrechtlich festgestellt werden, dass die Krone Dänemarks in keinem Falle auf demselben Haupte mit der russischen vereinigt werden dürfe. Dieser Bedingung wurde nicht entsprochen. Das amtliche Schreiben des Prinzen von Noër wirft jedoch das hellste Licht auf die Transaction.

Oesterreich und Preussen willigten aus Rücksicht auf Russland in die Unterzeichnung, und Kaiser Napoleon wollte dem ihm ergebenen Lord Palmerston keine Verlegenheiten bereiten. So wurde trotz der Bedenken der preussischen Regierung im Jahre 1852 der Vertrag vollzogen, in welchem das dänische demokratische Cabinet die Lösung der Streitfrage erblickte. Oesterreich und Preussen hatten nicht wie bei Regelung der belgischen Frage

als Mandatare des Bundes gehandelt. Auch nachträglich ward der Vertrag dem deutschen Bundestage nicht vorgelegt. Einzeln erklärten die meisten deutschen Regierungen zwar ihre Zustimmung, aber wie z. B. Sachsen unter der ausdrücklichen Reserve der Genehmigung des Bundes. Hiernächst hatte die eiderdänische Partei versäumt, den Vertrag den holsteinischen Ständen vorzulegen. Letztere erkannten die ohne ihr Zuthun geschaffene Successions-Ordnung nicht an und beriefen sich auf ihre alten Verfassungen und Privilegien, um die Untrennbarkeit Schleswigs von Holstein zu vindiciren. Die holsteinischen Stände riefen den Schutz des Bundes an. Oesterreich und Preussen erblickten ihrerseits in der dänischen November-Verfassung eine Verletzung der ihnen in den Jahren 1851 bis 1852 gemachten dänischen Zusicherungen. So entstand ein Conflict, dessen Lösung um so schwieriger erschien, als der Standpunkt der deutschen Grossmächte anfangs ein anderer war als der des Bundes. Nach Verwerfung eines sächsischen Vermittelungs-Vorschlages wurde die Bundesexecution mit einer Stimme Majorität beschlossen. Gleichzeitig nahmen Oesterreich und Preussen als europäische Grossmächte die Sache in die Hand. Sie bestanden auf der Erfüllung der ihnen von Dänemark ertheilten Zusagen, hielten aber trotzdem an der Fiction fest, nicht im Kriege mit dem König Christian zu sein und zu interveniren, um die Integrität Dänemarks aufrecht zu erhalten. Die Meinungs-Verschiedenheit zwischen den deutschen Grossmächten und der Bundes-Majorität war indirect, wie schon angedeutet, eine Folge des missglückten Rechberg'schen Lösungsversuches.

Die sehr entschiedenen Sympathien der englischen Regierung für Dänemark wurden von der Tagesmeinung unterstützt. Die Aufgabe der deutschen Diplomatie in London war keine beneidenswerthe. Dieselbe wurde erschwert durch die Leidenschaftlichkeit Lord Palmerston's, der in jedem Zweifel an der Rechtsgiltigkeit des Londoner Vertrages eine persönliche Beleidigung erblickte.

In einem Lande, wo die Presse eine Macht ist, musste versucht werden, die Vorurtheile und Leidenschaften mit den Waffen der Tagespresse selbst zu bekämpfen. Auf die unbedingte Discretion des Chefredacteurs der „Times", Mr. Delane, bauend, sandte ich ihm im December 1863 ein kurzes Memorandum. Dasselbe behandelte die schleswig-holsteinische Frage objectiv *ab ovo* und wurde mit der Unterschrift „Ein Deutscher, der Thatsachen liebt" *(„a German who is fond of facts")* in der „Times" veröffentlicht.

So fest ich von der Gerechtigkeit unserer Sache überzeugt war, so konnte ich mich doch nicht darüber täuschen, dass vor allen Dingen eine Machtfrage vorlag. Kam es zum allgemeinen Kriege, so stand die Integrität der deutschen Mittelstaaten nicht minder auf dem Spiele, als die Dänemarks. Mainlinien-Ideen schwirrten durch die Luft. In Paris hielt man es nicht für unmöglich, Oesterreich für Venetien auf Kosten Bayerns und Württembergs zu entschädigen. Auch schien es mehr als zweifelhaft, ob Preussen Gut und Blut einsetzen werde, um die Elbherzogthümer für den Augustenburger zu erobern. Würde man dem neu zu bildenden, kleinen Staate die Vertheidigung des Kieler Hafens anvertrauen wollen? Arbeitete Sachsen nicht *„pour le roi de Prusse"*, wenn es für die Rechte und die staatliche Selbständigkeit der meerumschlungenen Herzogthümer eintrat?

Die Gefahren, welche unser kleines sächsisches Kanonenboot bedrohten, waren in London leichter zu erkennen als in Dresden. Ich verfehlte nicht, privatim davor mit den Worten zu warnen: „Ich betrachte mich als einen Matrosen im Mastkorbe. Ich melde die *breakers ahead,* die Klippen und Untiefen, die ich sehe, es dem erfahrenen Steuermanne überlassend, den Lauf des Schiffes zu regeln und die Segel einzureffen, wenn es Noth thut."

Aus Privatbriefen.

1863.

London 1. Januar 1863.

In der deutschen Frage ist man hier nicht eben günstig für uns gestimmt. Die Auseinandersetzung, welche Herr von Bismarck neulich mit dem Grafen Karolyi gehabt hat, ist noch nicht in ihren Einzelheiten bekannt, da der Bericht des k. k. Gesandten in Berlin hier noch nicht vorliegt. Man weiss jedoch genug, um ernste Besorgnisse zu hegen. Lord Russell hat sich veranlasst gesehen, in Wien zur Mässigung zu mahnen. Man hat ihm geantwortet, dass nicht Oesterreich sondern Preussen die Dinge auf die Spitze treibe. Der Staats-Secretär des Aeusseren hat dagegen eingehalten, in der Delegirtenfrage habe Preussen das formelle Recht auf seiner Seite, da organische Abänderungen Stimmen-Einhelligkeit erforderten. Apponyi hat sich begnügt darauf hinzuweisen, es sei dies eine Frage, welche man in Frankfurt zu entscheiden habe. Seit Jahren bestrebe sich Preussen, die Bundesverfassung zu discreditiren. Es handele sich darum, der von Preussen genährten Agitation ein Ende zu machen. Preussen sei isolirt; selbst Baden sei gegen die Delegirten-Versammlung, da ihm diese Reform nicht weit genug gehe. Uebrigens sei alles dies nur Vorwand. Man rassele in Berlin mit dem Säbel, weil man sich aus unhaltbaren Verlegenheiten der inneren Lage nach aussen Luft machen wolle.

„Alles dies zugegeben,“ war Lord Russell's Antwort, „so kann ich doch nicht umhin, von allen Reformen abzurathen und dringend zur Ruhe und Mässigung zu mahnen.“

„Wer das vor drei Jahren vorausgesagt,“ rief Apponyi, „dass Lord Russell Oesterreich von zu raschem Vorgehen auf dem Wege der Reform zurückhalten werde!“

Diese Bemerkung setzte die Lachmuskeln des kleinen Mannes weidlich in Bewegung.

Zur Charakterisirung der Sachlage sei nur erwähnt, dass hier ernste Besorgniss, in Paris unleugbare Schadenfreude vorherrscht. So gut österreichisch Drouyn de Lhuys auch sein mag, so ist er doch zu sehr Franzose, um sich nicht über die steigende Verwirrung zu freuen.

Sehr aufgefallen ist die Aufrichtigkeit, mit welcher Herr von Bismarck von der Besetzung Hessens und Hannovers als selbstverständlich gesprochen hat. Metternich gegenüber hat sich der preussische Minister-Präsident schon vor Monaten ebenso aufrichtig gezeigt. Der Fürst warnt vor jeder Unterschätzung des preussischen Staatsmannes und sagt voraus, es werde demselben gelingen, sich in der Staatskanzlei Vertrauen zu erwerben.

Die Whigs werden scharf angegriffen und ihre Sympathien für Dänemark als Agitationsmittel benutzt. General Oxholm, welcher die Prinzessin Alexandra hierher und nach Osborne begleitete, soll in Kopenhagen den Sturz Lord Russell's als nahe bevorstehend verkündet haben.

Bernstorff fürchtet ein Derby-Ministerium. *Tempora mutantur* . . . .

London, 12. Januar 1863.

Eine längere Unterredung mit Mr. Disraeli hat mich gestern nur in der Ueberzeugung bestärken können, dass wir — *à moins d'événements imprévus* — ernste Parteikämpfe, eine Ministerkrisis oder gar eine Parlaments-Auflösung, wie man hie und da befürchtete, nicht zu erwarten haben.

Nach einer mit grosser Offenheit entworfenen Rundschau über die innere und äussere Sachlage bemerkte der Führer der Opposition: „Ich habe zwar unseren Feldzugsplan für die bevorstehende parlamentarische Campagne mit meinen Freunden noch nicht festgestellt, glaube Ihnen aber schon jetzt versichern zu können, dass ernste Stürme nicht zu erwarten sind. Es mögen

unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten *(something may turn up)*, aber vorläufig liegt nichts vor, was uns nöthigen könnte, aus unserer zuwartenden Haltung herauszutreten. Ein drittes Mal werden wir ein schwaches Ministerium nicht bilden. Wir können warten und werden nichts überstürzen. Wenn wir das Ruder wieder ergreifen, wird es mit Aussicht auf eine längere und sichere Zukunft geschehen. Werden diese Umstände erst nach dem Ableben Lord Palmerston's eintreten? ich weiss es nicht; vorläufig hat der Alte keinen ernsten Angriff unsererseits zu fürchten."

Im Publikum erwartet man einen Angriff auf die ministerielle Politik: erstens, in Betreff der amerikanischen Wirren (man hält die Opposition für geneigter als die Minister, die von Frankreich betriebene Vermittelung zu versuchen); zweitens, in Betreff Griechenlands und der jonischen Inseln; drittens, in der deutsch-dänischen Frage.

Ueber Amerika hatte ich nicht Gelegenheit, mich mit Disraeli auszusprechen.

Ueber Griechenland und die jonischen Inseln fand ich ihn schlecht unterrichtet. Er tadelte die Ueberstürzung der Regierung, kritisirte das Memorandum Gladstone's, schien aber zu glauben, die Jonier selbst würden sich gegen das Project aussprechen. In diesem Falle verdiene der Schachzug Palmerston's keine Missbilligung. Die Coburg'sche Candidatur für den erledigten griechischen Thron schien ihm unbedenklich, da der Herzog kinderlos, die Successionsfrage sonach offen bleibe.

Am ausführlichsten besprachen wir die dänische Frage. Disraeli war unter dem Eindrucke, die aus Gotha datirte Depesche sei eine Concession Lord Russell's an die Königin. Ihre Majestät stehe, wie ihr verstorbener Gemahl, in dieser Frage ganz auf Seiten Deutschlands. Das könne jedoch nicht hindern, dass man in England Russell's Vermittelungsversuch als eine unberufene Einmischung betrachte. Ich habe diese, wie ich glaube, ganz irrthümliche Auffassung nicht ohne Erfolg bekämpft und

hervorgehoben, der verstorbene Prinz habe im Bewusstsein seiner vaterländischen Sympathien geflissentlich vermieden, in der dänischen Frage Stellung zu nehmen. Es sei daher kaum glaublich, dass Lord Russell einer höheren Inspiration gefolgt sei, wenn er die conservativen Interessen des Continents den dänischen Demokraten gegenüber vertreten habe. Alles was die vernünftigen und conservativen Staatsmänner Deutschlands wünschten, sei, die leidige Streitfrage baldthunlichst beizulegen, um zu verhindern, dass ein Agitationsmittel daraus gemacht werde. Habe nun ein englischer Minister den Muth gehabt, die Bedingungen zu formuliren, unter welchen ein Ausgleich überhaupt denkbar, so sei es gewiss nicht die Aufgabe der Tories, demselben aus diesem *conservative move* einen Vorwurf zu machen. Uebrigens bewege sich die Depesche ganz im Einklange mit den Auffassungen Frankreichs und Russlands und verlange von Dänemark nichts als die Erfüllung wiederholt ertheilter feierlicher Zusicherungen.

Ueber die deutschen Zerwürfnisse denkt Disraeli ganz wie die Minister des Tages. Er glaubt, Herr von Bismarck habe dieselben nur heraufbeschworen, um die innere Frage nicht zu lösen, sondern noch mehr zu verwirren. Offenbar habe er auf Frankreich gerechnet, und hier sei er zu spät gekommen. Voriges Jahr sei etwas zu machen gewesen, auch habe man ihn bereitwillig angehört und vielleicht ermuthigt. Jetzt aber habe das mexicanische Zugpflaster in Verbindung mit gewissen anderen Umständen in Paris eine heilsame Wendung herbeigeführt. Thouvenel's Sturz und Drouyn de Lhuys' Rückkehr seien Ereignisse, die nicht nur für Italien folgenschwer und bedeutsam erscheinen müssten. Drouyn de Lhuys sei nüchtern und friedlich und betrachte die englische Allianz als das *pivot* seiner Politik. Auf preussische Aventüren werde er sich schon aus Rücksicht für England nicht einlassen. Man habe daher Herrn von Bismarck, als er zum letzten Male in Paris war, kalt aufgenommen. *(They have shown him the cold shoulder.)* Diese Aeusserungen

sind nicht zu unterschätzen, da mein Gewährsmann in der Regel über die Stimmungen in den Tuilerien gut unterrichtet ist. Der „keusche Joseph“ dürfte daher nicht sobald wieder in die Lage kommen, seinen Mantel, wie er sich einmal rühmte, in den Händen der Pariser Potiphar zurückzulassen.

In Oesterreich — constatirte Disraeli mit Vergnügen — fange die innere Lage an sich zu bessern und mit dieser der Credit der k. k. Regierung nach aussen. Madame Blaze de Bury habe vor kurzem einen Salon eröffnet, in welchem Roebuck, Kinglake und andere aus- und eingingen. Diese Coterie stelle sich die Aufgabe, die Presse, insbesondere die Provinzialblätter zu Gunsten Oesterreichs umzustimmen. Disraeli bedauert, diese Dame nicht direct unterstützen zu können, da sie gegen die jetzige französische Regierung eine zu unvorsichtige und leidenschaftliche Sprache führe.

London, 24. Januar 1863.

Gestern von Brüssel zurückgekehrt hat General Grey Lord Russell über seine Sendung Bericht erstattet. Dieser sagt, der Herzog von Coburg habe viele Fragen gestellt, aber die griechische Krone nicht abgelehnt und werde daher in Athen empfohlen werden. Der Herzog scheint sich namentlich nach der Höhe der ihm zu gewährenden Civilliste, nach dem Schicksal seiner deutschen Lande und nach dem Umfange der Unterstützung erkundigt zu haben, welche ihm die Schutzmächte, vor Allem England, gewähren könnten. Ueber die Chancen, welche die Candidatur in Griechenland hat, ist noch nichts bekannt, doch versichert Lord Russell, die griechische Colonie in London scheine dieser Idee nicht abgeneigt. Ein russischer Protest ist zwar noch nicht eingegangen, dürfte aber unterwegs sein. Brunnow spottet über den idealen König, welchen England suche und kaum finden werde.

Ueber das Befinden des Königs Leopold lauten die Nachrichten des General Grey im höchsten Grade bedenklich.

Bei ungeschwächter Geistesfrische ist die Abnahme der körperlichen Kräfte sehr bemerkbar. Die Umgebungen klagen über tägliche Ueberschreitungen der vorgeschriebenen Diät. Das Nervensystem ist sehr erschüttert. Der König geht mit ungewohnter Aengstlichkeit der unvermeidlich gewordenen Operation entgegen. Alle Symptome lassen befürchten, der Kranke werde die Vermählung des Prinzen von Wales kaum erleben.

Der erste Eindruck, welchen der neuernannte französische Botschafter, Baron Gros, gemacht hat, ist ein guter. *„He appears to be a very civil man,“* sagte Lord Russell nach seiner ersten Unterredung, ein Urtheil, auf welches die Berichte Lord Elgin's aus Peking vorbereitet hatten. Der Baron wird übrigens ebenso wenig wie Graf Bernstorff der Königin sein Beglaubigungsschreiben persönlich überreichen, aber wahrscheinlich bald in Osborne empfangen werden. Am 11. Februar wird das Hoflager nach Windsor verlegt.

Die von dem „Journal de St. Petersbourg“ dementirten Enthüllungen der „Morning Post“ über angebliche russische Waffensendungen nach Serbien werden von letzterem Blatte in einem ziemlich scharf gehaltenen Artikel aufrecht erhalten. Brunnow spottet über die Leichtgläubigkeit der englischen Journalisten, erinnerte jedoch an eine bekannte Lafontaine'sche Fabel durch die Bemerkung, die kriegerischen Absichten des neuen Sultans müssten allen christlichen Mächten Besorgnisse einflössen.

London, 3. Februar 1863.

Der Inhalt wenn nicht der Wortlaut der Depesche wird bekannt sein, welche Lord Russell am 14. v. M. an Lord Bloomfield gerichtet. Es wird darin die Besorgniss ausgesprochen, der Conflict zwischen Oesterreich und Preussen könne für den Weltfrieden bedenkliche Proportionen annehmen. Immer bereit guten Rath zu ertheilen, formulirt Lord Russell drei Punkte, deren Annahme das gute Einvernehmen beider deutschen Mächte

wieder herstellen würde. Oesterreich möge sein Delegirten-Project zurükziehen, Preussen dagegen die hegemonistischen Gelüste aufgeben, deren Graf Bernstorff in seiner Depesche vom 20. December 1861 gedacht habe. Endlich möchten Oesterreich und seine deutschen Bundesgenossen Preussen innerhalb des Bundes eine den Machtverhältnissen mehr entsprechende Stellung einräumen.

Die vom 22. v. M. datirte Antwort des Grafen Rechberg hat zu einer Unterredung Anlass geboten, über welche ich die nachstehenden authentischen Notizen geben kann. Der erste Punkt war durch die Ablehnung des Reform-Projects seitens der Bundes-Versammlung bereits erledigt. In Betreff des zweiten konnte der österreichische Botschafter nur versichern, Oesterreich und Deutschland würden Lord Russell sehr dankbar sein, wenn es seinen Bemühungen gelänge, Preussen zum Aufgeben der von Graf Bernstorff formulirten Prätensionen zu bewegen. Apponyi's Aufgabe beschränkte sich daher darauf, den Kern des Pudels oder vielmehr des dritten Punktes zu ergründen. Lord Russell hat nach einigem Zögern das Alternat im Bundes-Präsidium als die Concession bezeichnet, welche Preussen befriedigen werde. Der österreichische Botschafter versicherte, Oesterreich und seine deutschen Bundesgenossen würden kein Bedenken tragen, in das von England empfohlene Zugeständniss zu willigen, falls Aussicht vorhanden, damit den Frieden zu erkaufen. Leider sei dies nicht zu hoffen. Vielmehr werde man in Berlin diese Concession als Abschlagszahlung betrachten und nur um so entschiedener auf die Verwirklichung des Bernstorff'schen Programmes hinarbeiten. Lord Russell theilt diese Befürchtungen und hat vorgestern vor Plänen gewarnt, welche Herr von Bismarck in der Stille nähre. Seitdem überbrachte der englische Courier eine weitere Depesche des Grafen Rechberg vom 30. In kurzen Sätzen wird darin der feste Entschluss des k. k. Cabinets ausgesprochen, sich in den zeitgemässen Reformbestrebungen nicht beirren zu lassen. Die Verdächtigung, man wolle Preussens Einfluss schmälern, wird scharf zurückgewiesen.

Die Unterhandlungen mit dem Herzog von Coburg wegen Uebernahme der griechischen Krone sind nach den gestern aus Gotha eingegangenen Telegrammen als gescheitert zu betrachten.

Die Thronrede ist in der letzten geheimen Raths-Sitzung festgestellt worden. Die Einführung des Prinzen von Wales in das Oberhaus wird sofort nach Eröffnung des Parlamentes erfolgen.

London, 19. März 1863.

In der polnischen Frage sollte der von Frankreich vorgeschlagene gemeinsame Vorschritt nicht in Petersburg, sondern in Berlin erfolgen, wie der im Pariser Gelbbuche aufgenommene Entwurf zu der *Note collective et simultanée* beweist. Oesterreich lehnte ab, da es auch der preussisch-russischen Convention vom 8. Februar beizutreten sich geweigert habe. Oesterreichs Ablehnung des französischen Vorschlages hat die Englands herbeigeführt. Bernstorff behauptet, man habe es dem englischen Cabinet allein zu verdanken, wenn Kaiser Napoleon seine für den Weltfrieden so verhängnissvollen, abenteuerlichen Pläne zu vertagen genöthigt worden. Allerdings hatte Lord Russell mittelst Circulare vom 5. d. den Congressmächten seine Depesche an Lord Napier mitgetheilt und die Unterstützung der englischen Anträge (Aufrechterhaltung der im Jahre 1815 den Polen versprochenen Concessionen und Ertheilung einer umfassenden Amnestie) empfohlen. Grossen Werth legt man hier jedoch auf diese Unterstützung nicht. Die österreichische Ablehnung ist hier fast mit Befriedigung aufgenommen worden. Es wurde darin hervorgehoben, die Wiederherstellung der durch die Revolution von 1831 vernichteten Verfassung werde den Polen keineswegs genügen. Diese verlangten die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches in den Grenzen von 1772. Lord Russell's Befriedigung erklärt sich aus den Befürchtungen vor einer zu weit gediehenen Intimität zwischen Wien und Paris. Metternich's

Reise nach Wien hatte diese Befürchtungen genährt, die nunmehr beseitigt erscheinen.

Fürst Gortschakoff hat mündlich auf die englische Depesche geantwortet. Lord Napier's Bericht darüber ist wundersamer Weise Herrn von Brunnow früher zugegangen als Lord Russell, da Gortschakoff den britischen Botschafter um Mittheilung seines Berichtes vor dessen Absendung ersucht hatte. Selbstverständlich lehnt Russland die englischen Anträge ab. Unter Berufung auf die sehr vage Fassung der Wiener Congress-Acte bezüglich Polens hebt der russische Minister hervor, Alexander I. habe aus eigener Machtvollkommenheit dem Königreiche Polen Concessionen gewährt, welche Kaiser Nikolaus nach Niederwerfung des Aufstandes von 1831 zurückzunehmen befugt gewesen. Die zwischen beiden Höfen in den Jahren 1831—32 gepflogene Correspondenz genügt nach Gortschakoff's Ansicht, um jede Einmischung Englands in die polnischen Angelegenheiten als unberechtigt erscheinen zu lassen. Der Fürst versichert, Kaiser Alexander II. werde sich durch den jetzigen Aufstand in der betretenen Bahn der Reformen nicht beirren lassen, von Amnestie könne jedoch erst nach Bewältigung der Bewegung die Rede sein.

Auf die Frage, was er thun werde, falls die russische Antwort ablehnend ausfalle, hat Lord Russell geantwortet, er werde vielleicht repliciren. Also eine fortgesetzte Polemik? ein blosser Schriftenwechsel? Die Ereignisse werden uns darüber belehren. Die englischen Minister werden schwerlich aus ihrer Passivität heraustreten und vorziehen, sich mit Oesterreich zu verständigen, anstatt sich auf französische Abenteuer einzulassen. Durch eitle Worte, gesprochene oder geschriebene, darf man sich auf dem Continente nicht beirren lassen. Das Klimpern gehört nun einmal auch zum Handwerke britischer Minister.

London, 9. April 1863.

Die Besprechungen über die polnischen Angelegenheiten haben einen gemeinsamen Schritt Englands, Frankreichs und Oesterreichs eingeleitet. Jede der drei Mächte wird an das russische Cabinet eine Depesche richten, deren Fassung durch gegenseitige Mittheilung der betreffenden Entwürfe in Uebereinstimmung festgestellt werden soll. Zweck ist, Russland zu ersuchen, den Polen Institutionen zu verleihen, welche die Herstellung eines dauernden Friedens thunlichst sicher stellen. Die Westmächte werden diese Empfehlung aus dem europäischen, Oesterreich dieselbe aus dem grenznachbarlichen Gesichtspunkte motiviren. Jeder Territorialveränderung entschieden abhold, betrachtet England diesen Collectiv-Schritt als das Mittel, Frankreich so zu sagen in der Hand zu behalten. Man wünscht jedem Separat-Abkommen zwischen Paris und Petersburg oder zwischen Paris und Wien vorzubeugen. Während Frankreich in dem vorliegenden Entwurfe die Verträge von 1815 völlig ignorirt, scheint Lord Russell deren Aufrechterhaltung, soweit dieselben noch bestehen, ganz besonders betonen zu wollen. Oesterreich sieht ebenfalls von den Verträgen ab, spricht ausschliesslich von seinen grenznachbarlichen Interessen und vermeidet geflissentlich Alles, was als eine unberufene Einmischung oder gar als eine Drohung erscheinen könnte. Die Gemeinschaftlichkeit besteht lediglich darin, dass die drei Depeschen womöglich an demselben Tage dem Fürsten Gortschakoff abschriftlich mitgetheilt werden sollen.

Der hiesigen preussischen Botschaft soll gestern ein Telegramm zugegangen sein, wonach der Kaiser von Russland Befehl gegeben habe, sechs Armeecorps auf den Kriegsfuss zu stellen. Vermuthlich ist das sechste Armeecorps gemeint. Ich habe darüber keine Gewissheit zu erlangen vermocht, da Bernstorff seit mehreren Tagen auf dem Lande ist. Russland rüstet allen Ernstes. Lord Napier hat jedoch die Zusicherung erhalten, dass diesen Rüstungen kein aggressiver Hintergedanke zu Grunde liege.

London, 20. April 1863.

Ueber die Wiederbesetzung des Kriegs-Ministeriums ist officiell noch nichts bekannt. Man fürchtete vorgestern eine gründliche Wiederaufmischung des Ministeriums. Doch höre ich, dass eine einfachere Lösung gefunden worden ist, dass Cardwell Kriegs-Minister, Clarendon Kanzler des Herzogthums Lancaster werden und als solcher in das Cabinet eintreten soll. Von der Gicht geplagt, scheint letzterer die Uebernahme eines bedeutenderen Portefeuilles abgelehnt zu haben. Die Geschäfte des Herzogthums Lancaster werden dem früheren Staats-Secretär des Aeusseren alle Zeit lassen, im Cabinet seine langjährigen Erfahrungen zu verwerthen. Lord Palmerston legt Werth darauf, in einem Augenblicke, wo sich der politische Horizont zu trüben scheint, dem eigenmächtigen Vorgehen Russell's ein Gegengewicht zu schaffen. Das ministerielle Duumvirat könnte sich so nach aussen in ein Triumvirat verwandeln. In allen inneren Fragen ist Lord Palmerston unumschränkter Herr und Gebieter und Lord Clarendon's Wiedereintritt wird daran nichts ändern.

Lord Russell, den ich gestern in Pembroke Lodge aufsuchte, war trotz seines sanguinischen Temperamentes ungewöhnlich ernst gestimmt. Er hat alle Ursache dazu. Die Minister des Präsidenten Lincoln scheinen einen Conflict mit England förmlich zu suchen. Dabei kommen Unregelmässigkeiten vor, nicht geeignet, die Aufgabe der Friedensfreunde zu erleichtern. So hat der sonst so vorsichtige amerikanische Gesandte unlängst einem englischen nach Mexico bestimmten Schiffe einen Geleitsschein bewilligt. Ein unerhörter Fall! England ist im Frieden mit Frankreich und Mexico. Das mit Kriegsmaterial befrachtete Schiff ist für die Mexicaner, also gegen die Franzosen bestimmt. Es würde von den amerikanischen Kreuzern aufgegriffen worden sein ohne Mr. Adams' Geleitsschein.

Bernstorff, den ich in Pembroke Lodge traf, hatte Lord Russell mehrere Depeschen über die dänische Frage mitgetheilt und dabei hervorgehoben, wie sehr der neueste Vorschritt des

Kopenhagener Cabinets mit der englischen Auffassung in Widerspruch stehe. Preussen scheint entschlossen, sich jedes einseitigen Einschreitens zu enthalten und nichts zu thun ohne vorhergegangene Verständigung mit Oesterreich und dem Bunde. Die Broschüre, *„a Statement of the German-Danish Question“* hatte Lord Russell noch nicht gelesen. Diese den deutschen Standpunkt sehr klar entwickelnde Schrift soll der Feder des britischen General-Consuls Ward in Leipzig zu verdanken sein. Bernstorff ist der Meinung, Frankreich trachte die dänische Frage offen zu halten, während England zu deren Lösung nach den verunglückten letzten Versuchen nichts thun werde, solange es sich nicht um Abwendung einer wirklichen Kriegsgefahr handle.

Die definitive Antwort über die Annahme der griechischen Krone seitens des Prinzen Georg von Schleswig-Holstein war gestern von Kopenhagen noch nicht eingegangen. Lord Russell hoffte den Prinzen Christian zu bewegen, seinem Sohne die erwünschte Einwilligung zu geben. Die Familie ist entschieden gegen die Annahme dieser Dornenkrone.

London, 24. April 1863.

Vor etwa sechs Wochen hat die britische Regierung einen geheimen Agenten nach Polen gesendet, um sich über die dortigen Zustände einige Aufklärung zu verschaffen. Eine viel verwendete Persönlichkeit wurde mit dieser delicaten Sendung betraut. Mr. Oliphant, früher Privat-Secretär Lord Elgin's in Canada, Peking und Yeddo, später als Legations-Secretär bei dem Angriffe auf die britische Gesandtschaft in Japan schwer verwundet, war eben aus Italien heimgekehrt, als die Polenbewegung ausbrach. Gastlich von mehreren Bandenführern in den Wäldern aufgenommen, war er nach sechswöchentlichen Kreuz- und Querzügen endlich nach Warschau gelangt. Er knüpfte dort gleichzeitig mit dem Vertreter der russischen Regierung, Marquis Wielopolski, und den Mitgliedern des geheimen Revolutions-Comités Verbindungen an. Oliphant ist vor wenigen Tagen hierher

zurückgekehrt. Seine Berichte dürften auf die Entscheidungen der britischen Minister einigen Einfluss üben. Zunächst bestätigte mir Oliphant die von der russischen Regierung wiederholt hervorgehobene Thatsache, dass die Conscription, ein Act der Nothwehr, dazu bestimmt war, dem längst im Stillen vorbereiteten Aufstande vorzubeugen. Das ursprünglich rein socialistisch-demokratische Revolutions-Comité sei von dem Londoner Central-Comité aufgefordert worden, im Monat Mai einen Aufstand in Scene zu setzen. Von der Polizei darüber unterrichtet, habe die russische Regierung gehofft, die Leiter der Bewegung durch die Conscription unschädlich zu machen. Der überstürzte Ausbruch sei von niemand mehr beklagt worden als von der aristokratischen Partei. Diese habe von dem Warschauer Comité nichts wissen wollen, später mitfortgerissen ihr Heil in der Ernennung eines Dictators gesucht und für diesen Posten den einzigen Bandenführer von einiger militärischer Capacität ausgewählt. Langiewicz's Flucht bezeichne ein neues Stadium der Insurrection. Ein von dem Londoner Central-Comité unabhängiger Ausschuss habe sich vor kurzem gebildet. Aristokraten und Demokraten hätten sich verständigt und kämpften jetzt vereint für die Unabhängigkeit des Landes und die Wiederherstellung der Grenzen von 1772. Im Lager der Aufständischen hat Oliphant auch nicht eine Capacität zu entdecken vermocht. Von militärischer Organisation sei nicht die Rede. Vereinzelte Banden ohne allen Zusammenhang, Wind und Wetter preisgegeben, bald von Schneestürmen, bald von den Russen auseinander gesprengt, kämpften planlos aber mit dem Fanatismus der Verzweiflung. Ein Erlöschen dieses überall waldbrandartig auftauchenden Guerrillakrieges sei kaum zu erwarten, solange Polen nicht in seinen alten Grenzen wiederhergestellt sei. Militärisch besiegt, werde die Empörung immer wieder ausbrechen. Seit 1831 seien die Mittelklassen mit auf den Kampfplatz getreten.

Da ich mir in Russland und Polen keine klare Vorstellung mit diesem Worte verbinden konnte, bat ich um eine Definition.

„Ich nenne Mittelklassen,“ erwiderte Oliphant, „Alles was nicht zum Adel oder zum Bauernstande gehört: alle Handwerker nicht bloss in den Städten, alle Dienstboten, die Beamten mit Inbegriff der Polizei, insoweit sie polnischen Ursprungs sind. Alle diese Elemente sind in voller Gährung. Der terrorisirte Adel folgt der Leitung der Mittelklassen, welche, zum ersten Male zum Bewusstsein ihrer Macht gelangt, die Schwäche Russlands zu durchschauen beginnen. Das ist das *novum* bei dem jetzigen Aufstande. Die russische Herrschaft hat ihre moralischen Stützpunkte verloren und ist ebenso wenig gefürchtet als geachtet. Wenn ich Russe wäre, ich würde so handeln wie der Grossfürst, wenn Pole, wie die Führer des Aufstandes. Von ihren Standpunkten aus haben beide Theile Recht. An der Versöhnung beider hat Wielopolski ehrlich, aber vergeblich gearbeitet. Er schmeichelte sich, seine Landsleute leiten zu können, diese trauen ihm jedoch nicht, und für Russland ist er ein verbrauchtes Werkzeug. In jedem Falle hat er ausgespielt. Der Conflict, den er lösen wollte, ist unlösbar.“

London, 12. Mai 1863.

Es ist kaum je schwieriger gewesen als im gegenwärtigen Augenblicke, sich ein richtiges Bild von der Politik der englischen Minister zu machen. In Wahrheit wissen sie selbst nicht, was sie wollen und wie sie das polnische Problem aufassen sollen. Heute herrscht in dem uneinigen Cabinet die Furcht vor Kaiser Napoleon, morgen die Besorgniss vor der öffentlichen Meinung. Heute will man sich von den Franzosen nicht dupiren, morgen nicht überflügeln lassen. Die Friedensfreunde hatten kaum aus der gemässigten Sprache Lord Russell's vom 8. d. Beruhigung geschöpft, als sie wiederum durch die Deutung, welche man den Worten des Ministers giebt, erschreckt wurden. Schon erblickt man darin eine Anerkennung der polnischen Insurrection als kriegführende Macht und spricht von einem einjährigen Waffenstillstande, welchen England vorschlagen werde. Lord Bloomfield

ist angewiesen, das k. k. Cabinet zu ersuchen, sich der Befürwortung dieses Vorschlages in St. Petersburg anzuschliessen. Bernstorff hat sich inzwischen vergebens bemüht, Lord Palmerston die Gefahren eines solchen Vorschrittes auseinanderzusetzen. Mit jener versatilen Leichtfertigkeit, welche freilich oft nur Maske ist und als Mittel dient, andere einzuschüchtern, hat der Premier-Minister den Widerspruch nicht zu erkennen vermocht, in welchem dieser Waffenstillstands-Vorschlag mit den Erklärungen Lord Russell's im Oberhause stehen würde. Auf die Bemerkung des Botschafters, die Anerkennung der polnischen Insurgenten als kriegführende Macht sei gleichbedeutend mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der polnischen Nationalität, erfolgte die Antwort, das sei kein Unglück. Als Bernstorff hinzufügte, Preussen werde das nie zugeben, scheint Palmerston eine grosse Gleichgiltigkeit an den Tag gelegt zu haben. Auf die Frage, was man in England unter Polen verstehe, das sogenannte Congress-Polen oder das Polen von 1772, erwiderte der Premier-Minister: „Vorläufig das erstere; doch wird Oesterreich Krakau wieder herausgeben müssen."

Die englischen Minister wollen den Frieden d. h. sie wollen den Krieg nicht. Geht Kaiser Napoleon jedoch auf deren unreife und unverdaute Vorschläge ein, so ist er wie im Jahre 1854 Herr der Lage. Er hat es ganz in seiner Hand, das englische Staatsschiff steuerlos auf den Wellen der grossen Politik herumzutreiben bis zu dem Augenblicke, wo die britischen Minister, um der Scylla einer Cabinets-Krisis zu entgehen, wider ihren Willen in die Charybdis eines Krieges gegen Russland gerathen.

In den Tuilerien soll man sich wiederum mit Belgien beschäftigen und die Frage ernstlich erörtern, was geschehen solle, wenn sich zwei staatskluge Augen plötzlich schliessen. Van de Weyer tröstet sich mit der aus dem Munde Lord Russell's häufig vernommenen Zusicherung, England werde nie zugeben, dass Antwerpen den Franzosen in die Hände falle. Mit Recht fragt Brunnow, ob auch König Leopold einen so hohen Werth auf

diese Festung lege, um in der Gewährleistung derselben eine ausreichende Entschädigung für sein Königreich zu erblicken.

Die Pariser Redensart *„nous irons par mer et nous reviendrons par terre“* hat ihren Eindruck auf den preussischen Botschafter nicht verfehlt. Er gestand mir, die britischen Minister könnten es vielleicht geschehen lassen, dass Napoleon unter dem Vorwande der polnischen Wirren eine Flotte mit 40,000 bis 60,000 Mann Landtruppen an Bord nach der Ostsee entsende. Als ich solchen Befürchtungen gegenüber mein patriotisches Bedauern über die politische und handelspolitische Zerfahrenheit Deutschlands aussprach, bemerkte Bernstorff:

„Den Abschluss des Handelsvertrages mit Frankreich bedauere ich auch heute noch nicht. Die Grundlagen desselben entsprechen den wahren Interessen Preussens und Deutschlands. Trotzdem würde ich, wäre ich heute Minister, den Handelsvertrag mit allen seinen Consequenzen preisgeben, wenn sich dadurch eine einmüthige Action Oesterreichs und Deutschlands gegen Frankreich erkaufen liesse.“

Wie beklagenswerth es sei, dass sich inmitten dieser über Nacht hereingebrochenen europäischen Krisis die beiden deutschen Grossmächte gegenseitig neutralisirten, ward unumwunden zugegeben. Jetzt kam Bernstorff auf die Vergangenheit zurück, auf die Bundesreform und den National-Verein, auf seine Depesche an Savigny und die identischen Noten, und klagte über die Feindschaft, mit welcher ihn Oesterreich verfolgt habe. Ich fand mich nicht veranlasst, auf diese unfruchtbaren Recriminationen näher einzugehen. Der Botschafter zog jedoch daraus die nachstehenden Schlusssätze:

„Die Bundesreform ist todt. Wir werden die Initiative nicht mehr ergreifen. Wir sind nicht thöricht genug zu glauben, Ernst I. und der National-Verein arbeiteten für uns. Was wir wünschen, ist die Erhaltung des Bestehenden. Auf Vorschläge, wie die in Frankfurt bereits zurückgewiesenen, können und werden wir uns nicht einlassen. Die preussische Monarchie ist ein Ganzes

und die militärischen und politischen Kräfte dieses Ganzen werden wir weder einer Delegirten-Versammlung, noch einem irgendwie gearteten executiven Ausschusse zur Verfügung stellen. Der einzig praktische Boden einer Verständigung ist der handelspolitische. Hier würde ich für meine Person zu allen Zugeständnissen bereit sein."

London, 18. Mai 1863.

Der englische Vorschlag eines einjährigen Waffenstillstandes ist in Paris mit Freuden aufgenommen worden, obgleich der ehrliche Baron Gros denselben als „*une idée fabuleuse*" bezeichnet hatte. Man würde in den Tuilerien nie auf den Gedanken gekommen sein und ist nur zu froh, den britischen Ministern die Verantwortlichkeit dafür zuschieben zu können. Oesterreich dagegen weigert sich entschieden, sich an einem Vorschlage zu betheiligen, dessen Ablehnung in Petersburg unzweifelhaft ist. Das k. k. Cabinet bietet Alles auf, die Westmächte von dieser Idee abzubringen und wird ihnen, wenn sie derselben dennoch Folge geben, die Verantwortlichkeit überlassen.

Couriere kommen und gehen und die Telegraphendrähte werden wieder einmal weidlich missbraucht. Die düstersten Gerüchte über die polnischen Zustände finden in den höchsten Kreisen bereitwillig Glauben. Bald soll der General Berg mit dem Marquis Wielopolski zerfallen und zurückberufen sein, bald die russische Armee Befehl erhalten haben, nur noch ihren Unteroffizieren, nicht mehr ihren Offizieren zu gehorchen. Der gleichzeitige Ausbruch des Aufstandes in Lithauen, Volhynien und der Ukraine gilt als unzweifelhaft.

Brunnow ist sehr präoccupirt, und die Mitglieder der russischen Botschaft geben es nachgerade auf, gute Miene zum bösen Spiele zu machen.

Der Herzog von Cambridge sprach mir gestern mit grossem Ernste von der Sachlage. Er betrachtet namentlich die franzö-

sischen Pferde-Ankäufe als ein bedenkliches Symptom und warnt vor jeder Bundes-Execution in Holstein.

London, 2. Juni 1863.

Graf Rechberg hat in den zwei gleichlautenden, an die österreichischen Botschafter in Paris und London gerichteten Depeschen vom 23. v. M. Oesterreichs Beitritt zu den Vorschlägen erklärt, welche die Westmächte nach Petersburg gelangen lassen wollen. Er nimmt die Conferenz der acht Congressmächte an und verspricht dem Kaiser Alexander die Idee der Waffenruhe (*suspension d'armes*) anheimzugeben. Das ist die Idee, welche Baron Gros „*fabuleuse*", Drouyn de Lhuys „*lumineuse*" nannte.

Während meines kurzen Aufenthaltes in Paris theilte ich dem Fürsten Metternich mit, dass ich Brunnow sehr guten Muthes verlassen und dass er mir die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, binnen drei Wochen werde es gelingen, den polnischen Aufstand völlig niederzuwerfen.

„Niemand würde sich darüber mehr freuen als wir," bemerkte der k. k. Botschafter, „aber leider ist das Vertrauen in den russischen Optimismus seither immer getäuscht worden."

Drouyn de Lhuys hat seiner Genugthuung über die österreichische Depesche vom 23. v. M. einem meiner Bekannten gegenüber in folgenden Worten Ausdruck gegeben: „*Tout marche à souhait. Si la Russie accepte la conférence à huit tout se réglera facilement, si elle refuse il faudra voir.*"

In das Publikum ist über diese neueste Wendung nichts gedrungen. Mit Ausnahme des „Mémorial diplomatique" geben die französischen Zeitungen nur sehr vage Andeutungen über die österreichische Beitrittserklärung.

Die Pariser Presse ist ganz von der gemachten Wahlagitation absorbirt, welche Persigny mit mehr Eifer als Geschick aufzubauschen bestrebt ist. Der Kaiser hegt nicht die geringste Besorgniss über den Ausgang der Wahlen. Schlimmsten Falles würde die Opposition, welche jetzt aus fünf Mitgliedern besteht,

auf etwa zwanzig anwachsen. Er fürchtet ebenso wenig den alten Berryer, wie den alten Thiers. Mit letzterem fertig zu werden, hat der Kaiser zwei Mittel; entweder er schlägt ihn moralisch todt durch einen offenen Brief, oder er macht ihn zum Minister. Die letztere Combination wird durchaus nicht für unmöglich gehalten, aber für sehr gefährlich im Interesse des Friedens.

Vorläufig präoccupirt Mexico weit mehr als die Wahlen. Mit diesen amüsirt man die Pariser *badauds* wie mit den Turcos und Spahis im Bois de Boulogne. Die Nachrichten aus Mexico sind entschieden schlecht. In Puebla wird jedes Haus vertheidigt. Das zwischen dieser Stadt und der Hauptstadt gelegene Défilé ist von den Mexicanern in eine Festung verwandelt worden, welche die Franzosen jedenfalls bis nach Ablauf der jetzt eingetretenen Regenzeit aufhalten dürfte. Schon vergleicht man die Schwierigkeiten, welchen das zweite Kaiserreich in Mexico begegnet, mit denen, die das Ende des ersten in Spanien vorbereiteten. Es liegt darin eine Wahrheit, die um so augenscheinlicher ist, da die französische Flotte nebst allen verfügbaren Transportschiffen für die Dauer dieser Campagne jenseits des Oceans festgehalten und für sonstige Unternehmungen neutralisirt wird.

An die Möglichkeit eines Krieges in diesem Jahre glaubt daher niemand, so oft der Kaiser Napoleon auch wiederholen mag: „*Il faut faire quelque chose pour ces pauvres Polonais.*“ Trotzdem lassen letztere die Köpfe hängen. Das Comité ist sehr kleinlaut geworden. Die in Versailles fabricirten Krakauer Telegramme finden keinen Glauben mehr. Die Zuzüge aus Posen und Galizien haben aufgehört. Selbst aus Krakau werden russische Siege telegraphisch gemeldet. Lithauen ist verwüstet, in der Ukraine hat der Aufstand fehlgeschlagen; Alexander Branicki, der für dessen Haupt galt, ist festgenommen und sitzt gefangen in Saratow. Sein Bruder Xavier, des Prinzen Napoleon Freund, soll durch diesen unerwarteten Schlag ganz entmuthigt sein.

Baron Brunnow, den ich bei meiner Rückkehr ebenso guten Muthes fand, als ich ihn verlassen, bestätigte mir diese Pariser

Nachrichten. Eine Conferenz *à huit* erscheint ihm nicht ganz unmöglich. Die Ostsee-Expedition betrachtet er als *humbug* und an Krieg glaubt er vorläufig nicht.

Apponyi dagegen sieht sehr schwarz und bemerkte: „Ist der Friede durchaus nicht mehr aufrecht zu erhalten, so kann sich Oesterreich keiner Täuschung darüber hingeben, dass ein Krieg gegen die Westmächte mit Bundesgenossen wie das heutige Preussen und das heutige Russland keine Aussicht auf Ersatz der Kosten bietet. Wir mussten Farbe bekennen und haben Farbe bekannt. Wie im Krimkriege neutral bleiben, wäre Thorheit. *Vae victis!* Soll es nun einmal Krieg sein, so wollen wir auf der Seite der Sieger stehen. Das hindert nicht, dass wir Alles aufbieten werden, um die Katastrophe hintanzuhalten. Mit England sind wir einig. Ob wir dazu ein sauersüsses oder ein freudiges Gesicht machen, ist gleichgiltig. Die Conferenz werden Oesterreich und England nur dann beschicken, wenn dieselbe auf die acht Congressmächte und ausschliesslich auf die polnischen Angelegenheiten beschränkt bleibt."

Die Constellation vom Januar 1815 steht wieder am politischen Horizonte: Oesterreich, England und Frankreich gegen Russland und Preussen. Aber kein Bourbon sondern ein Napoleon sitzt in den Tuilerien, im *Foreign Office* Lord Russell anstatt Castlereagh, auf dem Ballplatze Rechberg anstatt Metternich.

London, 21. Juni 1863.

Beruht der Optimismus des Fürsten Gortschakoff auf geheimen Verabredungen mit Frankreich oder auf Selbsttäuschungen? das ist von hier aus nicht zu erkennen. Werden die von den Westmächten und Oesterreich formulirten sechs Vorschläge als Grundlage der Conferenz *à huit* von Russland angenommen, so ist alle Aussicht vorhanden, dass sich die Vertreter der acht Congressmächte am grünen Tische zusammenfinden. Aber ist damit das Problem gelöst? Ist dasselbe am grünen Tische überhaupt lösbar?

Wenn Fürst Gortschakoff morgen die Resultate dieser siebenwöchentlichen Verhandlungen vor sich haben wird, dürfte er sich überzeugen, dass die Westmächte mehr wollen als „*enfoncer une porte ouverte*". Die die Hauptdepeschen erläuternden Pièces enthalten Forderungen, welche russischerseits nicht so leicht zu erfüllen sein werden. Das gilt namentlich von dem Waffenstillstande, welcher den Hauptpunkt bildet.

England ist, nach wie vor, einem Kriege für die Befreiung Polens abgeneigt. Lord Palmerston's vielerprobter parlamentarischer Taktik wird es nicht schwer werden, im Unterhause den Angriff zurückzuweisen, welchen die von einigen Conservativen unterstützten Ultramontanen heute versuchen wollen.

„Die ‚Times' hat ganz Recht," sagte mir ein britischer Staatsmann, „die Massen sind noch nicht erregt und weit nüchterner als vor dem Krimkriege. Alles hängt jedoch vom Kaiser der Franzosen ab. Will er den Krieg, so bieten die bisherigen Verhandlungen Mittel genug, uns mit hineinzuziehen. Denn in seiner Hand liegt es, einen Sturm der öffentlichen Meinung zu entfesseln, dem kein englisches Ministerium widerstehen könnte. Schon jetzt schürt er die Pariser Presse. Die säbelrasselnden Artikel der ‚Patrie' würden nicht erscheinen ohne sein Zuthun. Eins ist klar, allein will er den Krieg nicht anfangen. Kommt die Conferenz zu Stande, so giebt es tausend Wege, um die Karten zu verwirren und den Ausbruch des Krieges im nächsten Frühjahre unvermeidlich zu machen. Erinnern Sie sich nur an die Wiener Conferenzen, in welchen der Krimkrieg gebraut wurde unter dem Vorwande, denselben zu verhindern."

Baron Brunnow begreift nicht, wie man den Phrasen Montebello's in Petersburg ein so leichtgläubiges Ohr leihen konnte. Jetzt wundere man sich darüber, von einem Monarchen getäuscht worden zu sein, dessen Handwerk es sei, andere zu täuschen. Der russische Botschafter ist auf seine Abberufung gefasst und macht kein Geheimniss daraus.

London, 24. Juni 1863.

Das gegenwärtige Cabinet, welches der Popularität seines Chefs das Dasein verdankt, fristet sein Leben, indem es jeder Schwierigkeit ausweicht, jede Entscheidung hinausschiebt und jeder Initiative entsagt. In Zeiten, wo ein Cobden Handelsverträge mit dem Kaiser Napoleon abschliessen kann, blüht der Weizen für die Politiker dritten und vierten Ranges. Zu diesen gehört der Vertreter von Sheffield, Mr. Roebuck. Er hat sich neulich aus eigener Machtvollkommenheit eine Mission ertheilt, um den Kaiser Napoleon über die Wünsche des englischen Volkes gründlich aufzuklären. Für diejenigen, die diesen Volkstribunen kennen, hat es etwas ungemein Komisches, denselben als angeblichen Vertreter Alt-Englands mit dem Sieger von Solferino in den Prachtsälen der schönen Diane von Poitiers über Weltfragen verhandeln zu sehen. Herr Roebuck hat seine eigenen Ideen und eine naive Unbefangenheit, dieselben an den Mann zu bringen. Er hatte für den 30. im Unterhause eine Motion angekündigt, welche nichts Geringeres bezweckt, als die britische Regierung zu veranlassen, in Amerika einzuschreiten und die Anerkennung der Südstaaten auszusprechen. Im Interesse dieses Antrages hielt er es für das Einfachste, den Kaiser der Franzosen selbst zu fragen, ob es wahr sei, dass Seine Majestät seine Politik Amerika gegenüber modificirt habe. Er hoffte, so Lord Palmerston's oft gebrauchten Kunstgriff einer ausweichenden Antwort im voraus zu pariren. So ist er denn, nachdem er sich einer Audienz versichert, am 22. nach Fontainebleau geeilt und vorgestern, von der gefundenen Aufnahme entzückt, zurückgekehrt. Ich bin in der Lage, den mageren Bericht des Pariser Times-Correspondenten über diese Audienz aus bester Quelle zu bestätigen und zu vervollständigen.

Mr. Roebuck rühmt sich, aus dem Munde des Kaisers Napoleon wichtige Eröffnungen empfangen zu haben. Weit entfernt, durch die Ablehnung seiner Vermittelungsvorschläge entmuthigt zu sein, habe der Kaiser den gegenwärtigen Augenblick als den

geeignetsten bezeichnet für eine gemeinschaftliche englisch-französische Intervention in Amerika. Auch sei Baron Gros in diesem Sinne bereits instruirt. Mr. Roebuck will hierauf Napoleon III. ermuntert haben, allein vorzugehen, falls Palmerston seine Mitwirkung versage. England werde schon nachfolgen, wenn die Sache einmal in Gang gebracht sei. Ohne den Vorschlag geradezu abzulehnen, scheint der Kaiser das Drängen des Volksmannes mit der Zusage beschwichtigt zu haben, er werde sich die Sache überlegen. Nicht bloss über Amerika, auch über England will Roebuck Aufschlüsse in Fontainebleau erhalten haben. So hat er entdeckt, dass Lord Palmerston in diesem Augenblicke keineswegs in Napoleon's Gunst stehe. Auf die leicht hingeworfene Frage, was man in England über Polen denke, will Roebuck geantwortet haben: „Damit beschäftigen sich in England nur Schwätzer. Jeder ernste Politiker weiss, dass England nicht daran denkt, für Polen Krieg zu führen."

„Ganz wie bei uns," erwiderte der Imperator, „Sie können überzeugt sein, Polens wegen kommt es nicht zum Kriege."

Mr. Roebuck findet es nun ganz unbegreiflich, wie sich der arme Lord Cowley noch immer den Kopf zerbrechen kann, um die wahren Absichten Napoleon's zu ergründen. Hat ihm, Roebuck, der Kaiser doch selbst versichert, er wolle Polens wegen keinen Krieg anfangen!

In diesem Punkte theilt die „Times" Roebuck's Vertrauensseligkeit nicht, dagegen befürwortet das City-Blatt das von dem Volksmanne empfohlene Einschreiten zu Gunsten der Südstaaten von Amerika und verdammt die bisher beobachtete Passivität der Regierung.

In der Sitzung vom 22. hatte Mr. Disraeli Lord Palmerston's unerwartete Enthüllungen über die an die russische Regierung gerichteten Vorschläge einer scharfen Kritik unterworfen. Sonderbarer Weise zog man daraus den irrthümlichen Schluss, die Opposition sei für die völlige Lostrennung Polens von Russland. Es wird sich vielleicht in der heutigen Sitzung Gelegenheit finden,

dieses Missverständniss aufzuklären. Mr. Disraeli ist für seine Person davon überzeugt, der jetzige Aufstand werde nur zur völligen Russificirung Polens führen. Gerade deshalb ist er gegen jede Einmischung fremder Mächte, insbesondere Englands. Seiner Ansicht nach könne der Kampf dadurch nur verlängert und die Entscheidung hinausgeschoben werden.

London, 7. Juli 1863.

Das polnische Gewitter scheint sich zu verziehen und das politische Barometer steigt. Ohne Ungeduld und ohne Spannung erwartet man im Auswärtigen Amte die russische Antwort auf die am 27. v. M. abschriftlich mitgetheilten drei Depeschen. Lord Napier's Berichte haben auf diese Rückäusserung vorbereitet. Lord Russell hat heute morgen mit einem meiner Freunde, den ich, um ihn nicht zu nennen, mit dem Buchstaben A. bezeichnen will, die nachstehende vertrauliche Unterredung gehabt.

A. Also Sie haben Andeutungen über die Antwort, welche wir vom Fürsten Gortschakoff erwarten?

Lord Russell. Wir haben Grund zu hoffen, dieselbe werde friedlich und versöhnlich ausfallen *(conciliatory and pacific).* Den Waffenstillstand wird Russland entschieden ablehnen, den Congress wahrscheinlich auch. Indessen wird die Thüre offen bleiben, und wir dürfen hoffen, den Congress zu Stande zu bringen, wenn wir es allen Ernstes verlangen. Als Basis der Verhandlung würden unsere sechs Punkte mit Ausnahme des zweiten Annahme finden.

A. Mit Ausnahme des zweiten?

Lord Russell. Wenigstens unter Modification des zweiten. Russland scheint der polnischen Abgeordneten-Versammlung zwar das Recht der Steuer-Verwilligung, aber nicht das der Feststellung des Armee-Budgets einräumen zu wollen.

A. Und Sie werden diese Modification zugestehen?

Lord Russell. Ich sollte kaum glauben.

A. Ist es wahr, dass die Polen auf eine europäische Garantie dringen?

Lord Russell. Ueber die Ansprüche der Polen können wir uns nicht wundern. Eine förmliche Garantie würde uns eine zu ernste Verpflichtung auferlegen. Genügt die moralische Garantie, welche in den gewechselten Depeschen und Noten liegt, den Polen nicht, und betrachten sie die Zugeständnisse Russlands nur als eine Abschlagszahlung *(a stepping stone)*, dann müssen wir sie ihrem Schicksale überlassen. Ich für meinen Theil glaube nicht an die Lösung der polnischen Frage. Alle auf dem Papiere gewährten Concessionen werden das glimmende Feuer der Empörung nicht auslöschen. Europa wird noch sechzig, vielleicht hundert Jahre an dem Polonismus laboriren und am Ende wird doch nichts als die Losreissung von Russland übrig bleiben.

A. Wenn nun aber das Petersburger Cabinet jene sechs Punkte nur zum Scheine acceptirt, um Zeit zu gewinnen, was dann?

Lord Russell. Freilich, wenn Russland, nur um uns hinzuhalten, auf unsere Pacifications-Vorschläge eingeht, wenn es sich bereit erklärt, den Congress zu beschicken, nur um denselben unverrichteter Sache auseinandergehen zu lassen, wenn es sich zu nichtssagenden Concessionen versteht, nur um sie später zurückzunehmen, dann wird nichts übrig bleiben . . . .

A. Als . . .?

Lord Russell. Als uns, vorläufig wenigstens, gar nicht mehr um die leidige Sache zu kümmern. Glücklicher Weise ist man in Paris zu derselben Ueberzeugung gelangt. Mr. Drouyn de Lhuys hat seine kriegerische Sprache geändert und vor wenigen Tagen Worte fallen lassen, von denen wir mit Vergnügen Act zu nehmen uns beeilt haben. *„Toute puissance,“* so lauten die *ipsissima verba* des französischen Ministers, *„qui voudrait tenter quelque chose pour la Pologne sans le concours des deux autres, serait insensée.“* —

Lord Clarendon führt eine ähnliche Sprache. Ich fragte ihn

heute Abend, ob er schon seine Vorbereitungen treffe, um, wie die Zeitungen behaupteten, England auf dem zu erwartenden Congresse zu vertreten.

„Dazu gehören, Gott Lob! zwei," erwiderte der edle Lord; „einer, der den Bevollmächtigten ernennt und einer, der die Mission übernimmt, der letztere werde ich nicht sein."

„Wir alle wissen," bemerkte ich lachend, „wie sehr Sie für Polen schwärmen."

„Ganz gewiss. Ich war immer der Meinung, eine Sache müsse gut sein, welche einen Advocaten wie Zamojski vertragen kann. Auch in Paris scheint man nüchterner zu werden. Es hat nicht leicht eine Aufregung gegeben, die mehr den Stempel des Gemachten an sich getragen hätte als diese Polenschwärmerei. Die ganze Sache war faul von Anfang her. Der Pariser Enthusiasmus gleicht dem Sodawasser, aufbrausender Schaum und nichts dahinter. Jetzt ist das Gas schon ganz verpufft."

Es schien mir nicht unwichtig, mich über Clarendon's Ansichten aufzuklären, da das Gerücht seines Eintritts in das Cabinet wieder an Consistenz gewinnt. Man spricht von ernsten Misshelligkeiten im Schosse des Ministeriums, insbesondere sollen Palmerston und Russell über die polnische Frage wieder einmal hart an einander gerathen sein. Im Parlamente haben beide nicht dieselbe Sprache geführt. Der Staats-Secretär des Aeusseren hat immer betont, Polens wegen werde man keinen Krieg führen. Der Premier-Minister hat sich ähnlicher Erklärungen sorgsam enthalten. Die unnöthige Enthüllung der sechs Punkte tadelt Lord Russell, ja er hat es sogar im Oberhause verweigert, Palmerston deshalb zu vertheidigen. Er hatte allerdings, in der Voraussetzung, das Unterhaus werde das Ministerium hart bedrängen, in die Veröffentlichung gewilligt. Die Eventualität trat jedoch nicht ein. Das Haus der Gemeinen hatte bereits die Polendebatte begraben, als Lord Palmerston aus freien Stücken die Analyse der britischen Depesche ausplauderte. Zuweilen schlummert der gute Homeros, zumal wenn er in seinem achtzig-

sten Lebensjahre von der Gicht geplagt wird. Auch über Oesterreich sind die leitenden Minister durchaus nicht einig. Palmerston kann seinen alten Hass, sein tief gewurzeltes Misstrauen nicht verwinden, während Russell die in Jung-Oesterreich angestellten constitutionellen Experimente im rosigsten Lichte sieht und im Kaiserstaate das Gegengewicht gegen Frankreich gefunden zu haben glaubt. Hat er doch noch neulich, nachdem er in Bloomfield's umfangreichen Berichten die Adressdebatte studirt, Apponyi Glück gewünscht zu dieser *very good debate* und namentlich zur loyalen Haltung der galizischen Abgeordneten. Bei alledem stellt Lord Russell eine ernste Meinungsverschiedenheit in Abrede und versichert, es herrsche im Cabinet vollständige Einhelligkeit, da der Alte die Aufrechterhaltung des Friedens ebenso dringend wünsche wie seine Collegen.

Die Existenz des Cabinets hängt an der Lord Palmerston's, dessen Wiedererscheinen im Unterhause auf zwei Krücken nicht eben beruhigt hat, obgleich die Freunde des Premier-Ministers sein gutes Aussehen rühmen. Ohne Palmerston würde das Ministerium nicht lange zusammenhalten, darüber machen sich die Whigs keine Illusionen. Andererseits sind die Tories davon durchdrungen, dass, so lange Palmerston lebt und halbwegs fähig ist, die Geschäfte zu führen, ein Ministerwechsel weder im Interesse der conservativen Partei, noch in dem des Landes sein würde. So stehen die Dinge am Ende dieser unfruchtbaren Session gerade so, wie sie zu Anfang standen.

London, 17. Juli 1863.

Graf Bernstorff hat gestern Lord Russell auf die kriegsschnaubenden Artikel der „Morning Post“ aufmerksam gemacht, ein Blatt, welches nun einmal mit Recht oder Unrecht für das Organ des Premier-Ministers gelte. Es könne daher nicht Wunder nehmen, wenn man auf dem Festlande an eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen beiden leitenden Ministern glaube. Lord Russell hat die Existenz einer solchen kategorisch

in Abrede gestellt und ein *au contraire* hinzugefügt, welches sich der preussische Botschafter nicht zu deuten vermochte.

Ich habe zufällig den Schlüssel des Räthsels gefunden. Die bereits gemeldeten friedfertigen Dispositionen der hiesigen Regierung sind nämlich vor wenigen Tagen in einer vertraulichen Depesche an Lord Cowley sehr eindringlich betont worden. Wie gewöhnlich, wenn es sich um wichtige Staatsschriften handelt, wurde der Entwurf dem Premier-Minister vorgelegt und gelangte, an mehreren Stellen von dessen Hand verbessert, an das Auswärtige Amt zurück. Diese Verbesserungen hatten keinen anderen Zweck als die Erklärung, England werde wegen Polens nicht zu den Waffen greifen, schärfer zu formuliren. Vor dieser Thatsache zerstiebt das Gerücht jener Meinungsverschiedenheit. Der Nachsatz zu Lord Russell's *au contraire* würde also etwa lauten: im Gegentheil, Palmerston ist noch weit eifriger als ich für die Erhaltung des Friedens. Hinzufügen kann ich, dass Lord Russell seit der Expedition seiner Depesche vom 17. v. M., deren Antwort noch zurücksteht, nur ein einziges Mal an Lord Napier geschrieben hat. Es geschah dies in der guten Absicht, die russische Regierung vor der Gefahr zu warnen, durch allzu grosse Strenge die öffentliche Meinung in Europa aufzuregen und dadurch den Regierungen die Durchführung ihrer friedlichen Absichten zu erschweren. Insbesondere bittet Lord Russell, dem General Murawiew Mässigung zu empfehlen. Es giebt kaum ein undankbareres Geschäft als dergleichen Warnungen. Man würde sich demselben hier nicht unterzogen haben, wenn man nicht in der Aufregung der Massen eine gemeinsame Gefahr aller Regierungen erblickte.

Lord Derby's Rede in der Oberhaus-Debatte vom 13. beruht auf österreichischer Inspiration. Der Führer der Opposition hatte den k. k. Botschafter am Tage vor der Sitzung ersucht, ihm die Sachlage aus einander zu setzen. Den Eindruck dieser Debatte in Paris ersehen Sie aus der „Morning Post“.

Die „Times“ veröffentlicht einen Bericht aus Lemberg.

welcher das Treiben der Insurrection in den polnischen Wäldern mit lebendigen, aber düsteren Farben schildert.

London, 23. Juli 1863.

Die längst erwartete russische Antwort ist am 17. hier eingetroffen, Tags darauf Lord Russell in seiner Privatwohnung, Chesham Place, mitgetheilt und von diesem sofort dem Conseil vorgelegt worden. Der erste Eindruck soll nicht der beste gewesen sein. Sonnabend den 18. Nachts ging dem russischen Botschafter ein Telegramm zu, welches mir derselbe zu lesen gab. Es ist dies eine nicht unwichtige Nachschrift zu der Depesche. Gortschakoff telegraphirt, der englische und französische Botschafter hätten ihn gefragt, wie sich die Vorbesprechungen mit Oesterreich und Preussen gestalten sollten, welche Russland an die Stelle der abgelehnten Conferenz setzen wolle. Er habe geantwortet, diese Vorbesprechungen könnten in Petersburg stattfinden, die sechs Punkte in einem Protokolle oder Vertrage formulirt und das Actenstück dann England und Frankreich vorgelegt werden. Brunnow bedauerte, dass die Depesche ohne das telegraphische Postscriptum abgegangen sei, welches die Friedensliebe Russlands in das rechte Licht stelle.

Ich erlaubte mir die Frage, ob es nicht vielleicht politisch klüger gewesen wäre, durch eine versöhnlichere Sprache als die in der Depesche beliebte die englischen Minister in ihren friedlichen Absichten zu unterstützen?

„Das ist mir aus der Seele gesprochen,“ erwiderte Baron Brunnow. „Leider gehört Fürst Gortschakoff zu den Ministern, die die Tinte nicht halten können und das Schreiben mehr lieben als das Handeln. Ich empfehle Ihnen den heutigen Börsenartikel der „Times“. Ich habe daraus mit Vergnügen entnommen, dass der Gedanke an einen Krieg in der City *an unquestionable aversion* hervorruft. Auch über die Reden Gladstone's und Palmerston's im Unterhause kann ich durchaus nicht klagen. Dass man in Paris schäumt, schadet nichts. Meine Hauptaufgabe

ist, den hiesigen Ministern klar zu machen, dass sie sich ein weit grösseres Verdienst durch die Erhaltung des Friedens als durch Führung des Krieges erwerben können. Krieg anfangen, kann ein jeder. Bei Mit- und Nachwelt würden sie jedoch dadurch keinen Beifall ernten. Zu glauben, dass Russland den Krieg wünsche, ist Blödsinn. Die heute oder morgen aus Wien erwarteten Depeschen werden zur Klärung der Situation beitragen. Nächsten Sonnabend ist wieder Conseil. Montag den 27. hoffe ich zu wissen, woran wir sind. Von einer Fortsetzung der Polemik verspreche ich mir nichts, eine Replik der drei Mächte ist jedoch unabweislich. Auf meine Abberufung bin ich gefasst. Im Juli packt es sich leichter, als im Februar. Das Einpacken im Jahre 1854 war nicht gerade angenehm.“

London, 6. August 1863.

Die Replik des englischen Cabinets auf die russische Depesche in Sachen Polens ist dem Grafen Rechberg vertraulich im Entwurfe mitgetheilt worden. Derselbe telegraphirt soeben, das k. k. Cabinet sei vollkommen einverstanden, werde sich, so weit thunlich, derselben Argumentation bedienen und Alles aufbieten, in Paris eine übereinstimmende Auffassung zu erzielen. Das Zusammengehen Oesterreichs und Englands in dieser brennenden Tagesfrage ist auch für die deutschen Angelegenheiten von Bedeutung. Dieselben scheinen in ein entscheidendes Stadium getreten zu sein. Dem Hause Rothschild ging soeben ein Telegramm zu, nach welchem der Kaiser von Oesterreich die deutschen Fürsten zu einem am 16. in Frankfurt zu eröffnenden Fürstentage geladen hat. Noch fehlt die amtliche Bestätigung dieser Bankier-Nachricht. Dieselbe konnte jedoch nicht überraschen, da bekannt war, dass Oesterreich hochwichtige Entschliessungen für die deutschen Fürsten und Völker vorbereite.

London, 14. August 1863.

Graf Apponyi hat auf telegraphischem Wege einen zweimonatlichen Urlaub mit der Reserve erhalten, hierher zurückgesandt zu werden, falls die polnische Frage seine Anwesenheit erheischen sollte. Er geht über Frankfurt in der Hoffnung, den Einzug seines Kaisers dort zu erleben. Mündlich wird er Ihnen besser als dies schriftlich möglich sagen, wie die Dinge hier liegen.

Brunnow schwärmt natürlich für den Bundestag und bezeichnet denselben als die „weiseste Institution des Jahrhunderts", an welcher man nicht rütteln solle. Vom Fürstentage erwartet er ebenso wenig als die meisten englischen Zeitungsschreiber. Die mexicanische Angelegenheit nennt er *„l'affaire Maxicaine"*, und hofft, dass daraus eine Verstimmung zwischen Oesterreich und England erwachsen werde.

London, 27. August 1863.

In Newcastle upon Tyne hat sich ein naturwissenschaftlicher Congress der *British Association* unter Sir William Armstrong's Präsidium vereinigt. Es waren fünfundzwanzig Jahre vergangen, seitdem eine solche Versammlung in dem Centralpunkte des britischen Kohlenbergbaues stattgefunden hatte. Der berühmte Erfinder des vollkommensten Zerstörungswerkzeuges der Neuzeit fand sich dadurch veranlasst, einen Rückblick auf die Fortschritte der Naturwissenschaften während des letzten Menschenalters zu werfen. Seine Rede ist ein Meisterwerk populärer Darstellung und dürfte im gewerbfleissigen Sachsen Anklang finden. Von besonderem Interesse werden die statistischen Notizen sein, die Sir William über die Zukunft des Kohlenbergbaues zusammengestellt hat. Der Redner zog daraus den Schluss, dass, falls der jetzt üblichen Vergeudung dieses Brennmaterials nicht Einhalt gethan werde, die Erschöpfung der britischen Kohlenlager in einem Zeitraume von 212 Jahren unvermeidlich sei. Sir William empfiehlt allen auf die Ersparniss dieses unersetzlichen Brennmaterials abzielenden Erfindungen Vorschub zu leisten,

ja er geht so weit, die Regierung aufzufordern, den bisher unbeschränkten Abbau der Kohlenbassins zu beaufsichtigen. Bei der Abneigung, welche im Vaterlande des *self government* gegen jede bureaukratische Bevormundung vorherrscht, verdient diese Mahnung Beachtung. Die Wichtigkeit, welche die schwarzen Diamanten für den britischen Nationalwohlstand haben, erklärt es, wenn die „Times" der Rede Sir William Armstrong's eine grössere Bedeutung beilegt als derjenigen, mit welcher der Kaiser von Oesterreich den deutschen Fürstentag eröffnete. „Kohlen," ruft das City-Blatt, „Wärme, Gas, Elektricität sind Mächte, welche die Welt umgewandelt haben und auch in politischer Beziehung einen weit grösseren Einfluss auf die Geschicke der Menschheit ausüben als Preussen und Lippe-Detmold."

London, 16. November 1863.

Nur zwei Worte zur Erläuterung meines Telegramms:

„Le dîner encore problématique. Les gastronomes anglais indécis. Ils se méfient de l'appétit de l'amphitryon; tiennent au cru de quinze pour ce qui en reste, et réclament avant tout le menu et un programme raisonné du festin."

Heute morgen hier eingetroffen, bin ich so glücklich gewesen, Lord Russell, welcher sich eben in das Conseil begeben wollte, eine Viertelstunde abzugewinnen. Ich sagte ihm, er werde den Grund meiner verfrühten Rückkehr errathen. Wir müssten dringend wünschen zu wissen, was England zu thun gedenke, eine Frage, auf welche der britische Gesandte in Dresden uns die Antwort schuldig geblieben.

Lord Russell erwiderte: „Bis jetzt haben wir sehr wenig gethan. Wir haben den Franzosen zuvörderst erklärt, wir erachteten die Verträge von 1815 nicht für erloschen, sondern überall für bindend, wo dieselben nicht aufgehoben worden. Wir haben gefragt, erstens welche Vorlagen Kaiser Napoleon dem Congresse zu machen gedenke, zweitens, welche Autorität der letztere haben solle?"

Drouyn de Lhuys hat ausweichend geantwortet, eine detaillirte Aufstellung der dem Congresse vorzulegenden Fragen würde die Freiheit der Verhandlungen beeinträchtigen.

Meine Frage, ob ich berichten dürfe, England wünsche kein Picknick, erhielt die nachstehende Antwort:

„Auch Kaiser Napoleon wünscht kein Picknick, sondern ein ordentliches Diner, um einen Theil seiner Nachbarn zu verspeisen *(a regular dinner to eat up part of his neighbours).*“

Man wünscht und hofft mit Oesterreich gehen zu können. Lord Russell hat mir jedoch nicht verschwiegen, dass die Stellung beider Mächte sehr verschieden sei. England wolle nichts, und besitze auch, seitdem es das Protectorat über die jonischen Inseln aufgegeben, nichts, was andere begehrten. Oesterreich habe Galizien gegen die Polen, Venetien gegen die Italiener zu vertheidigen.

Ich warf hin, ob es denn nicht möglich, sich mit Oesterreich über Italien zu verständigen.

„Unmöglich,“ erwiderte der Staats-Secretär, „denn Oesterreich perhorrescirt jede Verhandlung über Venetien, weil es dasselbe nicht aufgeben will.“

Unter Autorität des Congresses versteht man hier die Frage, ob der Majorität nach Ansicht des Kaisers der Franzosen das Recht eingeräumt werden solle, die Minorität wenn nöthig durch Waffengewalt zur Annahme ihrer Beschlüsse zu zwingen. Hier ist man entschieden gegen eine solche Interpretation des Wortes Autorität. Uebereilen wird man sich weder hier noch in Petersburg. Selbst in Paris scheint man den Zusammentritt des Congresses keineswegs beschleunigen zu wollen.

London, 27. November 1863.

Der Congress ist gescheitert. Die Rückäusserung Drouyn de Lhuys' ist erst am 24. hier mitgetheilt worden. Man kannte jedoch deren Inhalt aus Cowley's Berichten und schon im Conseil vom 19. konnte der Beschluss gefasst werden, jede Betheiligung

an dem von Frankreich proponirten Congresse endgiltig abzulehnen. Lord Russell hatte seine Depesche concipirt. Der Entwurf fand den einstimmigen Beifall sämmtlicher Minister und konnte Tags darauf der Königin in Windsor zur Genehmigung unterbreitet werden. Nur der Form wegen ist der Empfang der französischen Depesche abgewartet worden.

Nach seiner Rückkehr von Windsor, am 20., theilte Lord Russell dem k. k. Botschafter unter dem Siegel des Geheimnisses die gefasste Entschliessung mit und fügte hinzu, die Königin habe die ablehnende Depesche mit Freuden gutgeheissen. Rechberg muss also am 21. früh die Entscheidung gekannt haben. Die Sprache, welche der k. k. Botschafter hier zu führen beauftragt war, mag nicht wenig dazu beigetragen haben, die britischen Minister in ihrer Abneigung gegen die Congress-Idee zu bestärken. Lord Russell sprach die Hoffnung aus, Oesterreich werde Englands Beispiele folgen. Apponyi erklärte, dafür setze er seinen Kopf zum Pfande. „Dann ist auch der Congress begraben," bemerkte der Staats-Secretär, „denn ohne Oesterreich und England ist nicht daran zu denken."

Russland hatte im voraus erklärt, sich bei keinem Congresse, an welchem nicht alle Grossmächte vertreten seien, betheiligen zu können. Brunnow's Commentar zu dem englischen *„unable to attend"* lautet: „Es geht Alles nach Wunsch. Wir werden dasselbe thun. Die polnischen Wirren haben jedenfalls das Gute gehabt, uns über den Werth der französischen Allianz aufzuklären und uns von dieser Illusion zu heilen."

Ein Cabinets-Minister sprach mir gestern seine ungetheilte Genugthuung über das Geschehene aus. „Das unsinnige Phrasengeklingel," sagte er, „mit welchem selbst Gladstone uns nicht verschont hat, gehört nun in die Rumpelkammer. Von der weltbeglückenden englisch-französischen Allianz wird nun nicht mehr die Rede sein. Der gesunde Sinn des Volkes hat die französischen Taschenspielerkünste durchschaut. Gestützt auf die öffentliche Meinung haben wir diesem *humbug* ein Ende gemacht und

die Schmach abgewendet, welche Louis Napoleon Europa anthun wollte, als er sich zum Schiedsrichter der Weltgeschicke aufwarf. Freilich wird er jetzt auf Rache sinnen, denn gleichgiltig kann er dieses Fiasco nicht hinnehmen. Was er im Schilde führt? ich weiss es nicht. Sein Schweigen in der holsteinischen Angelegenheit ist ominös. Sei dem wie ihm wolle, wir fürchten ihn nicht. Wir haben den Mann und sein Spiel durchschaut."

In diesem Grabgeläute der westmächtlichen Allianz, welches jetzt überall erklingt, erblicken manche schon das Vorzeichen einer europäischen Coalition, die sich gegen den Bonapartismus zusammenballt.

The Schleswig-Holstein Question ab ovo [1]).

To the Editor of the Times. — Sir, — Charlemagne declared Holstein a province of the German Empire (803); his successors, the great Saxon Emperors, Henry I., Otto I., and Otto II., conquered Schleswig (931 to 975). The town of Schleswig became the seat of a Saxon bishop. The province itself, however, having never been formally incorporated, the Congress of Vienna inherited a doubt of a thousand years' standing. Denmark got the benefit, if any, of that doubt. Schleswig was not considered to belong to the German Confederation.

But the connexion of Holstein and Schleswig is older than the German Bund, and has not been abrogated by the settlement of 1815. By the Constitution granted by Waldemar, King of Denmark, in 1326, the distinct pledge was given „that Schleswig shall never be annexed to Denmark". The Dukes of Schleswig died out in 1375, and the country was united with Holstein. Erich, King of Denmark, tried, it is true, to disturb that union, and the Counts of Holstein lost Schleswig for 23 years (1412

---

[1]) Veröffentlicht in: The Times, Friday, December 4, 1863. — Die deutsche Uebersetzung dieses Briefes ist im Anhange unter Nr. 1 gegeben.

to 1435), but the German Hansa having come to the rescue, King Erich lost not only Schleswig, but his three crowns--Denmark, Sweden, and Norway (1439). Erich's nephew, Christoph of Bavaria, succeeded in Denmark, but died without issue. The Danes offered the vacant throne, first to Adolphus VIII., Duke of Schleswig-Holstein, who declined, and then to Christian I. of Oldenburg, who accepted (1448). Adolphus VIII. having died without issue in 1459, the Schleswig-Holsteiners elected King Christian I. to be their duke. He declared in his letters patent of 1460, „that the prelates, lords, cities, and inhabitants of Schleswig-Holstein having elected him by their own free will and out of good will to be their Sovereign, and having sworn the oath of allegiance to him, not as King of Denmark. but as Duke of Schleswig-Holstein, the order of succession in those two duchies shall not be altered, and belong exclusively to the male line;“ whereas, in Denmark, King Juan Otto (991 to 1014) had introduced the succession of females. The „capitulation“ upon which Christian I. took the oath, and which he signed for himself, his heirs, and successors, is in fact the „Magna Charta“ of the Schleswig-Holsteiners, and their „Bill of Rights“. These are the principal rights and privileges enacted therein:—

„Schleswig and Holstein never to be separated; the citizens not to do any military service out of their country; no tax to be imposed without the vote of the Estates in Parliament assembled; no currency to be introduced which is not received at Hamburg and Lubeck; citizens exclusively to be appointed to public functions; no citizen to be judged by a foreign tribunal — no Dane, no foreigner, to be their judge; the Sovereign promises to make no war without the consent of Parliament; Parliament to meet every year. Every successor shall confirm these privileges by his oath; should he object to take that oath, the Schleswig-Holsteiners are at liberty to elect any other male descendant of Christian I. to be their Duke.“

Since 1660 Denmark has begun to try to infringe those privileges; but the people, who are the sons of the old Saxons, and who claim the same forefathers as the English, resisted and withstood all those encroachments.

The first Danish statesman who openly took the line of proposing the incorporation of Schleswig was Orla Lehmann, in 1836. His party became powerful after the death of King Frederic VI. Christian VIII. was led by that party to sign the letter patent of 1846 (July 8), declaring the Danish (female) order of succession to be the rule forthwith in the German Duchies. This was resisted as a breach of privilege. The Statholder resigned, the Duke of Augustenburg protested, the Estates joined in the protest, and brought the question before the German Diet. *„Hinc illae irae.“* War broke out in April, 1848, and lasted, with a short interruption after the truce of Malmö, until July, 1849. After Olmütz, Austria undertook the settlement of that long-pending quarrel, and acted, in fact, as arbiter. The Austrian and Prussian plenipotentiaries were throughout those negotiations with Denmark the spokesmen of the Diet. Peace was made, an Austrian army having occupied the Duchies. Austria and Prussia promised to settle the succession question according to the wishes of Denmark, and to acknowledge by an European transaction the principle of the integrity of the Danish monarchy, under the condition that Denmark would fulfil faithfully her engagements towards the Duchies, respect their ancient privileges, never try to separate them, and never incorporate Schleswig into Denmark proper. The German Powers kept their word; the treaty was signed in 1852. Did the Danes keep theirs? The Danish Minister of Foreign Affairs, M. Bluhme, who directed in 1851 and 1852 all those negotiations, has answered that question. The speech he made on the 13th of November last in the Senate of Copenhagen shows that the treaty of 1852 stands or falls, as far as the German Powers are concerned, with the pledge given by M. Bluhme in the name of

Denmark — that Schleswig shall never be incorporated, never separated, from Holstein. But M. Bluhme shows, moreover, that even as far as the non-German Powers are concerned the principle of the integrity of the Danish monarchy would fall to the ground should the Danes accept a Constitution which excludes Holstein and Lauenburg, because the Danish monarchy, which the Powers who signed the treaty of 1852 wanted to uphold, was composed of Denmark Proper, Holstein, Schleswig, and Lauenburg, and not only of Denmark Proper and Schleswig.

The case stands simply thus :—There is a treaty which everybody who signed it wants to uphold; but that treaty will and must remain a dead letter, and cannot be acted upon as long as the Danes will not fulfil their part of the compromise of 1852—viz., withdraw the illegal proclamation of March, 1863, and cancel the Constitution, which the present King has only signed by compulsion and under the threat of a revolution—a Constitution which would incorporate, *de facto,* Schleswig, and destroy for ever the integrity of the Danish monarchy.

The Germans do not want to make any conquest; that is all sheer nonsense. It is not a question between „poor little Denmark“ and „big Germany“. The „big boy“ in the case is Denmark, and the „poor little one“ is Holstein. It is, in one word, a question of privilege, not a question of power.

December, the 2nd 1863.

A German who is fond of facts.

London, 7. December 1863.

Nach einem Telegramm d. d. Kopenhagen den 6. December hat die dänische Regierung das Patent vom 30. März zurückgezogen. Die Nachricht war bereits gestern in Pembroke Lodge bekannt und ist mit sichtlicher Freude aufgenommen worden. Man scheint sonach in Kopenhagen die Nothwendigkeit einzulenken erkannt zu haben.

Lord Wodehouse hat gestern die Befehle der Königin in

Windsor eingeholt und gedenkt am 9. sich nach Kopenhagen zu begeben, um dem Könige von Dänemark die Glückwünsche Ihrer Grossbritannischen Majestät zu seiner Thronbesteigung, zugleich wohlgemeinte Rathschläge der hiesigen Regierung zu überbringen. Diese Wahl ist aufgefallen. Hatte doch der junge Lord noch in der letzten Parlaments-Session die Vermittelungs-Politik Lord Russell's in einer Rede angegriffen, welcher man weder Objectivität noch Unparteilichkeit nachrühmen konnte. Der Ehrgeiz, einen Erfolg zu erzielen, der hohe Werth, den man hier auf eine friedliche Abwicklung der dänischen Streitfrage legt, der Umschlag der öffentlichen Meinung zu Gunsten Deutschlands und vielleicht die Rücksicht auf die Königin mögen die schroffen Auffassungen des ehemaligen Unterstaats-Secretärs gemildert haben.

„Der Teufel ist nicht so schwarz, als man ihn an die Wand malt,“ sagte er vorgestern dem Grafen Bernstorff. „Ich werde den Dänen Frieden predigen und sie ermahnen, den deutschen Mächten alle Zugeständnisse zu machen, die nicht geradezu Unmöglichkeiten impliciren.“

Lord Russell ist weit entfernt, die Erfüllung der von Oesterreich und Preussen gestellten Forderungen zu den Unmöglichkeiten zu rechnen.

Bernstorff ist kleinlaut und mit der Wendung der Dinge unzufrieden. Der Widerruf der Proclamation vom 30. März und die Aufhebung der Verfassung, welche die Einverleibung Schleswigs aussprach, genügen ihm nicht. Um eine halbwegs befriedigende Lösung herbeizuführen, meint er, werde nichts übrig bleiben als die Herzogthümer Schleswig und Holstein durch eine Personal-Union mit dem eigentlichen Dänemark nach dem Vorbilde von Schweden und Norwegen zu verbinden.

Das preussische Rechtsgutachten vom Jahre 1851 über die dänische Successionsfrage ist neuerdings in Kopenhagen veröffentlicht worden. Es geht daraus hervor, dass nach dem deutschen Fürstenrechte nicht ein einziges Mitglied des schleswig-holsteini-

schen Hauses als ebenbürtig zu betrachten ist. Es würde also eine unabsehbare Verwirrung entstehen, sollte das Londoner Protokoll ausser Kraft gesetzt werden.

G., der mich heute unaufgefordert besuchte und sich einiger geheimer Aufträge des preussischen Minister-Präsidenten rühmte, giebt mir eine erbauliche Schilderung von dem Treiben der deutschen Umsturzpartei in London. Dieselbe arbeitet unter der Leitung des bekannten Marx offen auf den Krieg los und hält die europäische Constellation für sehr günstig für ihre Zwecke. Russland sei mit Polen, Oesterreich mit Venetien, Frankreich mit Mexico beschäftigt, und England werde nur bellen, nicht beissen. Diese extreme Partei geht von der Ansicht aus, die deutschen Regierungen zeigten sich unfähig, den nationalen Bestrebungen in Sachen Schleswig-Holsteins gerecht zu werden. Sie trägt sich mit dem abenteuerlichen Gedanken, die Elbherzogthümer unter den Schutz Louis Napoleon's zu stellen und plant zu diesem Zwecke eine Massen-Deputation in Paris. So würde dem Völker-Congresse die Thür geöffnet, welchen Emile de Girardin anstatt des in den Brunnen gefallenen Fürsten-Congresses empfiehlt. G. behauptet, diese kindische Idee sei nicht bloss berathen, sondern zum Beschlusse erhoben worden.

London, 8. December 1863.

In meiner letzten Unterredung mit Lord Russell habe ich nicht versäumt, den Wortlaut der Reserve zu seiner Kenntniss zu bringen, unter welcher wir im Jahre 1852 dem Londoner Vertrage beigestimmt haben.

„Wenn die Frage damals an den Bund gelangt wäre,“ fügte ich hinzu, „würden wir wahrscheinlich für die Annahme gestimmt haben. Allein die Frage ist eben nicht an den Bund gelangt und dadurch offen geblieben. Das ist nicht unsere Schuld, und man kann uns nicht verdenken, wenn wir, nachdem wir uns ausdrücklich die Freiheit unserer Entschliessung gewahrt, unter völlig veränderten Umständen heute anders

stimmen, als wir vor zehn Jahren gestimmt haben würden. Dass die Frage offen geblieben, kann man beklagen. An der Thatsache lässt sich nichts ändern. Auch kann man sich darüber nicht verwundern, wenn in der gegenwärtigen Erregung dieses Versäumniss jetzt im anti-dänischen Sinne ausgebeutet wird.“

Graf Bernstorff beklagt für seine Person die actenwidrige und incorrecte Erklärung, welche die beiden deutschen Grossmächte in Frankfurt abgegeben haben. Er rügt namentlich die unmotivirte Behauptung, Prinz Friedrich von Hessen sei, von dem Londoner Protokolle abgesehen, der legitime Erbe der Krone Dänemarks. Das Erbrecht dieses Prinzen beruhe in Wahrheit nur auf Uebertragung; dessen Mutter Louise Charlotte, die am 3. October 1789 geborene Tochter des verstorbenen Erbprinzen Friedrich von Dänemark, sei rechtlich Königin von Dänemark nach Friedrich's VII. Tode gewesen. Wäre sie es wirklich geworden, so würde sie weder auf Schleswig und Holstein noch auf Lauenburg Anspruch haben erheben können, da dort überall männliche Erbfolge Gesetz sei. Die Zurücknahme des Patentes vom 30. März ist nach der Ansicht des preussischen Botschafters eine blosse Schein-Concession, welche durch die eider-dänische Proclamation an die Holsteiner und Lauenburger neutralisirt wird. „Es ist das alte Spiel,“ bemerkte Bernstorff, „der durch Terrorismus herrschenden demokratischen Partei. Man hofft durch scheinbares Nachgeben die europäischen Mächte zu gewinnen und uns Deutsche zu täuschen. Mein einziger Trost ist, dass man in Berlin den Ernst der Lage nicht unterschätzt, wie die Uebertragung des Ober-Commandos an den Prinzen Friedrich Karl beweist. Man wird es wahrscheinlich vorziehen, sich durch die Ereignisse zur Lossagung von dem Vertrage von 1852 drängen zu lassen.“

Der Prinz von Wales nimmt, wie nicht anders zu erwarten, für seinen Schwiegervater und für Dänemark Partei. Auch Paget droht, England werde mit einer Kriegserklärung antworten, wenn

die deutschen Mächte dem Vertrage von 1852 ihre Anerkennung versagten.

Man mag beklagen, dass die deutschen Grossmächte es nicht für gut befunden haben, in Frankfurt den Standpunkt festzuhalten, welchen wir dort vertreten. Es kann indessen nicht geleugnet werden, dass die Sprache des Grafen Rechberg und des Herrn von Bismarck in ihren eigenen Kammern wesentlich dazu beigetragen hat, die öffentliche Meinung hier zu unseren Gunsten umzustimmen. Hier imponirt nur die Einhelligkeit der deutschen Regierungen, und es wäre jedenfalls ein politischer Fehler, wollten wir die im Schosse des Bundestages hervortretenden Meinungsverschiedenheiten den Blicken des Auslandes blossstellen.

London, 13. December 1863.

Es bot sich heute Gelegenheit, die deutsch-dänische Streitfrage Vormittags mit Lord Russell, Abends mit Lord Palmerston zu besprechen.

Lord Russell war in Pembroke Lodge durch die Vertreter Russlands, Oesterreichs und Griechenlands in Anspruch genommen und konnte mir nur kurze Zeit widmen. Ich beglückwünschte ihn zuerst zu den Erfolgen seiner Vermittelungspolitik, welche, im vorigen Jahre angegriffen, heute von der öffentlichen Meinung in England gebilligt werde. So habe auch Lord Wodehouse die gerechte Nemesis ereilt, da er heute in Kopenhagen das vertheidigen müsse, was er unberufener Weise vor einigen Monaten bekämpfte.

Lord Russell nahm diese Glückwünsche mit sichtlichem Behagen entgegen und bemerkte: „Jetzt freilich werden es die Dänen bereuen, meinem wohlgemeinten Rathe nicht gefolgt zu sein. Denn sie können sich glücklich schätzen, wenn sie so wohlfeilen Kaufes loskommen. Wenn die öffentliche Meinung trotz Lord Derby's und Lord Wodehouse's Kritik heute meine Auffassung theilt, so freut mich dies mehr, als es mich über-

rascht. Es hatte sich niemand die Mühe genommen, die Frage zu studiren."

Bezüglich des Bundes-Beschlusses verhehlte mir der Staats-Secretär nicht, dass er unsere Opposition weder verstehe, noch billige.

„Jeder, der die Stimmung in Deutschland kennt," antwortete ich, „kann es nur beklagen, wenn Oesterreich und Preussen den für beide ganz unverfänglichen Antrag der sächsischen Regierung nicht unterstützt haben. Dieser Antrag würde dann einstimmig angenommen worden sein. Nach den Erfahrungen, welche Graf Rechberg und Herr von Bismarck seitdem in ihren Kammern gemacht, werden diese beiden Minister heute bereuen, einen einstimmigen Bundesbeschluss verhindert zu haben."

„Seien Sie versichert," replicirte Lord Russell, „Oesterreich und Preussen haben der Sache Deutschlands einen guten Dienst geleistet, indem sie muthig der Versuchung widerstanden, nach Popularität zu haschen. Beide Mächte haben zugleich Europa in die Lage gesetzt, in Kopenhagen eine Pression zu üben, welche der Erhaltung des Friedens nur förderlich sein kann."

„Man muss den Tag nicht vor dem Abend loben," erwiderte ich, „die Zukunft wird lehren, wer das deutsche Volk in dieser Frage besser vertritt, die Bundes-Majorität oder Oesterreich und Preussen. Wir Deutsche gelten, und vielleicht nicht ganz mit Unrecht, für Theoretiker, die grösseren Werth auf den Buchstaben des geschriebenen Rechtes als auf die Thatsachen legen. Wenn man es mit einer tiefgehenden nationalen Aufregung zu thun hat, so muss man vor allen Dingen das Volk nehmen, wie es ist. Ihr Engländer habt es mit praktischen Leuten zu thun, denen ihr den Mund mit dem so beliebten Worte *expediency* stopfen könnt, wir mit theoretischen Idealisten. Will man letztere führen, so muss man sie nicht durch unnöthige Glaubensbekenntnisse vor den Kopf stossen. Man läuft dadurch Gefahr, das Rechtsgefühl des Volkes zu verletzen, das Vertrauen in die Regierungen zu erschüttern und die Aufregung zu ver-

mehren, anstatt sie zu beschwichtigen. Ersteres ist geschehen, weil die österreichisch-preussische Erklärung die Thatsache ignorirt, dass die dänische Successionsfrage für den Bund eine offene ist. Unser Vorschlag bezweckte im Gegentheil diese Thatsache männlich in das Auge zu fassen und ehrlich einzugestehen. Die deutschen Grossmächte haben durch ihre Erklärung nur Oel in das Feuer gegossen und sie werden weder die Integrität Dänemarks noch den Londoner Vertrag zu retten vermögen."

„Möglich; das hindert jedoch nicht, dass die Annahme des sächsischen Antrages auf Occupation den Krieg, den wir zu vermeiden wünschen, herbeigeführt haben würde. Dänemark hat hier erklärt, es werde sich einer Bundes-Execution in Holstein und Lauenburg nicht widersetzen, wohl aber einer Occupation. In diesem Falle würde Europa, wenigstens England und Russland, entschieden für Dänemark Partei ergriffen haben."

„Von Occupation stand in dem Entwurfe, den ich Ihnen vorgelesen, kein Wort. In Wahrheit waren alle deutschen Regierungen über den Zweck vollkommen einig. Sie wollten den endlichen Austrag dieser langwierigen Differenz. Sie wollten verhindern, dass dieselbe ein Agitationsmittel werde und darum die Lösung nicht den Massen, nicht dem National-Verein oder gar Frankreich überlassen. Nur über die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes war man verschiedener Meinung. Hätte man unseren Antrag angenommen, so würden die Bundestruppen die betreffenden Länder besetzt und dadurch die nationalen Leidenschaften beruhigt haben. Die Regierungen hätten Zeit gewonnen, die Successionsfrage in aller Ruhe an competenter Stelle rechtsgiltig zu entscheiden. Dann war für Oesterreich und Preussen der Zeitpunkt gekommen, für die Aufrechterhaltung des Vertrages zu wirken."

„Der Name thut nichts zur Sache. Sie wollten die Occupation unter der Firma Bundes-Execution *pur et simple*. Erstere hätte zum Kriege geführt, mit der letzteren hoffen wir den Frieden aufrecht zu erhalten. Dies ist unser praktischer Standpunkt."

Die dänische Erklärung, auf welche Lord Russell anspielte, ist, wie ich höre, am vergangenen Freitag abgegeben worden. Ein Schreiben des Ministers Hall bezeichnet die Beweggründe des Bundes als entscheidend. Der Bundesexecution in Holstein und Lauenburg werde sich Dänemark nicht widersetzen, sollte aber diese Execution nur erfolgen, um die Successionsfrage der Entscheidung des Bundes zu unterwerfen, so würde es die Ehre Dänemarks erheischen, der deutschen Uebermacht Widerstand zu leisten. Es scheint ein Hysteron Proteron vorzuliegen. Der dänische Minister wusste jedenfalls, ehe er zur Feder griff, auf telegraphischem Wege, dass die Eventualität nicht eintreten werde, bei welcher die Ehre in Frage kommen konnte. Hier hat die Erklärung an massgebender Stelle ihren Zweck nicht verfehlt.

Lord Palmerston, der Abends mein Tischnachbar war, lenkte selbst das Gespräch auf die brennende Tagesfrage mit den Worten: „Baron Beust erregt mein Erstaunen *(I am astonished at Baron Beust).*“

„Ihr Erstaunen,“ erwiderte ich, „beweist nur, dass Sie vergessen haben, was Ihnen Herr von Beust im vorigen Jahre über die öffentliche Meinung Deutschlands gesagt hat.“

„Man vergisst in Deutschland immer die Hauptsache. Oesterreich und Preussen, als sie als Mandatare des Bundes den Vertrag von 1852 unterzeichneten . . . .“

„Als Mandatare des Bundes? Verzeihen Sie, lieber Lord Palmerston, aber Oesterreich und Preussen haben den Londoner Vertrag eben nicht als Mandatare des Bundes unterzeichnet.“

„Nun wohl. Oesterreich und Preussen haben jedoch durch Unterzeichnung des Vertrages von 1852 Verpflichtungen übernommen nicht bloss gegen Dänemark, sondern gegen uns, Frankreich, Russland und Schweden. In diesem Vertrage steht kein Wort von Verpflichtungen Dänemarks, von welchen die von den sechs Mächten festgestellte Thronfolge abhängig sein sollte. Wie also kann sich ein Staatsmann, wie Baron Beust, auf einen Causalnexus beziehen, der nicht existirt?“

„Verzeihen Sie, ich muss Sie anderweit unterbrechen, denn Sie sind schlecht unterrichtet. Hierin liegt gerade der Punkt, über welchen wir mit den deutschen Grossmächten nicht einverstanden sind. Auch wir sind der Ansicht der britischen Regierung, dass formell kein Causalnexus vorliegt, und hätten gerade darum gewünscht, dieses Argument auf sich beruhen zu lassen und uns einfach an die Thatsachen zu halten. Thatsache aber ist, dass der Londoner Vertrag dem deutschen Bunde nicht vorgelegen hat. Diese Versäumniss *(oversight)* fällt dem Unterzeichner (Lord Malmesbury), nicht dem Autor (Lord Palmerston) zur Last. Der Vertrag existirt daher für den Bund nicht, und für den Bund ist die Landgräfin Louise Charlotte von Hessen legitime Königin von Dänemark. Dieselbe konnte nach den bestehenden Landes-Verfassungen weder in Schleswig noch in Holstein zur Regierung gelangen, auch weder ihrem Sohne noch ihrer Tochter Rechte übertragen, die sie selbst nicht besass. Die Frage, wer der legitime Souverän von Holstein und Lauenburg, ist für den Bund eine offene, solange er dem Londoner Vertrage nicht beigetreten. Hier liegt die Schwierigkeit, deren Lösung den deutschen Regierungen obliegt, eine Schwierigkeit, die sich weder ignoriren noch ableugnen lässt, sondern offen und fest angefasst werden muss."

Einen dauernden Eindruck durch diese Auseinandersetzung hervorgebracht zu haben, schmeichele ich mir nicht. Ich kann nur dankbar anerkennen, dass der greise Premier, der bei Tische nicht gern spricht, durch mehrfache Zwischenfragen ein ungeheucheltes Interesse bethätigte. Von der Competenz des Bundes will er freilich nicht viel wissen. Der Bundestag sei kein Areopag, keine oberste Instanz für europäische Angelegenheiten. Ob der Bund den Vertrag anerkenne oder nicht, das ändere nichts an der Thatsache, dass Oesterreich und Preussen als europäische Mächte daran gebunden seien. Dass die Verfassung vom 18. November unvereinbar sei mit den von Dänemark Deutschland gegenüber übernommenen Verpflichtungen, gestand Lord

Palmerston zu, mahnte aber zur Geduld, da die Leidenschaften in Kopenhagen ebenso erregt seien als in Deutschland.

Als ich nach dieser ausgedehnten Tischrede hervorhob, unser Unglück sei, dass diese Frage alle Welt hier so gründlich langweile, erwiderte Lord Palmerston lachend, die Geschichte der Menschheit bestehe aus einer Reihe ebenso langweiliger Fragen.

Jedenfalls ist ein Fortschritt unverkennbar, wenn man die Sprache der beiden leitenden Minister mit ihrer früheren Haltung vergleicht. Noch im vorigen Jahre vertrat Palmerston den dänischen Standpunkt mit leidenschaftlicher Heftigkeit im Unterhause, während Russell nicht wagte, seinen Vermittelungs-Vorschlag im Oberhause zu vertheidigen.

Brunnow behauptet, Lord Wodehouse sei ohne Instruction abgereist. Man habe ihn vorläufig nur beauftragt, sich in Berlin zu erkundigen, was die deutschen Grossmächte verlangten. Man werde seinen Bericht abwarten, bevor man ihm über die in Kopenhagen zu führende Sprache die nöthigen Weisungen ertheile.

Die nächste Sitzung des Cabinets wird Mittwoch stattfinden. Möglich, dass über die englische Politik in der dänischen Frage darin endgiltige Entschlüsse gefasst werden.

In Kew Cottage herrscht grosse Bestürzung über die Wendung der Dinge. Die Herzogin von Cambridge empfing mich mit der Versicherung, sie sei aus den Wolken gefallen, als sie vernommen, dass die Successionsfrage nicht definitiv geregelt gewesen. Ihr deutsches Herz könne sie nicht verleugnen, aber der arme König Christian sei sehr zu bedauern, um so mehr als er, ohne allen Ehrgeiz, die ihm zugefallene Krone als eine schwere Last betrachte. Sie habe ihrer Nichte, der Königin, nicht verhehlt, dass die Verfassung vom 18. November nicht hätte gutgeheissen werden sollen. Ihre Majestät habe geantwortet, sie hätten nicht anders gekonnt; es sei ein trostloser Zustand.

London, 17. December 1863.

Baron Brunnow lässt den Intentionen der sächsischen Regierung volle Gerechtigkeit widerfahren, bezweifelt jedoch, dass ein einmüthiger Bundesbeschluss in unserem Sinne der Aufregung in Deutschland gesteuert haben würde.

„Es ist," bemerkte er, „schlimm, dass heutzutage Alles persönlich genommen wird. Man spricht nicht mehr von Sachsen sondern von Herrn von Beust, nicht mehr von Russland sondern vom Fürsten Gortschakoff. Das ist eine Unsitte, die der Objectivität des Urtheils Eintrag thut. — Die Kosten der Bundes-Execution und die Beschwerden der Einquartierung werden hoffentlich die Holsteiner zur Vernunft bringen. Wenn Deutschland alle Concessionen zurückweist, die wir jetzt gemeinschaftlich mit England in Kopenhagen empfehlen, dann ist der Krieg unvermeidlich. Ein Krieg, welchen Deutschland führt, um Schleswig zu erobern, wird aber die sofortige Betheiligung Schwedens, im Frühjahre die Blokade der Nord- und Ostsee-Küsten und das Erscheinen einer französischen Armee am Rhein zur Folge haben. Zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um die Waffen zu ergreifen, wird Russland die Schweden immer lieber in Schleswig sehen als in Finnland. — Was den Londoner Vertrag anlangt, so waren wir, Lord Palmerston und ich, fest überzeugt, Oesterreich und Preussen hätten denselben im Namen und Auftrage des deutschen Bundes unterzeichnet. Wenn der Bund nicht ausdrücklich zum Beitritte aufgefordert worden, so könnte möglicher Weise Preussen es verhindert haben, um sich eine Hinterthür offen zu halten. Das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg auf ganz Holstein ist abgesehen vom Londoner Vertrage und von der Verzichtleistung seines Vaters mindestens zweifelhaft. Was halten Sie vom Gottorp'schen Antheil? Ich kenne das Alles so genau nicht. Sollte der Prinz Friedrich wirklich auch auf Schleswig Rechte haben?"

Als Commentar zu diesen Fragen gab mir der russische Botschafter die Sammlung der auf den Londoner Tractat bezüglichen Actenstücke. Dieses kleine Blaubuch ist auf Befehl der

dänischen Regierung in Kopenhagen gedruckt worden. Für die Rechtsfrage ist das Warschauer Protokoll (Nr. 6) nicht ohne Interesse, auch verdienen die zwischen dem russischen und dänischen Gesandten gewechselten Noten vom 8. und 24. Mai einige Aufmerksamkeit.

Ueber die geheime Geschichte des Londoner Vertrages geht mir aus zuverlässiger Quelle Folgendes zu.

Im Juni 1850 befand sich Lord Palmerston, damals Staats-Secretär des Auswärtigen, in peinlicher Verlegenheit in Folge seines eigenmächtigen Vorgehens gegen die griechische Regierung. Der Jude Pacifico, ein zweideutiger Abenteurer, hatte als britischer Unterthan Palmerston's Protection angerufen und dieser ohne Vorwissen der Krone und seiner Collegen die britische Flotte gemissbraucht, um von der schwachen Regierung des Königs Otto die Bewilligung der Forderungen Pacifico's zu erpressen. Man erinnert sich der allgemeinen Entrüstung, welche dieser Piratenzug hervorrief. Namentlich missbilligten die beiden anderen Schutzmächte, Frankreich und Russland, diese Gewaltmassregel. Frankreich unter Cavaignac's Dictatur war nicht in der Lage, mit einer Kriegserklärung zu antworten, rief aber Drouyn de Lhuys, damals französischer Botschafter in London, zurück, während Baron Brunnow bei dem officiellen Bankett am Geburtsfeste der Königin durch seine Abwesenheit glänzte. Da Lady Palmerston in dem Nicht-Erscheinen des russischen Gesandten eine Verletzung der Königin erblicken wollte, ging Brunnow zum Prinzen Albert, um diesem die Gründe offen darzulegen, die ihn verhinderten, der Einladung Palmerston's zu folgen. Der Prinz gab dem britischen Minister Unrecht. Das Oberhaus in seiner Sitzung vom 17. Juni 1850 sprach mit einer Majorität von 37 Stimmen ein förmliches Tadels-Votum gegen letzteren aus. Dieser befürchtete, das Unterhaus werde dem Beispiele der Lords folgen, falls Brunnow wie der französische Botschafter seine Pässe verlange. Dann war Lord Palmerston's politische Zukunft verloren. Um sich im Amte zu erhalten, ging

er zu Brunnow und fragte, ob es denn kein Mittel gäbe, die Sache beizulegen. *„Do ut des,“* erwiderte der russische Gesandte; „geben Sie uns freie Hand in Kopenhagen und wir geben Ihnen Griechenland preis.“ Der Handel ward abgeschlossen und das Protokoll vom 4. Juli 1850 besiegelte denselben und gewährleistete die von Russland gewünschte Integrität Dänemarks. Der Vertrag vom 8. Mai 1852, obgleich von Malmesbury unterzeichnet, ist sonach das Werk Palmerston's und Brunnow's. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn diese beiden *compères* heute, wo es sich darum handelt, diesen Pact zu zerreissen, für dessen Rettung Himmel und Erde in Bewegung setzen.

London, 21. December 1863.

„London macht bescheiden,“ sagt Brunnow, der ein Menschenalter hindurch die *„ups and downs“* politischer Thätigkeit in diesem Ameisenhaufen persönlich zu studiren Gelegenheit gehabt hat. Ich bitte es daher nicht dem Mangel an gutem Willen zuzuschreiben, wenn es mir hier nicht gelingt, für unsere Auffassung der deutsch-dänischen Frage Adepten zu werben. Ich bin ganz isolirt. Sie kennen meinen bayerischen Collegen und wissen, wie vortrefflich er von seiner Regierung unterrichtet wird. Er hat mir gestern im engsten Vertrauen versichert, er habe seit 1852 auch nicht eine Zeile von München über die langweilige holsteinische Frage erhalten, die er nie verstanden habe. Er hoffe aber, dass Alles gut ablaufen werde, da die „Allgemeine Zeitung“ jetzt ruhigere Artikel bringe.

Mein hannoverscher College ist vor allen Dingen der Sohn seines Vaters. Letzterer, einer der grossen Grundbesitzer Holsteins, sucht das Heil in einer Versöhnung mit Christian IX. Die im Gefolge der Bundes-Execution unvermeidlichen Einquartirungskosten werden mit dem Betrage der Samwer'schen Bonds addirt und ergeben das Facit, dass Friedrich VIII. dem reichen Adel theuerer zu stehen kommen würde als Christian IX. Dieses holsteinische Rechenexempel findet im Welfenreiche An-

klang, wo man etwas spät die Entdeckung gemacht hat, dass der Herzog eines Staates von 500,000 Unterthanen nothwendig ein Vasall Preussens werden würde. Deren, meint Graf Platen, gebe es in Nord-Deutschland schon genug. Letztere Betrachtung mag auch neben der befürchteten *quarta riscossa* den britischen Friedenspredigten in der k. k. Staatskanzlei Eingang verschafft haben.

In Lord Russell würden wir den einzigen Minister verlieren, der die Frage halbwegs studirt hat. Scheidet der Herzog von Newcastle Krankheits halber aus dem Cabinet, so fehlt das Cement, welches die *happy family* zusammenhält. Newcastle hat die undankbare Rolle des Puffers zwischen Palmerston und Gladstone mit anerkennenswerther Selbstverleugnung zu spielen verstanden. Die Tories rühmen sich 15 neuer Wahlsiege. Greifen wir Schleswig an, so dürfte Palmerston, um am Ruder zu bleiben, die Kanalflotte gegen uns ausspielen. Andererseits könnte Kaiser Napoleon versucht sein, die Rhein-Campagne zu beginnen, wenn er sicher ist, England nicht gegen sich zu haben. Bamberger Noten sind hier nur mit Vorsicht auszugeben. Das Disconto der deutschen Mittelstaaten ist schlecht und es wird überall *à la baisse* speculirt. Die Leute haben es nicht vergessen, dass wir, wie sie meinen, den Krimkrieg hätten verhindern können, wenn wir anfangs mit Oesterreich anstatt mit Preussen gegangen wären. Von den deutschen Grossmächten ist, wie die Dinge liegen, kaum etwas für uns zu erwarten, und überraschen könnte es nicht, wenn sie das *odium* des Krieges auf den Bund wälzten.

Ich betrachte mich als einen Matrosen im Mastkorbe. Ich melde die *„breakers ahead“*, die Klippen und Untiefen, die ich sehe, es dem erfahrenen Steuermanne überlassend, den Lauf des Schiffes zu regeln und die Segel einzureffen, wenn es Noth thut.

London, 31. December 1863.

Gestern bot sich Gelegenheit, mit Mr. Charles Villiers, Lord Clarendon's Bruder, die Rechtspunkte der holsteinischen Frage ausführlich zu besprechen. Dieser Cabinets-Minister gilt in England für radical. In Deutschland würde er zu den Conservativen gerechnet werden. Als Rechtsgelehrter schenkte er meiner Auseinandersetzung mehr Aufmerksamkeit als seine Collegen. Mein Thema war gegeben.

„Die Integrität Dänemarks," sagte ich, „ist eine blosse Phrase. Ob es im Norden einen Staat mit 2,600,000 Einwohnern oder zwei Staaten von je 1,100,000 und 1,500,000 giebt, ist für die Welt, insbesondere für das britische Reich vollkommen gleichgiltig."

Mr. Charles Villiers schien damit ganz einverstanden, kam aber immer wieder darauf zurück, wie gefährlich es sei, Verträge zu brechen, da dadurch die Massen nothwendig demoralisirt werden müssten.

Interessant waren seine Beobachtungen über die Stimmung in Deutschland, welches er seit 1848 alljährlich bereist.

„Im Süden," bemerkte er, „ist mir namentlich in den bürgerlichen Kreisen die veränderte Stimmung aufgefallen. Bis vor vier Jahren hielt dort noch der Eindruck des Jahres 1848 vor. Es wurde mir immer wiederholt, Alles sei besser als Socialismus und Strassentumulte. Seit vier Jahren etwa macht sich eine tiefgreifende Gährung geltend, ein allgemeines Gefühl, dass es so nicht fortgehen kann, dass die Kleinstaaterei, die Zersplitterung, die Ohnmacht nach aussen unerträgliche Uebel geworden. Die Regierungen werden gut thun, die jetzige Bewegung nicht zu unterschätzen. Dem deutschen Michel ist Schleswig-Holstein im Grunde sehr gleichgiltig, alle Parteien erblicken jedoch in dieser Frage eine willkommene Handhabe, um einmal die Kraft Deutschlands dem Auslande zu beweisen. Wer sich einbildet, das deutsche Volk werde nach der Lösung der dänischen Streitfrage zu den Zuständen der deutschen Kleinstaaterei

zurückkehren, der irrt sich. Ueberall höre ich klagen, man habe im Jahre 1848 zu viel Geduld gehabt und hätte die Fürsten sämmtlich verjagen sollen, um das Uebel auszurotten. Was man will, ist ein deutsches Parlament um jeden Preis. Telegraphen und Eisenbahnen haben die neuen Ideen verbreitet, und dieselben sind tiefer in die Massen gedrungen, als die Regierungen zu ahnen scheinen."

„Dass etwas geschehen muss," erwiderte ich, „um dem Einheitsdrange zu genügen und den handgreiflichsten Uebeln der Kleinstaaterei abzuhelfen, wird allgemein anerkannt. Diese Erkenntniss hat die deutschen Fürsten nach Frankfurt geführt. In Kaffeehäusern und an der Table d'hôte lässt sich die Volksstimmung nicht studiren. Hier erblickt der frisch gelandete Fremde in den Declamationen gegen den Adel und das Oberhaus häufig das Vorzeichen einer alles Bestehende umstürzenden Revolution, und doch liebt das englische Volk seine Lords wie das deutsche seine Fürsten. Daher wird jede Reform, welche nicht von oben, in England von den Lords, in Deutschland von den Fürsten ausgeht, ohne praktisches Resultat bleiben. Einem politischen Selbstmorde würde es jedoch gleichkommen, wollten die Fürsten eine nationale Bewegung ignoriren oder gar deren Leitung dem National-Vereine und den Turnern überlassen, nur deshalb, weil diese Bewegung zu Ausschreitungen missbraucht werden könnte."

Mr. Charles Villiers wird jedenfalls in dem nächsten Cabinets-Rathe energisch die kriegerische Politik Palmerston's bekämpfen und Alles aufbieten, um die active Betheiligung Englands an dem deutsch-dänischen Kriege zu verhindern. Schon einmal hat er seinem Lande einen ähnlichen Dienst geleistet, als kurz nach der Bildung des jetzigen Ministeriums die Kriegs- und Friedensfrage auftauchte und Palmerston, Russell und Gladstone überstimmt wurden. Damals freilich lebte der friedliche Sir C. Lewis noch, und hinter den Coulissen stand Prinz Albert, der mit fester Hand die sogenannte Hofpartei, mit anderen Worten die angeb-

lichen Nullen des Cabinetes, gegen dessen Hauptziffern leitete. Dieses Atout fehlt heute und die verhüllte Republik, unter welcher wir laboriren, ist dem Hasardspiele nicht abhold.

An die Conferenz *ad hoc* glaubt Villiers ebenso wenig wie der französische Botschafter. Letzterer gab zwar zu, dass Lord Russell sich sehr dafür bemüht, glaubt jedoch nicht, dass sein Kaiser darauf eingehen werde. Eine Besprechung, zu welcher nur die Unterzeichner des Londoner Vertrages und der deutsche Bund geladen werden sollten, könne zu nichts führen. Jeder würde dabei Kläger und Richter zugleich sein und die Autorität fehlen, um den Frieden zu gebieten. Uebrigens meint Fürst Latour d'Auvergne, der Vorschlag komme zu spät, da ja die deutschen Truppen schon am nächsten Freitag die Eider überschreiten und Schleswig besetzen sollten. Dies sei einer Kriegserklärung gleich zu achten. Gelänge es auch, einen Aufschub zu erlangen, so würde doch die Aufrechterhaltung des Friedenszustandes während der Conferenz unlösbare Schwierigkeiten darbieten.

London

1864.

Die conservative Vierteljahresschrift „The Quarterly Review“ eröffnete das Jahr 1864 mit einem längeren Artikel Lord Robert Cecil's. Es wurde darin der in England landläufigen Auffassung der dänischen Frage ein leidenschaftlicher Ausdruck geliehen und der Krieg gegen Deutschland gepredigt. Bei der Stellung des Verfassers in den Reihen der Tory-Partei machte dieser Aufsatz Aufsehen. Lord Palmerston war erfreut, darin den Beweis für die kriegerische Stimmung der Opposition zu erblicken. Er stellte seinen friedfertigeren Collegen vor, das Ministerium werde gestürzt werden, falls dasselbe den Londoner Vertrag nicht mit den Waffen in der Hand aufrecht erhalte.

Jeder Zweifel an der Rechtsbeständigkeit des Tractats von 1852 verletzte die Eigenliebe des Premier-Ministers in so hohem Grade, dass er zu Allem fähig war. Um sein Werk zu retten, fasste er den Plan, mit einem Theile der britischen Panzerschiffe die Nord- und Ostsee-Küsten Deutschlands, mit einer anderen Flotte Triest und Venedig heimzusuchen, Mazzini und Garibaldi in Italien, Kossuth in Ungarn mit englischem Golde zu unterstützen und so einen unabsehbaren Weltbrand heraufzubeschwören. Ich erfuhr dieses Programm noch zur rechten

Zeit und legte Disraeli die ernste Frage vor, ob die conservative Partei mit dieser revolutionären Politik einverstanden sei und Lord Palmerston freie Hand lassen werde. Disraeli warf zunächst Lord Robert Cecil über Bord. Er versicherte, der Artikel der „Quarterly Review“ gebe nur dessen persönliche Ansichten wieder, keineswegs die seiner Partei. Lord Derby sei noch mit dem Studium der Frage beschäftigt und werde mir für jede Aufklärung dankbar sein.

Inzwischen erhielt ich die Antwort des Freiherrn von Beust auf eine Depesche, welche Lord Russell in Betreff der deutsch-dänischen Frage an den britischen Gesandten in Dresden gerichtet hatte. Ich theilte dem Staats-Secretär des Aeusseren diesen Erlass durch ein Privatschreiben mit, in welchem ich hervorhob, der Londoner Vertrag sei schon deshalb imperfect geblieben, weil die dänische Regierung versäumt habe, denselben den schleswig-holsteinischen Ständen vorzulegen. Dieses Privatschreiben wurde mit den beiden nur gedachten Depeschen im Dresdener Journal veröffentlicht. Ich war somit berechtigt, diese drei Actenstücke Lord Derby mitzutheilen. Ich erhielt von ihm eine eingehende Antwort. Meine Replik, in welcher ich die Argumente des Tory-Chefs bekämpfte, führte zu entscheidenden Unterredungen. Es gelang mir zuerst Disraeli, dann auch Lord Derby davon zu überzeugen, dass die Integrität der dänischen Monarchie eine Phrase sei und dass durchaus kein Staats-Interesse Englands vorliege, welches die Kriegspolitik Lord Palmerston's irgendwie rechtfertige. In Osborne mag Lord Derby Aehnliches zu vernehmen gehabt haben. Die Königin, gestützt auf die Mehrheit des Cabinets, hatte bereits eine drohende Thronrede verworfen, welche Lord Palmerston Ihrer Majestät in den Mund legen wollte. Erst am Tage vor der Eröffnung des Parlaments genehmigte die Monarchin die wirklich verlesene, farblose Thronrede. Alles war im höchsten Grade auf die Adress-Debatte gespannt, das Oberhaus überfüllt, als Lord Derby (am 4. Februar) seine dreistündige Rede begann. Ich stand auf den Stufen des

Thrones, dicht an der Balustrade, welche den Sitzungssaal von den Zuhörern trennt. Der Zufall wollte, dass der Herzog von Argyll, der Lord Palmerston herbeigeholt, diesen gerade neben mich stellte. So konnte ich in nächster Nähe im Mienenspiele des Premier-Ministers den Eindruck verfolgen, welchen die Beredsamkeit seines Gegners hervorrief. Mit athemloser Stille folgte das Haus der Friedenspredigt Derby's, welcher das Thema, ein Krieg mit Deutschland würde die grösste Calamität für England sein, mit staatsmännischem Takt und seltener Kunst entwickelte. Ein Beifallssturm ohne gleichen war der Lohn des Redners. Lord Palmerston aber verliess das Haus in sichtlicher Verstimmung. Sein Spiel war verdorben. Seine Collegen stimmten um so mehr für den Frieden, als es nicht verborgen blieb, dass die Königin Lord Derby nach Osborne berufen hatte. Mir hatte der Tory-Chef versprochen, er und seine Partei würden die Minister nicht zum Kriege treiben. Er hat glänzend Wort gehalten. Die eigentliche Gefahr war vorüber. Noch zweimal jedoch versuchte es Lord Palmerston im Laufe dieser Session, das Cabinet mit sich fortzureissen und den Krieg durchzusetzen. Er wurde überstimmt. Dreimal besiegte die Königin den angeblichen Dictator im Schosse seines eigenen Cabinets.

Inzwischen fuhr Lord Robert Cecil fort, in den Spalten der „Times“ Stimmung für Dänemark zu machen. Er that dies in einer Weise, die mir keinen Zweifel darüber lassen konnte, dass der edle Lord, wie die meisten seiner Landsleute, die einschlagenden Rechtsfragen nicht ausreichend studirt hatte. Ich übernahm die Widerlegung unter dem Pseudonym *„Audiatur et altera pars“*, da meine amtliche Stellung mir nicht gestattete, Times-Artikel unter meinem Namen zu veröffentlichen. Ich bat zugleich einen anderen Tory, wie Lord Robert Mitglied des Unterhauses, mir zu secundiren. Lord Robert Montagu, Bruder des Herzogs von Manchester, that dies um so bereitwilliger, als er schon einmal kurz nach der Unterzeichnung des Londoner Vertrages gegen dessen Giltigkeit im Unterhause protestirt hatte.

Die britischen Minister begingen in ihrer Leidenschaftlichkeit den Fehler, Frankreich und Russland gegen Deutschland aufzuhetzen. Sie übersahen, dass man in Petersburg wie in Paris nur zu glücklich war, Lord Palmerston und Lord Russell eine Lection zu ertheilen. In Petersburg hatte man die Einmischung der britischen Regierung in die polnischen Angelegenheiten nicht vergessen. In Paris war man ungehalten über die Passivität Englands in eben dieser Frage und über die unfreundliche Ablehnung des Congress-Vorschlages. Russland und Frankreich, indem sie die deutschen Mächte gewähren liessen und deren Uebergang über die Eider nicht hinderten, wollten England beweisen, dass es allein nicht in der Lage sei, Dänemark zu schützen. Je ernster die deutschen Truppen die militärische Aufgabe erfassten und je unzulänglicher sich die Dänen im Kampfe zeigten, desto mehr stieg in London die Aufregung.

Gerade in diesem Momente fand es Lord Palmerston angezeigt, dem Londoner Pöbel ein Schauspiel zu geben, welches die revolutionären Leidenschaften nur noch mehr entflammen sollte. Eingedenk des *„panem et circenses“* der Römer machte der greise Premier den Massen die Freude, ihnen Garibaldi zu zeigen. Dieser, nach dem Treffen bei Aspromonte seiner Haft entlassen, sollte, wenn Palmerston mit seinen Plänen durchdrang, gegen Venetien, nach Befinden gegen Rom gebraucht werden. Der Guerrilla-Führer wurde schon bei seiner Landung mit Ovationen überschüttet. In London empfing ihn der Herzog von Sutherland am Bahnhofe und führte ihn in glänzender Gala-Equipage durch die Hauptstrassen Londons nach Stafford House. Unabsehbare Menschenmassen füllten während dieses Triumphzuges jubelnd die Strassen. Bei dem Einzuge des französischen Kaiserpaares im Jahre 1855 wie bei dem der Prinzessin von Wales waren kaum so viele Menschen auf den Beinen. Garibaldi wurde im Palais des Herzogs von Sutherland fürstlich beherbergt. Dort buhlten die vornehmsten Damen der Whig-Aristokratie um einen Blick, um ein Wort des gefeierten Freiheitshelden.

Ein Bankett ihm zu Ehren vereinigte die Minister und die Führer der Opposition in Stafford House. Die Londoner Gesellschaft umdrängte Abends den Löwen des Tages in den glänzenden Räumen. Es ist Lord Derby und Lord Malmesbury von vielen ihrer Parteigenossen verdacht worden, der Einladung gefolgt zu sein. Der Marquis von Bath, der die Stelle des Einpeitschers der Tories im Oberhause versah, gab seine Entlassung, weil er nicht unter einem Chef dienen wollte, der dem Helden der italienischen Revolution huldigte. Am überschwenglichsten zeigte sich die frühere Ober-Hofmeisterin, Herzogin von Sutherland, als sie in Chiswick dem Abenteurer ein Frühstück gab und denselben an der Thür des Hauses in vollem Schmucke, mit Diamanten übersäet, wie einen König empfing. Um dieses Fest ja nicht zu versäumen, schob Lord Clarendon seine Abreise nach Paris auf, wo er den letzten vergeblichen Versuch machen sollte, den Kaiser Napoleon in den Harnisch zu bringen. Diese Uebertreibungen des britischen Heroen-Cultus hatten etwas unbeschreiblich Komisches. Der Einzige, der unberührt davon blieb, war Garibaldi selbst. Der alte Seemann liess sich durch nichts irre machen, durch nichts imponiren. Er erschien in den vergoldeten Sälen ohne Rock und Weste und paradirte in den Aermeln seines rothen Flanellhemdes. Auf der Strasse trug er seinen schwarzen Filzhut mit rother Feder. Feste und Diners langweilten ihn gründlich. Er verhehlte durchaus nicht seine Abneigung gegen alte Weiber, mochten sie auch den Herzogsmantel tragen. Nach dem Bankett in Stafford House erklärte er, so spät und so lange zu speisen sei er nicht gewohnt. Er verlangte nach seiner Tabakspfeife. Die Herzogin Mutter überwand ihren Widerwillen gegen den Tabaksdampf, führte Garibaldi in ihr Boudoir, zündete ihm selbst die Pfeife an und liess ihn, bis er dieselbe ausgeraucht, nicht aus den Augen.

Meinen italienischen Collegen setzten diese Ovationen in einige Verlegenheit, da der Besiegte von Aspromonte noch immer dem König Victor Emanuel grollte. Lady Palmerston vermittelte

einen *modus vivendi*, und d'Azeglio schloss mit Garibaldi eine Art von Waffenstillstand für die Dauer seines Aufenthaltes.

Lord Palmerston erreichte seinen Zweck nicht. Das Spektakelstück verlief im Sande und die geplante *quarta riscossa* kam nicht zur Ausführung.

In Sachen Dänemarks täuschten sich die Minister, wie die Folge lehrte, über die eigentliche Stimmung des Landes. Das Parlament drängte nicht zum Eintritte in den Krieg, dessen Ausbruch man nicht verhindert hatte. Der Augenblick zum Handeln war versäumt. Die Erfolge der deutschen Waffen überraschten und imponirten. Jetzt war es für England zu spät zum Schwerte zu greifen. Man proponirte eine europäische Conferenz, um dem Blutvergiessen Einhalt zu thun und der Gefahr ernster parlamentarischer Kämpfe vorzubeugen. Ohne Basis und ohne Waffenstillstand wurde die Conferenz nach London berufen. Oesterreich und Preussen waren nicht unzufrieden, sich derselben zu bedienen, um der falschen Stellung zu entgehen, in welche sie als kriegführende Mächte und Mitunterzeichner des Londoner Tractates gerathen waren. Beide erklärten sich daher bereit, unter der Bedingung die Conferenz zu beschicken, dass der deutsche Bund als solcher dazu eingeladen werde. Es war seit seinem Bestehen das erste Mal, dass derselbe Sitz und Stimme in einem europäischen Areopage erhielt. Die Wahl des Vertreters fiel auf den sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust, den thätigsten Vorkämpfer des Bundes-Standpunktes. Er nahm die Wahl an, konnte jedoch, da die Sache sehr überstürzt wurde, unmöglich am 20. April in London eintreffen. Das war der Tag, welchen der ungeduldige Lord Russell für die Eröffnung der Conferenz bestimmte. Preussen und Oesterreich erklärten, sie würden ohne den Vertreter des deutschen Bundes an keiner Sitzung theilnehmen. Die erste Begegnung verlief ohne alles Resultat. In Wahrheit fand die Eröffnung am 25. April statt.

Wie zu erwarten, ging die Conferenz erfolglos auseinander. Erfolglos weil dem Kriege dadurch nicht Halt geboten noch dem

Frieden feste Grundlagen geschaffen wurden. Deutschland konnte jedoch schliesslich mit dem Resultate wohl zufrieden sein. Herr von Beust hatte erklärt, der deutsche Bund werde den Londoner Vertrag nun und nimmermehr anerkennen und die völlige Losreissung der Herzogthümer von Dänemark sei die einzig denkbare Lösung. Lord Clarendon, der als zweiter britischer Bevollmächtigter in Wahrheit die Rolle des ersten spielte, bewog Lord Russell, um dem Blutvergiessen Einhalt zu thun, die Trennung Holsteins, Lauenburgs und Süd-Schleswigs in Vorschlag zu bringen. Die Neutralen, Russland und Frankreich, stimmten bei, aber die Dänen erklärten ihre Instructionen für erschöpft, und so blieb der Streit auf die Spitze des Schwertes gestellt. Oesterreich und Preussen, deren Vertreter sich gern der Führung des Bundes-Bevollmächtigten unterordneten, wurden so aus ihrer falschen Stellung erlöst, und der Londoner Tractat war und blieb zerrissen. Vielleicht wäre derselbe zu retten gewesen, hätten die britischen Minister anfangs gleich erkannt, dass ein Vertrag, der eine *quaestio de futuro,* eine Eventualität der Zukunft regeln soll, von den Umständen abhängt, unter welchen diese Eventualität eintritt. Von ganz anderer Bedeutung sind Verträge, welche wie die von 1815 vollendete Thatsachen normiren und das Endresultat langjähriger Kriege feststellen. Es war ein politischer Fehler, welchen Palmerston und Russell in ihrem Eifer begingen, als sie erklärten, den Londoner Vertrag aufheben, hiesse alle übrigen in Frage stellen. Wäre Napoleon III. damals nicht schon so ernst in Mexico beschäftigt gewesen, er würde die britischen Minister beim Worte genommen haben. Wie dem auch sei, der Vertrag war todt. Die Conferenz hatte nicht nur Deutschland geeinigt, sondern auch als Blitzableiter gegen parlamentarische Gewitter gedient. Der Erfahrungssatz, dass nach dem Ascot-Rennen in England kein Ministerwechsel denkbar, bewährte sich von neuem. Das Ascot-Rennen war glücklich vorüber. Vor Ende der Session sollten jedoch die Minister noch eine Demüthigung ohne gleichen erleiden.

Kaum waren die Conferenz-Protokolle dem Parlamente vorgelegt worden, als die Führer der Opposition in beiden Häusern eine Adresse an die Krone beantragten, um die in der dänischen Frage befolgte Politik der Minister einer wohlverdienten Kritik zu unterziehen. Im Unterhause dauerten die Debatten mehrere Tage, im Oberhause eine einzige Nacht. Disraeli eröffnete den Angriff mit einer glänzenden Rede. Er machte den Ministern gerechte Vorwürfe über ihre unberufene Einmischungspolitik und befürwortete sehr entschieden die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Deutschland und England. Der Umschwung der öffentlichen Meinung innerhalb und ausserhalb des Parlaments war ein vollständiger. Das Ministerium war verloren, hätte sich nicht Cobden als Retter in der Noth und als Beschützer Palmerston's gezeigt. Cobden entwarf ein Amendement, welches er dem liberalen Kinglake in die Feder dictirte. In diesem Amendement wurden die Minister zu ihrer Friedensliebe beglückwünscht und nur deshalb freigesprochen, weil sie den Krieg mit Deutschland vermieden. In Wahrheit hatte der alte Premier-Minister Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den Krieg zu entzünden. Nur von der Königin und der Mehrheit seiner Collegen war er an diesem im Laufe der Debatte als wahnsinnig bezeichneten Vorhaben verhindert worden. Kinglake zeigte ihm eine Liste aller Mitglieder der ministeriellen Partei, welche für Disraeli stimmen würden, falls Palmerston nicht das Cobden'sche Amendement annehmen und seine Anhänger anweisen wolle, dafür zu stimmen. Der Premier hatte keine Wahl. Entweder er musste aus dem Amte scheiden oder die ihm von der Manchester-Schule dargebotene bittere Pille hinunterschlucken und sich zur Aufrechterhaltung der unbedingtesten Neutralität verpflichten. Er wählte das letztere als das einzige Rettungsmittel und war überglücklich, als ihm schliesslich eine Majorität von achtzehn Stimmen im Amte zu bleiben gestattete.

Im Oberhause, wo die Entscheidung fast gleichzeitig wie im Hause der Gemeinen in den Morgenstunden des 19. Juli erfolgte,

wurde das Ministerium mit einer Majorität von neun Stimmen geschlagen.

So wurde der Sieg Deutschlands über die Kriegsgelüste Lord Palmerston's parlamentarisch besiegelt. Lord Russell, über den eingetretenen Umschwung der öffentlichen Meinung im höchsten Grade erstaunt, musste schliesslich dem mit Consequenz festgehaltenen Standpunkte des deutschen Bundes Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die Ereignisse bestätigten die staatsmännische Voraussicht des Prinzen Albert, der den Londoner Vertrag von 1852 nie gebilligt hatte.

Unbehelligt durch fremde Einmischung schützten die deutschen Waffen das gute Recht der Elbherzogthümer, auf deren Besitz Dänemark durch den Wiener Frieden vom 18. October Verzicht leistete.

Aus Privatbriefen.

1864.

London, 3. Januar 1864.

Die Eröffnung des Parlamentes wird den Wünschen des Premiers gemäss am 4. Februar stattfinden. An dem gestrigen Cabinetsrathe konnten, durch Unwohlsein verhindert, weder Lord Palmerston noch der Herzog von Newcastle theilnehmen. Alle Entscheidungen über die dänische Frage sind bis zum nächsten Conseil verschoben worden, welchem Palmerston beiwohnen zu können hofft. Soll England den Einmarsch der Bundestruppen in Schleswig als einen *casus belli* betrachten? das ist die Hauptfrage, deren Entscheidung nächsten Dienstag erfolgen soll.

Die Ratificationen des die Abtretung der jonischen Inseln an Griechenland regelnden Vertrages vom 14. November sind

gestern ausgewechselt worden. Lord Russell hat die Gelegenheit benutzt, um den Botschaftern Oesterreichs und Preussens zu eröffnen, England wünsche vor Allem Zeit zu gewinnen. Es sei Hoffnung vorhanden, Dänemark zur Zurücknahme der November-Verfassung zu bestimmen. Der Bundes-Beschluss über den österreichisch-preussischen Antrag vom 28. v. M. möge aufgeschoben und die Aufstellung von Streitkräften nicht übereilt werden.

Ein längerer Besuch bei Disraeli ist heute im Interesse des Friedens verwerthet worden. Ich bat ihn, mir aufrichtig zu sagen, ob der in der „Quarterly Review“ erschienene kriegerische Artikel Lord R. Cecil's, sowie die Deutschland so feindliche Sprache der Tory-Blätter im allgemeinen, der Auffassung entsprächen, welche die conservative Partei im Parlamente zu vertreten gedenke. Disraeli leugnete es mit Entschiedenheit und versicherte, Lord Robert Cecil habe nur seine Privatansicht ausgesprochen. Ebenso verträte Seymour Fitzgerald im „Morning Herald“ eine Politik, welche weder von Lord Derby noch von ihm selbst, Disraeli, gutgeheissen werde. Lord Derby sei gerade jetzt in Knowsley mit dem Studium der dänischen Frage beschäftigt und werde mir für jede Aufklärung dankbar sein.

„Wenn dem so ist, so können wir offen reden,“ sagte ich. „Ihr habt ein geheimes Abkommen mit Lord Palmerston. Ihr habt ihm nach aussen freie Hand gegeben, so lange er im Innern Euere Politik vertritt. Dieses Einverständniss hat gewisse Grenzen, wie Lord Derby's Veto gegen einen Angriff auf Venetien beweist. Wisst Ihr Tories, was jetzt vorgeht? Wisst Ihr, was der alte *Firebrand* im Schilde führt? Er ist wüthend über die Wendung, welche die dänische Frage nimmt. Wüthend aus verletzter Eigenliebe, weil der von ihm mit Brunnow abgekartete Londoner Vertrag unhaltbar geworden ist. Aus verletzter Eigenliebe plant er jetzt einen Weltkrieg. Er will die deutschen Nord- und Ostseehäfen blokiren und brandschatzen, eine zweite Panzerflotte in das adriatische Meer senden, um Triest und Venedig einzuäschern, er will endlich — und das ist der Hauptpunkt — die

Höllenhunde der Revolution entfesseln und auf Deutschland hetzen. Eine Million Pfund Sterling ist für Mazzini und Garibaldi, eine andere für Kossuth in Bereitschaft. Ersterer soll Italien in Brand setzen und die *quarta riscossa* organisiren, letzterer Ungarn und die türkischen Grenzdistricte in Flammen aufgehen lassen. Die meisten Minister sind diesem Plane entschieden abgeneigt. Der Alte droht aber mit Euch und sagt seinen Collegen, wenn wir den Krieg nicht anfangen, so stürzen uns die Tories, um ihn zu führen. So stehen die Dinge, und die Frage ist nur, ob Sie und Lord Derby die Verantwortlichkeit für einen solchen Weltbrand, der alle conservativen Interessen Europas auf das Spiel setzen würde, übernehmen wollen. Was ist die Integrität Dänemarks? Eine nichtssagende Phrase. Wie kann das Staats-Interesse des britischen Reiches berührt werden durch die Existenz oder Nicht-Existenz eines Kleinstaates von 2,600,000 Einwohnern?"

Disraeli hatte mir mit gespanntester Aufmerksamkeit zugehört und erwiderte: „Ganz einverstanden. Die Integrität Dänemarks ist *humbug*. Sollte das Ländchen jemals wieder zu einer Flotte gelangen, so würde diese im nächsten Kriege für Russland und für Frankreich, nicht für England kämpfen. Wir würden daher genöthigt sein, noch einmal wie vor fünfzig Jahren Kopenhagen zu bombardiren und die dänischen Schiffe zu verbrennen. Wenn man dynastische Verbindungen als bestimmende Factoren für die Politik dieses Landes ausgeben will, so ist dies geradezu kindisch."

„England hat sich wohl gehütet, eine Garantie zu übernehmen," fuhr ich fort. „Ein *casus foederis* liegt nicht vor. Die jetzigen Minister haben es mit Beifall begrüsst, als eine von England selbst eingesetzte Dynastie in Griechenland vertrieben wurde. Sie haben gejubelt, als durch Garibaldi'sche Freischaaren oder piemontesische Bajonette in Parma, Florenz, Modena und Neapel die angestammten Dynastien gestürzt wurden. Mit welchem Rechte wollen diese selben Minister nun den Holsteinern und Schleswigern eine Dynastie aufdringen, welche das Volk nicht

will und nicht als legitim anerkennt? Und darum ein europäischer Krieg? Hiesse das nicht Louis Napoleon's Spiel spielen? Würde er nicht, sobald England für Dänemark die Waffen ergreift, für die unterdrückten Nationalitäten in die Schranken treten? Könnte er nicht ein Löwenbündniss mit Preussen abschliessen, Belgien und die Rheinlande bedrohen und endlich den ganzen Continent gegen das ‚perfide Albion' in Harnisch bringen? Das sind Gefahren, wirkliche, handgreifliche, nicht blosse Chimären wie die Integrität eines kleinen Staates."

Mr. Disraeli stimmte mir in allen Punkten bei, wiederholte, die Integrität Dänemarks sei ein zu geringfügiges Object, um einen europäischen Krieg zu rechtfertigen. Er betrachtet es als die Hauptaufgabe Englands, den Kaiser Napoleon zu überwachen und von jeder Einmischung abzuhalten.

Private. *Hobart Place, January the 4th 1864.*

Dear Lord Russell, [1]) — I wrote this morning in order to request the honour of an interview with your Lordship. But as you will scarcely be able to receive me to-morrow, before the cabinet meets, where the Holstein question is to be discussed — as I understand — I take the liberty of sending you the enclosed copy of a despatch [2]) which reached me this morning. It is Baron Beust's answer to your despatch of the 17th of December.

You will kindly recollect that we never made use of the argument which you impugn in that paper and that we always maintained, that the rights of the German Duchies were based on a stronger and safer ground. Our principal reason for disagreeing with the majority, in the sitting of the federal Diet of the 7th of December has perhaps been that we could not detect a formal connection between Danish engagements of 1851 and the treaty of 1852, although we could not deny the existence of a

[1]) Siehe die Uebersetzung dieses Privatschreibens im Anhang (Nr. 2).
[2]) Siehe Seite 276.

moral connection. We did not and we do not say: „the treaty of 1852 is null and void, as long as Denmark does not keep the engagements of 1851.“ What we do say, is simply this: „there is a treaty by which certain arrangements for the future have been contemplated; but the contingency for which the said treaty has been prepared did not arise. King Frederick VII., it is true, died without issue; but he died also without having been able to establish lawfully and rightfully in the German parts of his domains the new order of succession which the Powers, who signed the treaty of 1852, had in view, and which they would have been bound to uphold, had those arrangements been really completed. This not being the case the treaty is imperfect by itself. To make it perfect three essential conditions are still wanting:

1. the consent of all the Agnats;
2. the consent of the Estates of Holstein and Schleswig;
3. the consent of the German Diet.“ —

The history of Germany offers a precedent of striking analogy, I mean the so-called „Pragmatic Sanction“. Charles VI. having no male heir wanted to change the existing order of succession in favour of his daughter. He made treaties with all the leading powers of Europe; but did these treaties satisfy him? No. He thought it right and wise to submit the „Pragmatic Sanction“ to all the different Estates and provincial Diets of his dominions and they accepted it. The consequence was, that, when afterwards some foreign Powers endeavoured to deprive Maria Theresia of some parts of her inheritance, the people stood up for her rights.

If, in the present case, Frederick VII. had acted with the same wisdom as Charles VI. and if the Holsteiners and the Schleswigers had declared openly in favour of Christian IX., as the Austrians and the Hungarians did for the Empress-Queen, do you think Germany would have interfered and questioned the legality of the order of succession which the treaty of London endeavoured to create?

I trust you will kindly excuse those few remarks and enable me after having seen Baron Beust's answer, to write home that you can not but acknowledge, that the conduct of the Saxon Government has been entirely consistent with good faith. Believe me etc. Vitzthum.

Dresde, le 29 décembre 1863.

Monsieur le Comte![1]) Mr. Murray vient de me communiquer une dépêche de son Gouvernement, concernant l'affaire des Duchés de Schleswig-Holstein et dont vous trouverez ci-joint une copie[2]).

Il vous sera facile de constater que la dépêche de Lord Russell s'attache à combattre une manière d'envisager la validité du traité de Londres du 8 Mai 1852, qui n'a jamais été celle du Gouvernement du Roi. Ce n'est pas à nous qu'il appartient de la discuter, et conséquemment je pense que Mr. le Principal Secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères de Sa Majesté Britannique jugera inutile que nous acceptions le débat sur ce terrain. Le Gouvernement du Roi se trouve simplement en présence d'une question, dont la Diète, organe de la Confédération germanique, a été saisie à la suite du décès de S. M. le Roi Frédéric VII de Danemarc. L'envoyé de feu Sa Majesté près la confédération a présenté des lettres de créance, pour être admis comme représentant du Roi Chrétien IX en sa prétendue qualité de Duc de Holstein et de Lauenbourg. En même temps le Ministre de Bade a produit des pleinpouvoirs comme mandataire du Prince héréditaire d'Augustenbourg, faisant valoir des prétentions, à titre d'agnat, sur les dits Duchés. Dans cette occurrence la diète est appelée à se prononcer.

Le Gouvernement du Roi pour sa part, fidèle aux principes qu'il a invariablement pratiqués dans des cas analogues, ne saurait prendre d'autre ligne de conduite que le respect du droit.

Après avoir voté à la Diète pour les mesures qui lui semblaient les plus propres à assurer l'exécution pleine et entière de ses décisions, il s'est consciencieusement appliqué à étudier les titres constituant les droits de succession; ce sera d'après le résultat de cet examen qu'il donnera sa voix.

Quant au traité du 8 Mai 1852 il ne sera pas inutile, puisque Lord Russell veut bien nous le rappeler, d'entrer à son sujet dans quelques explications.

---

[1]) Die folgenden zwei Pièces sind dem Dresdener Journal vom 12. Januar 1864 entnommen.

[2]) Siehe Seite 278.

Cet acte, ayant pour objet d'établir un nouvel ordre de succession dans le Royaume de Danemarc, a été accepté et sanctionné par le „Reichstag“ danois. Mais pour qu'il devînt légitime et exécutoire pour les Duchés allemands, il fallait obtenir le consentement des agnats appelés par droit d'hérédité à y succéder, ensuite celui des Etats, et enfin celui de la Confédération germanique.

Aucune de ces trois conditions n'a été remplie. Par conséquent la Diète n'a pas besoin de prendre en considération les griefs, que depuis nombre d'années elle a à faire valoir à la charge du Danemarc, relativement à la violation des engagements contractés par cette puissance, pour arriver à contester au traité du 8 Mai 1852 toute espèce d'effet par rapport aux Duchés allemands.

Le Gouvernement du Roi invité dans le temps par les signataires du traité de Londres à y accéder, ne s'est pas refusé à déclarer son assentiment — non pas son accession — à une combinaison laquelle, si le Danemarc avait loyalement rempli ses engagements envers l'Allemagne, aurait pu réussir; car alors il y aurait eu chance d'obtenir le consentement de tous les intéressés dont l'adhésion était indispensable pour rendre le traité valide. On n'a pas seulement tenté de s'assurer de ce consentement par la raison qu'en présence des actes émanés du Gouvernement danois et attentatoires aux engagements contractés par lui, on en reconnaissait d'avance l'impossibilité. C'est ainsi qu'on en est arrivé à laisser le traité incomplet et non exécutoire dans une partie essentielle et ce n'est certes pas à la Confédération, ni à ses membres que les signataires du traité auront à en faire un reproche.

Le Gouvernement du Roi — le Cabinet britannique ne saurait l'ignorer — a fait de plus dans le temps la réserve expresse qu'il ne prétendait point anticiper sur les résolutions que la Confédération par l'organe de la Diète pourrait être amenée à prendre dans cette question. Cette éventualité, prévue alors, se présente aujourd'hui et le Gouvernement du Roi use de la liberté qu'il s'est sagement ménagée.

J'ose espérer, que cet exposé du véritable état des choses amènera Lord Russell à une appréciation de notre conduite conforme à son esprit bien connu d'équité et de justice. Il suffit en effet d'être de bonne foi pour reconnaître que le Gouvernement du Roi n'a pas songé à s'en écarter.

Veuillez, Monsieur le Comte, donner lecture de ma présente dépêche à Mr. le Principal Secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères et lui en laisser copie. Agréez etc.

Beust.

A Mr. le Comte Vitzthum à Londres.

Foreign Office, December 17th 1863.

Sir, — [1]) Her Majesty's Government have seen with surprise and pain the language which has been held with regard to the Treaty of London of May 1852.

The Powers who signed that Treaty, or who subsequently acceded to it, must recollect that they bound themselves thereby, not to Denmark alone, but to Great Britain, France, Russia and Sweden, who were parties to it, and to all the other States and Powers whose accession thereto was asked for and obtained, and that the declared object and purpose of that Treaty was, not to regulate the reciprocal relations of Denmark and Germany, but to serve as an arrangement essential for the general interest of Europe.

A violation of the engagement taken by Denmark in 1851 — 52 towards Germany is an offence which may be properly resented, and for which redress may be justly demanded. But such violation cannot cancel a solemn European engagement taken towards other Parties — the promises made by Denmark in January 1852, regarding Holstein and Schleswig, may have been the prevailing motive with Austria and Prussia for entering into the Treaty of May 1852, but those Powers cannot with any show of reason allege as an excuse for not remaining faithful to the obligations of that Treaty, that their expectations as to the fulfilment by Denmark of her engagements, taken at another time and in other documents, have been disappointed.

The whole foundation of the Treaty-stipulations of Europe would be subverted if such a reason could be admitted as an excuse for breaking a plain and simple Treaty engagement. Any Sovereign when called upon to fulfil his engagements might say: „My motive for cancelling that Treaty with you was that I had other engagements with one of the Parties to that Treaty. Those other engagements had not been kept, and therefore my Treaty with you is null and void." —

Her Majesty's Government are convinced that the Court of Dresden will see that such process of reasoning, if admitted to be valid, might shake to pieces any existing Treaty. I forbear from quoting instances in which such a loose and capricious mode of interpreting Treaties might prove seriously injurious to the German Powers themselves.

Let it suffice at present for Her Majesty's Government to declare that they would consider any departure from the Treaty of succession of 1852 by Powers who signed or who acceded to that Treaty, as entirely inconsistent with good faith.

I have etc. Russell.

P. S. You are instructed to give Baron von Beust a copy of this Despatch.

The Hon. C. A. Murray C. B. etc.

---

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 3).

Private. *Hobart Place, January the 8th 1864.*

Dear Lord Derby, [1]) — Mr. Disraeli tells me, that the enclosed correspondence [2]), respecting the Dano-German conflict, may perhaps have some interest for you at the present moment. I beg to add the copy of a private letter which I have written to Lord Russell on the subject.

We are accused of indulging in „a loose and capricious mode of interpreting treaties"; we are told, that Her Majesty's Government „would consider any departure from the treaty of succession of 1852" as „entirely inconsistent with good faith" and all this, because we doubt, whether the German Diet has any right to compel the Holsteiners and the Lauenburgers to recognise King Christian IX. as their legitimate Duke. I do not recollect that the much abused German Sovereigns have shown great admiration for the „loose and capricious mode of interpreting treaties" which prevailed in Italy, and a few months ago in Greece. With regard to the London treaty, I need not remind you that there are treaties of a very different character and importance: treaties, which regulate the past, which legalise accomplished facts, which settle *de jure* a *status quo* brought about by a war or by a series of wars, as the treaties of Vienna for example; and treaties, which endeavour to regulate the future, wich are made for certain contingencies, certain eventualities. The former are more solemn engagements, are of a more binding force than the latter, for this simple reason because *„tempora mutantur"* and *„nos mutamur in illis";* because circumstances may change and events may take an unexpected turn; because the contemplated contingency may never arise, after all, or present itself under circumstances, which those who signed the treaty had not, and could perhaps not have foreseen,

---

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhang (Nr. 4).

[2]) Siehe den Privatbrief des Verfassers an Lord Russell und Beilagen, Seite 274—278.

when they signed the engagement. The Powers who signed the London treaty of May the 8th 1852, for instance, had they not a full right to expect, that the new order of succession which they contemplated would have been rightfully established, would have become the law of the land, before King Frederick's VII. death? — Unfortunately this has not been the case. Denmark failed and the treaty, as far as the German Duchies are concerned, has been left imperfect. Some of the Agnats — I do not speak now of the Duke of Augustenburg and his son — have not assented; the Estates of Holstein, Schleswig and Lauenburg have not assented; the German Confederation has not. The Frankfort Diet could not ignore these facts. The *„stat pro ratione voluntas“* system does not answer, nowadays, when you have to deal with a deeply roused popular feeling. People will reason; we cannot prevent that. They study Vattel, as we do, and they find, that it has always been considered as an axiom of international law: that every treaty is null and void in itself by which two Powers would engage themselves to do wrong, for example, to deprive of his rights a third Power or individual who is no party to the treaty and who has not formally agreed.

I venture to hope, that you will excuse me with your usual kindness for having troubled you with these cursory remarks and that you may perhaps discover therein some arguments in favour of the late Lord Melbourne's favorite maxim [1]), which you recommended last year — so wisely, as the events have shown — on an other occasion to Her Majesty's Ministers in one of your eloquent speeches.

Please to present my best regards to Lady Derby and believe me etc. Vitzthum.

---

[1]) Cannot you leave it alone!

(Eigenhändig) *Knowsley, January the 10th 1864.*

Dear Count Vitzthum, [1]) — I have to thank you for your kindness in communicating to me the correspondence between Lord Russell and Baron Beust, and your private letter to the former. I regret however that I cannot concur in the views which your Government takes of the binding nature of the Treaty of 1852, though Lord Russell's view of the obligations imposed by it might have been more courteously, I would almost say less offensively expressed. I am very unwilling to enter into controversial discussion of this very complicated question, which appears to threaten hostilities, the extent of which it is impossible to foresee; but you will not, I hope, take it amiss if I tell you shortly and frankly in what respects I am unable to concur in the doctrines laid down by Baron Beust. I observe with satisfaction that your Government does not found its objection to the validity of the treaty upon any violation, real or supposed, by Denmark, of the engagements taken by it towards Austria and Prussia in the preceding year; although this objection is not repudiated, but rather waived as unnecessary, the alleged invalidity being, in Baron Beust's opinion, sufficiently established on other grounds. Those grounds are that, to give effect to the treaty, it was necessary that, before taking effect, it should have the assent 1st of all the Agnats; 2d of the States, and 3d of the German Confederation. Now I have not the text of the treaty by me; but if it had been intended that all these consents should be preliminarily required, it is impossible but that so material a modification should have been plainly set forth in the treaty itself, which I am pretty confident was not the case. Indeed if all the parties who might be supposed to have an interest in the result had been agreed with respect to the proposed change, I

---

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 5). Ueber denselben Gegenstand siehe auch Malmesbury, Memoirs of an Ex-Minister, vol. II, pag. 310.

do not very clearly see what was the necessity for any treaty at all; and if it were in the power of any one of the then possibly dissentient parties to put a veto upon its operation, the treaty would have been little better than waste paper. But it is incredible that it should have been left to the Estates of Holstein, and left too by implication, to set aside a treaty entered into between six great Powers, exclusive of Denmark, in the avowed interests of Europe, for the preservation of the integrity of Denmark, and which, for that purpose, secured to the present king all the rights enjoyed by his predecessor over all parts of his dominions, including the Duchies. Of course the question of succession is completely distinct from that of the Federal obligations binding on the king as Duke of Holstein and Lauenburg, the alleged violation of which, by his predecessor, is made the pretext for Federal execution in Holstein. And I must say that a totally new character is given to that Execution, when, under the protection of Federal troops, the pretender to the Duchy is allowed openly to put forward his claims and to receive the allegiance of his would-be subjects. This is going a great deal further than „doubting whether the German Diet has any right to compel the Holsteiners to recognise King Christian IX. as their legitimate Duke.“ But to return to the question of assents — I do not deny that it would have been desirable that, if possible, those assents should have been all obtained; but I do deny that they were necessary to the validity of the treaty; and Baron Beust admits the impossibility of obtaining the assent of Holstein, except upon terms which would have been tantamount to the dissolution of the Danish monarchy. But with regard to the Diet, I have always understood (I may be mistaken) that in the treaty of 1852 Austria and Prussia assumed to act as their plenipotentiaries; and it is difficult to see how they at least can reconcile a repudiation of the treaty on the ground of its non-acceptance by the Diet. And, of all causes to be taken up, that of the Duke of Augusten-

burg seems to me the most indefensible. His father, guilty of a treasonable rebellion against his Sovereign, having had his Estates confiscated, and having incurred for himself and his heirs the penalties attaching to treason, signs for himself and them an absolute renunciation of any possible rights which he might have, and under the most solemn sanction pledges himself and them, never to disturb the peaceable enjoyment by the present king and his heirs of the rights conferred on them by that treaty. By the king's free will and indulgence he received a compensation of, I think, 3,000,000 Thalers for his Estates, the proceeds of which the present claimant has accepted, and now enjoys; never did he even protest against the surrender of his vested interests, till the money had been paid and seven years had elapsed since the conclusion of the treaty. If private morality is to be carried into public affairs, I know not in what terms to stigmatize pretentions put forward on such grounds.

I have frankly stated to you the view which I take of the obligations imposed upon the signataries of the treaty — Saxony was not one — and I am unwilling to discuss the amount of difference between her „assentiment“ and her „accession“.

We are at a most perilous crisis; and the entrance of a single German soldier into Schleswig will alter the whole complexion of the case as it stands at present, and render inevitable a war which may become general. It is as a friend of Germany not less than as a lover of peace that I earnestly hope such a war may even yet be avoided. The minor States of Germany, who are most eager in pushing matters to extremity, would be the first to suffer from the results; and though I have heard that some of them are thinking, if Austria and Prussia should hang back, of a new Confederation of the Rhine under the protection of France!! I cannot for a moment believe, even in their present excited state, in such a suicidal insanity!

Forgive me if in the frankness of a strictly private and confidential letter, I have expressed myself too strongly. I regret

more than I can say, what appears to be the discrepancy of our views; but I will not abandon the hope that means may even yet be found to escape the calamities of war, notwithstanding the vacillating, and at the same time offensive course of Lord Russell's diplomacy. Believe me etc. Derby.

Private. *London, January the 13th 1864.*

Dear Lord Derby, [1]) — I have the honour to acknowledge the receipt of your kind letter of the 10th with deep felt gratitude. Frankness in a case like this is real kindness. I took it as such. I have nothing to forgive, only to thank. If there is yet any chance of peace, it lays in the hope that the statesmen of England will take the trouble of mastering that complicated question, in all its tiresome details, in order to arrive at a clear unbiassed and unprejudiced view of the case. I venture to hope, they will then come to the conclusion that the best they can do, is to leave it alone, in order to „localise" the war if — what God forbid — war is to be.

I certainly do not feel competent to enter into a controversial discussion of such a question with a statesman of your power, with the greatest orator of the British Parliament, not to say, of our age.

Laying confidentially before you the correspondence which had passed between our Governments, my object was not, to complain of Her Majesty's Ministers or to criticise their conduct. My object was, to forward to you a fair and genuine *exposé* of the views entertained, not only by the Saxon Government, but by the overwhelming majority of the German nation. Saxony is a small unit, but in that case may be taken as *pars pro toto.* The Government are, what you would call „liberal-conservatives". They have just been able to reduce considerably the taxes and to increase at the same time the salaries of the public servants up

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 6).

to 25 %. Saxony, if an island, would be a „happy island". We cling to the pecularities of our race as all the German races do; we are devoted to our dynasty which rules over us during thousand years. Foreigners are often mistaken: the Germans are fond of their Princes and cannot do without them, just as the English are fond of their Lords in spite of Messrs. Cobden and Bright. Still, there are certain things those Princes cannot do, not more than your Lordships can. They cannot run against the tide of a national movement such as we have not seen since 1813. They are between two dangers: a war or a revolution; all of them, from the Emperor of Austria down to the Prince of Liechtenstein. This is a sad, but a sober truth. You may depend upon it, the minor German states are wide awake, just now; they know quite as well as you do that their existence is at stake. No childish wish to court popularity, no foolish desire to make political capital out of this unfortunate quarrel have determined their course. You are quite right disbelieving the story a new Confederation of the Rhine under French protection. Nobody dreams of such a suicidal insanity in Germany. The times are past when such things were possible. Heaven be thanked! No minister would be able to keep power for a single day, could he even be suspected of such a folly which would be looked upon as an act of high treason. There is, it is true, a good deal of nonsensical excitement and perhaps even of criminal agitation on the surface; but there is also a not to be mistaken undercurrent of a sober and genuine public feeling against every sort of foreign interference. People look upon the London Treaty as an act of foreign dictation. It was the Emperor Nicholas, they say, who dictated that arrangement when on the height of his power, when Austria had, in an unfortunate hour, been induced to accept his assistance, when Prussia laid at his feet in a state of utter prostration after having returned from Olmütz. The Russian diplomacy, they say, frightened Lord Palmerston out of his wits, by inventing some un-

founded claim which Russia might perhaps put forward some day in order to secure the Gottorp part of Holstein and the harbour of Kiel; and they invented also the phrase of the „integrity“ of Denmark being a necessity for the balance of power in the North of Europe. A monarchy of two millions and a half, an European necessity!? . . .

„Well! — the English answer — but, after all Austria and Prussia signed the treaty and they at least, if not Germany, are bound by it.“

Allow me, in the first place to state as a fact which is openly admitted by the cabinets of Vienna and Berlin, that Austria and Prussia signed the Treaty of 1852 on their own account, and not as plenipotentiaries of the German Confederation, and that they never brought it before the Diet. I may add that you would scarcely find any statesman, neither at Vienna nor at Berlin, who would not acknowledge that Austria and Prussia had no business to sign that treaty, and that, if it were to be done again, they certainly would not do it. The conduct of the Great German Powers is only to be understood in bearing in mind their, may I say, amphibious position as European and as German Powers. I think you will find therein the key to the whole complication. — But „why had they no business to sign that treaty?“ Our answer is: because that treaty is inconsistent with the fundamental laws of the German Confederation; because the Federal Act of 1815 and the Final Act of 1820 are, at all events, older engagements than the Treaty of 1852; and, if this treaty is inconsistent with those former engagements (because the German law does not admit that the order of succession in a German State can be altered without the assent of the Agnats and of the Estates) — why, Austria and Prussia have placed themselves in the dilemma: either to repudiate the treaty, or repudiate their former engagements, viz., to break the Federal Constitution.

With regard to the doubt. whether the want of the consent

of the Estates of Holstein — though desirable — could invalidate an European transaction, allow me to explain our view by a fair analogy. Supposing for argument sake, William IV. and his Hannoverian advisers had arrived at the conviction that it would be in the interest of the kingdom of Hannover, never to be separated from England; supposing, the king, in order to secure that object, had persuaded one of his Hannoverian Ministers to sign a treaty with some foreign powers, a treaty by which those powers would declare the „integrity“ of the British-Hannoverian Empire, and the introduction of Salic law in England to be a matter of European interest: do you think the British Parliament would have been bound to acknowledge such a treaty? Do you believe the Duke of Cumberland in whose favour the supposed treaty would have been made altering the lawful order of succession in Great Britain, would have had the remotest chance of being recognised by the Lords and Commons of England as their legitimate Sovereign? Why, I think, in such a case as this you would have been the first to rise and to denounce such a treaty as utterly null and void because the British Parliament had not been consulted! I know very well this is assuming practical impossibilities but I come to the point. And the point is this: that right is right, and that there cannot be two rights and measures as far as right is concerned, for Great Britain and Holstein. Should it become the fashion in Europe to act on the doctrine that the international law is only made for those who are strong enough to take care of themselves, and that those who are not, are obliged to accept meekly without any protest nor opposition what five or six stronger powers have settled between themselves, without consulting the interests of those who are lawfully concerned; then, there would soon be an end of international law altogether, there would be a state of perpetual war and violence, of bloodshed and anarchy, and the Cimbers and Teutons would not be wanted from without to achieve the destruction of our much boasted of civilisation.

The question of the assents is the real question at issue. It is this question of right against might which has stirred up the dormant national feeling in Germany; and the minor States, in defending the rights of the Duchies against what they call „foreign interference“, are convinced that they defend their own rights; they feel that it would be suicidal to leave that defence to the democrats, the *Turners* and the *National-Verein.* All this may appear very strange to strangers. Still, I think, you will find that I did my best — in a language which is not my own — to explain to you the things as they are. I will not deny that strong objections may be put against those views. But that is not the question now. The question is: what are the views of the overwhelming majority of the German nation? And I do not think your diplomacy well informed on that point. If they were, they would above all avoid threats in order not to be told, as Baron Beust has been obliged to tell or, in fact, to write to Mr. Murray: *„que pour tout Gouvernement jaloux de son honneur et de sa dignité, il serait difficile à imaginer un moyen plus efficace pour lui faire braver les conséquences d'une décision dictée par le sentiment du devoir, que ne l'est l'emploi de la menace.“*

This unfortunate question has been awfully mismanaged; and I think everbody who meddled with it, has been more or less to blame. I am not for Shylock's „pound of flesh“-doctrine, but that I must say, until now the German Duchies have not even received from Denmark a fair offer of compensation; nobody has said to them:

„For thy three thousand ducats, here are six,“ and so it is natural enough that they want their „pound of flesh“ viz., the separation.

I have never been able to get a sensible answer to the question: what it can matter to England whether Denmark keeps the Duchies or not?

The insignificance of the object appears to me self-evident. The Spanish succession, the Austrian succession, the „integrity“

of the Ottoman Empire may justify an European war. But the Danish succession, the „integrity“ of an empire of two millions and a half? — As long as you keep out of the quarrel, France will; as soon as you move, she will. In that case you expose Antwerp to save Copenhagen! Peace and war, in an European sense, depend entirely from you. The whole imbroglio will remain a storm in a tea-pot as long as you keep quiet. The danger is, I think, the weakness of the present Government. They may be driven drifting into war by a single speech of your Lordship.

Excuse this long letter and all my sins against the Queen's English. Whatever its faults may be, it has been written by a lover of peace and truth and by a faithful admirer of your Lordship. Believe me etc. Vitzthum.

London, 22. Januar 1864.

Die Veröffentlichung der Depesche vom 29. December v. J. und meines Begleitschreibens an Lord Russell hat in hiesigen deutschen wie englischen Kreisen erwünschten Eindruck gemacht. Die Logik unserer Argumentation gegen die Rechtsgiltigkeit des Londoner Vertrages hat nirgends Widerspruch, mehrfach Beifall gefunden. Die Stimmung in amtlichen Kreisen ist freilich dieselbe geblieben. Als Beleg dafür kann das Schreiben gelten, welches Lord Robert Cecil, der Autor des Artikels in der „Quarterly Review“, in der heutigen „Times“ veröffentlicht. Ich werde unvergessen sein, die Irrthümer dieser Darlegung zu widerlegen. Inzwischen erhalte ich täglich durch die Post anonyme Zusendungen, welche die wachsende Theilnahme des hiesigen Publikums bezeugen und beweisen, dass der von uns eingenommene Standpunkt mehrfach gebilligt wird.

Das Schreiben eines gewissen Fenton an den Herausgeber des „Dewsbury Reporter“ vom 12. Januar 1863 ist ein Protest des britischen Rechtsgefühls gegen die durch den Londoner Tractat versuchte europäische Vergewaltigung. Es wird darin an einen Angriff erinnert, welchen Lord Robert Montagu, Bruder

des Herzogs von Manchester, im Jahre 1861 im Unterhause versucht hatte. Durch eine von Lord Palmerston mit dem Führer der Opposition verabredete Auszählung *(count out)* wurde der jugendliche Vertheidiger der Rechte der Herzogthümer damals mundtodt gemacht. Ich werde, sobald das Parlament zusammentritt, diesem mir persönlich bekannten Tory einige unserer Batterien zur Verfügung stellen, welche er hoffentlich bei vollem Hause gegen die Regierung spielen lassen soll. Ein anderes Schriftstück unter dem Titel *Reasons for abrogating the Treaty of London of the 8th of May 1852 etc.* kommt von dem sogenannten *Lancashire Foreign Affairs Committee,* welches sich unter dem Präsidium des Mr. D. Urquhart gebildet hat. Letzterer, leidenschaftlicher Gegner Russlands und Lord Palmerston's, beschuldigt seit Jahren den Premier-Minister eines geheimen Einverständnisses mit dem Petersburger Cabinet. Der Londoner Vertrag bot einen willkommenen Beleg für dieses Lieblingsthema. Urquhart hat die Acten studirt und seine Darlegung der Nullitätsgründe des Tractats von 1852 bekundet die Objectivität seines Urtheils. Es werden zugleich die Antworten Clarendon's und Palmerston's auf verschiedene Interpellationen, eine Correspondenz mit Lord Malmesbury und ein prophetisches Mémoire veröffentlicht, welches Herr von Usedom dem Könige von Preussen am 4. Februar 1851 überreicht haben soll.

Sir A. Paget telegraphirte vorgestern, Christian IX. sei entschlossen, dem Rigsraad die Aufhebung der November-Verfassung zu empfehlen. Der Jubel, den diese Nachricht hervorgerufen, wird bald verstummen. Wenigstens führen „Times“ und „Morning Post“ heute eine weit nüchternere Sprache. Die Berliner Correspondenz des City-Blattes wird ernste Beachtung finden.

Im österreichisch-preussischen Lager hofft man, die Dänen würden sich dem Uebergange über die Eider nicht widersetzen, und sich hinter die Danewerke zurückziehen.

Zwei Lösungsversuche sind aufgetaucht. Der eine: Personal-Union während der Lebenszeit Christian's IX., dann völlige Tren-

nung der Herzogthümer unter dem Augustenburger, wird Schmerling zugeschrieben. Der andere scheint darauf berechnet, den preussischen Kammern den Mund zu stopfen. Hiernach soll Holstein an Preussen überlassen werden, dieses den Augustenburger entschädigen und allen Ansprüchen auf Schleswig entsagen.

In officiellen Kreisen empfindet man die grösste Genugthuung über das Vorgehen Oesterreichs und Preussens und doch wird die Kriegsgefahr dadurch nur gesteigert.

Lord R. Cecil upon Germany and Denmark.

To the Editor of the Times [1]). — Sir, — I regret that in consequence of absence from town I have not been able sooner to reply to the letter which Dr. Forchhammer, Professor of the University of Kiel, has addressed to you in reference to some remarks of mine that appeared in your columns. Much, however, of his letter does not require further discussion, inasmuch as it has been fully answered by your correspondent „H. T. P." Much, also, of the Professor's letter is beside the questions at issue. The grievances under which he alleges that the Schleswigers suffer, the restraints upon their press and upon their right of meeting, may or may not be well founded. They may be the fault of the Danish Government or of the German Opposition; but in any case they are not matters of international complaint. Denmark has not promised to Germany that she will give the Schleswigers a free press; and, except in those cases in which Denmark has bound herself by positive promises to govern Schleswig in a particular manner, no foreign Government has the shadow of a right to interfere in the internal politics of that Duchy. The Germans have, or believe themselves to have, a right to protest against all laws which favour the Danish Schleswiger to the disadvantage of the German Schleswiger. But that right

---

[1]) Veröffentlicht in: The Times, January 22, 1864; die Uebersetzung ist im Anhange (Nr. 7) gegeben.

exist, if at all, only by virtue of certain stipulations which were alleged to have been made in 1852. This limited right does not give the German Powers any sort of title to interfere in respect to other laws which they may or may not approve, but which apply to Dane and German equally. If, indeed, the German Powers are entering upon a general crusade for the freedom of the press and the freedom of association, they may not pay much regard to the limitations of their legal right; but in that case it would be better to begin with their own race in Livonia or Alsace, and they may even find a profitable field for their efforts within the limits of the Confederation itself.

At a moment when war is impending, the only questions of interest are those out of which, in appearance at least, it is likely to arise. The Diet goes to war to defeat the Treaty of London; Austria and Prussia go to war to defeat the Constitution of November last; and these two points are, therefore, the only ones that are of importance now. Professor Forchhammer's mode of dealing with the Treaty of London is very popular in Germany, but it is absolutely unintelligible in England. He simply inveighs against that Treaty, and appears to imagine that when he has done so he has made it less binding on those who signed it. The Treaty is attacked because it was concluded without the assent of the Diet, of the Assemblies of the Duchies, and of a certain number of the agnates. There was a good reason for the omission in each case. The Diet was not consulted, because Austria and Prussia, who did sign the Treaty, were at the time its mandatories in respect to the affairs of Holstein, and the idea of a Diet which should set Austria and Prussia at defiance had not occurred to the statesmen of that day. The Assemblies of the Duchies were not consulted, because they were provincial bodies, of modern origin, and of a competence strictly limited by their charters, which gave them no authority to deal with questions of succession. The mass of the agnates were not consulted, because the Duke of Augusten-

burg, who stood first in that line of succession, had renounced his claim for a large sum of money; and his renunciation was held, according to certain well-known European precedents, to be abundantly sufficient to bar those who claimed through him. It is not sufficiently remembered upon the German side that but for this rule the Emperor of Russia would be the rightful heir of Kiel. Either an heir, by renouncing his claim, can bind those who claim through him, or he cannot. If he can, then the renunciation made by the Duke of Augustenburg in 1852 bars his son Prince Frederick. If he cannot, then the renunciation of his undoubted right to Kiel made by the Emperor Paul, in 1773, does not injure the title of the present Emperor Alexander. Either way Prince Frederick has no right to the homage of Professor Forchhammer at Kiel. Every Englishman must concur in the strong language which your correspondent „H. T. P.“ has used with respect to the conduct the pretender and his father have jointly pursued in the matter of this renunciation. „We promise for us and our family, by our princely word and honour, not in any way to counteract the resolutions which His Majesty may have taken, or in future might take, in reference to the arrangement of the succession to all the lands now united under His Majesty's sceptre.“ So wrote the Duke of Augustenburg in 1852, and received full payment for the promise. In 1863 he executes an act of renunciation in favour of his son, specially for the purpose of enabling that son to upset the succession which 11 years before he had pledged himself „not to counteract“. He receives money in consideration of a special promise; he breaks the promise, but he does not refund the money. If „the Germans of moral character“ to whom Professor Forchhammer appeals, approve this mode of dealing with a „princely word of honour“ I can only express my surprise.

Even, however, if these objections were as strong as they are weak, they would be worthless now. The fact that the

consent of the Diets, the Estates, and the mass of the agnates had not been obtained was as patent in 1852 as it is now. Austria, Prussia, Wurtemberg, and Hanover knew of it as well as they do new; and yet they signed or adhered to a treaty in which those consents are not so much as mentioned. If they may now plead an alleged omission, which they carefully forebore to notice then, as a ground for dishonouring their signatures, no security can be attached for the future to any international obligations. There is no Treaty in existence about which it may not be pretended that some adhesion was not obtained which ought to have been obtained.

The last point noticed by Dr. Forchhammer is, perhaps, the most important, as it is the one upon which Austria and Prussia have elected to go to war. The assertion that the Constitution of November last „tends to incorporate" Schleswig with Denmark is constantly made, but the exact point in which this tendency appears is never specified. No attempt has been made to define this momentous word „incorporate", upon which the issues of peace and war are made to turn. There are several degrees of combination in which two different communities constitutionally governed may exist together under the same Sovereign; and these degrees are marked by the relative position of the legislative bodies in each. There is the purely dynastic union, where each community has its own Legislature, co-ordinate and independent. There is the Federal system, where common affairs are managed by a common assembly, and provincial affairs by a provincial assembly, each being within the limits of its own competence independent and self-subsisting. There is the anomalous system of our own empire, in which one supreme Parliament controls a cluster of subordinate Parliaments; and, lastly, there is the complete combination to which the metaphor „incorporation" is more properly applied, and which takes place when the local or subordinate assembly is altogether superseded, and the central Parliament assumes the

entire government. The Irish Union is a case in point. The second of these—the Federal system—is that which is sanctioned by the Constitution of November. The provincial Parliament of Schleswig is independent, and within its own sphere supreme. The tie that binds Denmark to Schleswig could only be made looser than it is by converting it into a purely dynastic union; and no one can read the correspondence of 1851—52 without seeing that a dynastic union was the last arrangement contemplated under those engagements. A common assembly for common affairs, and local assemblies for local affairs, is the brief description of the scheme sketched out in that correspondence; and it is also a true description of the Constitution of November. Austria and Prussia have not pointed out what the objections are which they take to that measure, nor have they stated in what other way they require that the relations between Denmark and Schleswig shall be adjusted. They are going to war, in short, for a vague metaphor which they refuse to define, and in order to establish a state of things in Schleswig the nature of which as yet they are not able to describe. And they attach so much importance to these objects that they decline to forego them even for a few weeks till a European Conference can decide upon them! Under such circumstances it is not to be wondered at that their sincerity is regarded with suspicion.

I have the honour to be, your obedient servant.

January 21, 1864. Robert G. Cecil.

Germany and Denmark.

To the Editor of the Times [1]). — Sir, — Lord R. Cecil's letter, which you printed in „The Times" to-day, contains assertions so utterly inconsistent with the facts that, in the interests of truth, you will allow me to point out some of the most glaring

[1]) Veröffentlicht in: The Times, January 23, 1864. Die Uebersetzung siehe im Anhange (Nr. 8).

errors, which, if not contradicted, might prevent your readers arriving at a fair and unprejudiced view of the case. I trust the noble Lord himself, who, unwittingly, and in perfect good faith, I am sure, has committed these errors, will admit the fairness, and, upon inquiry, the truth of the following corrections: —

1. Austria and Prussia did not act as mandatories of the German Diet, when they signed, on the 8th of May, 1852, the Treaty of London. Both signed that Treaty on their own account as European Powers. No Austrian, no Prussian statesman has ever thought of denying this fact.

2. The Diet was not consulted, because the signataries had every reason to doubt whether they would be able to carry the consent of that body to an arrangement which is considered as utterly inconsistent, not only with German, but with international law, because the assents of the interested parties have not been obtained.

3. The claim of Russia with reference to certain parts of Holstein (the so-called *„Gottorpsche Antheil"*, including Kiel) is not recognized in Germany as founded in law, because, in consequence of the negotiations (of 1750—1773), the Imperial House of Holstein-Gottorp, which now reigns over Russia, have exchanged their claims on the *„Gottorpsche Antheil"* against the counties of Oldenburg and Delmenhorst. Should they desire to rescind that arrangement, and revive their title with regard to certains parts of Holstein, they would be obliged to restore the equivalent which they received for it—viz., the dominions of the Grand Duke of Oldenburg. This they cannot do, because the Grand Duke, according to the Treaty of Vienna, has become a Sovereign Prince, perfectly independent of his cousin, the Emperor Alexander. This will be sufficient to show that the pretensions of Russia, assumed in the protocol of Warsaw, will be found, after further investigation, utterly abrogated by the Treaties of Vienna.

4. The Duke of Augustenburg by his declaration, or, as it

is wrongly called, his „renunciation", could never bind his eldest son, for the simple reason that this son was of age already in 1852. To make the Duke's „renunciation" lawfully binding on Prince Frederick the assent of the latter was wanted. The Danish Government, by an oversight which would appear strange, were this the only fault of omission they committed, have never thought of asking Prince Frederick's adhesion, and he has never put his name to any paper which could be possibly interpreted as an adhesion or an assent to his father's „renunciation". If a British peer were to dispose of his entailed property, or even of his rights and expectations to an entailed property, which some day may be obtained by him, without the consent of his son, this son being of age, would such an arrangement be perfect and binding on the son, according to English law? I do not know; but what I do know is that, according to German law, it would be utterly null and void, as far as the son's title and birthright are concerned, provided he had been of age „at the time" when his father thought fit to dispose of his inheritance or his expectations.

5. The Duke of Augustenburg has never „received full payment for the promise" not to counteract the arrangements made for the Danish succession. The money which he received has never been considered, not even by Frederick VII. and his advisers, as an equivalent for any promise, but as an indemnity for the estates which were the private property of the Duke, and which the Danish Government compelled him to sell in a given time, for the same reasons of political expediency which induced the present French Government some years ago to compel the Orleans Princes to sell their private estates in France. The Danish Crown bought land and no promise. If King Christian IX would consent to restore these estates to the rightful owner, the house of Augustenburg would be too happy to recoup His Majesty by paying back the comparatively very scanty indemnity which the Duke received in 1852.

I know very well the common report, which says that the Duke was a „rebel", and that as such the King of Denmark had „confiscated" his property. *Vae victis!* But I think there are in these happy islands many who, if they knew the true history of this „rebellion", would exclaim with Cato, „*Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni*". The fact is, that there has never been a judgment against the Duke, and that the whole, accusation rests upon *ex parte* statements of the Danish Government, who had the power, but certainly not the right, of confiscating the private property of a princely house connected with the reigning Sovereign.

I enclose my card, though my name would give no more weight to the foregoing statement, which is based on facts undisputed, as will be easily ascertained.

I am, Sir, your obedient servant,

January 22, 1864. Audiatur et altera pars.

Hobart Place, January the 23rd 1864.

Dear Lord R. Montagu, [1] — Allow me to call your attention to a letter which appeared this morning in „The Times" under the signature „*Audiatur et altera pars*". This letter refutes the most glaring errors of Lord R. Cecil's composition which was printed in yesterday's „Times". Still there is an assertion of Lord R. Cecil which has been left unanswered, viz. „The Assemblies of the Duchies were not consulted, because they were provincial bodies, of modern origin, and of a competence strictly limited by their charters which gave them no authority to deal with questions of succession."

Every word of this paragraph is an error. The Assemblies of the Duchies were not consulted, because the Danish democrats, who ruled over the King and the State of Denmark knew perfectly well that the Estates of Schleswig and Holstein would

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 9).

never be fools enough to commit the suicidal insanity of accepting the London Treaty. These Assemblies were not more nor less „provincial bodies“ than the Rigsraad of Copenhagen where Denmark proper is exclusively represented. To state, that the Estates of Schleswig and Holstein are of „modern origin“ and had no competence nor authority „to deal with questions of succession“ shows only that the writer has not taken the trouble of studying the question. He would have found that a parliament which actually exercised its competence and authority, not only to deal with, but to decide *proprio motu* the question of succession in 1460 (in the times of Richard of York) can scarcely be looked upon as one of „modern origin“.

If the estates of Schleswig and Holstein (the Knights, Prelates and Cities as they are called) had not had the „competence“ and the „authority“ which Lord R. Cecil contests, why, the title of the reigning House of Oldenburg would be forfeited, because the Holsteiners and Schleswigers elected Christian I (of Oldenburg), King of Denmark, to be their Duke and he — the forefather of all the Holstein branches now living — confirmed the rights and privilegies of those „provincial bodies of modern origin“ by a letter patent, which goes under the name *„Die tapfere Verbesserung“* and recognized therein expressly their right to elect an other male member of the reigning house, should the heir object taking the oath which he, King Christian, as Duke of Schleswig-Holstein took to uphold and to protect the ancient privilegies of the estates.

We have not forgotten in Germany the chivalrous speech you made in June 1861 in favour of the rights of the Duchies when you denounced the London treaty as the London conspiracy and when a „count out“ was found to be the only means of silencing the champion of right against might. I trust that this year you will find a full house to listen to your manly speeches in favour of a good cause.

Should you want facts, dates, documents, I have an arsenal

at your service. For the moment I think a little skirmishing with Lord R. Cecil would do no harm and I am certain „The Times" would be most happy to print a statement of yours based on the facts which I took the liberty to recall to your mind.

Yours very truly, Vitzthum.

(Eigenhändig) *January the 24th 1864.*

My dear Count Vitzthum, [1]) — I wrote yesterday, in a very hurried manner, an answer to Lord Robert Cecil's letter which I had just seen. In my haste the passage to which you allude, escaped my notice; although the error attracted my attention when I first read his letter. I have therefore sent a short P. S. to the Times Office. I fear they will not print my letter, as I am no favorite with the Editor. As far as I can make out from the blue-books, the Duchies (and Germany) do not desire to break the treaty, if only the ancient rights of the Duchies be preserved and their autonomy maintained.

I am sorry that I missed the honour of seeing you when you called. Any information that you may consent to give me, I shall be most thankful to receive.

Yours very faithfully, Robert Montagu.

Germany and Denmark.

To the Editor of the Times [2]). — Sir, — I had barely two hours after reading the letter of „*Audiatur*" in your impression of yesterday, and that of Lord Robert Cecil in the preceding number, to write a few remarks on the inaccuracies which they contained.

In my haste a most serious error in Lord Robert Cecil's letter escaped my attention. He says: — „The Assemblies of

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 10).

[2]) Veröffentlicht in: The Times, January 25, 1864. Die Uebersetzung ist im Anhang (Nr. 11) gegeben.

the Duchies were not consulted, because they were provincial bodies, of modern origin, and of a competence strictly limited by their charters, which gave them no authority to deal with questions of succession." Of modern origin! They are of as ancient an origin as our House of Commons. In 1460 they, of their free and absolute authority, determined the succession to their throne. What „charters" can Lord R. Cecil be thinking of? When they elected Christian I. they required no charter to authorize them; their „competence" was not then strictly limited to paltry provincial matters. From Christian I. the Kings of Denmark, the Augustenburgs, and the Glücksburgs have descended. From him the Kings of Sweden derived their origin, and the Emperor of Russia has come down. Yet Christian I. had to wait, cap in hand, for the free election of those maligned and contemned Diets. Had it not been for the assemblies of the Duchies, where would have been the kingdom of Denmark and the rival claimants to the throne?

When Christian I. had obtained the desired boon be swore to maintain the ancient rights of those Duchies, and every King since his day has taken the same oath, and sworn to maintain their authority. Now they are set aside as of „modern origin, and strictly limited competence".

If you will be good enough to append this as a P. S. to my letter of yesterday evening, or if you will grant it a place in a succeeding number, you will oblige, your obedient servant,

January 24, 1864. Robert Montagu.

Lord R. Cecil upon Germany and Denmark.

To the Editor of the Times [1]). — Sir, — Your correspondent who signs himself „*Audiatur et altera pars*" accuses me of „glaring errors" and of „assertions utterly inconsistent

---

[1]) Siehe: The Times, Monday, January 25, 1864. Die Uebersetzung ist im Anhange (Nr. 12) gegeben.

with the facts". So grave a charge must be my excuse for again troubling you with a demand upon your space, which I have already taxed so heavily. The statements which have been impugned are based upon well-known documents. It will not be necessary that I should quote them at length. A brief reference to them will suffice to satisfy your readers that my assertions are quite consistent with the facts, and that the error is not on my side.

1. His first correction rests upon a misapprehension of my meaning. I did not say that Austria and Prussia signed the Treaty of London on behalf of the German Diet. What I did say was that when Austria and Prussia signed the treaty they were mandatories of the Diet in regard to the affairs of Holstein, and that that fact, joined to the then undisputed supremacy of those two States in the Diet, presented to the non-German Powers a sufficient reason for considering that it was superfluous to consult the Diet formally. I do not quite understand whether your correspondent doubts that Austria and Prussia were mandatories of the Diet in regard to the affairs of Holstein at the time the treaty was signed. If so, I can only refer him to the Federal resolution of two months later (July 29, 1852), be which that mandate was formally terminated.

2. The reason which induced the Great Powers not to associate the Confederation with themselves in the Treaty of London may be a matter of conjecture; but the reason which prevented Denmark from asking for its accession at the time that she asked for that of the other smaller Powers is on record. It was simply that England declined to assent to her doing so. In the circular of the Danish Minister, M. Bluhme, of September 9, 1852, the following passage occurs: —

„The Confederation is not to be found among the States enumerated in the enclosed list, because there is reason to believe that, in reference to the invitation of that political body, the contracting Powers will be less unanimously agreed. According

to information recently received from the King's Minister in London, it appears certain that the British Government, which looks upon a simple notification as sufficient, will refuse to apply for the accession of the Germanic Confederation."

Simple notification, it must be observed, was the course taken towards the least important Powers. The British Minister of the day probably acted from mere considerations of international etiquette; but, whatever his motive, it certainly could not at that time have been, as your correspondent has imagined, any fear that the Diet would reject a proposal upon which Austria and Prussia were agreed.

3. Your correspondent writes to expose my „glaring errors", and among them he enumerates my statement that Russia, under certain contingencies, has a claim to Kiel—a claim which he says „is not recognized in Germany". I must decline to admit that every fact which is not recognized in Germany is a „glaring error". It is a point of at least equal importance that the claim is very strenuously upheld in Russia, as the readers of recent telegrams may have observed. That either of the disputants for the right to so good a harbour as Kiel should „recognize" the title of the other is an amount of impartiality which few will be unreasonable enough to expect. The dispute upon this matter is a complicated one, like all that belong to this case.

The material point of it is that the Emperor Paul (then Crown Prince) in 1773 ceded his portion of Holstein, not to the Kings of Denmark generally, but only to Christian VII and his brother Frederick, and their male descendants. Their lineage is now extinct. It seems to be an inevitable result that the cession, which was made only to those descendants, has ceased to be operative. If so, the right to Kiel and some other parts of Holstein reverts to the Emperor Alexander, the heir of Paul. By the Protocol of Warsaw that right is renounced in favour of the present King and his male heirs. But the protocol expressly provides that if the arrangement by which King Christian was

to inherit the whole Danish monarchy should fail, the renunciation of Russia would cease bo te obligatory.

4. The next „glaring error“ of which your correspondent accuses me is the opinion that the Duke of Augustenburg, in renouncing his own rights, could bind those who claimed through him. I can only plead that I sinned in good company, for the same view was taken by the Powers who negotiated the arrangements of 1852, and especially by Prussia, who procured the renunciation from the Duke. Nay, I think I can appeal to a higher authority still. The same view must have been taken by the Duke himself when he wrote the words, „We promise for us and our family not to counteract the resolutions which His Majesty may take in reference to the arrangement of the succession.“ Your correspondent appears to me 'to have placed the Duke in a painful dilemma. Either the Duke did believe that he could bind his family when he wrote those words, in which case he was guilty of a „glaring error,“ or he did not believe it, in which case he was guilty of a gross fraud. But, at any rate, whether he could bind himself. He did bind himself not to aid any one in disturbing the succession. Had he adhered loyally to his promise he would have refused to make any renunciation in favour of his son, and then Prince Frederick would not have had a shadow of a claim during his father's lifetime. In reference to the legal argument of your correspondent, I need hardly observe that his appeal to the English law of entail is very wide of the question. The case must be argued upon European precedents, and not upon English statute law. I need not enter into a question which has been so abundantly discussed. The most important case bearing upon the question, whether a renouncing claimant can bar those who claim through him, is the renunciation of Philip V at the peace of Utrecht, and the tendency of that case is directly adverse to the modern German view.

5. The next „assertion utterly inconsistent with facts“ of

which I have been guilty is that the money paid to the Duke was paid in consideration of his renunciation. Your correspondent must have forgotten the terms of the instrument (December 30, 1852) in which the renunciation is contained. The first two sections refer mainly to the cession of landed property; the third section contains the promise not to counteract the new arrangements for the succession, which has been so often quoted. The fourth section then runs as follows: —

„The before-cited cession and transfer of our own rights to the before cited ducal possessions, &c., &c., as well as the obligations, promises, and assurances before mentioned, undertaken by us towards His Majesty, have been accepted by His Majesty the King for himself and his Royal successors to the Crown; and he has on his side promised to us, for himself and his Royal successors to the Crown, the following terms."

Then follows a list of the money payments to be made to the Duke. It requires no argument to prove that not only the cessions of land, but also the promises and obligations mentioned in the first part of the section, together constitute the consideration for the money promised in the second.

I need not go further for the purpose of showing what grounds your correspondent has for charging me with „glaring errors" and „assertions utterly inconsistent with facts". I should not have troubled you with an answer to him at this length but that I am inclined to surmise from internal evidence that he is peculiarly entitled to take a zealous interest in the cause of the House of Augustenburg. I have only to apologize to you for the space I have unwillingly occupied in this reply, and am

your obedient servant,

January 23, 1864. Robert G. Cecil.

Germany and Denmark.

To the Editor of the Times[1]). — Sir, — In pointing out to you the other day some of the errors which every one who knows something about the question of the day will have detected in Lord R. Cecil's letter of the 21st inst., my object was certainly not to make any personal attack on his Lordship or to wound his feelings in any way. My object was to serve, in my humble way, a good cause—the cause of peace, which „The Times" defends so ably and so powerfully, let us still hope so successfully—in its columns.

With regard to the points at issue, a short commentary on Lord R. Cecil's reply will be sufficient to show that there is still something to say on the other side of the question.

1. The serious German complication which sprung out of the Danish dispute turns on the fact which I stated, that Austria and Prussia did not act as mandatories of the German Confederation when they signed the London Treaty. The consequence was that the new order of succession which that treaty endeavoured to create for the Duchies of Schleswig, Holstein, and Lauenburg has until this day never been acknowledged, not even (until a few days ago, when Sir A. Malet forwarded a copy of the treaty by a note to the Federal President) officially known by the German Diet. Whether Austria and Prussia had full powers from the Diet for other definite negotiations respecting Holstein; whether those full powers expired in July or in May, 1852; and whether other Powers fancied that Austria and Prussia acted as mandatories of the Confederation, all this is perfectly irrelevant, and has no bearing whatever on the important fact that those two German Powers signed with other Powers a treaty contemplating, for a certain contingency of the future, a new order of succession to be established in a German

[1]) Veröffentlicht in: The Times, January 29, 1864. Die Uebersetzung ist im Anhange (Nr. 13) gegeben.

country, without the knowledge, without the authority, and without the full powers of the German Confederation.

2. It pleases Lord R. Cecil to sneer at the Diet, to pooh-pooh the notion that, where the vital interests of a German country are concerned, the central organ of a nation of 40,000,000 to 45,000,000 ought to have been consulted in order to make such an arrangement lawfully binding on Germany. I may tell the noble Lord that he will scarcely find any statesman in England, with some practical knowledge of what is going on just now in Europe, who does not deeply regret, if not deplore, that the German Diet has not been consulted; that, legally and technically, tho Treaty of London does not exist for Germany; and that the Danish succession, so far as the Duchies are concerned, is still an open question, and cannot but be considered by every German statesman as an open question as long as the Diet has not assented. I may tell him, also, that there is in Germany, as far as I know, no statesman worthy of that name who does not deplore hat the imbroglio brought about by this embryo of a treaty has not been avoided by the Danish Government, who by a wiser policy would have found means of conciliating in time the German subjects of the late King. The British Government—let me say this for the honour of a statesman who held the seals of the Foreign Office since a few days only—has not been blind to the danger, which Lord R. Cecil appears still unable to detect, of not consulting the German Diet, and of not binding Germany to that treaty. There will be found somewhere in the pigeon-holes of the Foreign Office the draught of a despatch which was sent in at one time to Vienna and to Berlin, urging Austria and Prussia to lay the London Treaty before the German Diet. And why did Austria and Prussia not act upon that wise and friendly advice? Was it not their own interest to do so, in order to legalize the somewhat irregular course they had taken? No doubt of it. But they could not do it, they could not even think of proposing the legal enact-

ment of that arrangement, because they knew perfectly well that as long as all the Agnates and the Estates of Schleswig and Holstein had not given their assent it would have been out of the question to expect the assent of the German Diet.

3. With regard to the Russian claim, the future will show who is better informed, Lord R. Cecil or myself. All I can say is that newspaper telegrams are not evidence enough for those who happen to know something about the question to induce them to fear that Russia, in the face of certain documents discovered lately, at Kiel I think, and of certain others which are carefully preserved in the State archives of a Northern German State, will seriously bring forward claims which, if they were ever submitted to a British lawyer, would be dismissed as utterly worthless.

4. I have no pretention to judge the Duke of Augustenburg, and I trust the noble Lord will fairly admit that there may be still some family documents which might not have been communicated to Lord R. Çecil, and which, if known by him, might perhaps compel him to pass a milder judgment on a foreign prince, belonging to a house connected with almost all the reigning families of Europe. At all events, the Duke of Augustenburg is beside the question. His acts, intentions, motives have nothing whatever to do with the rights of sis son. Prince Frederick was of age when his father signed his declaration without his son's consent. Every German lawyer would have told the Danish Government that any declaration of the Duke could not be binding on the son being of age. If they have neglected to demand his assent, as they have done, they have only to blame their own carelessness.

5. With regard to the last point, I accept Lord R. Cecil's admission of the 23^d that „cessions of land“ were, after all, made by the Duke of Augustenburg, as refuting the assertions of the letter of the 21st, which said that the Duke „renounced his claim for a large sum of money“, and „that he received

full payment for a promise", without mentioning the fact that, besides a „claim" and a „promise", some estates were thrown into the bargain, estates which, if sold to-day, would fetch certainly more than the Duke received according to the arrangement of December, 1852.

I may be allowed to add that the noble Lord is wrong in surmising „that I am particulary entitled to take a zealous interest in the house of Augustenburg". I have not the honour of knowing either the Duke or the Prince; I have nothing to lose by that cause, and it is to me personally a matter of perfect indifference whether the German Diet finally recognize Frederick VIII. or Christian IX. as Duke of Schleswig and Holstein, this being still, as far as I know, an open question.

I remain, Sir, your obedient servant,

January 27, 1864. Audiatur et altera pars.

London, 24. Januar 1864.

Nach der Rückkehr Lord Palmerston's und Lord Russell's in die Stadt hat gestern wieder ein Conseil stattgefunden. Die im vorletzten beschlossene Umfrage an die Mitunterzeichner des Londoner Tractates scheint schärfer gefasst worden zu sein, als Graf Bernstorff vermuthete. Latour d'Auvergne versichert, die englischen Minister hätten die I-Punkte nicht vergessen und alle Mitunterzeichner befragt, ob sie bereit seien, die im Tractate von 1852 gewährleistete Integrität Dänemarks mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen, falls der deutsche Bund auf der Trennung der Herzogthümer bestehe. Der französische Botschafter bemerkte: „Da Oesterreich und Preussen im Begriff stehen, die Eider zu überschreiten, so wird jede dieser beiden Mächte die Frage mit Nein beantworten. Dass wir dieselbe nicht bejahen werden, bedarf nicht der Versicherung. Baron Brunnow, der Chef-Redacteur, bietet Alles auf, um sein Schosskind, den Londoner Vertrag, zu retten. Dass aber der Kaiser von Russland geneigt sein sollte, die Brunnow'sche Phrase der däni-

schen Integrität mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen, möchte ich stark bezweifeln. Bliebe Schweden. Der Enthusiasmus dieser nordischen Nachbarn Dänemarks hat sich sehr abgekühlt und auch sie dürften, Alles wohl überlegt, mit Nein antworten. Dann werden die britischen Minister ihrem Parlamente erklären: Wir haben überall angeklopft, keiner der Mitunterzeichner hält den Vertrag eines Schusses Pulver werth, wir können daher nichts anderes thun, als die Dänen ihrem Schicksale überlassen."

Diese Prognose hat viel Wahrscheinliches, wenigstens widersprechen derselben weder die heutige „Times" noch der gestrige „Observer."

Auf der österreichischen Botschaft bezweifelt man, dass eine Anfrage, wie die obgedachte, in Wien gestellt worden. Das schliesst jedoch die Richtigkeit der französischen Nachricht nicht aus. Kein hiesiger Diplomat wird von seinem Hofe besser unterrichtet als Latour d'Auvergne. Die britische Umfrage wird ein *coup d'épée dans l'eau* bleiben. Die Situation spitzt sich heute Abend auf die Frage zu, ob die Dänen sich dem Eider-Uebergange widersetzen und überhaupt Widerstand leisten werden. Lord Palmerston und Lord Russell können sich seit gestern darüber nicht mehr täuschen, dass man in Wien und Berlin den Zusammentritt des Rigsraad nicht abwarten und die versprochene Zurückziehung der November-Verfassung als eine nichtssagende Finte auffassen wird.

Im Hauptquartiere der Opposition habe ich heute die entschiedenste Abneigung gegen jede Einmischung Englands constatiren können. Lady Derby sowohl als Mr. Disraeli haben mir über mein Schreiben vom 13. an Lord Derby die schönsten Dinge gesagt. Wenn ich davon die obligaten Höflichkeitsphrasen abziehe, so bleibt mir ohne Selbstverblendung die Ueberzeugung, dass die dort entwickelten Anschauungen einen über alle Erwartung tiefen und nachhaltigen Eindruck zurückgelassen haben. Die Wahrheit ist eine Macht, und der Muth die Wahrheit zu sagen verfehlt die Wirkung nicht auf objective Menschen, die

wie der Tory-Chef gewohnt sind, die Dinge von oben herab zu betrachten.

Die günstige Stimmung, welche der Leitartikel des „John Bull“ (das Lieblingsblatt des hochtorystischen Landadels und der Geistlichkeit) kennzeichnet, ist benutzt worden, um Disraeli das nachstehende Thema zu entwickeln.

„Die Behandlung der Angelegenheit“, bemerkte ich, „ist von vornherein eine unlogische gewesen. Anstatt sich krampfhaft auf den Vertrag zu steifen, hätten Euere Minister, wenn sie denselben retten wollten, besser gethan, eine grössere Gleichgiltigkeit zur Schau zu tragen. Durch unüberlegten Eifer haben sie nur dem Kaiser der Franzosen in die Hände gearbeitet und diesen dahin gebracht, die Vernichtung des Tractats zu wünschen und zu betreiben. — ‚Ihr habt es selbst gesagt,‘ wird er ihnen zurufen, ‚den Londoner Vertrag zerreissen heisst alle übrigen in Frage stellen; der Londoner Vertrag ist zerrissen, folglich bin ich an keinen anderen gebunden.‘ — Hätte man im Gegentheil jede Pression auf Wien und Berlin vermieden, sich aller Drohung, aller Einmischung enthalten, so würde meine Prophezeiung vom 13. d. nicht, oder wenigstens nicht so schnell eingetroffen sein. Wie ich damals vorausgesagt, befinden sich die deutschen Grossmächte heute in einer Zwangslage. Sie haben nur die Wahl, entweder den Londoner Tractat oder den weit älteren Bundesvertrag zu zerreissen. Nur um nicht mit England zu brechen und die Integrität Dänemarks nicht preiszugeben, haben sich Oesterreich und Preussen am 7. December v. J. dem für sie unverfänglichen Antrage Sachsens widersetzt. Wie ganz anders ständen die Dinge, wenn jene unglückliche Meinungsverschiedenheit vermieden worden wäre. Die Bundes-Commission ist dadurch von vornherein lahm gelegt worden. Und was haben Euere Minister durch ihren Einschüchterungsversuch gewonnen? Nichts — nicht einmal Zeit. Wäre die Spaltung vermieden und ein einhelliger Beschluss gefasst worden, so würde die bekannte Langsamkeit des Bundestages der schleswig-

holsteinischen Frage zu statten gekommen sein. Das von Eueren Ministern gepriesene eigenmächtige Vorgehen Oesterreichs und Preussens hat die Kriegsgefahr nur gesteigert. Wäre der Prinz von Augustenburg als Herzog von Holstein anerkannt worden, so hätte erst abgewartet werden müssen, ob er dem Bunde das Ansinnen stellen wolle, ihn in seinen wirklichen oder vermeintlichen Rechtsansprüchen auf Schleswig zu schützen. Dann wären diese Rechtsansprüche geprüft worden und erst später die Frage zur Entscheidung gelangt, ob der Bund sich für verpflichtet und berechtigt erachte, dem Herzog von Holstein zu seinem Rechte auf ein ausserdeutsches Land zu verhelfen. Wochen wären vergangen und jeder Tag war von Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens. Wie die Sachen jetzt liegen, ist der Krieg nicht mehr zu vermeiden. Christian IX. hat nur die Wahl zwischen dem bewaffneten Widerstande und der Revolution. Die überwiegende Mehrheit in den österreichischen wie in den preussischen Kammern ist unserer Ansicht. Rechberg und Bismarck würden zurücktreten müssen, wenn sie sich nicht entschlössen, die Integrität Dänemarks und den Londoner Vertrag fallen zu lassen. Dieser letztere ist in jedem Falle verloren. Wird Krieg, *ipso facto;* treten in Wien und Berlin Ministerwechsel ein oder muss Christian IX. seiner Dornenkrone entsagen, natürlich auch."

„A strong argument," erwiderte Disraeli, nachdem er mit gespannter Aufmerksamkeit meiner Auseinandersetzung gefolgt war.

London, 25. Januar 1864.

Die „Times" hat sich heute von der „Morning Post" den Rang ablaufen lassen. Letztere bringt bereits die Nachricht von der Ablehnung der von Dänemark begehrten sechswöchentlichen Frist und droht wieder einmal mit der Flotte in ominös gesperrter Schrift. Die Verantwortlichkeit für diese Drohung dürfte aber lediglich ihrem oft desavouirten Chef-Redacteur zur Last fallen.

London, 31. Januar 1864.

Von der Königin berufen, steht Lord Derby in Begriff, sich nach Osborne zu begeben. Er hatte mich bitten lassen, ihn vorher aufzusuchen. Die Unterredung fand unter vier Augen im Arbeitszimmer des Grafen statt und währte mehrere Stunden.

Nach einigen Höflichkeiten über meine an ihn gerichteten Briefe griff er die Bundes-Execution als unlogisch an und schien einigermassen verwundert, als ich ihm beistimmte.

„Wir haben," sagte ich, „in der Bundestags-Sitzung vom 7. December v. J. gegen diesen Mangel an Logik protestirt und eine Prophezeiung zu Protokoll gegeben, welche eingetroffen ist. Wie die Dinge heute liegen, ist der Krieg zwischen Deutschland und Dänemark unvermeidlich. In Englands Hand und Interesse liegt es, denselben zu localisiren. Ihren Feldzugsplan kenne ich nicht, aber wenn die Opposition den Ministern allzu grosse Friedensliebe vorzuwerfen beabsichtigt, so sind Sie schlecht unterrichtet. Wenn Sie nicht andere Angriffspunkte wählen, so unterstützen Sie, ohne es zu wissen, Lord Palmerston's geheime Umsturzpläne. Das Ministerium ist schwach, die Opposition stark. Vor dem eigenen Lande, wie vor der Geschichte wird letztere verantwortlich sein für den Weltbrand, welchen Lord Palmerston's verletzte Eigenliebe zu entzünden beabsichtigt. Und das alles wegen einer Frage, die Englands Staats-Interesse nicht berührt, sondern höchstens den persönlichen Dünkel des Premier-Ministers. Weil er sich von Brunnow hat düpiren lassen, möchte er jetzt einen Krieg entzünden, dessen Ende niemand voraussehen kann. Ob die Polizei der City aufgehoben und mit der königlichen Polizei der Metropole vereinigt werden soll, das ist für England eine weit wichtigere Frage, als ob die Elbherzogthümer, die kaum halb so viel Einwohner zählen als London, mit Dänemark verbunden bleiben sollen oder nicht. Offen gestanden, ich glaube nicht, dass die britische Regierung je so schlecht unterrichtet gewesen ist, als während dieser Krisis."

Dieser Bemerkung wurde unumwunden beigestimmt. Lord

Derby ist davon durchdrungen, dass Lord Palmerston und Lord Russell durch ihren unüberlegten Eifer den Vertrag und den Frieden compromittirt und das Spiel Louis Napoleon's gespielt haben. Sein einziges Bedenken entsprang der Besorgniss, die Minister könnten Englands Ehre durch bindende Versprechungen verpfändet haben.

Ich bekämpfte diese Befürchtung, indem ich daran erinnerte, dass der Londoner Vertrag keine Garantien enthalte, während die englische Regierung den von ihr ausdrücklich garantirten griechischen Thron Otto's I. habe umstürzen lassen, ohne eine Miene zu verziehen.

Ein feines Lächeln spielte um die beredten Lippen Lord Derby's, als er mir Beifall zunickte. Dann aber sagte er ernst, wie jemand, der eine feierliche Verpflichtung eingeht, indem er mir die Hand reichte: „Wir werden die Minister nicht zum Kriege treiben, das verspreche ich Ihnen.“ *(We shall urge them to nothing, you may depend on it.)* —

London, 7. Februar 1864.

Lord Derby hat mir glänzend Wort gehalten. Seine meisterhafte Friedensrede in der Adressdebatte liefert den Beweis. Der Zufall wollte, dass der Herzog von Argyll Lord Palmerston bei Beginn der Oberhaus-Sitzung herbeigeholt und neben mich gestellt hatte. So konnte ich, ohne ein Wort des Tory-Chefs zu verlieren, den Eindruck beobachten, welchen diese Friedenspredigt auf den kriegslustigen Premier-Minister machte.

Ich habe übrigens Lord Derby nicht geschenkt, dass er vergessen, die Hauptreserve zu erwähnen, unter welcher Sachsen im Jahre 1852 dem Londoner Tractate beigestimmt hatte. Er gestand dies zu, bemerkte aber lachend: „er habe uns doch besser behandelt als Lord Russell.“ — „Gewiss“ erwiderte ich. „Wenn ich je gewünscht, ein britischer Pair zu sein, so war es nach Lord Russell's Rede. Die Antwort würde ich ihm nicht schuldig geblieben sein.“

Die gestern hier eingegangenen Nachrichten vom Kriegsschauplatze haben hier gewaltig imponirt. Niemand hatte erwartet, dass die durch den Schley-Uebergang im Rücken bedrohten, vorn vom FML. Gablenz hart bedrängten Dänen das Danewerk mit Zurücklassung ihrer Kanonen so schleunig räumen würden. In officiellen Kreisen erblickt man in dieser raschen Lösung der militärischen Aufgabe eine Bürgschaft für die Erhaltung des Weltfriedens. Die Zeitungen hatten eine energische Vertheidigung des Danewerks, ja eine Niederlage der österreichisch-preussischen Truppen vorhergesagt. Die Ueberraschung der Salons war daher eine vollständige und die Entrüstung gegen Deutschland kennt keine Grenzen.

„Das beweist nur, dass Macht vor Recht geht," schäumte der sonst so friedfertige Lord Grey.

„Ja wohl," erwiderte ich, „denn wenn Macht nicht vor Recht ginge, würde England nie gewagt haben, den Londoner Vertrag zu unterzeichnen."

„In Zukunft werden wir hier nicht mehr von punischer, sondern von deutscher Treue reden."

„Mit demselben Rechte, wie die Franzosen vom ‚perfiden Albion' sprechen."

Ein bereitwilligeres Ohr lieh mir Mr. Charles Villiers. Ich erzählte ihm die geheime Geschichte des Londoner Tractates, und verwies auf den höchst merkwürdigen, vom Prinzen Albert offenbar inspirirten Brief des Prinzen Friedrich von Noër vom 24. März 1853. Zugleich empfahl ich ihm die soeben erschienene Broschüre *„Germany versus Denmark by a Liverpool Merchant"*. Er wird darin und in meinen Erläuterungen Waffen finden, um den Kampf fortzusetzen, den er an der Spitze der sogenannten Hofpartei im Ministerrathe gegen die kriegerischen Gelüste Lord Palmerston's zu führen begonnen hat. Lord Derby's Friedensrede hat diese Partei sehr ermuthigt. Das Argument des Premiers: wenn wir den Krieg nicht führen, so stürzen uns die Tories, um den Kampf aufzunehmen, verfängt nicht mehr. Hinter der Mehr-

heit des Cabinets steht die Königin, welche gegen jede Einmischung zu Gunsten Dänemarks ist und Alles aufbietet, um den Krieg zu localisiren. In der loyalen und friedliebenden City geht die Sage, Ihre Majestät habe dem Premier-Minister erklärt, sie werde die Thronrede nicht genehmigen, falls darin die Möglichkeit einer activen Betheiligung Englands an dem deutsch-dänischen Streite angedeutet würde. Der Gewährsmann, welcher mir diese Nachricht brachte, fügte hinzu, diese persönliche Manifestation des königlichen Willens sei in commerziellen Kreisen mit wahrem Jubel begrüsst worden. An eine Einmischung Englands sei selbst dann nicht zu denken, wenn die Herzogthümer ganz von Dänemark losgerissen werden sollten.

Im Tory-Lager herrscht die Ueberzeugung, Lord Derby's Friedensrede sei die Folge eines Versprechens, welches die Königin dem Tory-Chef in Osborne abgenommen.

London, 12. Februar 1864.

Der Feld-Marschall Wrangel liebt die Zeitungsschreiber nicht, der Telegraph ist mehrfach unterbrochen, im Norden Schleswigs gar nicht vorhanden; dies erklärt die widersprechenden und unzureichenden Nachrichten vom Kriegsschauplatze.

In Paris bieten die englischen Minister Alles auf, um den Kaiser der Franzosen aus seiner zuwartenden Stellung zu drängen. Schon meldet der Pariser Times-Correspondent die bevorstehende Absendung eines französischen Observations-Corps von 50,000 Mann an den Rhein. Bestätigt sich die Nachricht, so erfolgt diese Demonstration nicht nur im Einverständnisse, sondern auf den Wunsch der britischen Regierung und unter der Firma, einen Waffenstillstands-Vorschlag zu unterstützen. Letzterer scheint nach einem *communiqué* der „Morning Post“ von England, Russland, Frankreich und Schweden auszugehen und die Räumung Schleswigs mit Ausnahme von Alsen als Grundlage zu empfehlen. Die vom Premier-Minister inspirirten Blätter gefallen sich in mehr oder minder versteckten Kriegsdrohungen.

Die telegraphische Nachricht aus Frankfurt, wonach die Abstimmung über die Successionsfrage erst in vierzehn Tagen erfolgen soll, kann der Matrose im Mastkorbe nur freudig begrüssen. Zeit gewonnen — Alles gewonnen!

In Wien tritt das Misstrauen gegen Preussen und die Besorgniss *de travailler pour le roi de Prusse* immer schärfer hervor. Hieraus erklärt sich noch mehr als aus der Rücksicht auf England das principielle Festhalten an der Integrität Dänemarks. Wird die Trennung der Herzogthümer unvermeidlich, so würde man die Candidatur des Herzogs von Oldenburg der des Augustenburgers vorziehen, da letzterer nur als preussischer Vasall zur Herrschaft gelangen könnte. Bernstorff ist für seine Person der Meinung, dass auch in Berlin die oldenburgische Lösung mehr Chancen haben würde als die Einsetzung Friedrich's VIII., der durch seine Koketterien mit dem demokratischen Sechsunddreissiger-Ausschusse das Vertrauen des preussischen Hofes verloren hat.

Die französische Kriegsgefahr ist gewiss nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu fürchten. Ein unprovocirter Angriff unserer westlichen Nachbarn würde Deutschland sofort einigen. Einig sind wir stark genug, uns des äusseren Feindes zu erwehren und Europa von dem Alpdruck des Bonapartismus zu befreien.

London, 21. Februar 1864.

Fürst Latour d'Auvergne theilt mir soeben mit, man habe in Paris amtliche Nachricht von der Sendung des preussischen General-Adjutanten von Manteuffel nach Dresden erhalten, wisse jedoch über den Zweck derselben nichts Bestimmtes. Ich konnte ihn nicht darüber aufklären. Der französische Botschafter sprach sich dann über die Sachlage im allgemeinen ungefähr wie folgt aus:

„Die deutschen Grossmächte werden bald erkennen, dass es leichter war nach Schleswig zu gehen als mit Ehren wieder

herauszukommen. Hier liegt man mir fortwährend in den Ohren, um mir die Nothwendigkeit unseres Einschreitens anschaulich zu machen. Meine Antwort ist: *Messieurs les Anglais tirez les premiers,* wie unsere Soldaten vor der Schlacht von Fontenoy sagten. Ich sehe durchaus nicht, warum wir uns um Dinge kümmern sollen, die uns weit weniger interessiren als England. Der Artikel der ‚France‘, der hier zu irrthümlichen Schlussfolgerungen verleitet hat, bedeutet gar nichts; das Blatt wird nicht mehr inspirirt. Von Conferenzen ist wieder, oder vielmehr immer noch die Rede. Wir halten an der Ansicht fest, dass so lange man sich schlägt, Berathungen am grünen Tische zu nichts führen können. Auch bestehen wir auf der Zuziehung des deutschen Bundes und davon will man hier nichts wissen.“

Das bereits erwähnte Gerücht über den ursprünglichen von der Königin zurückgewiesenen Entwurf der Thronrede kann ich bestätigen. Im Cabinet ward derselbe mit einer Majorität von acht Stimmen verworfen. Es wird versichert, Ihre Majestät habe einen zweiten Entwurf ebenfalls zurückgeschickt und endlich in der eilften Stunde am Tage vor der Parlaments-Eröffnung die farblose Rede gutgeheissen, welche verlesen wurde. Einer der acht Cabinets-Minister, welche gegen den ersten Entwurf gestimmt hatten, ein Mann des Friedens, tadelte in unzweideutigen Ausdrücken die Bestrebungen Palmerston's und Russell's, den Kaiser der Franzosen zum Einschreiten zu bewegen. Wenn die jetzige Aufregung vorüber, meinte er, wird man diese Aufhetzungen bitter zu bereuen haben. Er fügte zugleich eine wohlgemeinte Warnung hinzu, welche Beachtung verdient, da sie von deutschfreundlicher Seite kommt. „Thun Sie Alles,“ sagte er, „im Interesse des Friedens, um zu verhindern, dass Oesterreich seine Kriegsschiffe jetzt in der Nord- und Ostsee zeigt. Erscheinen die zwölf Schiffe, deren Auslaufen der Telegraph meldet, in unseren Gewässern, so ist für mehr zu stehen. Wir Engländer sind eifersüchtig und würden

eine Provocation auf unserem Elemente kaum ertragen. Ganz abgesehen davon wäre die Entblössung der adriatischen Küste ein unbegreiflicher Fehler. Dass Garibaldi die *quarta riscossa* vorbereitet, muss man in Wien wissen. Gelingt es den Freischaaren irgendwo zu landen und sich festzusetzen, so erklärt Italien den Krieg, wird die Landung verhindert, so wird Garibaldi desavouirt und der Frieden erhalten. Die österreichische Kriegsflotte ist daher in diesem Augenblicke in der Adria nöthiger als in der Nordsee. Um den deutschen Handel zu schützen, genügen ein paar Schiffe, dazu bedarf es keiner Flotte. Wir haben im heutigen Conseil den Effectivstand der k. k. Marine mit dem der dänischen verglichen und in Folge davon beschlossen unsere Flotte aus Lissabon heimzurufen. Wenn Wind und Wetter es gestatten, sollen unsere Schiffe in acht bis zehn Tagen nach Kopenhagen gehen."

Die Nachricht von dem Ueberschreiten der jütischen Grenze wird telegraphisch dementirt. Herr von Moltke hat über diese Bewegung folgende Aufschlüsse nach Berlin gebracht: der Feind habe behufs der Wiedereroberung Schleswigs Stellung genommen, sei auf jütländisches Gebiet zurückgeworfen und Kolding besetzt worden. Welche Aufregung die irrthümliche Nachricht hier hervorgerufen und wie trefflich der kriegslustige Premier dieselbe ausbeutet, ist aus dem „Observer" zu entnehmen.

Brunnow versichert, an die Erhaltung des Friedens zu glauben, obgleich Preussen Oesterreich zu verleiten strebe, die ursprüngliche Militär-Convention auch auf Jütland auszudehnen. „Wenn man," meinte er, „in Berlin sehen wird, dass man hier Ernst macht, wird man zahm werden, und wir können es erleben, dass der König Herrn von Bismarck Knall und Fall entlässt."

London, 22. Februar 1864.

Die durch das Ueberschreiten der jütländischen Grenze gesteigerte Aufregung hat sich beruhigt, seitdem man weiss, dass die deutschen Truppen Jütland geräumt haben.

Falls Deutschland einig ist, bleibt eine Revision des Londoner Vertrages ohne europäischen Krieg denkbar, auch die vollständige Losreissung Holsteins und vielleicht Süd-Schleswigs von Dänemark möglich. Erweitert sich jedoch der Bruch zwischen den deutschen Grossmächten und den Mittelstaaten und verschwindet die Möglichkeit einer Verständigung, dann steht die Abberufung der Vertreter Oesterreichs und Preussens von Frankfurt und die Sprengung des Bundes in Aussicht. Hier würde ein solches Ereigniss mit Jubel als der Beweis begrüsst werden, dass Oesterreich und Preussen allen Ernstes entschlossen sind, die Integrität Dänemarks aufrecht zu erhalten. Hannover wird es hoch angerechnet, dass es nicht mit nach Würzburg gegangen.

London, 26. Februar 1864.

Man erwartet noch die dänische Rückäusserung auf den Conferenz-Vorschlag und erst, wenn dieselbe bejahend ausfällt. sollen die förmlichen Einladungen an Frankreich, Russland. Schweden und den deutschen Bund erlassen werden. Baron Brunnow, dem ich diese Notiz verdanke, fügte hinzu, die Einladung werde so allgemein gehalten werden, dass der deutsche Bund dieselbe werde annehmen können, ohne seinen bisherigen Standpunkt dem Londoner Vertrage gegenüber aufzugeben. Zu wünschen sei nur, dass die Wahl des Bundesbevollmächtigten auf einen Staatsmann falle und nicht auf einen Doctrinär. Viel herauskommen werde bei den Conferenzen nicht, aber sie würden die Gemüther beruhigen, die Friedenspartei im englischen Cabinet stärken und derselben die Erfüllung ihrer nicht eben beneidenswerthen Aufgabe erleichtern. Jeder könne sein Sandkorn zum Frieden beitragen. Bei einem allgemeinen Kriege werde nur eine Macht gewinnen, Frankreich, und zwar auf Kosten Deutschlands. Diesen allgemeinen Krieg zu vermeiden, sei die Hauptsache, alles Uebrige Nebensache. Preussen zehre von seinem Kapitale, es lebe nur von den Sympathien Russlands und Englands. „Minister kommen und gehen, die Interessen bleiben."

rief er zum Schluss. „Für Oesterreich und die Mittelstaaten ist der Krieg eine Calamität; sie können dabei nur verlieren, nichts gewinnen. Die Zustände in Galizien mahnen dringend zum Frieden und müssen Promenaden nach Jütland bedenklich genug erscheinen lassen.“

Lord Russell fand ich heute in gehobener Stimmung. Er bestätigte mir zunächst die obigen Nachrichten über die Conferenz, zu welcher der Bund jedenfalls eingeladen werden solle. Ob man sich über die Wahl eines Vertreters verständigen werde, stehe noch dahin. Ich erwiderte, es werde viel auf die Fassung der Einladung ankommen. Die Dinge schienen in ein ruhigeres Geleis zu gerathen und man müsse sich nur daran gewöhnen, Reuter's Telegramme *cum grano salis* zu lesen. — „Gewiss,“ bemerkte der Staats-Secretär lachend, „neulich hat uns noch ein Reuter'sches Telegramm aus Montenegro ganz nutzlos erschreckt. Ich telegraphirte, und es war kein wahres Wort daran. Reuter's Agent erhält 80 Franken für jede Nachricht. Wenn es keine giebt, erfindet er solche, um sein Brod zu verdienen.“

London, 28. Februar 1864.

Die Noten, welche die englischen Botschafter in Wien und in Berlin überreicht haben, um Oesterreich und Preussen zur Conferenz zu laden, enthalten kein Wort über die Basis, wohl aber die Zusicherung, der deutsche Bund werde aufgefordert werden, sich an den Verhandlungen zu betheiligen. Die beistimmende preussische Antwort ist bereits eingegangen und Bernstorff beabsichtigt, dieselbe zu überreichen, sobald sein hiesiger österreichischer College die unterwegs befindlichen übereinstimmenden Weisungen erhalten haben wird.

Ohne seiner Regierung vorzugreifen, sagte mir der preussische Botschafter, es würde geradezu absurd sein, den Vertrag vom 8. Mai 1852 den Verhandlungen zu Grunde zu legen. Der einzig denkbare, vernünftige Zweck der Conferenz sei nur in dem Versuche einer Lösung zu finden, welche die völlige

administrative Losreissung der Herzogthümer von Dänemark feststelle.

Das Kopenhagener Cabinet hat sein Interesse nicht verstanden, als es sich eine vierzehntägige Bedenkzeit erbat, bevor es auf die Einladung zur Conferenz antworten könne. Die Missstimmung über diese Verzögerung steht deutlich zwischen den Zeilen des Observer-Artikels, welchen der Premier-Minister geradezu dictirt zu haben scheint. Der Alte wird ungeduldig. Die Opposition der Königin macht ihn nervös. Er will die leidige Sache abthun, so oder so. Er fühlt, dass seine ministeriellen Tage gezählt sind, wenn sich nicht bald ein Mittel findet, die Streitfrage zu den Acten zu legen und einen Krieg zu vermeiden, der den Interessen des Landes ebenso wenig entsprechen würde als der Stimmung des Unterhauses.

Die Dinge liegen in dem Augenblicke so, dass sich mit einiger Gewandtheit etwas Erspriessliches für die Herzogthümer thun liesse, namentlich wenn die Conferenz an einem anderen Orte abgehalten werden könnte. Ich fragte den französischen Botschafter, ob dies nicht möglich. Er zuckte die Achseln und erwiderte: „Vor allen Dingen glaube ich noch gar nicht an das Zustandekommen der Conferenz. Die Gründe gegen London sind handgreiflich, aber wir selbst haben uns seiner Zeit gegen Paris ausgesprochen und könnten jetzt unmöglich darauf zurückkommen. Freilich hat sich seitdem die Situation gebessert. Von Massregeln gegen Deutschland ist nicht mehr die Rede, und wenn von anderer Seite Paris in Vorschlag gebracht würde, wäre es nicht undenkbar, dass wir darauf eingingen.“

Apponyi und Bernstorff haben in ihren Berichten sehr entschieden gegen London protestirt und Brüssel vorgeschlagen. Vielleicht wäre es gut, mit Paris zu drohen, um Brüssel zu erlangen. Die Conferenzen hier abhalten, heisst von vornherein die Möglichkeit eines halbwegs befriedigenden Erfolges abschneiden. Besser wäre es, dieselben geradezu nach Kopenhagen zu verlegen.

London, 8. März 1864.

„*Vous pourez écrire à Lord Russell que j'ai cessé de bouder l'Angleterre*", so lauteten die Worte, mit welchen Kaiser Napoleon den britischen Botschafter neulich entliess. Lord Cowley hat sich beeilt, den angenehmen Auftrag zu erfüllen. Die Meldung ist mit Frohlocken begrüsst worden. Noch immer harrt man jedoch der Verwirklichung dieser kaiserlichen Verheissung. Lord Russell klagt, weder in Paris noch in Kopenhagen wolle man seine Friedensbestrebungen unterstützen. In den Tuilerien wünsche man augenscheinlich die Fortsetzung des Kampfes. In Kopenhagen gehe die Verblendung der Minister Hand in Hand mit der kriegerischen Stimmung des Volkes. „Bringen wir die Conferenz nicht zu Stande," so schloss das ministerielle Klagelied, „dann weiss ich nicht, was werden soll und wohin wir noch gerathen können."

Die Nachricht von der Ausdehnung der Operationen auf Jütland hat der Staats-Secretär ziemlich zahm aufgenommen und dem Grafen Bernstorff die Hoffnung ausgesprochen, das Cabinet werde dieselbe ebenso ruhig hinnehmen. Nach der Sitzung konnte er dies Apponyi bestätigen. Dieser verfehlte nicht zu bemerken, dass der zur Schau getragene Gleichmuth der britischen Minister eine immer wärmere Theilnahme für Dänemark nicht ausschliesse. Das wurde nicht geleugnet, aber durch die etwas mysteriöse Bemerkung motivirt, wenn die englischen Sympathien für Dänemark, so wüchsen die russischen für Deutschland. Das Erstaunen des Botschafters, der die Worte Russell's mit der Haltung Brunnow's nicht in Einklang bringen konnte, steigerte sich, als ihm der Minister zu verstehen gab, Brunnow sei von der neuesten Wendung der Dinge in Petersburg augenscheinlich nicht unterrichtet. So scheint denn das von den Polen geflissentlich verbreitete Gerücht von dem Wiederaufleben der nordischen Triple-Allianz noch mehr Glauben zu verdienen, als die Artikel der „Morning Post" vermuthen liessen.

London, 28. März 1864.

Die friedensdurstigen britischen Politiker fahren fort, in der Conferenz ohne Waffenstillstand und Basis die Oase zu erblicken, auf welcher Europa den Frieden, das Palmerston-Ministerium die Rettung seiner Existenz finden soll. Ein kundiger Pilger in den Steppen der modernen Diplomatie schüttelt dazu bedenklich das Haupt und flüstert unter vier Augen: *Fata morgana!* Baron Brunnow, nachdem er Alles aufgeboten, um die Conferenz zu Stande zu bringen, verhehlt mir jetzt seinen Skepticismus nicht: „Die Dänen werden nicht kommen; den Franzosen hat nie etwas an der Conferenz gelegen."

Bernstorff vernahm diese russischen Orakelsprüche nicht ohne Behagen. In seinen Augen ist Oesterreich an Allem Schuld, weil es an dem absurden Dogma der dänischen Integrität noch immer festhält. Die dänische Staatsschrift vom 15. März ist dem preussischen Botschafter schwer auf die Nerven gefallen. Er tröstet sich jedoch darüber und hofft, die Sieger von Missunde würden Zeit haben, die Schanzen von Düppel zu nehmen, wenn die Conferenz nicht zu Stande käme.

Ich verhehlte Bernstorff nicht, dass die dänische Kritik nicht überraschen könne, da ja Oesterreich und Preussen immer noch an der Fiction festhielten, mit Christian IX. nicht im Kriege zu sein und für die Integrität Dänemarks zu kämpfen. Im Lichte dieser Fiction müssten manche Massregeln in Schleswig und Jütland als Gewaltacte erscheinen, so einfach sie sich auch durch den thatsächlichen Kriegszustand erklärten.

„Wir sind im vollen Kriege," antwortete Bernstorff, „die Renitenz Dänemarks löst alle unsere Verpflichtungen. Ich würde, wäre ich Minister, gestützt auf die Declaration vom 31. Januar erklären, dass der Londoner Vertrag für Preussen nicht mehr existirt."

„Eine solche Erklärung würde ja die Verständigung sofort herbeiführen. Warum giebt die preussische Regierung dieselbe nicht ab?"

„Aus Rücksicht auf Oesterreich."

„Oesterreich," erwiderte ich, „kann in dieser Frage die Initiative nicht ergreifen. Für den Kaiserstaat ist es Lebensfrage, auch den Schein einer Anerkennung des Nationalitäten-Princips zu vermeiden. Metternich hat ganz Recht, wenn er Bedenken trägt, dem Kaiser Napoleon in Schleswig den kleinen Finger zu geben, um zu vermeiden, dass er in Italien, im Orient oder am Rhein die ganze Hand erfasse. Vor dieser Gefahr verschwinden die übrigen, selbst die einer Trennung von Deutschland. Dies erklärt auch die Widersprüche der englischen Politik, und die Thatsache, dass der Eider-Uebergang die englisch-österreichische Allianz nicht zerrissen hat. Niemand kennt die Hintergedanken Napoleons. Aus den Orakelsprüchen Drouyn de Lhuys' ergiebt sich jedoch, dass man in Paris einen Bruch mit England und einen nationalen Krieg mit Deutschland vermeiden will. Officiell ist man für Vertrag und Integrität, im geheimen für die Losreissung der Herzogthümer, weil man darin einen Vorwand zu Compensationen zu finden hofft."

„Ganz einverstanden," bemerkte der Botschafter. „Fürchtet man in Paris einen nationalen Krieg mit Deutschland, dann können wir dreist Lauenburg, Holstein und die deutschen Theile von Schleswig losreissen, ohne einen allgemeinen Krieg zu provociren. Vielleicht wäre ein allgemeiner Krieg nicht einmal ein Unglück für Deutschland; es würden sich Compensationen finden für den belgischen Handel, für die Lombardei und für Neuchatel. Jedenfalls würden die Dänen ganz aus Deutschland hinausgeworfen, und das ist doch die einzige Lösung."

London, 2. April 1864.

Graf Apponyi, Fürst Latour d'Auvergne und Baron Brunnow sind bereits von ihren Regierungen davon unterrichtet, dass sie letztere in der Conferenz hier zu vertreten haben werden. Graf Bernstorff ist noch ohne Instruction und verhehlte mir nicht, wie gern er darauf verzichten werde, als preussischer Bevollmächtigter

zu figuriren. Er ist fest entschlossen, diesen Auftrag abzulehnen, falls die ihm zu ertheilenden Weisungen mit seinen persönlichen Ansichten nicht übereinstimmen sollten.

Die preussische Depesche, in welcher die Zuziehung des deutschen Bundes als unabweislich verlangt wird, hat Bernstorff Lord Russell nicht vorgelesen. Er hat sich jedoch sehr entschieden in diesem Sinne ausgesprochen.

Je augenscheinlicher Oesterreich aus Furcht vor Frankreich die Conferenz betreibt, desto lauer wird man in Paris für dieselbe.

Kommt die Conferenz ohne Basis zu Stande, so wird sie an einem Ueberflusse von Basen leiden. Jede der acht Mächte bringt eine solche mit, und es wird sich kaum eine mit der anderen vereinigen lassen.

London, 3. April 1864.

Der fünfte Theil des Blaubuches über die deutsch-dänische Streitfrage bereichert die schon so umfassende Sammlung um 369 während der letzten zwei Monate gewechselte Schriftstücke. Diese Veröffentlichung wird hoffentlich dazu dienen, die deutschen Minister zu grösserer Vorsicht in ihrem Verkehre mit englischen Diplomaten zu mahnen.

Der officiöse „Observer“ bringt über die bevorstehenden Veränderungen im Ministerium einen Artikel, welcher indirect das Zugeständniss enthält, dass die öffentliche Meinung Englands sich immer entschiedener für den Frieden d. h. gegen die Einmischung in den deutsch-dänischen Streit ausspricht. Es wird nämlich den Tories die Absicht angedichtet, Dänemark bewaffnete Hilfe zu leisten und aus dieser Erfindung Kapital für Lord Palmerston geschlagen.

Der aus Gesundheits-Rücksichten ausscheidende Herzog von Newcastle wird im Kriegs-Ministerium durch den Peeliten Cardwell ersetzt werden, während Lord Clarendon als Kanzler von Lancaster in das Cabinet eintritt. Die längere Unthätigkeit hat letzteren nicht milder gestimmt und er giebt seiner Danomanie

zuweilen leidenschaftlichen Ausdruck. Apponyi sagte ihm neulich geradezu: „Wir können uns glücklich schätzen, Sie in diesem Augenblicke nicht im Auswärtigen Amte zu besitzen.“

Garibaldi ist in Southampton gelandet und mit obligatem Enthusiasmus empfangen worden.

London, 10. April 1864.

Die Vermuthung, Lord Clarendon werde in der Conferenz die Rolle des zweiten britischen Bevollmächtigten übernehmen, bestätigt sich. Er selbst macht seit gestern kein Geheimniss daraus. Uebermorgen soll er nach Paris gehen, um noch einen Versuch zu einer directen Verständigung mit dem Kaiser der Franzosen zu machen.

„Hoffentlich bleibt es trotzdem bei der letzten französischen Depesche,“ so lautete Disraeli's Commentar zu dieser Sendung.

Die dänischen Bevollmächtigten sind eingetroffen. Ich habe heute Herrn von Quaade, den Etats-Rath Krieger und den Legations-Secretär Güldencron in Pembroke Lodge begegnet. Ersterer macht den Eindruck eines Weltmannes, während Etats-Rath Krieger sich mehr in der Kanzlei als im Salon bewegt zu haben scheint.

Hocherfreut über die Ankunft der dänischen Gäste, bemerkte Lord Russell mit Genugthuung, der Ausschuss in Frankfurt habe sich für die Annahme der Einladung und die Absendung eines deutschen Bevollmächtigten ausgesprochen.

London, 15. April 1864.

Lord Russell weigert sich, die formelle Eröffnung der Conferenz bis zum 25. aufzuschieben. Diese Weigerung ist ein Beweis seiner Schwäche und ein neuer Beleg dafür, wie wenig London, namentlich während des Parlaments, sich zum Sitze der Conferenz eignet. Uebrigens ist noch gar nichts vorbereitet und über den *modus procedendi* nichts verabredet. Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt in Paris. Die englischen Minister

hoffen, Lord Clarendon werde das *mot d'ordre* aus den Tuilerien heimbringen. Er hat seine Abreise verschoben, um das Frühstück ja nicht zu versäumen, welches die Herzogin von Sutherland Garibaldi zu Ehren in Chiswick veranstaltet. Dies wird seiner dortigen Aufnahme nicht geschadet, aber ein sarkastisches Lächeln den kaiserlichen Lippen entlockt haben.

Private. *London, April the 20th 1864.*

Dear Lord Russell, [1]) — You would oblige me by letting me know whether the Conference will be opened to-day in the absence of the representatives of the German Confederation, of Austria and of Prussia, or whether I may telegraph to Baron Beust that the opening will take place on Monday the 25th inst.

Believe me etc. Vitzthum.

Private. *April, the 20th 1864.*

Dear Count Vitzthum, [2]) — I am sorry not to accede to the request of Baron Beust, but the conference must meet to-day. I must remark that, until this morning, when I received an official note from Count Apponyi I have had no official communication on the subject of a postponement. Even now I have had none of an official nature from Prussia.

This mode of proceeding was calculated to throw upon the English Government and upon me personally all the *odium* of a voluntary indifference to the means of arresting the effusion of blood by means of a suspension of arms. Except a wish for such suspension nothing will be done to-day, and the business will be postponed to the 25th, when I trust Baron Beust will be present. I remain yours faithfully, Russell.

---

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 14).

[2]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 15).

Private. *London, April the 21st 1864.*

Dear Lord Russell, [1]) — Baron Beust has left Frankfort, will sleep at Brussels, and will be here to-morrow night. I have lost no time in telegraphing the contents of your note of yesterday to Frankfort. I trust that your remark with reference to the want of official application on the subject of postponement does not apply to myself as I had no right to make any official application on behalf of the Diet.

The day for the opening of the Conference having been fixed by the British Government without consulting the Diet and without knowing whether it would suit the Diet. I thought that there would be no objection whatever to a postponement, the more so, as you perfectly admitted the reasons which prevented Baron Beust reaching London.

Believe me etc. Vitzthum.

Private. *Chesham Place, April the 22nd 1864.*

Dear Count Vitzthum, [2]) — I will give orders to have Baron Beust's luggage allowed to pass by the Custom House.

I am glad to hear he is coming this evening, as he will have time to rest, and consult with his colleagues of Austria and Prussia before Monday.

In speaking of the absence of official representations, I did not at all allude to you, as I conceive it was not necessary for you to offer any official explanation.

Yours truly, Russell.

London, 5. Mai 1864.

Die negativen Resultate der gestrigen Conferenz beweisen von neuem, dass die Gewandtheit und der gute Wille der englischen Bevollmächtigten vieles zu wünschen übrig lassen.

---

[1]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 16).

[2]) Siehe die Uebersetzung im Anhange (Nr. 17).

Lord Russell und Lord Clarendon hatten anfangs den österreichisch - preussischen Antrag einer Waffenruhe *(suspension d'armes)* zu Land und See unterstützt. Als aber die Dänen sich weigerten, in die Aufhebung der Blokade zu willigen, versuchten die britischen Bevollmächtigten unter Brunnow's Leitung der Waffenruhe den Waffenstillstand *(armistice)* zu unterschieben. Ihr Vorschlag fiel zu Boden, da weder die Alliirten noch die Dänen mit ausreichenden Instructionen versehen waren. Die englische Taktik besteht darin, das *odium* auf die deutschen Mächte zu wälzen, während in Wahrheit die Dänen das Zustandekommen der Waffenruhe verhindern. Das Motiv der Halsstarrigkeit des Kopenhagener Cabinets liegt auf der Hand. Es fürchtet vor Allem, sich durch die Aufhebung der im Sinne des Pariser Vertrages nicht einmal effectiven Blokade unpopulär zu machen und hofft im Stillen auf einen Conflict, welcher die Einmischung Englands und Russlands herbeiführen könnte. Das „Dagblad“, sowie die Correspondenz des „Daily Telegraph“ d. d. Kopenhagen 1. Mai, stellen dies ausser Zweifel. Leider ist die Hoffnung der Dänen, England zu einer Demonstration zur See zu verleiten, nicht unbegründet. Bisher hat sich die britische Regierung damit begnügt, Kopenhagen unter Englands Schutz zu stellen und von den Zusicherungen der deutschen Mächte Act zu nehmen, ein Bombardement der dänischen Hauptstadt liege nicht in ihrer Absicht. In den letzten Tagen hat die hiesige Kriegspartei entschieden Terrain gewonnen. Ein für Deutschland sehr wohlgesinnter Pair sagte mir gestern: „Trachtet um Gottes Willen baldmöglichst einen Waffenstillstand zu Stande zu bringen. Die Aufregung steigt hier in bedenklicher Weise. Gelangte die Kriegs- und Friedensfrage heute zur Abstimmung im Unterhause, so würden drei Viertheile desselben für den Krieg stimmen.“ Von minder unbefangener Seite sind dem preussischen Botschafter ähnliche Andeutungen geworden. Vergessen wir nicht, dass England durch eine Blokade der deutschen und österreichischen Küsten mit verhältnissmässig geringem Kostenaufwande auf Wien und

Berlin einen Druck ausüben könnte, namentlich wenn gleichzeitig die Revolution in Italien und Ungarn geschürt würde.

Der russische Bevollmächtigte hat ausserhalb der Conferenz sehr kategorisch erklärt, er werde den Sitzungssaal sofort verlassen, wenn die Integrität der dänischen Monarchie in Frage gestellt werden sollte. Dem französischen Botschafter, der mir diese Drohung hinterbrachte, erwiderte ich: „So lange England und Frankreich bleiben, ist darum die Conferenz noch nicht gesprengt; auch könnte man den Russen das Protokoll offen halten."

Ist Baron Brunnow zu einer solchen Sprache ermächtigt? Wird er vorkommenden Falles seine Drohung ausführen? Ich möchte beides stark bezweifeln. Wie die Dinge heute liegen, dürfte die Hauptfrage in der Conferenz nicht so bald zur Sprache kommen und die auf nächsten Montag anberaumte Sitzung wieder ohne Abschluss des Waffenstillstandes auseinandergehen.

London, 23. Mai 1864.

Während Herr von Beust den Zwischenact zwischen den Sitzungen vom 17. und 28. d. im Interesse der deutschen Sache in Paris verwerthet, treten die Früchte seiner hiesigen Thätigkeit greifbar zu Tage. Die erfolgreiche Taktik der preussischen Bevollmächtigten beruht auf der Inspiration des Vertreters des deutschen Bundes und ihm allein ist auch die Umstimmung der britischen Bevollmächtigten zu unsern Gunsten zu danken. Niemand hatte auszusprechen gewagt, dass nur die völlige Losreissung der Herzogthümer Deutschland befriedigen werde. Herr von Beust hat den Muth gehabt, dies zu thun und dadurch der sogenannten radicalen Lösung die Bahn gebrochen. Lord Clarendon war der erste, welcher sich damit einverstanden erklärte, die völlige Trennung von Holstein, Lauenburg und Süd-Schleswig als Grundlage der weiteren Besprechungen zu wählen. Lord Russell stimmte bei, und beide erhielten in dem vorgestrigen Cabinets-Rathe die Ermächtigung, auf dieser

Basis die Verhandlungen fortzuführen. In Folge dieses Cabinets-Beschlusses hat Lord Russell heute die Vertreter der neutralen Mächte versammelt. Das Resultat dieser Vorbesprechung soll dem preussischen Botschafter morgen vertraulich mitgetheilt und der Conferenz in ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden. Die Grundzüge dieses Compromisses sind, wie ich höre, französischen Ursprungs. Die Conferenz würde die Grenzlinie in Schleswig zu bestimmen haben. Die Bevölkerungen sollen später darüber befragt werden. Selbst Russland acceptirt die Losreissung im Princip. Ueber die Befragung der Bevölkerungen scheint noch kein Einverständniss erzielt zu sein. Bei den in Berlin und Wien vorherrschenden Dispositionen wäre sonach eine Basis gefunden. Die Neutralen sollen jedoch auf Andrängen Russlands und Schwedens als *conditio sine qua non* ihres principiellen Zugeständnisses die Neutralisirung des Hafens von Kiel verlangen. Latour d'Auvergne deutete an, alles bisher Errungene stehe auf dem Spiele, wenn Deutschland Kiel durchaus zum Kriegshafen machen wolle. Auf Frankreichs Unterstützung könnten wir in diesem Punkte nicht rechnen. Ich bezweifelte letzteres, da Kaiser Napoleon vorgestern Herrn von Beust unaufgefordert gesagt, er begreife, dass Deutschland für seine Handels-Marine eines Schutzes bedürfe. Der französische Botschafter erwiderte jedoch, die wohlwollenden Aeusserungen seines Herrn seien in dieser Sache nicht massgebend. Bernstorff legt keinen Werth auf diese Bedenken und bezeichnet die Bedingung als nicht annehmbar. „Wir werden," sagte er, „einfach die Räumung Schleswigs und Jütlands verweigern, so lange Holstein, Lauenburg und Süd-Schleswig dem deutschen Bunde nicht bedingungslos überantwortet worden."

London, 20. Juni 1864.

In der vorgestrigen Oberhaus-Sitzung sind bedeutsame Streiflichter auf den Ernst der Lage gefallen. Die Börse ist erschreckt und die City fürchtet, England werde sein Schwert in die Wag-

schale werfen, falls die Verhandlungen sich zerschlagen und die Waffenruhe über den 26. d. hinaus nicht verlängert werden kann. Die Kriegspartei beutet die negativen Resultate der vorgestrigen Conferenz nach Kräften aus. Namentlich wird die preussische Drohung, Kaperbriefe auszugeben, benutzt, um die schon so erregte öffentliche Meinung noch mehr in den Harnisch zu bringen. Russell lässt sich jedoch dadurch nicht irre machen und hält mit gewohntem Optimismus an der Hoffnung fest, es werde sich noch eine friedliche Lösung finden. Ich wünschte ihm gestern zu seiner im Oberhause gegebenen Erklärung Glück, welche eine völlige Uebereinstimmung mit Herrn von Beust bekunde. Der edle Lord wiederholte jedoch seine Reserve: wenn über das Schicksal der Herzogthümer ohne Befragung der Bevölkerungen nicht verfügt werden dürfe, so sei von einer Befragung der Dänemark verbleibenden Districte Schleswigs nicht die Rede.

Ich fand mich nicht veranlasst, diese unlogische Reserve nutzlos zu bekämpfen, schlug aber vor, eine internationale Commission nach Schleswig zu senden. Diese könne die Stände oder Notabeln-Versammlungen berufen, um der Conferenz — welche auf einige Wochen vertagt werden müsste — über die Wünsche der Bevölkerungen ausführlichen Bericht zu erstatten.

„Ich habe,“ erwiderte Lord Russell, „in der vorgestrigen Conferenz einen solchen Vorschlag erwartet und es den Betheiligten nahe genug gelegt, damit hervorzutreten. Niemand hat jedoch verstanden, dass ich gerade deshalb den Mangel an Information über die Wünsche und Stimmungen der Bevölkerungen hervorhob. Russland scheint entschieden gegen einen solchen Plan, und die unfruchtbaren Debatten haben nur die Unversöhnbarkeit der gegenseitigen Standpunkte schärfer hervortreten lassen.“

Ein kurzes Gespräch mit Herrn von Brunnow bestärkt mich in der Befürchtung, dass es Russland nur darum zu thun ist, eine definitive Lösung hinauszuschieben. Die Hoffnung, die Integrität der dänischen Monarchie zu retten, hat man in Petersburg nicht

aufgegeben. Zu diesem Zwecke predigt die russische Diplomatie zwar officiell den Frieden, bietet aber unter der Hand Alles auf, um dessen Zustandekommen zu verhindern. Ja, man verschmäht es nicht, Oel in das Feuer zu giessen. Man insinuirt, die Ehre Englands sei in Frage und Lord Palmerston werde sich nicht zum Spott *(laughing stock)* Europas machen lassen. Zeigten sich die jetzigen Minister zu alt und zu schwach, um zum Schwerte zu greifen, so werde ein Ministerwechsel die Kriegspartei an das Ruder bringen.

London, 23. Juni 1864.

Der letzte Versuch Englands, den Wiederausbruch des Krieges zu verhindern, ist in der gestrigen Conferenz gescheitert. Die Dänen hatten sich entschieden geweigert, sich einem Schiedsspruche über die Theilungslinie in Schleswig zu unterwerfen. Die Bereitwilligkeit Oesterreichs und Preussens, bedingungsweise die Vermittelung des Königs der Belgier anzunehmen, konnte nichts mehr fruchten. Angesichts der dänischen Weigerung sahen sich die britischen Bevollmächtigten nicht veranlasst, mit ihren in sechs Punkten formulirten Vorschlägen hervorzutreten. Wenn Frankreich empfahl, die Bevölkerungen der gemischten Districte zu befragen, so geschah dies nur *pro forma.* Auf der Tagesordnung der für nächsten Sonnabend angesetzten letzten Sitzung steht nichts als die Genehmigung des gestrigen Protokolls. Man scheint sich zu bemühen, eine Vertagungs-Modalität zu finden, welche einem dermaleinstigen Wiederzusammentritt die Thüre offen lässt.

Die Grabreden, welche die Zeitungen der Conferenz halten, sind in Schiller's Fiesco lakonischer gefasst worden: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen.“ Berufen, um dem britischen Ministerium als Schild zu dienen, hat die Conferenz ihren Zweck erfüllt. Erfolglose Verhandlungen haben uns bis nahe an das Ende der Parlaments-Session geführt. Nach dem Rennen von Ascot, sagt man, ist ein Ministerwechsel un-

denkbar. Wird diese alte Wahrnehmung auch unter den gegenwärtigen exceptionellen Umständen sich als zutreffend erweisen?

Die Leidenschaften sind erregt, das Nationalgefühl verletzt, die Opposition ungeduldig, die Minister uneinig und erschöpft. Die Protokolle sollen nächsten Montag beiden Häusern mitgetheilt werden, und ernste Debatten sind im Laufe der nächsten Woche zu erwarten. Folgt das Parlament den Sirenenstimmen jenseits des Kanals und gestattet es dem kriegslüsternen Premier-Minister, das Land zum Eintritte in den Kampf zu verleiten, so ist das Schlimmste zu erwarten. Die Nemesis für die Begehungs- und Unterlassungssünden des zweiköpfigen Ministeriums wird nicht ausbleiben. Die künstlich zurückgestaute Springfluth der Demokratie wird die Dämme seniler Impotenz durchbrechen und zunächst eine radicale Reformbill erzwingen, deren Niederschlag — die socialpolitische Nivellirung — die Zukunft des Reiches in Frage stellen muss. Ueberhört die aristokratische Kriegspartei den Warnungsruf der Männer von Manchester und stürzt sie, wie im Jahre 1854, das Land in einen zweck- und ziellosen Krieg mit dem natürlichen Bundesgenossen Alt-Englands, so gehört die Zukunft Cobden und Bright, welche bereits in Gladstone einen parlamentarischen Führer gefunden haben. Wird aber der alte Palmerston gezwungen, dem sorgsam vorbereiteten Feuerwerke zu entsagen, so bleibt die radicale Partei gleichfalls Herrin der Zukunft. Erst jetzt ermisst man die Bedeutung der Gladstone'schen Rede zu Gunsten einer dem allgemeinen Stimmrecht nahekommenden Ausdehnung des Wahlrechtes. Drohend für die englische Aristokratie flammt dieses *Mene Tekel* auf dunkelem Hintergrunde.

Mag sich das Parlament, von welchem die Minister ihre Inspirationen erwarten, für Krieg oder Frieden entscheiden, in jedem Falle steht England am Vorabende unabsehbarer innerer Krisen. Selbstverblendung jedoch würde es sein, wollten wir die Gefahren unterschätzen, welche der Eintritt des mächtigsten Weltreiches der Gegenwart in den Kampf nach sich ziehen müsste. Hält sich Deutschland auf der Defensive des bisher Errungenen,

so wird die hiesige Friedenspartei Alles aufbieten, um die Absendung der Kanalflotte nach der Ostsee zu hintertreiben. Eine weitere Ausdehnung des Kriegstheaters könnte zum Weltkriege und zur Entfesselung unberechenbarer Elemente führen, welche überall in den revolutionären Zündstoffen ihre Nahrung finden müssten. Wird solches Unheil vermieden, so darf Deutschland mit Genugthuung auf die diplomatische Campagne blicken, welche siegreich begonnen, siegreich beendet worden ist. Die inneren Zerwürfnisse, die uns zum Gespött der Welt zu machen drohten, sind geheilt. Der Londoner Vertrag ist vernichtet. Die Botschafter Oesterreichs und Preussens sind fast unbewusst dem Bundes-Bevollmächtigten gefolgt, welcher die Logik auf seiner Seite hatte. Den englischen Staatsmännern war die Consequenz, mit welcher der Bundes-Standpunkt gewahrt und die Vernichtung des Londoner Tractates erzwungen worden ist, natürlich sehr unbequem. Dennoch lassen sie dem *suaviter in modo* des deutschen Staatsmannes volle Gerechtigkeit widerfahren.

Die Hauptsache ist, dass bei dem ersten Auftreten Gesammt-Deutschlands in einer europäischen Conferenz der Ehre des Vaterlandes nichts vergeben worden ist.

London, 7. Juli 1864.

Die Discussion über die deutsch-dänischen Streitfragen hat am Montag den 4. im Hause der Gemeinen begonnen. Die Adresse, welche die Politik der Minister tadelt, wurde von Disraeli eingebracht und vertheidigt. Morgen, den 8., soll eine gleichlautende Resolution im Oberhause eingebracht werden.

Disraeli gab in einer fast dreistündigen Rede einen meisterhaften Rückblick auf die Verhandlungen und Ereignisse seit dem Parlamentschlusse im August v. J. bis zum Schlusse der Conferenz.

Der ohne alle Garantie abgeschlossene Vertrag vom 8. Mai 1852 theilt seiner Ansicht nach England dieselbe Rolle zu wie Frankreich, Russland und Schweden. „Wie kommt es nun," fragte der Redner, „dass alle Welt die Weisheit des Kaisers der

Franzosen preist, während England allenthalben verhöhnt, von Dänen und Deutschen verwünscht, gedemüthigt und verlassen dasteht? Das ist die Folge der Unfähigkeit unserer Minister. Im September v. J. durften wir in unserem Bestreben, die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks zu wahren, auf Russlands und Frankreichs Mitwirkung zählen. Hätten wir das Einverständniss mit diesen beiden Mächten zu erhalten gewusst, so wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Mit Russland wegen Polens zerfallen, hat die Regierung die Verhandlungen ungeschickt genug geführt, um uns auch mit Frankreich zu entzweien."

Als Beweis für diese Behauptung erörtert der Führer der Opposition zwei Ereignisse, welche mitten in die schwebenden Verhandlungen des Bundestages fielen: den französischen Congress-Vorschlag und den Tod Friedrich's VII. Er legt den Ministern zunächst zur Last, dass sie den Congress-Vorschlag in verletzender Form abgewiesen haben. Er erinnert daran, dass die Opposition erst im März d. J. aus den damals veröffentlichten Blaubüchern den Ernst der Lage erfahren habe. Um sich zu rächen für die Passivität Englands in der polnischen Frage, habe der Kaiser der Franzosen in der dänischen eine für die britische Regierung demüthigende Neutralität proclamirt.

So richtig dies ist, so möchte doch der Beweis für diese Behauptung aus den dem Parlamente vorliegenden Actenstücken schwer zu erbringen sein.

„Angesichts dieser neutralen Haltung Napoleon's hatten wir nur die Wahl," fuhr Disraeli fort, „entweder zu erklären, wir würden nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand die Integrität Dänemarks vertheidigen oder wie Frankreich uns jeder Einmischung, jeder Drohung, jedes directen oder indirecten Versprechens zu enthalten."

Den Vorwurf, die Opposition habe keine Politik, weist Disraeli entschieden zurück, indem er unter dem Beifalle des Hauses erklärt, er würde, wenn Minister, die zweite Alternative

gewählt haben. Anstatt dessen hätte Ihrer Majestät Regierung, zwischen Krieg und Frieden schwankend, durch hohle Drohungen und trügerische Versprechungen sich in unabsehbare Verlegenheiten verirrt, um sich daraus zu retten, bald Russland, bald Frankreich angerufen, den berechtigten Einfluss Englands im Rathe Europas geschwächt und eben dadurch die Garantien für die Erhaltung des Friedens verloren. Zuletzt kommt er auf die Rolle der britischen Bevollmächtigten während der Conferenz.

„Ihr selbst," ruft er, „habt die Zerstückelung Dänemarks vorgeschlagen und das nennt Ihr die Integrität der dänischen Monarchie vertheidigen? Ihr habt vorgeschlagen, den Rest der Staaten Christian's IX. unter europäische Garantie zu stellen und das nennt Ihr deren Unabhängigkeit wahren? Nicht wir haben die Politik Englands zu leiten, wie keiner in diesem Hause, der nicht verantwortlicher Minister ist. Wir können uns nur darauf beschränken, dem edlen Lord zu sagen, was wir an seiner Stelle nicht gethan haben würden. Wir hätten nicht gedroht, ohne zum Handeln gerüstet und entschlossen zu sein. Wir hätten unsere Verbündeten nicht mit trügerischen Hoffnungen getäuscht. Wir hätten wichtige Verhandlungen nicht so geführt, um am Schlusse derselben verurtheilt zu sein, diesem Hause zu erklären, England stehe allein und könne ohne Bundesgenossen nicht handeln. Das sind Worte, die nie über die Lippen eines britischen Ministers kommen sollten. Es gab eine Zeit, als England nicht über die Hälfte der Mittel gebot, welche ihm heute zur Verfügung stehen, und es trug in einer nationalen Sache kein Bedenken, einer Welt in Waffen zu widerstehen. Sollte heute unsere Ehre und Unabhängigkeit in Frage sein, so würde sich dieses Land im Glanze seiner vollen Macht erheben. Wenn es sich jedoch darum handelt, Krieg zu führen, nur um unfähige Minister vor den Folgen ihrer Fehler zu retten, so werde ich wenigstens niemals dafür stimmen. In diesem Sinne habe ich die Adresse an die Krone abgefasst. Ich bin

bereit, die Ehre des Landes zu vertheidigen, wenn es Noth thut, meine heutigen Resolutionen aber habe ich im Interesse des Friedens formulirt."

Diese Worte erregten einen stürmischen Beifall, der mehrere Minuten währte. Erst nach einer Pause gelang es Gladstone, sich Gehör zu verschaffen. Die Beredsamkeit des Schatzkanzlers glänzt, wie bekannt, namentlich wenn es sich um die Vertheidigung einer schlechten Sache handelt. Mögen die Liberalen in seinen hochtönenden Phrasen eine Widerlegung Disraeli's erblicken, in Wahrheit liegt darin nichts als das Eingeständniss einer diplomatischen Niederlage. Es ist das alte Lied: Wir haben versucht, unsere Feinde aufzuwiegeln, um mit deren Hilfe unsere natürlichen Bundesgenossen zu bekämpfen; als es nicht gelang, Frankreich und Russland mitfortzureissen, haben wir unsere Drohungen eingestellt, von denen sich Deutschland nicht einschüchtern lassen wollte. Alles dies lässt sich nicht leugnen, aber ist das eine Entschuldigung? Genügt es, Lord Palmerston dermaleinst vor dem Richterstuhle der Geschichte zu vertheidigen? Gladstone schloss mit der in solchen Fällen oft gebrauchten Beschuldigung: der Führer der Opposition habe, nur um das Ministerium zu stürzen, die Schilderung von der angeblichen Demüthigung Englands übertrieben.

Der Kampf wurde dann von den *Diis minorum gentium* fortgesetzt. Newdegate befürwortete ein absurdes Amendement, für welches er nur die Unterstützung einer einzigen Stimme fand. Dies war der letzte Versuch, den die Kriegspartei wagte.

Kinglake, Mann des Friedens und entschiedener Gegner des Londoner Vertrages, befürwortete ein von Cobden redigirtes Amendement, in welchem dem Ministerium Palmerston der ironische Dank des Hauses für seine Friedensliebe dargebracht und dasselbe zugleich zur strengsten Neutralität kategorisch verpflichtet wird. Dieses Amendement öffnet Lord Palmerston eine Hinterthür. Man versichert, er werde sich derselben bedienen und die demüthigende Absolution Cobden's annehmen. Hat ihm doch

Kinglake schwarz auf weiss bewiesen, dass eine überwiegende Anzahl der ministeriellen Partei für Disraeli's Resolutionen stimmen werde, wenn sich der Premier-Minister nicht entschliesse, sich durch diese *furculae Caudinae* zu retten.

Erst dem General Peel gelang es, die Debatte wieder zu beleben in einer einfachen, offenen Ansprache, welche vielleicht im Lande mehr Wiederhall finden wird als Disraeli's meisterhafte Anklage der Minister.

Auch Lord Stanley legte seinen Einfluss in die Wagschale des Friedens. Der Tadel, den er gegen die Minister erhob, fand selbst unter deren Parteigenossen Beifall. Er tadelt sie, nicht weil ihre Bestrebungen, Frankreich gegen Deutschland aufzuhetzen, gescheitert seien, sondern weil sie von Anfang an einen falschen Weg eingeschlagen. Er tadelt sie, weil sie dem Vertrage von 1852 eine Bedeutung beigelegt, die er nicht hatte, weil sie sich in Dinge gemischt, die sie nichts angingen, und weil sie Partei für Dänemark ergriffen, ohne Grund, da kein englisches Interesse vorlag.

Am 5. nahm Cobden die Debatte wieder auf. Er constatirte zunächst das Fiasco der geheimen Diplomatie, der Cabinets-Politik und des Auswärtigen Amtes, dessen Demüthigung der Freihandelstribun mit Jubel begrüsste. Das Land, sagt er, werde für die Fehler der Minister nicht zu büssen haben, denn der Anachronismus, dessen sie sich durch den Vertrag von 1852 schuldig gemacht, werde nicht wiederholt werden. Von einem Ministerwechsel will er nichts wissen und sich zu den Führern der Opposition wendend ruft er: „Ich sehe nicht, was wir und was Ihr gewinnen würdet, wenn wir Lord Palmerston fortjagten. Im Grunde macht er Euere Sache besser, als Ihr sie machen könnt. Er ist populär und Ihr seid es nicht. Seine Popularität gestattet ihm, jede Reform hintanzuhalten und viel Geld auszugeben. Euch, das wisst Ihr wohl, würden wir die Summen nicht bewilligen, die wir ihm gewähren. Lasst ihn in Frieden sterben — ich spreche von seinem politischen Tode — und wartet!

In seinem Testamente wird er Euch zu seinen Universalerben ernennen."

Dieser Ausfall gegen die Tories ist bezeichnend für die Sachlage. Die Radicalen fühlen sich als die Herren der Zukunft. Es kommt ihnen nicht darauf an, dem alterschwachen Premier das Gnadenbrod zu ertheilen. Noch bezeichnender für den Umschwung der öffentlichen Stimmung zu Gunsten des Friedens war die beissende Ironie, mit welcher Cobden die Dänen-Freunde überschüttete. „Man zeige mir," rief er, „in diesem Hause fünfzehn — was sage ich — fünf Mitglieder, die heute für einen Krieg gegen Deutschland zu Gunsten Dänemarks stimmen würden. Ich gehe noch weiter, ich behaupte, Herr Newdegate hat nur mit Mühe einen Einzigen gefunden, der Willens war, sein Amendement zu unterstützen."

Die Rede Lord Robert Cecil's eröffnete ebenso wenig neue Gesichtspunkte als die des Radicalen Forster. Lord Robert Montagu verfehlte nicht, seiner bekannten Kritik des Vertrages Ausdruck zu leihen. Mr. Roebuck benutzte die Gelegenheit, die Lachmuskeln des Hauses zu erregen. Erwähnt sei noch das brillante, aber sachlich schwache Feuerwerk, mit welchem Horsman die gestrige Sitzung schloss. Man war gespannt auf diese Rede, weil die Sage ging, die Regierung habe dem Redner die Pairswürde in Aussicht gestellt. Gewohntermassen tadelt Horsman alle Welt: Deutschland ist toll, Oesterreich und Preussen sind Räuber, die Minister sind blödsinnig, die Führer der Opposition desgleichen, die Regierung hat Unrecht, das Parlament ebenfalls. Kurz, England ist gedemüthigt und zu Grunde gerichtet, weil es Herrn Horsman nicht zum Premier-Minister gemacht hat.

Im Ganzen hat Deutschland allen Grund, mit der Discussion zufrieden zu sein. Die Friedenspartei triumphirt auf allen Punkten. Lord Stanley hat der Stimmung innerhalb und ausserhalb des Hauses Ausdruck gegeben, als er sagte: „Einen europäischen Krieg heraufbeschwören wegen dieser Herzogthümer, würde nicht bloss ein politischer Fehler, sondern ein Act des

Wahnsinns sein." *(To engage an European war for the sake of these Duchies, would be an act not of impolicy, but of insanity.)*

Das Ministerium, welches diesen Act des Wahnsinns versucht hat, verdient gestürzt zu werden. Jedenfalls wäre dies für Lord Palmerston ehrenvoller als unter Cobden's gnädigem Schutze fortregieren zu müssen. Wie die Würfel auch fallen, der Premier-Minister ist entwaffnet und seine geheimen Groll- und Rachepläne sind verdammt. Der Sieg der Friedenspartei ist ein Sieg der Königin. Geschmäht, beschimpft und deutscher Sympathien bezüchtigt hat Ihre Majestät der Dictatur ihres Premier-Ministers Schach geboten und ihn über die Kriegs- und Friedensfrage in seinem eigenen Cabinete dreimal geschlagen. Die Königin hat die wahren Interessen, die wahren Wünsche ihres Volkes erkannt, sie hat sich nicht irre machen lassen durch das Geschrei der Salons noch durch die Declamationen der Tagespresse.

London, 9. Juli 1864.

Heute morgen 1/4 3 Uhr erfolgte fast gleichzeitig in beiden Häusern das Verdict des Parlaments über das Verhalten der Regierung in der deutsch-dänischen Frage. Das Oberhaus verdammte die Minister, indem es mit einer Majorität von 9 Stimmen Malmesbury's Resolutionen beitrat. Das Unterhaus nahm das Kinglake'sche Amendement an und absolvirte so die Regierung mit einer Majorität von 18 Stimmen. Durch die Gicht an das Bett gefesselt, hatte Lord Derby die Leitung der Debatte Lord Malmesbury überlassen müssen. Die Beredsamkeit Lord Derby's hätte jedoch seiner Partei kaum eine Stimme mehr verschafft, da der Sieg durch die Abwesenden *(proxies)* entschieden wurde. Lord Grey trennte sich von seinen politischen Freunden und sprach und stimmte für die Tories. Man kann nicht behaupten, dass die Lords über die in England immer noch so wenig verstandene Frage neues Licht verbreitet hätten. Lord Russell liess der

Bundes-Majorität nothgedrungen, wenn auch spät, volle Gerechtigkeit widerfahren. Oesterreich und Preussen, sagte er, hätten besser gethan, der muthigen *(bold)* Politik der deutschen Mittelstaaten beizutreten und die Unausführbarkeit des Vertrages von 1852 offen zu erklären. Gleichzeitig nahm er den früher gegen die deutschen Grossmächte geschleuderten Vorwurf der Unehrlichkeit zurück, indem er erklärte, beide Regierungen hätten ursprünglich den Vertrag aufrecht erhalten wollen, seien aber genöthigt worden, dem einmüthigen Wunsche einer Nation von 44 Millionen nachzugeben. Hätte Lord Russell rechtzeitig diese Wahrheit erkannt und ausgesprochen, so würde das Blut erspart worden sein, welches an der Eider geflossen.

Auch die vorgestrige und gestrige Unterhaus-Debatte förderte keine neuen Argumente für und wider zu Tage. Das lange, nicht eben geschmackvolle Plaidoyer Layard's zu Gunsten Lord Russell's klärte nur einen Punkt auf, der geschichtlich wichtig ist. Der Unterstaats-Secretär des Auswärtigen bewies, dass die so hart getadelten Vermittelungs-Vorschläge vom Herbste 1862 aus London und keineswegs aus Gotha stammen, also nicht, wie man behauptete, unter dem directen Einflusse der Königin und des Herzogs von Coburg entstanden sind. Die Depesche ist vor der Abreise Lord Russell's niedergeschrieben und von diesem Sir A. Paget in Brüssel eingehändigt worden. Nach Zurückweisung aller böswilligen Insinuationen war es Mr. Layard leicht darzuthun, wie alle späteren Verwickelungen vermieden worden wären, wenn das dänische Cabinet in seiner Selbstverblendung jene Vermittelungs-Vorschläge nicht zurückgewiesen hätte.

Bernal Osborne eröffnete die gestrige Sitzung, indem er die Minister, namentlich Lord Palmerston als den Urheber des Vertrages von 1852, sowie die Danomanen, Messrs. Roebuck, Newdegate und Lord R. Cecil dem Gelächter des Hauses preisgab.

Mitternacht war vorüber, als sich Lord Palmerston erhob. Er hatte zu Gunsten einer von allen Seiten verurtheilten Politik wenig zu sagen, betonte jedoch, wie es der Anstand erheischte,

die Solidarität des Cabinets. Der Versuch, die Misserfolge in der dänischen Frage mit dem blühenden Stande der Finanzen zu entschuldigen, machte geringen Eindruck.

Als Antragsteller gebührte Disraeli das Schlusswort. Er wies ohne Bitterkeit die der Opposition gemachten Vorwürfe zurück und recapitulirte die Gründe für den Wahrspruch, welchen er dem Hause empfohlen.

Nachdem Newdegate sein Amendement zurückgezogen, wurde das von den Ministern acceptirte, von Kinglake eingebrachte, aber von Cobden dictirte Amendement mit 313 gegen 295 Stimmen angenommen. Thatsächlich bezeichnet dieses Votum den Schluss der gegenwärtigen Session. Das schwache, allseits discreditirte Ministerium bleibt im Amte, nachdem dasselbe vom Unterhause ein Verdict erhalten hat, welches einer Verurtheilung mit mildernden Umständen ähnlicher sieht als einer Freisprechung. Der Einfluss der gegenwärtigen britischen Minister im Rathe Europas ist durch die Rolle, welche sie in diesen Debatten gespielt, keinesfalls gestärkt worden. Deutschland kann mit dem Resultate zufrieden sein. Nach der harten Lection, die er empfangen, in Schach gehalten durch eine Resolution, die ihm die Hände bindet, wird Lord Palmerston am Ruder ungefährlicher sein als auf den Bänken der Opposition.

London, 11. Juli 1864.

Im ministeriellen Lager wird der in der Nacht vom 8. zum 9. erfochtene parlamentarische Sieg mit einem Jubel ohne gleichen gefeiert. Palmerston hatte eine Majorität von höchstens 3 bis 4 Stimmen erwartet. Mehrere Conservative haben mit der Majorität gestimmt und nicht weniger als eilf sich der Abstimmung enthalten. Es erklärt sich dies aus der Besorgniss vor einer katholischen Intrigue. Der Vatican hatte die Gelegenheit benutzen wollen, um den verhassten Premier zu stürzen. Einige direct aus

Rom entsendete *Monsignori* sollen im Palaste von Westminster eifrig bemüht gewesen sein, die Irländer zu bewegen, mit der Opposition zu stimmen. Wie dem auch sei, eine Majorität von 18 Stimmen war ein so unerwarteter Glücksfall, dass der Premier sogar junge Damen, welche von dem Vorgefallenen kaum eine Ahnung hatten, aufforderte, ihm zu gratuliren. Lady Palmerston war überglücklich über die Händedrücke, welche der vor den Thüren des Parlaments versammelte Pöbel dem Premier-Minister spendete.

Das hiesige Parteitreiben ist zum Hasardspiel geworden. Lord Palmerston, in der Meinung, das Land wolle den Krieg, hatte monatelang *noir* pointirt, zuletzt aber gegen seine eigene Ueberzeugung Alles, was er besass, auf *rouge* gesetzt und roth hat gewonnen. Unter dem Vorgeben, er allein könne die Reformfrage lösen, er allein die Ehre Englands und den Frieden wahren, wurde er vor fünf Jahren Minister. Die Reformfrage ist ungelöst geblieben. Wenn es nach Lord Palmerston gegangen wäre, so befände sich England heute mitten in einem welterschütternden Kriege. Die letzten Debatten werden den Ministern kaum zur Ehre gereichen, sie bilden sich aber allen Ernstes ein, das Vaterland gerettet zu haben. Lord Russell war über den Umschwung der öffentlichen Meinung in England im höchsten Grade erstaunt und räumte ein, dass ich ihm von Anfang an die Wahrheit gesagt und die Dinge dargestellt habe, wie sie lagen.

Der Umschwung ist vollständig. Die grosse Mehrzahl der Engländer erblickt in der Losreissung der Herzogthümer eine zweite Auflage der Theilung Polens, einen Gewaltact, welchen zu verhindern England allein zu schwach sei. Dänemark ist geschlagen, folglich hat Dänemark Unrecht. Palmerston hat es in der eilften Stunde eingesehen. Ist es nicht einfacher, den alten zahnlosen Löwen im Amte zu lassen, als einen Wechsel zu riskiren, der neue Männer an das Ruder bringen und uns in einen Krieg mit dem vereinten Deutschland stürzen könnte? So ungefähr lautet das Urtheil der Menge. Die heutige „Times“ beruft sich

auf Thukydides, der es schon ausgesprochen, dass Demokraten unfähig seien, fremde Nationen zu beherrschen. Das City-Blatt knüpft an dieses Citat die Betrachtung, die Geschichte habe kein Beispiel aufzuweisen von einer Nation, welche sich so blind in ihr eigenes Verderben gestürzt habe, als die dänische.

Anhang.

Uebersetzungen der Schriftstücke in englischer Sprache, die schleswig-holsteinische Frage betreffend.

(Nr. 1.) Die schleswig-holsteinische Frage ab ovo.

An den Herausgeber der „Times“ [1]. — Karl der Grosse erklärte Holstein für eine Provinz des deutschen Reiches im Jahre 803. Seine Nachfolger, die grossen sächsischen Kaiser Heinrich I., Otto I. und Otto II. eroberten Schleswig 931—975. Die Stadt Schleswig wurde der Sitz eines sächsischen Bischofs. Da aber die Provinz selbst niemals förmlich einverleibt worden war, erbte der Wiener Congress einen tausendjährigen Zweifel. Dieser Zweifel gereichte Dänemark zum Vortheil, wenn es ein Vortheil war. Schleswig wurde nicht als ein Bestandtheil des deutschen Bundes betrachtet.

Die Verbindung zwischen Holstein und Schleswig ist jedoch älter als der deutsche Bund und konnte durch die Verträge von 1815 nicht aufgehoben werden. In der von Waldemar, König von Dänemark, im Jahre 1326 gewährten Verfassung wurde die bestimmte Zusicherung ertheilt, „Schleswig solle nie von Dänemark annectirt werden“. Die Herzoge von Schleswig starben im Jahre 1375 aus, und das Land wurde mit Holstein vereinigt. Erich, König von Dänemark, versuchte allerdings diese Vereinigung zu stören, und die Grafen von Holstein verloren 23 Jahre lang, 1412—1435, den Besitz von Schleswig, aber die deutsche Hansa eilte zu Hilfe, und König Erich verlor nicht nur Schleswig, sondern seine drei Kronen — Dänemark, Schweden und Norwegen — im Jahre 1439. Erich's Neffe, Christoph von Bayern, folgte in Dänemark, starb aber kinderlos. Die Dänen boten den erledigten Thron zuerst Adolph VIII., Herzog von Schleswig-Holstein an, welcher ablehnte, dann

---

[1] Veröffentlicht in der „Times“ vom 4. December 1863.

Christian I. von Oldenburg, der im Jahre 1448 annahm. Nach dem kinderlosen Ableben Adolph's VIII. (1459) wählten die Schleswig-Holsteiner Christian I. zu ihrem Herzoge. In seinem Patent von 1460 erklärte er, da die Prälaten, Herren, Städte und Einwohner von Schleswig-Holstein ihn aus freien Stücken zu ihrem Fürsten gewählt und er den Eid nicht als König von Dänemark sondern als Herzog von Schleswig-Holstein geleistet, so solle die Erbfolge in diesen beiden Herzogthümern nicht geändert und ausschliesslich der männlichen Linie vorbehalten werden; während in Dänemark König Johann Otto (991—1014) die weibliche Erbfolge eingeführt hatte. Die Capitulation, welche Christian I. beschwor und für sich, seine Erben und Nachfolger unterzeichnete, ist in Wahrheit die „*Magna Charta*" und die „*Bill of Rights*" der Schleswig-Holsteiner. Die vornehmsten, darin verbrieften Rechte und Privilegien sind:

> „Schleswig und Holstein dürfen niemals getrennt werden; deren Bürger haben ausserhalb des Landes keinen Militärdienst zu leisten; Steuern dürfen ohne Verwilligung der im Landtage versammelten Stände nicht erhoben werden; keine Münzsorten dürfen eingeführt werden, welche nicht in Hamburg und Lübeck Geltung haben; in öffentlichen Aemtern dürfen ausschliesslich nur Eingeborene angestellt werden; kein fremder Gerichtshof darf die Eingeborenen richten, kein Fremder, kein Däne darf ihr Richter sein; der Landesherr verspricht keinen Krieg ohne Einwilligung der Stände zu führen; der Landtag versammelt sich alljährlich. Jeder Nachfolger hat diese Privilegien eidlich zu bestätigen; sollte er diesen Eid verweigern, so haben die Schleswig-Holsteiner das Recht, jeden männlichen Nachkommen Christian's I. zu ihrem Herzog zu wählen."

Seit 1660 hat Dänemark angefangen, den Versuch zu machen, diese Privilegien zu schmälern; aber die Bevölkerung, welche von den alten Sachsen abstammt und dieselben Vorfahren wie die Engländer zu haben behauptet, widerstand und verhinderte alle diese Eingriffe.

Der erste dänische Staatsmann, welcher offen die Einverleibung Schleswig's beantragte, war Orla Lehmann im Jahre 1836. Seine Partei wurde nach dem Tode König Friedrich's VI. mächtig. Christian VIII. wurde durch diese Partei veranlasst, das Patent vom 8. Juli 1846 zu unterzeichnen und zu erklären, dass die dänische (weibliche) Erbfolge von nun an in den deutschen Herzogthümern gelten solle. Dem widersetzte man sich als einer Verletzung der Privilegien. Der Statthalter gab seine Entlassung, der Herzog von Augustenburg protestirte, die Stände traten dem Proteste bei und brachten die Angelegenheit vor den deutschen Bund. *Hinc illae irae!* Im Monat April 1848 brach der Krieg aus und dauerte nach kurzer Unterbrechung durch den Waffenstillstand von Malmö bis zum Monat Juli 1849. Nach

Olmütz übernahm Oesterreich die Schlichtung dieses seit lange schwebenden Streites und handelte in Wirklichkeit als Schiedsrichter. Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preussens vertraten während dieser Verhandlungen mit Dänemark den deutschen Bund. Nachdem eine österreichische Armee die Herzogthümer besetzt, wurde Friede geschlossen. Oesterreich und Preussen versprachen die Erbfolge-Frage den dänischen Wünschen gemäss zu lösen und durch einen europäischen Vertrag die Integrität der dänischen Monarchie im Princip anzuerkennen unter der Bedingung, dass Dänemark seine Verpflichtungen gegen die Herzogthümer treulich halten, ihre alten Privilegien respectiren, niemals die Herzogthümer zu trennen versuchen, und Schleswig nie in das eigentliche Dänemark einverleiben werde. Die deutschen Mächte hielten ihr Wort; der Vertrag wurde 1852 unterzeichnet. Haben die Dänen Wort gehalten? Der dänische Minister des Auswärtigen, Herr Bluhme, welcher die Verhandlungen in den Jahren 1851 und 1852 leitete, hat diese Frage beantwortet. Die Rede, welche er am 13. November im Senat in Kopenhagen gehalten, beweist, dass der Vertrag von 1852, soweit die deutschen Mächte dabei betheiligt sind, mit der Verpflichtung steht oder fällt, welche Herr Bluhme im Namen Dänemarks übernommen, der Verpflichtung, dass Schleswig niemals einverleibt, niemals von Holstein getrennt werden soll. Herr Bluhme beweist ausserdem, dass sogar für die nicht-deutschen Mächte das Princip der Integrität der dänischen Monarchie hinfällig werden würde, sollten die Dänen eine Verfassung annehmen, welche Holstein und Lauenburg ausschlösse; denn die dänische Monarchie, welche die Unterzeichner des Vertrages von 1852 aufrecht erhalten wollten, bestand aus dem eigentlichen Dänemark, Holstein, Schleswig und Lauenburg und nicht aus dem eigentlichen Dänemark und Schleswig allein.

Die Sache liegt einfach so: Alle Unterzeichner des Vertrages wünschen denselben aufrecht zu erhalten; aber dieser Vertrag wird und muss ein todter Buchstabe bleiben und kann nicht ausgeführt werden, solange die Dänen nicht ihrerseits das Compromiss von 1852 einhalten, nämlich die ungesetzliche Proclamation vom März 1863 zurückziehen und die Verfassung für ungiltig erklären, welche der jetzige König nur gezwungen und von der Revolution bedroht unterzeichnet hat, eine Verfassung, welche Schleswig *de facto* einverleiben und die Integrität der dänischen Monarchie für immer zerstören würde.

Die Deutschen denken nicht daran, Eroberungen machen zu wollen; das ist alles Blödsinn. Es handelt sich nicht um „das arme kleine Dänemark“ und „das grosse Deutschland“. Im vorliegenden Falle ist Dänemark „der grosse“ und „der arme kleine“ Holstein. Es liegt mit einem Worte eine Rechtsfrage, keine Machtfrage vor.

2. December 1863. Ein Deutscher, der Thatsachen liebt.

(Nr. 2.) *Privatim.* *London, Hobart Place, 4. Januar 1864.*

Lieber Lord Russell! — Ich schrieb Ihnen heute früh, um mir die Ehre einer Zusammenkunft mit Ihnen zu erbitten. Aber da Sie kaum im Stande sein werden, mich morgen vor der Cabinets-Sitzung zu empfangen, in welcher — wie ich höre — die holsteinische Frage berathen werden soll, so erlaube ich mir, Ihnen die beifolgende Abschrift einer Depesche zu übersenden, welche mir diesen Morgen zuging. Es ist die Antwort des Freiherrn von Beust auf Ihre Depesche vom 17. December v. J.

Wie Sie sich gütigst erinnern werden, haben wir uns der Argumentation, welche Sie in dem gedachten Schriftstücke bekämpfen, niemals bedient und haben stets behauptet, dass die Rechte der deutschen Herzogthümer auf einer stärkeren und sicherern Grundlage beruhen. Der Hauptgrund, weshalb wir in der Bundestags-Sitzung vom 7. December mit der Majorität nicht übereinstimmten, lag vielleicht darin, dass wir zwischen den dänischen Verpflichtungen von 1851 und dem Vertrage von 1852 keinen formellen Zusammenhang entdecken konnten, obwohl wir das Bestehen eines moralischen Zusammenhanges nicht in Abrede zu stellen vermochten. Wir haben nicht gesagt und sagen nicht: „Der Vertrag von 1852 ist so lange null und nichtig, als Dänemark seine Verpflichtungen aus dem Jahre 1851 nicht erfüllt.“ Wir sagen vielmehr einfach: „Es ist ein Vertrag abgeschlossen worden, in welchem gewisse Vorkehrungen für die Zukunft in Aussicht genommen worden sind. Der Fall aber, für welchen der gedachte Vertrag Vorkehrung getroffen hat, ist nicht eingetreten. König Friedrich VII. ist allerdings ohne Nachkommen gestorben; er ist aber auch gestorben, ohne vermocht zu haben, in den deutschen Theilen seiner Besitzungen die neue Erbfolgeordnung gesetzlich und rechtlich einzuführen, welche die den Vertrag von 1852 unterzeichnenden Mächte beabsichtigten, und welche sie aufrecht zu erhalten verpflichtet gewesen sein würden, wenn die oben erwähnten Vorkehrungen wirklich vollständig durchgeführt worden wären. Da dies letztere nicht der Fall ist, so ist der Vertrag an sich selbst nicht zu Perfection gelangt. Hierzu fehlt noch die Erfüllung dreier wesentlicher Vorbedingungen:

1. die Zustimmung sämmtlicher Agnaten,
2. die Zustimmung der Stände von Holstein und Schleswig,
3. die Zustimmung des deutschen Bundes.“

Die Geschichte Deutschlands bietet einen Vorgang von schlagender Aehnlichkeit. Ich meine die sogenannte „Pragmatische Sanction“. Karl VI., eines männlichen Erben entbehrend, wünschte die bestehende Erbfolge-Ordnung zu Gunsten seiner Tochter abzuändern. Er schloss mit allen Hauptmächten Europas Verträge. Genügten ihm aber diese Verträge? Nein. Er hielt es für recht und weise, die „Pragmatische Sanction“ allen Ständen und Provinzial-Versammlungen seiner verschiedenen Länder vorzulegen, und diese nahmen sie an. Die Folge davon war, dass, als später

ausländische Mächte versuchten, Maria Theresia gewisser Theile ihres Erbes zu berauben, das Volk für die Rechte der Kaiserin sich erhob.

Wäre im vorliegenden Falle Friedrich VII. mit derselben Weisheit verfahren wie Karl VI., und hätten sich die Holsteiner und Schleswiger offen zu Gunsten Christian's IX. erklärt, wie es seiner Zeit die Oesterreicher und Ungarn für die Kaiserin-Königin thaten, glauben Sie, dass Deutschland eingeschritten sein und die Gesetzlichkeit der Erbfolge, welche der Londoner Vertrag zu errichten sich bestrebt hat, in Frage gestellt haben würde?

Ich bin überzeugt, Sie werden diese wenigen Bemerkungen freundlich entschuldigen, und nachdem Sie von des Freiherrn von Beust Antwort Kenntniss genommen, mich in den Stand setzen, nach Hause zu berichten, wie Sie nur anerkennen können, dass die sächsische Regierung durchaus in gutem Glauben gehandelt hat.

Genehmigen Sie u. s. w. Vitzthum.

(Nr. 3.) *Auswärtiges Amt, 18. December 1863.*

Mein Herr, — Ihrer Majestät Regierung hat mit Ueberraschung und Bedauern die Sprache vernommen, welche hinsichtlich des Londoner Vertrages vom Mai 1852 geführt worden ist.

Die Mächte, welche jenen Vertrag unterzeichneten oder demselben später beitraten, müssen eingedenk sein, dass sie sich durch denselben nicht allein Dänemark, sondern auch Grossbritannien, Frankreich, Russland und Schweden gegenüber, welche Theilnehmer an dem Vertrage waren, und allen den übrigen Staaten und Mächten gegenüber verbindlich machten, deren Beitritt zu demselben gesucht und erlangt wurde, und dass es der ausgesprochene Gegenstand und Zweck jenes Vertrages war, nicht die wechselseitigen Beziehungen Dänemarks und Deutschlands zu regeln, sondern als ein für das allgemeine Interesse Europas wesentliches Abkommen zu dienen.

Eine Verletzung der von Dänemark in den Jahren 1851—52 gegen Deutschland übernommenen Verbindlichkeit ist eine Beleidigung, welche angemessen geahndet und für welche mit Recht Genugthuung gefordert werden kann. Eine solche Verletzung kann aber einen, anderen Theilnehmern gegenüber eingegangenen, feierlichen europäischen Vertrag nicht ungiltig machen — die von Dänemark im Jahre 1852 hinsichtlich Holsteins und Schleswigs ertheilten Versprechungen mögen für Oesterreich und Preussen der überwiegende Beweggrund gewesen sein, dem Vertrage vom Mai 1852 beizutreten, aber wenn diese Mächte an den Verpflichtungen des Vertrages nicht fest halten, so können sie nicht mit dem geringsten Anschein von Recht als Entschuldigung dafür anführen, dass ihre Erwartungen hinsichtlich der Erfüllung der von Dänemark zu anderer Zeit und in anderen Urkunden übernommenen Verbindlichkeiten getäuscht worden seien.

Die gesammte Grundlage der vertragsmässigen Festsetzungen in Europa würde umgestossen werden, wenn ein solcher Grund als eine Entschuldigung für den Bruch einer klaren und einfachen vertragsmässigen Verpflichtung zugelassen werden könnte. Jeder Souverän könnte, zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aufgefordert, sagen: „Mein Beweggrund für Widerrufung jenes Vertrages mit Euch ist, dass einer der Vertragstheilnehmer mir gegenüber andere Verbindlichkeiten hatte. Diese anderen Verbindlichkeiten sind nicht erfüllt worden und daher ist mein Vertrag mit Euch null und nichtig."

Ihrer Majestät Regierung ist überzeugt, der Dresdener Hof werde einsehen, dass eine solche Beweisführung, wenn als giltig zugelassen, jeden bestehenden Vertrag vernichten würde. Ich enthalte mich Beispiele anzuführen, in denen eine derartige leichtfertige und launenhafte Vertragsauslegung für die deutschen Mächte selbst ernste Gefahren nach sich ziehen würde.

Für jetzt begnügt sich Ihrer Majestät Regierung zu erklären, dass sie jedes Abgehen von dem Erbfolgevertrage von 1852 seitens solcher Mächte, welche den gedachten Vertrag unterzeichnet haben oder demselben beigetreten sind, als gänzlich unverträglich mit gutem Glauben erachten würde.

Ich habe u. s. w. Russell.

N. S. Sie sind angewiesen, dem Freiherrn von Beust Abschrift von dieser Depesche zu lassen.

Dem ehrenwerthen
C. A. Murray, Commandeur des Bathordens u. s. w.

(Nr. 4.) *Privatim.* *London, Hobart Place, 8. Januar 1864.*

Lieber Lord Derby, — Herr Disraeli sagt mir, die beigeschlossene Correspondenz über die deutsch-dänische Streitfrage könnte vielleicht im gegenwärtigen Augenblicke einiges Interesse für Sie haben. Ich erlaube mir ein Privatschreiben abschriftlich beizulegen, welches ich über den Gegenstand an Lord Russell gerichtet habe.

Wir werden beschuldigt, uns in einer leichtfertigen und launenhaften Auslegung von Verträgen zu gefallen; man sagt uns, Ihrer Majestät Regierung würde jedes Abweichen von dem Erbfolgevertrage von 1852 als unvereinbar mit dem guten Glauben erachten, und alles dies, weil wir an der Berechtigung des deutschen Bundes zweifeln, die Holsteiner und Lauenburger zu zwingen, Christian IX. als ihren legitimen Herzog anzuerkennen. Ich wüsste nicht, dass die viel geschmähten deutschen Fürsten der leichtfertigen und launenhaften Auslegung von Verträgen, welche in Italien und vor wenigen Monaten in Griechenland beliebt wurde, grosse Bewunderung gezollt hätten. Was den Londoner Vertrag betrifft, so brauche ich Sie nicht daran zu erinnern, dass es Verträge giebt von sehr verschiedener

Natur und Bedeutung: Verträge, welche die Vergangenheit regeln, vollendeten Thatsachen Gesetzkraft geben und einen *status quo* rechtlich feststellen, welcher aus einem Kriege oder einer Reihe von Kriegen hervorgegangen, wie z. B. die Wiener Verträge; und Verträge, welche die Zukunft zu regeln versuchen und für gewisse Umstände, gewisse Eventualitäten abgeschlossen werden. Die ersteren sind feierlicher und haben mehr bindende Kraft als die letzteren, aus dem einfachen Grunde, weil *„tempora mutantur"* und *„nos mutamur in illis"*; weil die Umstände sich verändern und die Ereignisse eine unerwartete Wendung nehmen können, weil der in Aussicht genommene Fall schliesslich nicht eintrifft oder unter Umständen, welche die Unterzeichner des Vertrages nicht vorgesehen haben, noch vielleicht vorhersehen konnten. Hatten z. B. die Mächte, welche den Londoner Tractat vom 8. Mai 1852 unterzeichneten, nicht das volle Recht zu erwarten, dass die von ihnen in Aussicht genommene neue Erbfolgeordnung rechtsbeständig und Landesgesetz werden würde vor dem Ableben König Friedrich's VII.? Unglücklicher Weise war dies nicht der Fall. Dänemark versäumte es, und der Vertrag, soweit derselbe die deutschen Herzogthümer betrifft, wurde nicht perfect. Einige Agnaten — ich spreche jetzt nicht vom Herzog von Augustenburg und seinem Sohne — haben nicht beigestimmt; die Stände von Holstein, Schleswig und Lauenburg haben nicht beigestimmt, der deutsche Bund ebensowenig. Der Bundestag in Frankfurt konnte diese Thatsachen nicht ignoriren. Das *„stat pro ratione voluntas"* System ist heutigen Tages nicht anwendbar, wenn man es mit einer tief aufgewühlten Volksbewegung zu thun hat. Das Volk will ein Wort mitreden, das kann man nicht verhindern. Das Volk studirt Vattel wie wir und findet, dass es immer als ein Axiom des Völkerrechts betrachtet worden ist: ein jeder Vertrag sei an sich null und nichtig, durch welchen zwei Mächte sich verpflichten Unrecht zu thun, z. B. einen Dritten — sei es eine Macht oder ein Individuum — der dem Vertrage nicht beigetreten oder nicht förmlich zugestimmt hat, seines Rechtes zu berauben.

Ich hoffe, Sie werden mit gewohntem Wohlwollen diese flüchtigen Bemerkungen entschuldigen und darin einige Argumente zu Gunsten der Lieblings-Maxime [1]) des verstorbenen Lord Melbourne entdecken, eine Maxime, welche Sie im vergangenen Jahre — so weislich, wie die Folge gelehrt hat — bei einer anderen Gelegenheit den Ministern Ihrer Majestät in einer Ihrer Reden empfahlen.

Ich bitte u. s. w. Vitzthum.

(Nr. 5.) *Eigenhändig.* *Knowsley, 10. Januar 1864.*

Lieber Graf Vitzthum, — Ich habe Ihnen für die Güte zu danken, mit welcher Sie mir die Correspondenz zwischen Lord Russell und Freiherrn

[1]) Könnt Ihr es denn nicht ruhen lassen?

von Beust, sowie Ihr Privatschreiben an den ersteren mitgetheilt haben. Ich bedauere jedoch die Auffassungen Ihrer Regierung in Betreff der bindenden Kraft des Vertrages von 1852 nicht theilen zu können, wenn auch Lord Russell seine Ansichten über die Verbindlichkeiten desselben in höflicherer, ich möchte fast sagen weniger verletzender Form, hätte aussprechen können. Ich bin durchaus nicht Willens, mich in eine erschöpfende Discussion einzulassen über diese sehr verwickelte Frage, welche Feindseligkeiten im Schosse zu tragen scheint, deren Umfang nicht vorhergesehen werden kann: aber Sie werden es hoffentlich nicht für ungut nehmen, wenn ich Ihnen kurz und aufrichtig sage, in welcher Hinsicht ich mich ausser Stande sehe, der Auffassung des Freiherrn von Beust zuzustimmen. Ich bemerke mit Genugthuung, dass Ihre Regierung die Giltigkeit des Vertrages nicht auf Grund einer wirklichen oder angeblichen Verletzung der im vorhergegangenen Jahre seitens Dänemarks Oesterreich und Preussen gegenüber übernommenen Verpflichtungen beanstandet, obgleich dieser Grund nicht verworfen sondern eher als unnöthig bei Seite geschoben wird, weil die angebliche Ungiltigkeit nach der Ansicht des Freiherrn von Beust aus anderen Gründen ausreichend festgestellt ist. Diese Gründe sind, dass, um den Vertrag auszuführen, vor dessen Ausführung die Zustimmung habe erlangt werden müssen 1. der Agnaten, 2. der Stände und 3. des deutschen Bundes. Nun liegt mir der Vertrag nicht vor, aber hätte es in der Absicht der Unterzeichner gelegen, dass alle diese Zustimmungen im voraus verlangt werden sollten, so hätte eine solche wichtige Bestimmung im Vertrage selbst klar ausgesprochen werden müssen, und das war nicht der Fall, wie ich alle Ursache habe zu glauben. In Wahrheit, wenn alle Betheiligten, welche ein angebliches Interesse an dem Resultate hatten, mit der vorgeschlagenen Aenderung (der Successions-Ordnung) einverstanden gewesen wären, so sehe ich nicht recht ein, warum ein Vertrag überhaupt nöthig war, und lag es in der Macht irgend eines damals möglicher Weise nicht zustimmenden Betheiligten, ein Veto in Betreff der Ausführung einzulegen, so würde der Vertrag nicht viel mehr als ein Fetzen Papier gewesen sein. Es ist jedoch undenkbar, dass es den holsteinischen Ständen, und noch dazu stillschweigend, zugestanden werden sollte, einen Vertrag bei Seite zu schieben, welcher abgesehen von Dänemark von sechs grossen Mächten vollzogen worden im eingestandenen Interesse Europas, um die Integrität der dänischen Monarchie aufrecht zu erhalten, ein Vertrag, welcher in dieser Absicht dem jetzigen Könige alle Rechte seines Vorgängers auf alle Theile seines Reiches mit Einschluss der Herzogthümer sicherte. Selbstverständlich ist die Successionsfrage ganz von der der Bundesverpflichtungen zu trennen, welche dem Könige als Herzog von Holstein und Lauenburg obliegen, Verpflichtungen, deren angebliche Verletzungen seitens seiner Vorgänger den Vorwand bildet zur Bundes-Execution in Holstein. Und ich muss sagen, dass dieser Bundes-Execution ein ganz neuer Charakter gegeben wird, wenn, unter dem Schutze von Bundestruppen, dem Prätendenten gestattet wird, seine Ansprüche offen geltend zu machen und die Huldigungen

seiner angeblichen Unterthanen entgegenzunehmen. Das geht um vieles weiter, als „bezweifeln, dass der deutsche Bundestag ein Recht habe, die Holsteiner zu zwingen, Christian IX. als ihren legitimen Herzog anzuerkennen“. Doch kehren wir zur Frage der Zustimmungen zurück, so will ich nicht leugnen, dass es wünschenswerth gewesen wäre, wenn wo möglich alle diese Zustimmungen erlangt worden wären; was ich leugne, ist, dass sie für die Giltigkeit des Vertrages nöthig waren; und Baron Beust giebt zu, dass es unmöglich gewesen wäre, die Zustimmung der Holsteiner zu erlangen, es sei denn unter Bedingungen, gleichbedeutend mit einer Auflösung der dänischen Monarchie. Was nun den Bundestag anlangt, so habe ich immer geglaubt (ich kann mich irren), dass im Vertrage von 1852 Oesterreich und Preussen es übernommen haben, als dessen Bevollmächtigte zu handeln; und es ist schwer zu begreifen, wie diese Mächte wenigstens die Verwerfung des Vertrages durch die Nichtannahme seitens des Bundestages motiviren können. Die Sache des Herzogs von Augustenburg erscheint mir unter allen, deren man sich annehmen könnte, am wenigsten zu vertheidigen. Sein Vater, einer verrätherischen Empörung gegen seinen Souverän schuldig, hatte nach erfolgter Confiscation seiner Güter für sich und seine Erben die Strafen des Hochverrathes verwirkt, als er für sich und diese eine unbedingte Verzichtleistung unterzeichnete auf alle nur möglichen Rechte, die er haben könnte, und sich und dieselben unter den feierlichsten Versicherungen verpflichtete, den friedlichen Genuss der Rechte niemals zu stören, welche der Vertrag dem jetzigen Könige und dessen Erben verliehen. Aus freiem Willen und Nachsicht des Königs erhielt er für seine Güter eine Entschädigung von 3 Millionen Thaler, glaube ich, deren Zinsen der jetzige Prätendent angenommen hat und jetzt geniesst; niemals hat er gegen die Preisgebung seiner gesetzlich feststehenden Interessen protestirt, bis das Geld bezahlt und sieben Jahre seit dem Abschlusse des Vertrages verflossen waren. Wenn die im gewöhnlichen Leben geltenden Grundsätze der Moral auf Staatsgeschäfte anwendbar, so weiss ich nicht, in welchen Ausdrücken ich Prätentionen brandmarken soll, die auf diese Weise begründet werden.

Ich habe Ihnen aufrichtig meine Auffassung der Verpflichtungen dargelegt, welche den Unterzeichnern des Vertrages obliegen, — Sachsen gehörte nicht dazu — und ich bin nicht gewillt, über den Grad des Unterschiedes zu streiten, welcher zwischen seiner „Zustimmung“ und seinem „Beitritte“ liegt.

Wir befinden uns in einer höchst gefährlichen Krisis; und der Eintritt eines einzigen deutschen Soldaten in Schleswig wird die ganze Beschaffenheit der Sache, wie sie jetzt liegt, ändern und einen Krieg unvermeidlich machen, der leicht allgemein werden könnte. Als ein Freund Deutschlands und als ein Freund des Friedens hoffe ich allen Ernstes, der Krieg möge — selbst jetzt noch — vermieden werden. Die kleineren Staaten Deutschlands, welche die eifrigsten sind, die Dinge auf die Spitze zu treiben,

würden die ersten sein, unter den Folgen zu leiden; und da muss ich nun hören, dass einige von ihnen, falls Oesterreich und Preussen nicht mitgehen sollten, an einen neuen Rheinbund unter französischem Protectorat denken!! An eine solche selbstmörderische Tollheit will ich, selbst in diesem Augenblicke der Aufregung, nicht glauben!

Entschuldigen Sie, wenn ich mit der Aufrichtigkeit, die ein ganz vertraulicher Privatbrief gestattet, mich zu stark ausgesprochen habe. Ich beklage mehr als ich sagen kann den anscheinenden Gegensatz unserer Auffassungen, aber ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass es selbst jetzt noch möglich sein werde, den Calamitäten des Krieges zu entgehen, trotz der schwankenden und gleichzeitig verletzenden Diplomatie Lord Russell's.

Empfangen Sie u. s. w. Derby.

(Nr. 6.) *Privatim.* *London, 4 Hobart Place, 13. Januar 1864.*

Lieber Lord Derby, — Ich beehre mich, den Eingang Ihres gef. Schreibens vom 10. mit tiefgefühltem Danke zu bekennen. Aufrichtigkeit in einer Sache, wie die vorliegende, ist wirkliches Wohlwollen. So habe ich es aufgefasst. Ich habe nichts zu vergeben, nur zu danken. Wenn es noch eine Chance für die Erhaltung des Friedens giebt, so liegt dieselbe in der Hoffnung, dass sich die Staatsmänner Englands die Mühe nehmen, diese complicirte Frage in allen ihren langweiligen Details zu studiren, um zu einer klaren, unparteiischen und vorurtheilsfreien Auffassung der Sache zu gelangen. Ich wage zu hoffen, sie werden dann zu dem Schlusse gelangen, dass sie nichts Besseres thun können, als dieselbe auf sich beruhen zu lassen; das wird das einzige Mittel sein, den Krieg zu localisiren, falls — was Gott verhüte — der Krieg ausbrechen sollte.

Es bedarf nicht der Versicherung, dass ich mich nicht für fähig halte, eine derartige Frage mit einem Staatsmanne Ihrer Bedeutung, mit dem grössten Redner des britischen Parlamentes, um nicht zu sagen unserer Epoche, zu discutiren.

Als ich Ihnen die Correspondenz zwischen unseren Regierungen mittheilte, war es durchaus nicht meine Absicht, mich über die Minister Ihrer Majestät zu beklagen, noch deren Verhalten zu bekritteln. Meine Absicht war, Ihnen ein wahrheitsgetreues *exposé* der Ansichten, nicht bloss der sächsischen Regierung, sondern der überwiegenden Mehrheit der deutschen Nation vorzulegen. Sachsen ist eine kleine Einheit, kann aber im vorliegenden Falle als *pars pro toto* genommen werden. Die Regierung ist, wie Sie es nennen würden, liberal-conservativ. Sie hat soeben die Steuern bedeutend ermässigen und gleichzeitig den Gehalt der Staatsbeamten um 25 % verbessern können. Wenn eine Insel, würde Sachsen eine „glückliche Insel“ sein. Wir halten fest an der Eigenart unseres Stammes, wie alle deutschen Stämme thun; wir sind unserer

Dynastie ergeben, welche seit tausend Jahren über uns herrscht. Fremde täuschen sich häufig: die Deutschen lieben ihre Fürsten und können sie nicht entbehren, wie die Engländer ihre Lords lieben, was auch die Herren Cobden und Bright sagen mögen. Es giebt jedoch gewisse Dinge, welche diese Fürsten ebensowenig thun können als Euere Herrlichkeiten. Sie können nicht gegen die Fluth einer nationalen Bewegung, wie wir sie seit 1813 nicht gehabt haben, anrennen. Sie sind alle zusammen, vom Kaiser von Oesterreich herab bis zum Fürsten von Liechtenstein, zwischen zwei Gefahren — Krieg oder Revolution — gestellt. Das ist eine traurige, aber nüchterne Wahrheit. Sie können sich darauf verlassen, die kleineren deutschen Staaten haben in diesem Augenblicke die Augen offen; sie wissen ebenso gut als Sie, dass ihre Existenz auf dem Spiele steht. Nicht kindische Popularitätshascherei, noch der alberne Wunsch, politisches Kapital aus dieser unglücklichen Streitfrage zu schlagen, haben ihre Haltung bestimmt. Sie haben ganz Recht, nicht an die Fabel eines neuen Rheinbundes unter französischem Protectorate zu glauben. Niemand in Deutschland träumt von einer solchen selbstmörderischen Tollheit. Die Zeiten sind vorüber, als solche Dinge möglich. Gott sei gelobt! Kein Minister könnte seine Stellung auch nur einen Tag behaupten, der im Verdachte einer solchen Thorheit stände, die als ein Act von Hochverrath aufgefasst werden würde. Auf der Oberfläche, es ist wahr, ist nicht wenig absurde Aufregung und vielleicht sogar verbrecherische Agitation zu bemerken, aber darunter ist auch eine unverkennbare Strömung eines nüchternen und ächten Nationalgefühls gegen jede fremde Einmischung. Man erblickt in dem Londoner Vertrag ein fremdes Dictat. Der Kaiser Nikolaus, als er auf der Höhe seiner Macht stand, dictirte, sagt man, dieses Abkommen, als Oesterreich in einer unglücklichen Stunde verleitet worden, die Hilfe des Czaren anzunehmen, als Preussen zu seinen Füssen lag in völliger Ohnmacht nach der Rückkehr von Olmütz. Die russische Diplomatie, heisst es, erschreckte und täuschte Lord Palmerston, indem sie einen unbegründeten Anspruch erfand, welchen Russland vielleicht dermaleinst geltend machen könnte, um sich des Gottorp'schen Antheiles in Holstein mit dem Hafen von Kiel zu versichern; die russischen Diplomaten erfanden zugleich die Phrase, die Integrität Dänemarks sei eine Nothwendigkeit für das europäische Gleichgewicht im Norden. Eine Monarchie von zwei und einer halben Million eine europäische Nothwendigkeit!? . . „Gut!" — lautet die englische Antwort — „aber Oesterreich und Preussen haben den Vertrag unterzeichnet und sie wenigstens sind daran gebunden."

Erlauben Sie mir zuerst, die Thatsache hervorzuheben, welche von den Cabineten von Wien und Berlin offen zugestanden wird, dass Oesterreich und Preussen den Vertrag von 1852 in ihren Namen und nicht als Bevollmächtigte des deutschen Bundes unterzeichnet und dass sie denselben dem Bundestage nie vorgelegt haben. Ich will hinzufügen, dass Sie weder in Wien noch in Berlin einen Staatsmann finden würden, der nicht zugäbe,

dass Oesterreich und Preussen nicht berechtigt waren, den Vertrag zu unterzeichnen und dass, wäre es noch einmal zu thun, es gewiss nicht geschehen würde. Das Verhalten der beiden deutschen Grossmächte ist nur zu verstehen, wenn man sich, wenn ich so sagen darf, ihrer Amphibien-Stellung als europäische und als deutsche Mächte erinnert. Darin liegt, wie ich glaube, der Schlüssel dieser Verwickelung. — Aber „warum waren sie nicht berechtigt, diesen Vertrag zu unterzeichnen?“ Unsere Antwort ist: weil der Vertrag mit den Grundgesetzen des deutschen Bundes unvereinbar; weil die Bundesacte von 1815 und die Schlussacte von 1820 jedenfalls ältere Abkommen sind als der Vertrag von 1852; und wenn dieser Vertrag mit den früheren Abmachungen nicht im Einklange steht (denn nach deutschem Recht kann die Erbfolge-Ordnung in einem deutschen Staate ohne Zustimmung der Agnaten und der Stände nicht geändert werden) — nun wohl, dann haben sich Oesterreich und Preussen vor das Dilemma gestellt: entweder den Vertrag oder ihre früheren Verpflichtungen zu brechen, mit anderen Worten, den Bund zu sprengen.

Was den Zweifel betrifft, ob der Mangel der Zustimmung der holsteinischen Stände — obgleich wünschenswerth — eine europäische Transaction aufheben könne, so erlauben Sie mir, unsere Auffassung an einem analogen Beispiele zu erläutern. Setzen wir den Fall, Wilhelm IV. und seine hannoverschen Räthe wären zu der Ueberzeugung gelangt, es liege im Staatsinteresse des Königreiches Hannover, von England niemals getrennt zu werden; setzen wir den Fall, der König hätte, um dies Ziel zu erreichen, einen seiner hannoverschen Minister bestimmt, mit fremden Mächten einen Vertrag zu unterzeichnen, in welchem diese Mächte erklärten, die Integrität des britisch-hannoverschen Reiches und die Einführung des salischen Rechtes in England seien Gegenstände von europäischem Interesse; glauben Sie, das britische Parlament würde verbunden gewesen sein, einen solchen Vertrag anzuerkennen? Glauben Sie, dass der Herzog von Cumberland, zu dessen Gunsten der fragliche Vertrag behufs Abänderung der in Grossbritannien geltenden Erbfolge-Ordnung geschlossen worden wäre, die geringste Chance gehabt haben würde, als legitimer Souverän von den Lords und Gemeinen Englands anerkannt zu werden? Nun, ich denke, in einem solchen Falle würden Sie der Erste gewesen sein, im Hause der Lords den Vertrag als null und nichtig zu bezeichnen, weil das Parlament nicht befragt worden! Ich weiss sehr gut, dass dies praktische Unmöglichkeiten voraussetzen heisst, aber ich komme zur Hauptsache. Und die Hauptsache ist: dass Recht Recht ist und es nicht zwei Rechte, noch insofern, als es sich um das Recht handelt, zwei Gewichte für Grossbritannien und Holstein geben kann. Sollte es in Europa Mode werden, nach der Doctrin zu handeln, dass das Völkerrecht nur für diejenigen besteht, welche stark genug sind, sich selbst zu beschützen und dass diejenigen, welche es nicht sind, demüthig ohne Protest noch Widerstand Alles annehmen müssen, was fünf oder sechs stärkere Mächte unter sich verabredet haben, ohne die Interessen der gesetzlich Be-

theiligten zu beachten, dann würde bald das Völkerrecht überhaupt ein Ende nehmen, ein Zustand von fortwährendem Kriege und Gewaltacten, von Blutvergiessen und Anarchie eintreten, und die Cimbern und Teutonen würden nicht von aussen zu kommen brauchen, um unsere vielgerühmte Civilisation zu zerstören.

Die Frage der Zustimmung ist in Wahrheit die Frage, um die es sich handelt. Es ist die Frage zwischen Recht und Gewalt, welche das schlummernde Nationalgefühl in Deutschland aufgeschüttelt hat, und die kleineren Staaten, indem sie die Rechte der Herzogthümer gegen fremde Einmischung, wie sie es nennen, vertheidigen, sind überzeugt, dass sie ihre eigenen Rechte vertheidigen; sie fühlen, dass es selbstmörderisch sein würde, diese Vertheidigung den Demokraten, den Turnern und dem National-Verein zu überlassen. Alles dies mag Fremden fremd erscheinen. Hoffentlich werden Sie jedoch finden, dass ich mein Bestes gethan habe, um in einer Sprache, die nicht die meine ist, die Dinge darzustellen, wie sie sind. Ich leugne nicht, dass starke Einsprüche gegen diese Ansichten geltend gemacht werden können. Aber das ist jetzt nicht die Frage. Die Frage ist: was sind die Ansichten der überwiegenden Mehrheit der deutschen Nation? Ich glaube nicht, dass Ihre Diplomatie über diesen Punkt gut unterrichtet ist. Wäre sie es, so würde sie vor Allem Drohungen vermeiden, um sich nicht Antworten auszusetzen, wie diejenige, welche Freiherr von Beust genöthigt gewesen ist, Herrn Murray schriftlich zu ertheilen: *„que pour tout Gouvernement jaloux de son honneur et de sa dignité, il serait difficile à imaginer un moyen plus efficace pour lui faire braver les conséquences d'une décision dictée par le sentiment du devoir, que ne l'est l'emploi de la menace.“* Diese unglückliche Frage ist entsetzlich schlecht behandelt worden, und ich glaube, dass jeder, der damit zu thun gehabt, mehr oder weniger Tadel verdient. Ich bin nicht für Shylock's Doctrin von dem „Pfunde Fleisch“, aber das muss ich sagen, dass die deutschen Herzogthümer bis jetzt von Dänemark nicht einmal ein annehmbares Entschädigungsanerbieten erhalten haben; niemand hat ihnen gesagt, „für deine dreitausend Ducaten sind hier sechstausend,“ und so ist es denn natürlich genug, dass sie ihr „Pfund Fleisch“ verlangen, nämlich die Trennung.

Ich habe noch nie eine vernünftige Antwort auf die Frage erhalten können: was England daran liegen kann, ob Dänemark die Herzogthümer behält oder nicht? Wie unbedeutend das Object, liegt, scheint mir, auf der Hand. Die spanische Succession, die österreichische oder die Integrität des türkischen Reiches mögen einen europäischen Krieg rechtfertigen. Aber die dänische Succession, die Integrität eines Reiches von zwei und einer halben Million?

So lange Ihr dem Kampfe fern bleibt, wird es Frankreich auch thun, aber sobald Ihr Euch rührt, wird Frankreich Eurem Beispiele folgen. Es kann mit Euch, aber ebenso gut gegen Euch gehen. In letzterem Falle stellt Ihr Antwerpen bloss, um Kopenhagen zu retten! Krieg und Frieden, im

europäischen Sinne, hängen einzig und allein von Euch ab. Die ganze Verwirrung wird ein Sturm in einem Theekessel bleiben, so lange Ihr Euch ruhig verhaltet. Die Gefahr liegt, glaube ich, in der Schwäche der jetzigen Regierung. Dieselbe mag dahin gebracht werden, steuerlos in den Krieg zu treiben, durch eine einzige Ihrer Reden.

Verzeihen Sie diesen langen Brief und alle meine Sünden gegen die englische Sprache. Welches auch seine Fehler sein mögen, der Schreiber ist ein Freund des Friedens und der Wahrheit und einer Ihrer aufrichtigen Bewunderer.

Genehmigen Sie u. s. w. Vitzthum.

(Nr. 7). Lord R. Cecil über Deutschland und Dänemark.

An den Herausgeber der „Times“ [1]. — Ich bedauere, dass ich in Folge meiner Abwesenheit von der Stadt nicht früher auf den Brief habe antworten können, welchen Dr. Forchhammer, Professor an der Universität zu Kiel, an Sie gerichtet hat mit Bezugnahme auf einige meiner Bemerkungen, die in Ihren Spalten erschienen sind. Ein grosser Theil seines Briefes erheischt jedoch keine weitere Discussion, da derselbe durch Ihren Correspondenten „H. T. P.“ ausführlich beantwortet worden ist. Vieles auch in dem Briefe des Professors liegt abseits der Streitfrage. Die Beschwerden, unter welchen, wie er behauptet, die Schleswiger leiden, die Beschränkungen der Presse und des Versammlungsrechtes mögen begründet sein oder nicht. Sie mögen der dänischen Regierung zur Last fallen oder der deutschen Opposition; auf keinen Fall bilden sie den Gegenstand einer internationalen Beschwerde. Dänemark hat Deutschland nicht versprochen, den Schleswigern Pressfreiheit gewähren zu wollen; und mit Ausnahme der Fälle, in welchen Dänemark sich durch positive Versprechungen verpflichtet hat, Schleswig in einer gewissen Art und Weise zu regieren, hat keine fremde Regierung einen Schatten von Recht, sich in die inneren Angelegenheiten dieses Herzogthumes einzumischen. Die Deutschen haben oder glauben das Recht zu haben, gegen alle Gesetze zu protestiren, welche die dänischen Schleswiger zum Nachtheile der deutschen Schleswiger begünstigen. Aber dieses Recht besteht, wenn überhaupt, nur auf Grund gewisser Stipulationen, welche, wie man behauptet, im Jahre 1852 verabredet worden sind. Dieses beschränkte Recht gewährt den deutschen Mächten durchaus keinen Rechtstitel, sich in Betreff anderer Gesetze einzumischen, welche sie gutheissen mögen oder nicht, die aber sich gleichmässig auf Deutsche und Dänen beziehen. Wenn die deutschen Mächte wirklich einen allgemeinen Kreuzzug für die Freiheit der Presse und des Versammlungsrechts beginnen, so werden sie allerdings auf die Beschränkung ihrer gesetzlichen Rechte geringe Rücksicht nehmen; aber

[1]) Siehe: The Times, 22. Januar 1864.

in diesem Falle würde es besser sein, mit ihrer eigenen Race in Livland oder Elsass anzufangen, ja sie würden sogar ein vortheilhafteres Feld für ihre Bemühungen innerhalb der Grenzen des Bundes selbst finden.

In einem Augenblicke, wo der Krieg droht, sind nur diejenigen Fragen von Interesse, aus welchen derselbe möglicher Weise hervorgehen könnte. Der Bund geht in den Krieg, um den Londoner Vertrag zu vernichten; Oesterreich und Preussen gehen in den Krieg, um die November-Verfassung zu vernichten; und diese zwei Punkte sind sonach die einzigen, welche jetzt von Wichtigkeit. Die Art und Weise, wie Professor Forchhammer den Vertrag behandelt, ist in Deutschland sehr populär, aber völlig unverständlich in England. Er schimpft einfach auf den Vertrag und scheint sich einzubilden, er habe, nachdem er dies gethan, den Vertrag für die Unterzeichner weniger bindend gemacht. Der Vertrag wird angefochten, weil er ohne Zustimmung des Bundestages, der Landstände und einiger Agnaten abgeschlossen wurde. Die Unterlassungen hatten eine jede ihren guten Grund. Der Bundestag wurde nicht befragt, weil Oesterreich und Preussen, welche den Vertrag unterzeichneten, gleichzeitig für die Angelegenheiten Holsteins dessen Mandatare waren, und der Gedanke an einen Bundestag, der es auf einen Bruch mit Oesterreich und Preussen ankommen lassen könne, war den Staatsmännern jener Zeit nicht gekommen. Die Ständeversammlungen der Herzogthümer wurden nicht befragt, weil sie provinziale Körperschaften, modernen Ursprunges und von einer durch ihre Verfassungen scharf begrenzten Competenz waren, Verfassungen, welche ihnen kein Recht gaben, über Successionsfragen zu verhandeln. Die Masse der Agnaten wurde nicht befragt, weil der Herzog von Augustenburg, der zunächst berechtigte, seinen Rechten für eine bedeutende Geldsumme entsagt hatte; und seine Verzichtleistung wurde nach gewissen wohlbekannten europäischen Vorgängen für vollkommen ausreichend erachtet, diejenigen auszuschliessen, welche ihre Ansprüche aus den seinigen herleiteten. Auf deutscher Seite scheint man sich nicht daran zu erinnern, dass ohne diese Abmachung der Kaiser von Russland der rechtmässige Erbe von Kiel gewesen wäre. Entweder ein Erbe kann durch seine Verzichtleistung diejenigen, die ihr Recht von dem seinigen ableiten, ausschliessen oder er kann es nicht. Wenn er es kann, dann schliesst die Verzichtleistung des Herzogs von Augustenburg im Jahre 1852 seinen Sohn, den Prinzen Friedrich, aus. Wenn er es nicht kann, dann kann die Verzichtleistung des Kaisers Paul im Jahre 1773 auf sein unzweifelhaftes Recht auf Kiel den Kaiser Alexander nicht schädigen. In diesem wie in jenem Falle hat Prinz Friedrich keinen Rechtsanspruch auf die Huldigungen des Professors Forchhammer in Kiel. Jeder Engländer muss der starken Sprache beistimmen, welcher sich Ihr Correspondent „H. T. P.“ in Betreff des Verhaltens bedient hat, das der Prätendent und sein Vater gemeinschaftlich in Sachen dieser Verzichtleistung beobachtet haben. „Wir versprechen für uns und unser Haus, bei unserem fürstlichen Ehrenwort, den Entschliessungen in keiner Weise zuwiderzuhandeln, welche Seine Majestät

genommen oder in Zukunft nehmen wird mit Bezug auf die Successions-Ordnung in allen Ländern, welche jetzt unter Seiner Majestät Scepter vereinigt sind.“ So schrieb der Herzog von Augustenburg im Jahre 1852 und erhielt volle Bezahlung für sein Versprechen. 1863 vollzieht er eine Verzichtleistung zu Gunsten seines Sohnes, insbesondere zu dem Zwecke, diesen in den Stand zu setzen, die Successions-Ordnung umzustossen, welcher nicht zuwiderzuhandeln er eilf Jahre zuvor sich verpflichtet hatte. Er empfing Geld für ein besonderes Versprechen; er bricht das Versprechen, aber er zahlt das Geld nicht zurück. Wenn „die Deutschen von ehrenhaftem Charakter“, an welche Professor Forchhammer appellirt, diese Art mit einem „fürstlichen Ehrenwort“ umzugehen billigen, so kann ich nur meine Ueberraschung darüber aussprechen.

Aber selbst wenn diese Einsprüche so stark wären, wie sie schwach sind, so würden sie jetzt werthlos sein. Die Thatsache, dass die Zustimmung des Bundes, der Stände und der Mehrzahl der Agnaten nicht erlangt worden, war 1852 ebenso bekannt als heute. Oesterreich, Preussen, Württemberg und Hannover wussten davon ebenso gut als heute; und doch unterzeichneten sie oder billigten einen Vertrag, in welchem von diesen Zustimmungen keine Rede ist. Wenn es ihnen jetzt gestattet ist, sich auf den angeblichen Mangel dieser Zustimmungen zu berufen, was sie sorgfältig zu erwähnen damals versäumten, als einen Grund ihren Unterschriften untreu zu werden, so kann in Zukunft keiner internationalen Verpflichtung irgend eine Sicherheit beigelegt werden. Es giebt keinen Vertrag, von welchem sich nicht behaupten liesse, dass irgend ein Beitritt nicht erlangt worden, der hätte erlangt werden sollen.

Der letzte Punkt, welchen Professor Forchhammer hervorhebt, ist vielleicht der wichtigste, weil Oesterreich und Preussen darauf ihre Kriegserklärung zu gründen sich entschlossen haben. Die Behauptung, dass die November-Verfassung „darauf hinausläuft, Schleswig der dänischen Monarchie einzuverleiben,“ wird immer wiederholt, aber der bestimmte Punkt, wo diese Tendenz hervortritt, niemals genau bezeichnet. Kein Versuch ist gemacht worden, dieses wichtige Wort „einverleiben“ zu definiren, von welchem Krieg und Frieden abhängig gemacht werden. Es giebt verschiedene Grade der Bedingungen, unter welchen zwei besondere, verfassungsmässig regierte Gemeinschaften unter demselben Souverän zusammen bestehen können; und diese Grade werden durch die gegenseitigen Stellungen der gesetzgebenden Körper einer jeden bestimmt. Es giebt zuerst die rein dynastische Einigung, in der jede Gemeinschaft ihren eigenen gesetzgebenden Körper hat, beigeordnet und unabhängig; — dann das föderative System, nach welchem gemeinschaftliche Angelegenheiten durch eine gemeinschaftliche Versammlung behandelt werden und provinziale in provinzialen Versammlungen, von denen eine jede innerhalb der Grenzen ihrer Competenz unabhängig und selbständig ist; — ferner das unregelmässige System unseres Reiches, wo ein oberstes Parlament eine Gruppe untergeordneter Parlamente regiert; — endlich die-

jenige Combination, auf welche das Wort „Einverleibung“ im eigentlichen Sinne Anwendung findet; diese tritt ein, wenn die locale oder untergeordnete Versammlung völlig beseitigt ist und das Central-Parlament die gesammte Regierung übernimmt. Die irische Union giebt hiervon ein Beispiel. Die zweite Modalität — das föderative System — liegt der November-Verfassung zu Grunde. Das Provinzial-Parlament von Schleswig ist unabhängig und innerhalb seiner Sphäre souverän. Das Band, welches Dänemark mit Schleswig verbindet, würde durch Verwandlung in eine rein dynastische Einigung nur loser werden; und niemand kann die Correspondenzen von 1851—52 lesen, ohne zu sehen, dass eine dynastische Einigung bei diesen Abkommen die letzte Combination war, an welche man dachte. Eine gemeinschaftliche Versammlung für gemeinschaftliche Angelegenheiten, eine locale für locale, das ist kurz gesagt der Plan, welcher in dieser Correspondenz angedeutet wird; und das ist auch die wahre Bedeutung der November-Verfassung. Oesterreich und Preussen haben ihre Einwände gegen diese Massregel nicht näher bezeichnet, noch haben sie gesagt, auf welchem anderen Wege die Beziehungen zwischen Dänemark und Schleswig geregelt werden sollen. Sie beginnen, mit einem Worte, den Krieg wegen eines vagen Wortes, welches sie näher zu definiren ablehnen und um in Schleswig einen Zustand herbeizuführen, dessen Natur sie bis jetzt unfähig sind zu bezeichnen. Und sie legen dieser Absicht eine solche Bedeutung bei, dass sie es ablehnen, einige Wochen zu warten, bis eine europäische Conferenz darüber zu entscheiden vermag! Unter solchen Umständen kann man sich nicht wundern, dass ihre Aufrichtigkeit verdächtigt wird.

Ich habe die Ehre u. s. w.

21. Januar 1864. Robert G. Cecil.

(Nr. 8.) Deutschland und Dänemark.

An den Herausgeber der „Times“ [1]. — Lord R. Cecil's Schreiben, welches Sie in der heutigen „Times“ abdruckten, enthält Behauptungen, mit den Thatsachen so völlig unvereinbar, dass Sie mir im Interesse der Wahrheit gestatten wollen, die augenfälligsten Irrthümer hervorzuheben, welche, wenn nicht widerlegt, Ihre Leser verhindern könnten, zu einer gerechten und vorurtheilsfreien Beurtheilung der Frage zu gelangen. Ich bin überzeugt, der edle Lord selbst, welcher ohne es zu wissen und sicherlich im besten Glauben diese Irrthümer begangen hat, wird die Gerechtigkeit und nach näherer Untersuchung die Wahrheit dieser Widerlegungen zugestehen.

1. Oesterreich und Preussen haben nicht als Mandatare des deutschen Bundes gehandelt, als sie am 8. Mai 1852 den Londoner Vertrag unterzeichneten. Beide unterzeichneten diesen Vertrag für sich als europäische

[1]) Siehe: The Times, 23. Januar 1864.

Mächte. Kein österreichischer, kein preussischer Staatsmann hat je daran gedacht, diese Thatsache zu leugnen.

2. Der Bundestag wurde nicht befragt, weil die Unterzeichner alle Ursache hatten zu bezweifeln, dass sie die Zustimmung dieser Körperschaft zu einem Abkommen durchsetzen würden, welches als vollkommen unvereinbar nicht bloss mit deutschem Rechte, sondern mit dem Völkerrechte betrachtet wird, weil die Zustimmung der Betheiligten nicht erlangt worden war.

3. Der Anspruch Russlands auf gewisse Theile von Holstein (der sogenannte Gottorp'sche Antheil mit Einschluss von Kiel) wird in Deutschland nicht als rechtsgiltig betrachtet, weil in Folge der Verhandlungen von 1750—1773 das kaiserliche Haus von Holstein-Gottorp, welches jetzt in Russland herrscht, seine Ansprüche auf den Gottorp'schen Antheil gegen die Grafschaften von Oldenburg und Delmenhorst ausgetauscht hat. Sollte Russland wünschen, dieses Abkommen aufzuheben und seinen Rechtstitel auf gewisse Theile von Holstein wiederaufleben zu lassen, so würde es genöthigt sein, das dafür erhaltene Aequivalent wieder herauszugeben, nämlich die Lande des Grossherzogs von Oldenburg. Das kann aber nicht geschehen, da der Grossherzog kraft der Wiener Verträge ein souveräner Fürst geworden ist, vollkommen unabhängig von seinem Vetter, dem Kaiser Alexander. Das wird genug sein zu beweisen, dass die Prätensionen, welche Russland in dem Warschauer Protokoll geltend machte, wie eine weitere Nachforschung ergeben wird, durch die Wiener Verträge vollkommen aufgehoben worden sind.

4. Der Herzog von Augustenburg konnte durch seine Erklärung, oder durch seine, irrthümlich so genannte, „Verzichtleistung“ seinen ältesten Sohn niemals binden aus dem einfachen Grunde, weil dieser im Jahre 1852 schon volljährig war. Um die „Verzichtleistung“ des Herzogs für den Prinzen Friedrich rechtsgiltig bindend zu machen, war des letzteren Zustimmung nothwendig. Die dänische Regierung, durch ein Versehen, welches sonderbar erscheinen könnte, wenn dies die einzige Unterlassungssünde wäre, die sie begangen, hat nie daran gedacht, den Beitritt des Prinzen Friedrich zu erlangen, und er hat niemals irgend ein Document unterzeichnet, welches möglicher Weise als eine Zustimmung oder Beitritt zu seines Vaters „Verzichtleistung“ ausgelegt werden könnte. Wenn ein britischer Pair über ein fideicommissarisch ererbtes (*entailed*) Gut verfügen wollte, oder auch nur über seine Rechte und künftigen Ansprüche auf ein solches, ohne die Zustimmung seines Sohnes, vorausgesetzt dass dieser volljährig, würde ein solches Abkommen rechtsbeständig und für den Sohn bindend sein nach englischem Gesetz? Ich weiss es nicht; aber das weiss ich, dass nach deutschem Gesetze ein solches Abkommen völlig null und nichtig sein würde, soweit des Sohnes Rechtstitel und Geburtsrecht in Frage kommen, falls derselbe volljährig war zu der Zeit, als sein Vater für gut befand, über sein Erbe und seine künftigen Ansprüche zu verfügen.

5. Der Herzog von Augustenburg hat niemals volle Bezahlung für das Versprechen erhalten, der neuen dänischen Successions-Ordnung nicht zuwiderzuhandeln. Das Geld, welches er erhalten, ist niemals, nicht einmal von Friedrich VII. und seinen Räthen als ein Aequivalent für irgend ein Versprechen angesehen worden, sondern als eine Entschädigung für die Güter, welche Privateigenthum des Herzogs waren und zu deren Verkauf binnen einer gewissen Frist er von der dänischen Regierung genöthigt worden war aus denselben politischen Rücksichten, welche das jetzige französische Gouvernement vor einigen Jahren veranlasste, die Prinzen von Orleans zu nöthigen, ihre Privatgüter in Frankreich zu verkaufen. Die dänische Krone kaufte Land, kein Versprechen. Sollte König Christian IX. darein willigen, diese Güter dem rechtmässigen Eigenthümer zurückzustellen, so würde das Haus Augustenburg nur zu glücklich sein, Seiner Majestät die verhältnissmässig sehr geringe Entschädigung zurückzubezahlen, welche der Herzog im Jahre 1852 erhalten.

Das allgemeine Gerücht ist mir wohl bekannt, nach welchem der Herzog „ein Rebell" gewesen und der König von Dänemark ihm als solchen seine Güter „confiscirt" haben soll. *Vae victis!* Aber ich glaube, dass es auf dieser glücklichen Insel viele giebt, welche, wenn sie die wahre Geschichte dieser „Rebellion" kennten, mit Cato ausrufen würden: „*Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni.*" Thatsache ist, dass ein Urtheilsspruch gegen den Herzog durchaus nicht vorliegt und die Anklage durchaus auf Partei-Angaben der dänischen Regierung beruht, welche die Macht, aber gewiss nicht das Recht hatte, das Privateigenthum eines fürstlichen, mit dem regierenden Souverän verwandten Hauses zu confisciren.

Ich füge meine Karte bei, obgleich mein Name der vorstehenden Darlegung nicht mehr Gewicht geben würde, da dieselbe auf unbestrittenen und leicht zu ermittelnden Thatsachen beruht.

Ich bin Ihr gehorsamer Diener

22. Januar 1864. *Audiatur et altera pars.*

(Nr. 9.) *London, Hobart Place, 23. Januar 1864.*

Lieber Lord Robert Montagu! — Gestatten Sie mir, Sie auf ein Schreiben aufmerksam zu machen, welches heute mit der Unterschrift „*Audiatur et altera pars*" in der „Times" erscheint. Dieses Schreiben widerlegt die augenfälligsten Irrthümer von Lord R. Cecil's Aufsatz, den die gestrige „Times" brachte. Doch giebt es noch eine Behauptung Lord R. Cecil's, welche unbeachtet geblieben ist, nämlich „die Ständeversammlungen der Herzogthümer wurden nicht befragt, weil sie provinziale Körperschaften, modernen Ursprunges, und von einer durch ihre Verfassungen scharf begrenzten Competenz waren, Verfassungen, welche ihnen kein Recht gaben, über Successionsfragen zu verhandeln."

Jedes Wort dieses Paragraphen ist ein Irrthum. Die Versammlungen der Herzogthümer wurden nicht befragt, weil die dänischen Demokraten, die den König und den dänischen Staat beherrschten, recht gut wussten, dass die schleswig-holsteinischen Stände nicht solche Narren sein würden, den selbstmörderischen Blödsinn zu begehen und den Londoner Vertrag anzunehmen. Diese Versammlungen waren nicht mehr noch weniger provinziale Körperschaften als der Rigsraad von Kopenhagen, in welchem das eigentliche Dänemark ausschliesslich vertreten ist. Wenn behauptet wird, dass die schleswig-holsteinischen Stände modernen Ursprungs sind und keine Competenz noch Autorität hätten, über Successionsfragen zu verhandeln, so beweist dies nur, dass der Autor sich nicht die Mühe genommen hat, die Frage zu studiren. Er würde gefunden haben, dass ein Parlament, welches thatsächlich seine Competenz und Autorität ausgeübt hat, nicht bloss um über die Successionsfrage zu verhandeln, sondern dieselbe *proprio motu* zu entscheiden im Jahre 1460 (zu Zeiten Richard's von York), kaum als ein Parlament „modernen Ursprunges“ angesehen werden kann.

Hätten die schleswig-holsteinischen Stände (die Ritter, Prälaten und Städte, wie sie genannt wurden) nicht die Competenz und Autorität gehabt, welche ihnen Lord R. Cecil abspricht, nun dann würde der Rechtstitel des regierenden Hauses von Oldenburg verfallen sein, denn die Schleswiger und Holsteiner wählten Christian I. (von Oldenburg), König von Dänemark, zu ihrem Herzoge und er — der Ahn aller jetzt lebenden holsteinischen Häuser — bestätigte die Rechte und Privilegien dieser „provinzialen Körperschaften modernen Ursprunges“ durch das Patent, welches unter dem Namen „die tapfere Verbesserung“ bekannt ist, anerkannte darin ausdrücklich deren Recht, ein anderes männliches Mitglied des regierenden Hauses zu erwählen, sollte der Erbe den Eid verweigern, welchen er, König Christian, als Herzog von Schleswig-Holstein leistete: zu erhalten und zu schützen die alten Privilegien der Stände.

Wir haben in Deutschland die ritterliche Rede nicht vergessen, welche Sie im Juni 1861 zu Gunsten der Rechte der Herzogthümer gehalten, als Sie den Londoner Vertrag die Londoner Verschwörung nannten und als eine Auszählung sich als das einzige Mittel herausstellte, um den Vertheidiger des Rechtes gegen die Macht zum Schweigen zu bringen. Ich hoffe, Sie werden in diesem Jahre ein volles Haus finden bereit, Ihren männlichen Reden zu Gunsten einer guten Sache Gehör zu schenken.

Sollten Sie Thatsachen, Daten, Documente brauchen, ich habe ein Arsenal zu Ihren Diensten. Für den Augenblick, glaube ich, ein kleines Vorpostengefecht mit Lord R. Cecil würde nichts schaden und ich bin überzeugt, die „Times“ würde gern eine Darlegung von Ihnen bringen, welche sich auf die Thatsachen stützt, die ich mir die Freiheit nahm, in Ihr Gedächtniss zurückzurufen.

Aufrichtigst der Ihrige Vitzthum.

(Nr. 10.) *Eigenhändig.* *24. Januar 1864.*

Mein lieber Graf Vitzthum! — Ich habe gestern in grosser Eile eine Antwort auf Lord R. Cecil's Schreiben niedergeschrieben, von welchem ich soeben Einsicht genommen hatte. In der Eile ist die Stelle, die Sie hervorheben, meiner Aufmerksamkeit entgangen, obgleich der Irrthum mir aufgefallen war, als ich das Schreiben zuerst las. Ich habe daher ein kurzes Postscriptum in das Bureau der „Times" geschickt. Ich fürchte, sie werden mein Schreiben nicht abdrucken, da ich bei dem Herausgeber nicht in Gunst stehe. Soviel ich aus den Blaubüchern ersehen kann, wünschen die Herzogthümer (und Deutschland) nicht, den Vertrag zu brechen, wenn nur die alten Rechte der Herzogthümer gewahrt und ihre Autonomie erhalten wird.

Ich bedauere, dass ich Sie verfehlt habe, als Sie bei mir vorsprachen. Ich werde für jeden Aufschluss dankbar sein, den Sie mir gewähren wollen.

Aufrichtigst der Ihrige Robert Montagu.

(Nr. 11.) Deutschland und Dänemark.

An den Herausgeber der „Times" [1]. — Ich hatte kaum zwei Stunden, nachdem ich in Ihrem gestrigen Blatte das Schreiben von „*Audiatur*" und das Lord R. Cecil's in der vorhergehenden Nummer gelesen, um einige Bemerkungen über die Ungenauigkeiten, welche sie enthielten, niederzuschreiben.

In meiner Eile entschlüpfte der ernsteste Irrthum Lord Robert Cecil's meiner Aufmerksamkeit. Er sagt: „Die Ständeversammlungen der Herzogthümer wurden nicht befragt, weil sie provinziale Körperschaften, modernen Ursprunges, und von einer durch ihre Verfassungen scharf begrenzten Competenz waren, Verfassungen, welche ihnen kein Recht gaben, über Successionsfragen zu verhandeln." Modernen Ursprunges! Sie sind so alten Ursprunges wie unser Haus der Gemeinen. Im Jahre 1460 regelten sie, aus freien Stücken und kraft ihrer unbeschränkten Autorität die Erbfolge ihres Thrones. An welche „Verfassungen" kann wohl Lord R. Cecil denken? Als sie Christian I. erwählten, bedurften sie keiner Verfassung, um sie dazu zu ermächtigen. Ihre „Competenz" war damals nicht scharf begrenzt auf kleine provinziale Angelegenheiten. Von Christian I. stammen die Könige von Dänemark, die Glücksburger wie die Augustenburger ab. Von ihm stammen die Könige von Schweden und der Kaiser von Russland. Und doch hatte Christian I. zu warten, den Hut in der Hand, auf die freie Wahl dieser geschmähten und verachteten Landtage. Ohne jene Versammlungen der Herzogthümer, wo würde das Königreich Dänemark und die Mitbewerber um den Thron geblieben sein?

---

[1]) Siehe: The Times, 25. Januar 1864.

Als Christian I. die erwünschte Wohlthat erlangt hatte, schwor er, die alten Rechte der Herzogthümer aufrecht zu erhalten, und jeder König hat seitdem denselben Eid geleistet und geschworen, ihre Autorität aufrecht zu erhalten. Jetzt werden sie beiseite geschoben wegen ihres „modernen Ursprunges und ihrer scharf begrenzten Competenz".

Wenn Sie die Güte haben wollen, dies meinem gestrigen Schreiben als Nachschrift beizufügen oder in einer Ihrer nächsten Nummern aufzunehmen, so werden Sie verpflichten Ihren gehorsamen Diener

24. Januar 1864. Robert Montagu.

(Nr. 12.) Lord R. Cecil über Deutschland und Dänemark.

An den Herausgeber der „Times" [1]). — Ihr Correspondent, der sich *„Audiatur et altera pars"* unterschreibt, beschuldigt mich augenfälliger Irrthümer und Behauptungen völlig unvereinbar mit den Thatsachen. Eine so grosse Beschuldigung muss mich entschuldigen, wenn ich Sie wiederum mit einer Bitte, mir Raum zu gönnen, belästige, nachdem ich Sie schon so oft belästigt habe. Die Darlegungen, welche angegriffen wurden, gründen sich auf wohlbekannte Documente. Es wird nicht nöthig sein, dieselben vollständig anzuführen. Eine kurze Bezugnahme darauf wird genügen, um Ihre Leser davon zu überzeugen, dass dieselben mit den Thatsachen vereinbar und dass der Irrthum nicht auf meiner Seite liegt.

1. Seine erste Berichtigung beruht auf einer Missdeutung des von mir Gesagten. Ich habe nicht gesagt, Oesterreich und Preussen hätten den Vertrag für den deutschen Bund unterzeichnet. Was ich gesagt habe, ist, dass Oesterreich und Preussen, als sie den Vertrag unterzeichneten, Mandatare des Bundes waren in Betreff der holsteinischen Angelegenheiten und dass diese Thatsache, verbunden mit dem damals unbestrittenen Uebergewicht dieser beiden Mächte im Bundestage, den nichtdeutschen Mächten genügenden Grund bot, es als überflüssig zu betrachten, den Bundestag förmlich zu befragen. Ich verstehe nicht recht, ob Ihr Correspondent bezweifelt, dass Oesterreich und Preussen zur Zeit, als sie den Vertrag unterzeichneten, in Betreff der holsteinischen Angelegenheiten die Mandatare des Bundestages waren. Wenn dem so ist, so kann ich ihn nur auf den zwei Monate später (29. Juli 1852) gefassten Bundesbeschluss verweisen, durch welchen jenes Mandat förmlich beendet wurde.

2. Die Ursache, warum die Grossmächte den Bund bei Unterzeichnung des Londoner Vertrages nicht herbeigezogen, mag Gegenstand der Vermuthung sein; aber der Grund, welcher Dänemark verhinderte, dessen Beitritt nachzusuchen zu jener Zeit, als es den der übrigen kleinen Staaten

---

[1]) Siehe: The Times, Montag, 25. Januar 1864.

nachsuchte, ist actenmässig festgestellt. Es war einfach, weil England seine Zustimmung dazu ablehnte. In der Circulare des dänischen Ministers Herrn Bluhme, vom 9. September 1852 kommt folgende Stelle vor:

> „Der Bund befindet sich nicht unter den Staaten, welche in der beigeschlossenen Liste aufgeführt sind, weil wir Ursache haben zu glauben, dass in Betreff der Einladung dieser politischen Körperschaft weniger Einstimmigkeit zwischen den contrahirenden Mächten obwalten möchte. Nach einem vor kurzem eingegangenen Berichte des königlichen Gesandten in London scheint es gewiss, dass die britische Regierung eine einfache Anzeige für hinreichend erachtet und sich weigern würde, den Beitritt des deutschen Bundes zu beantragen.“

Eine einfache Anzeige war der Gang, das muss bemerkt werden, den man gegen diejenigen Mächte beobachtete, welche die unbedeutendsten waren. Der damalige britische Minister handelte wahrscheinlich nur aus Rücksicht auf die internationale Etiquette; aber welches auch immer seine Beweggründe gewesen sein mögen, auf keinen Fall konnte es damals die Besorgniss sein, wie Ihr Correspondent sich einbildet, der Bundestag werde einen Vorschlag ablehnen, über welchen Oesterreich und Preussen sich verständigt.

3. Ihr Correspondent schreibt, um meine augenfälligen Irrthümer aufzudecken, und darunter führt er meine Behauptung an, dass Russland unter gewissen Umständen Anspruch auf Kiel habe — einen Anspruch, welcher, wie er sagt, in Deutschland nicht anerkannt wird. Ich muss es ablehnen zuzugestehen, dass jede Thatsache, die in Deutschland nicht anerkannt wird, ein augenfälliger Irrthum ist. Es ist wenigstens ebenso wichtig, dass dieser Anspruch in Russland sehr stark aufrecht erhalten wird, wie die Leser der neuesten Telegramme bemerkt haben werden. Dass ein jeder, der das Recht auf einen so guten Hafen, wie Kiel, beansprucht, den Rechtstitel des anderen anerkennen werde, ist ein Grad von Unparteilichkeit, welchen wenige unvernünftig genug sein werden zu erwarten. Der Streit über diese Angelegenheit ist complicirt wie Alles, was sich auf diese Frage bezieht.

Der Kernpunkt ist, dass der Kaiser Paul (damals Kronprinz) im Jahre 1773 einen Antheil an Holstein nicht den Königen von Dänemark überhaupt, sondern nur Christian VII., seinem Bruder Friedrich und deren männlichen Nachkommen cedirte. Ihre Linie ist jetzt ausgestorben. Hieraus scheint unvermeidlich zu folgen, dass die Cession, welche nur diesen Nachkommen gemacht worden, aufgehört hat, giltig zu sein. Ist dem so, so fällt das Recht auf Kiel und einige andere Theile von Holstein dem Kaiser Alexander zu, als dem Erben des Kaisers Paul. Durch das Protokoll von Warschau ist auf dieses Recht zu Gunsten des jetzigen Königs und dessen männlichen Nachkommen verzichtet worden. Aber das Protokoll bestimmt aus-

drücklich, dass, falls das Abkommen. nach welchem der König Christian die ganze dänische Monarchie erben soll, nichtig werden sollte, die russische Verzichtleistung aufhören würde, giltig zu sein.

4. Der nächste augenfällige Irrthum, dessen mich Ihre Correspondenz beschuldigt, ist die Meinung, dass der Herzog von Augustenburg, indem er auf seine eigenen Rechte verzichtete, diejenigen binden konnte, welche ihr Recht von ihm ableiteten. Ich kann nur sagen, dass, wenn ich gesündigt habe, dies in guter Gesellschaft geschehen ist, denn diese selbe Ansicht wurde von den Mächten getheilt, welche über das Abkommen von 1852 verhandelten, und insbesondere von Preussen, welches die Verzichtleistung des Herzogs verschaffte. Ja ich glaube, ich kann an eine noch höhere Autorität appelliren. Dieselbe Ansicht muss der Herzog selbst gehabt haben, als er die Worte schrieb: „Wir versprechen für Uns und Unsere Familie den Entschliessungen nicht zuwiderzuhandeln, welche Seine Majestät in Bezug auf die Successions-Ordnung treffen mag." Ihr Correspondent hat, wie mir scheint, den Herzog vor ein peinliches Dilemma gestellt. Entweder der Herzog glaubte, als er diese Worte niederschrieb, er könne seine Familie binden, in diesem Falle hat er sich eines augenfälligen Irrthums schuldig gemacht, oder er glaubte es nicht, dann war er eines groben Betruges schuldig. Aber ob er seinen Sohn binden konnte oder nicht, in jedem Falle konnte er sich selbst binden. Er verpflichtete sich, keinem dabei zu helfen, die Succession zu stören. Hätte er sein Versprechen ehrlich gehalten, so würde er jede Verzichtleistung zu Gunsten seines Sohnes verweigert haben, und dann würde Prinz Friedrich während der Lebensdauer seines Vaters nicht den Schatten eines Rechtanspruches gehabt haben. In Bezug auf das juristische Argument Ihres Correspondenten brauche ich kaum zu sagen, dass seine Berufung auf das englische Gesetz über fideicommissarischen Grundbesitz weit von der Frage abführt. Der Fall muss nach europäischen Präcedenzfällen, nicht nach englischen Statuten beurtheilt werden. Ich brauche nicht näher auf eine Frage einzugehen, welche so ausreichend besprochen worden ist. Der wichtigste Fall, der sich auf die Frage bezieht, ob ein verzichtleistender Bewerber diejenigen ausschliesse, welche ihr Recht von ihm ableiten, ist die Verzichtleistung Philipp's V. im Frieden von Utrecht, und die Tendenz dieses Falles steht in directem Widerspruche mit der modernen deutschen Auffassung.

5. Die nächste Behauptung, deren ich als völlig unvereinbar mit den Thatsachen beschuldigt werde, ist, dass das dem Herzog bezahlte Geld für seine Verzichtleistung bezahlt worden ist. Ihr Correspondent muss den Text der Urkunde (vom 30. December 1852) vergessen haben. welche die Verzichtleistung enthält. Die zwei ersten Abschnitte beziehen sich lediglich auf die Cession von Grundbesitz; der dritte Abschnitt enthält das Versprechen, der neuen Successions-Ordnung nicht zuwiderzuhandeln, ein Versprechen, welches schon so oft angeführt worden. Der vierte Abschnitt lautet wie folgt:

„Die vorbesagte Cession und Uebergabe unserer eigenen Rechte auf die obgedachten herzoglichen Besitzungen u. s. w. sowohl als die oben erwähnten Verpflichtungen, Versprechungen und Versicherungen, welche wir Seiner Majestät gegeben, sind von Seiner Majestät dem Könige für sich und die Kron-Nachfolger angenommen worden; und er hat uns seinerseits, für sich selbst und seine Kron-Nachfolger, die folgenden Bedingungen zugestanden.“

Dann folgt ein Verzeichniss der dem Herzoge zu bietenden Geldzahlungen. Es bedarf keines Beweises, dass nicht bloss die Cession von Grundbesitz, sondern auch die in dem ersten Abschnitte erwähnten Versprechungen und Verpflichtungen, zusammen die Gegenleistung für das in dem zweiten versprochene Geld bilden.

Ich brauche nicht weiter zu gehen, um zu zeigen, welchen Grund Ihr Correspondent gehabt hat, mich „augenfälliger Irrthümer“ und „Behauptungen völlig unvereinbar mit den Thatsachen“ zu beschuldigen. Ich hätte Sie nicht mit einer so langen Antwort behelligt, aber ich bin geneigt, aus inneren Gründen zu vermuthen, dass er ganz besonders berechtigt ist, ein eifriges Interesse an der Sache des Hauses Augustenburg zu nehmen. Ich habe nur um Entschuldigung zu bitten für den Raum, den ich Ihnen durch diese Replik, ohne es zu wollen, genommen habe, und bin

Ihr gehorsamer Diener

23. Januar 1864. Robert G. Cecil.

(Nr. 13.) Deutschland und Dänemark.

An den Herausgeber der „Times“ [1]). — Als ich Ihnen neulich einige Irrthümer anführte, welche jeder, der von der Tagesfrage weiss, in Lord R. Cecil's Schreiben vom 21. d. entdeckt haben wird, war es gewiss nicht meine Absicht, den edlen Lord persönlich anzugreifen oder irgendwie zu verletzen. Meine Absicht war, in bescheidener Weise der guten Sache zu dienen, der Sache des Friedens, welche die „Times“ so geschickt und kräftig, und hoffentlich erfolgreich in ihren Spalten vertheidigt.

Bezüglich der Punkte, auf welche es ankommt, wird ein kurzer Commentar der Replik Lord R. Cecil's hinreichen, um zu zeigen, dass im Widerspruch mit seiner Ansicht noch etwas zu sagen ist.

1. Die ernste deutsche Verwickelung, welche aus dem dänischen Streite hervorgegangen, dreht sich um die Thatsache, welche ich angeführt, dass Oesterreich und Preussen nicht als Bevollmächtigte des deutschen Bundes handelten, als sie den Londoner Vertrag unterzeichneten. Die Folge war, dass die neue Successions-Ordnung, welche dieser Vertrag für die Herzog-

---

[1]) Siehe: The Times, 29. Januar 1864.

thümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu schaffen versuchte, bis auf diesen Tag niemals anerkannt worden ist, nicht einmal (bis vor wenigen Tagen, als Sir A. Malet eine Abschrift des Vertrages dem Bundes-Präsidenten mittels einer Note überreichte) dem deutschen Bundestage amtlich bekannt war. Ob Oesterreich und Preussen für andere bestimmte Verhandlungen in Betreff Holsteins Vollmachten des Bundes besassen, ob diese Vollmachten im Juli oder im Mai 1852 abliefen, und ob andere Mächte sich einbildeten, Oesterreich und Preussen handelten als Mandatare des Bundes, alles dies ist vollkommen gleichgiltig und hat durchaus mit der Thatsache nichts zu thun, dass diese beiden deutschen Mächte mit anderen Mächten einen Vertrag unterzeichneten, welcher zum Zweck hatte, für eine gewisse Eventualität der Zukunft, in einem deutschen Staate eine neue Successions-Ordnung zu errichten, ohne die Kenntniss, die Autorität und die Vollmacht des deutschen Bundes.

2. Es beliebt Lord R. Cecil, den Bundestag zu verhöhnen und die Bemerkung lächerlich zu machen, dass in einer Lebensfrage eines deutschen Landes das Central-Organ einer Nation von 40 bis 45 Millionen hätte befragt werden müssen, um ein solches Abkommen für Deutschland gesetzlich verbindlich zu machen. Ich darf dem edlen Lord wohl sagen, dass er kaum einen Staatsmann mit einiger praktischen Kenntniss dessen, was gerade jetzt in Europa vorgeht, in England finden wird, der nicht tief bedauert, um nicht zu sagen beklagt, dass der deutsche Bundestag nicht befragt worden ist, dass gesetzlich und technisch der Londoner Vertrag für Deutschland nicht existirt, und dass die dänische Erbfolge, soweit dieselbe die Herzogthümer berührt, immer noch eine offene Frage geblieben ist und von jedem deutschen Staatsmanne nur als eine offene Frage betrachtet werden kann, solange der deutsche Bundestag nicht zugestimmt hat. Ich darf ihm wohl auch sagen, dass es in Deutschland, so viel ich weiss, keinen giebt, der ein Staatsmann genannt zu werden verdient, welcher nicht beklagte, dass die durch diesen embryonischen Vertrag herbeigeführte Verwirrung seitens der dänischen Regierung nicht verhindert worden ist, welche in einer weiseren Politik Mittel gefunden haben würde, in Zeiten die Unterthanen des verstorbenen Königs zu versöhnen. Das britische Gouvernement — zu Ehren eines Staatsmannes sei es gesagt, welcher die Siegel des Auswärtigen Amtes erst seit wenigen Tagen übernommen — war für die Gefahr nicht blind, welche Lord R. Cecil, wie es scheint, immer noch nicht zu entdecken vermag, die Gefahr, welche darin bestand, dass der deutsche Bundestag nicht befragt und dass der Vertrag für Deutschland nicht bindend gemacht worden war. Es wird sich irgendwo in den Winkeln des Auswärtigen Amtes das Concept einer Depesche finden, welche zu einer gewissen Zeit nach Wien und nach Berlin gesendet wurde, um Oesterreich und Preussen dringend aufzufordern, den Londoner Vertrag dem deutschen Bundestage vorzulegen. Und warum befolgten Oesterreich und Preussen diesen weisen und wohlwollenden Rath nicht? Lag es nicht in ihrem Interesse dies zu

thun, um ihr etwas unregelmässiges Vorgehen zu legalisiren? Ohne Zweifel! Aber sie konnten es nicht, sie konnten nicht einmal daran denken, die gesetzliche Bestätigung dieses Abkommens zu beantragen, weil sie ganz gut wussten, dass, solange alle Agnaten und die Stände Schleswig-Holsteins ihre Zustimmung nicht gegeben, der Beitritt des Bundestages unmöglich zu erwarten war.

3. In Betreff des russischen Anspruches wird die Zukunft lehren, wer besser unterrichtet ist, Lord R. Cecil oder ich? Alles was ich sagen kann, ist, dass Zeitungstelegramme nicht beweisend genug sind für diejenigen, welche zufällig etwas von der Frage wissen, um sie dahin zu bringen zu fürchten, dass Russland angesichts gewisser Documente, welche vor kurzem, ich glaube, in Kiel entdeckt worden sind, und einiger anderer, welche sorgfältig in den Staats-Archiven eines norddeutschen Staates aufbewahrt werden, ernstlich Ansprüche geltend machen werde, die jeder Rechtskundige Englands, wenn sie ihm je vorgelegt würden, als völlig unbegründet abweisen würde.

4. Ich habe nicht die Prätention, über den Herzog von Augustenburg ein Urtheil zu fällen, und ich bin überzeugt, der edle Lord wird gerecht genug sein zuzugeben, dass Familien-Documente vorhanden sein könnten, die Lord R. Cecil vielleicht nicht mitgetheilt worden und welche, wären sie ihm bekannt, ihn nöthigen würden, einen fremden Fürsten milder zu beurtheilen, der einem Hause angehört, verwandt mit fast allen regierenden Familien Europas. Auf alle Fälle ist der Herzog von Augustenburg nicht in Frage. Seine Handlungen, Absichten und Beweggründe haben mit den Rechten seines Sohnes gar nichts zu thun. Prinz Friedrich war volljährig, als sein Vater die Erklärung unterzeichnete ohne seines Sohnes Zustimmung. Jeder deutsche Rechtskundige würde dem dänischen Gouvernement haben sagen können, dass jedwede Erklärung des Herzogs den Sohn nicht binden konnte, sobald dieser volljährig war. Wenn sie versäumt haben, seine Zustimmung zu verlangen, wie sie gethan haben, so haben sie die Folgen nur ihrer eigenen Sorglosigkeit zuzuschreiben.

5. Den letzten Punkt betreffend, so acceptire ich Lord R. Cecil's Zugeständniss vom 23., dass „Cessionen von Grundbesitz“ von dem Herzog von Augustenburg in der That gemacht worden sind, als einen Widerruf der Behauptungen des Schreibens vom 21., welches besagte, der Herzog habe „für eine bedeutende Geldsumme auf seine Ansprüche verzichtet“ und „für ein Versprechen volle Bezahlung erhalten“, ohne der Thatsache zu gedenken, dass ausser „den Ansprüchen“ und „dem Versprechen“ auch noch einige Güter Gegenstand des Handels waren, Güter, welche, wenn heute verkauft, sicherlich mit höheren Summen bezahlt werden würden, als der Herzog in Folge des Abkommens vom December 1852 empfangen hat.

Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass der edle Lord sich irrt, wenn er vermuthet, dass ich ganz besonders berechtigt bin, ein eifriges Interesse an der Sache des Hauses Augustenburg zu nehmen. Ich habe nicht die Ehre,

weder den Herzog noch den Prinzen zu kennen; ich habe an dieser Sache nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren, und es ist mir persönlich vollkommen gleichgiltig, ob der deutsche Bundestag schliesslich Friedrich VIII. oder Christian IX. als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennt, was immer noch, so viel ich weiss, eine offene Frage ist.

Ich bin Ihr gehorsamer Diener

27. Januar 1864. *Audiatur et altera pars.*

(Nr. 14.) *Privatim.* *London, 20. April 1864.*

Lieber Lord Russell! — Sie würden mich verbinden, wenn Sie mir sagen wollten, ob die Conferenz heute in Abwesenheit der Vertreter des deutschen Bundes, Oesterreichs und Preussens eröffnet werden soll, oder ob ich dem Freiherrn von Beust telegraphiren darf, dass die Eröffnung am 25. d. stattfinden wird. Empfangen Sie u. s. w. Vitzthum.

(Nr. 15.) *Privatim.* *20. April 1864.*

Lieber Graf Vitzthum! — Ich bedauere dem Verlangen des Freiherrn von Beust nicht entsprechen zu können, aber die Conferenz muss heute eröffnet werden. Ich muss bemerken, dass ich bis heute Morgen, als ich eine officielle Note des Grafen Apponyi empfing, keine amtliche Mittheilung in Betreff eines Aufschubes erhalten habe. Jetzt sogar habe ich von Preussen keine Mittheilung amtlicher Natur empfangen.

Dieses Vorgehen war darauf berechnet, das volle *odium* einer absichtlichen Gleichgiltigkeit gegen die Möglichkeit, dem Blutvergiessen durch eine Waffenruhe Einhalt zu thun, auf die englische Regierung und auf meine Person zu wälzen. Nichts wird heute geschehen, als dem Wunsche für eine solche Waffenruhe Ausdruck zu geben und der Beginn der eigentlichen Verhandlungen wird auf den 25. verschoben werden; dann wird, wie ich hoffe, der Freiherr von Beust hier sein.

Aufrichtigst der Ihrige Russell.

(Nr. 16.) *Privatim.* *London, 21. April 1864.*

Lieber Lord Russell! — Der Freiherr von Beust ist von Frankfurt abgereist, verbringt die Nacht in Brüssel und wird morgen Abend hier sein. Ich habe keine Zeit verloren, um den Inhalt Ihres gestrigen Billets nach Frankfurt zu telegraphiren.

Ich hoffe, dass Ihre Bemerkung über den Mangel eines amtlichen Antrages wegen des Aufschubes nicht auf mich geht, denn ich hatte kein Recht, irgend einen amtlichen Antrag im Namen des Bundestages zu stellen.

Da der Tag für die Eröffnung der Conferenz seitens des britischen Gouvernements ohne Befragen des Bundestages und ohne zu wissen, ob derselbe dem Bundestage genehm sein würde, bestimmt war, so glaubte ich, ein Aufschub würde keine Schwierigkeiten haben, um so mehr, als Sie die Gründe vollkommen zugaben, welche den Freiherrn von Beust verhindert haben, London zu erreichen. Genehmigen Sie u. s. w. Vitzthum.

(Nr. 17.) *Privatim.* *Chesham Place, 22. April 1864.*

Lieber Graf Vitzthum! — Ich werde die nöthigen Befehle an das Zollamt wegen des Gepäckes des Freiherrn von Beust geben. Ich freue mich zu hören, dass er heute Abend kommt, da er bis Montag Zeit haben wird, sich auszuruhen und sich mit seinen Collegen von Oesterreich und Preussen auszusprechen.

Als ich von dem Mangel amtlicher Vorstellungen sprach, habe ich Sie durchaus nicht gemeint: für Sie war es, soviel ich glaube, nicht nothwendig, eine amtliche Erläuterung zu geben.

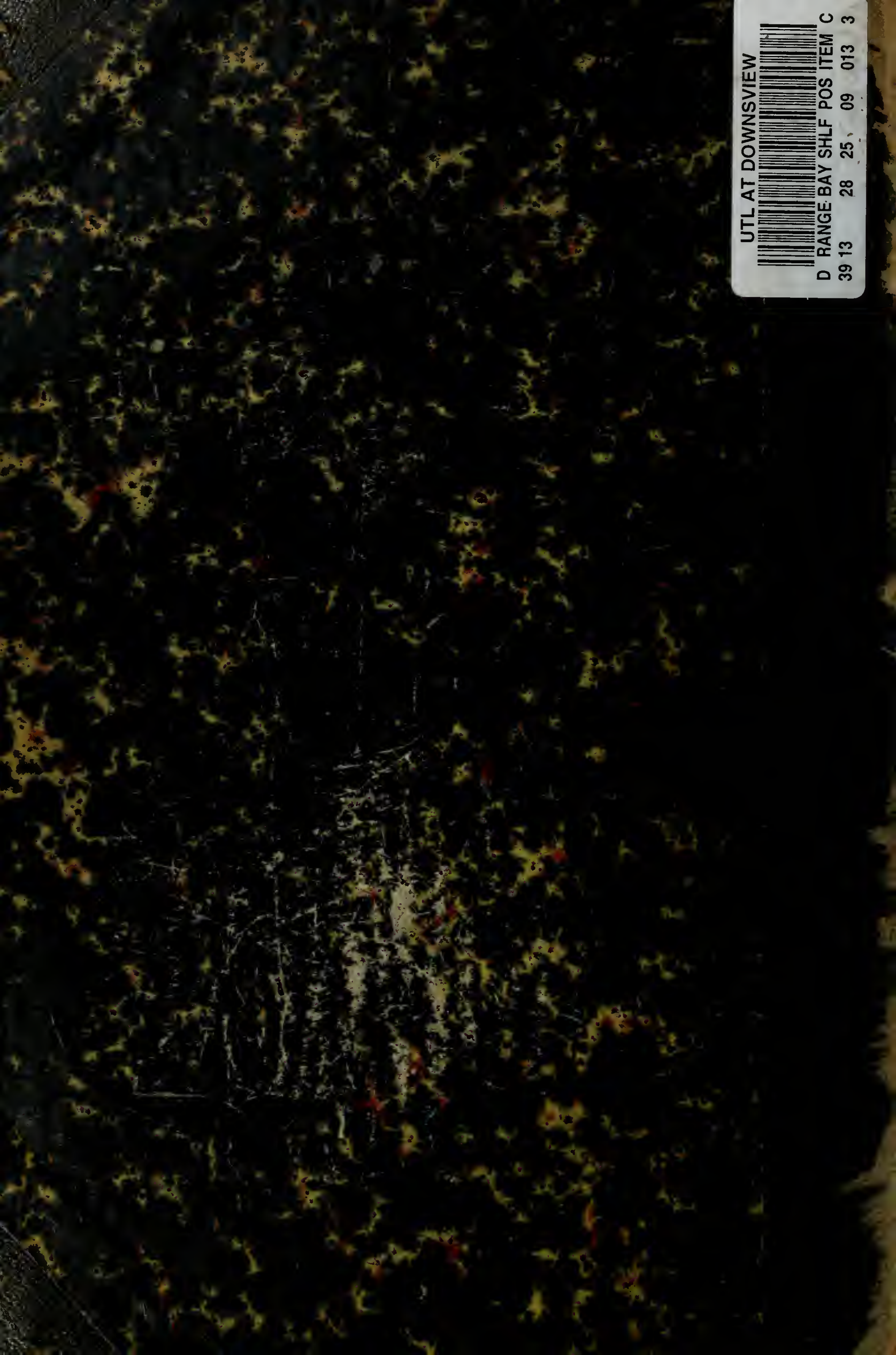
Aufrichtigst der Ihrige Russell.



Personen-Register.

Souveräne und Mitglieder souveräner Häuser siehe unter dem Namen des betreffenden Landes.




UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 28 25 09 013 3